

# **Universitäts- und Landesbibliothek Tirol**

## **Erzherzog Ferdinand II. von Tirol**

Geschichte seiner Regierung und seiner Länder

**Hirn, Josef**

**1888**

Geschichte der äussern Politik

# GESCHICHTE DER ÄUSSERN POLITIK.



## I. Capitel.

### Ferdinands äussere Stellung; diplomatische Agenten.

Als K. Ferdinand die testamentarische Verteilung seines Länderbesitzes unter die drei Söhne vornahm, setzte er gewisse Cautelen fest, damit trotz seiner Disposition die Stellung des Hauses Oesterreich nach aussen eine einheitliche bliebe. Bündnisse, Angriffskriege und Gebietsabtretungen sollten nur erfolgen nach gemeinsamem Beschlusse aller regierenden Agnaten. Auf Grund solcher Verordnungen war ein selbständiges Auftreten des Erzherzogs in äussern Fragen von vornherein sicherlich erschwert. Dagegen fielen mancherlei Umstände ins Gewicht, welche jene väterlichen Bestimmungen illusorisch zu machen drohten. Jeder von den Söhnen hatte freie Hand in allen Dingen der innern Verwaltung und Regierung, sie fühlten sich ebenso als die „domini terrae“ wie irgend ein anderer Reichsfürst. Dabei darf man die Tatsache nicht vergessen, dass die österreichischen Hausländer auch unter dem Regime eines gemeinsamen Landesfürsten, unter Maximilian I., Karl V. und Ferdinand I. sehr locker verbunden waren, und dass dieses Gefüge durch die Errichtung einzelner Regierungswesen und Landeskammern nicht fester wurde. Der Versuch mit einem Generallandtag unter Maximilian I. hat eine engere Vereinigung nicht wesentlich gefördert. Und nicht etwa blos bei den Ständen, sondern auch bei den Regierungen der einzelnen Länder erhielt sich das traditionelle Bewusstsein, dass die Beziehung eines Erblandes zu einem andern nicht viel anders sei, als die zu irgend einem befreundeten Nachbarstaate. Es ist doch sehr bezeichnend, wenn die tirolischen Regierungsräte 1566 gegen den Erzherzog die Meinung aussprechen, all das Geschütz, welches K. Ferdinand aus tirolischen Zeughäusern zum Kriege in Ungarn genommen, sei als

entlehnt zu betrachten und wäre, weil im Kriege verbraucht oder verloren, dem Lande zu ersetzen<sup>1)</sup>.

Erinnern wir uns auch des allgemeinen Charakters der Zeit. „Es ist die Epoche, in der die Territorialstaaten, auf der bereits früher gewonnenen Grundlage, nach innen und nach aussen eine eigentümliche Stellung nahmen. Man könnte von einer pfälzischen und einer sächsischen, einer brandenburgischen und einer bairischen, auch einer hessischen und braunschweigischen Politik, selbst einer Politik der verschiedenen Linien dieser Häuser reden“<sup>2)</sup>; setzen wir hinzu: auch von einer Politik der verschiedenen Linien des Hauses Oesterreich.

Unklar und unbestimmt war sogar der Begriff und die Ausdehnung des „österreichischen Kreises“ (des neunten Kreises der Maximilianischen Reichseinteilung von 1512). Die Frage um diesen Kreis ward in Innsbruck angeregt, als Chursachsen die Entschädigung für die „Gothaischen Kriegshändel“, die Grumbach'schen Unruhen, verlangte; und nun kam sie wiederholt zur Sprache. 1572 forderten die rheinischen Churfürsten den Erzherzog auf, für den Kriegsfall die „kreishilfe“ bereit zu halten, und da wendete er sich an den Kaiser. Es scheint mir, so meldet er, „dass ich und meine land für den österreichischen kreis angezogen werden wollten“, während doch nach K. Ferdinands Anordnung (Augsburg 1555) der gesammte österreichische Kreis das zu leisten hat, was den andern Kreisen obliegt; es wäre an der Zeit, den österreichischen Kreis genau zu bestimmen, die Kreishilfen der einzelnen Teile und den Kreisobersten zu nominiren. Ferdinand gibt nun im Weitern auch die Gründe des unklaren Verhältnisses an: ich will mich „nit ausziehen“, allein es ist zu bedenken, „dass die land, so ich innen hab, erst durch heirat und in ander weg zu unserm haus Oesterreich kommen sind und also zusammenklaubte land“; vom Elsass, das selbst in Kriegsgefahr, ist keine Hilfe zu erwarten; was aber Oesterreich in Schwaben besitzt, „das sein alles gestuckte und zum teil erkaufte herrschaften, darinnen ich kein ritterschaft (habe) sondern dieselb dem reich zugetan also auch die prelaten mit ihren hilfen in den schwäbischen kreis gehörig (sind)“<sup>3)</sup>. In den achtziger Jahren betrieb man diese Angelegenheit bei Rudolf II., aber nicht mit besserm Erfolg. Auf dem Reichstage von 1582 ver-

<sup>1)</sup> Schl. 65.    <sup>2)</sup> Urteil bei Ranke, Zur deutschen Geschichte (2. Aufl.) p. 103.

<sup>3)</sup> A. H. 1572 Conc. Anspielend auf die protest. Stände, welche die Kreishilfe gegen Spanien (wegen der Niederlande) aufbieten wollten, sagt Ferdinand in demselben Briefe: die, welche jetzt die Hilfe begehren, sind jene, „die zu solcher gefahr selbs ursach geben“ (indem sie Oranien unterstützten). „Da die glieder des heil. reichs selbs ruhig wären“, brauchte man sich nicht zu fürchten.

langten Ferdinands Gesandte eine definitive Ordnung, „damit man wissen möge, wo der österreichische Kreis sei und wie die Kreishilfe geleistet wird“. Der Kaiser verschob es und bat Ferdinand, er, als Ältester des Hauses, möge bis zur Austragung „sich den Leistungen für den österreichischen Kreis unterfangen“; allein in Innsbruck lehnte man entschieden ab<sup>1)</sup>.

Die faktische Länderteilung machte sich auch bei Abgabe der österreichischen Stimme auf den Reichstagen bemerkbar. Hier führte das Gesammthaus eine Stimme. Nun konnte es sich wol ereignen, dass Gegenstände (z. B. das Münzwesen) discutirt wurden, über welche Ferdinands Interesse und Wünsche von denen seiner regierenden Brüder abwichen. Da musste sich der Erzherzog vom gemeinsamen Votum absondern und, weil ihm nach der Reichsverfassung keine eigene Stimme zustand, mit einem Separatgutachten zu behelfen suchen, welches den andern Ständen mitgeteilt wurde<sup>2)</sup>. So konnte es sich ereignen, dass das österreichische Votum das Gegenteil dessen aussprach, was Ferdinand für sich und seine Lande verlangen wollte. Dieses widerspruchsvolle Verhältnis bewog ihn, dem Kaiser die Bitte vorzulegen, es möchte sowol ihm wie Karl von Steiermark „die sonders session“ auf dem Reichstage gestattet werden, da auch die Landgrafen von Hessen auf dem letzten Reichstag (1576) „ihre sonders session“ hatten, und so auch einer Ueberstimmung der Katholiken im Fürstenrate vorgebeugt würde<sup>3)</sup>. Nach dem Tode Maximilians II. tauchte im Schooss der Innsbrucker Regierung noch eine andere Forderung auf. Sie gab dem Erzherzog zu bedenken, „ob nit nunmehr E. F. D. in allen actibus und reichsversammlungen von des gemeinen hochlöbl. hauses Oesterreich wegen vor der kaiserlichen majestät und erzherzog Karl die präcedentien und vorgang haben, so wie Kaiser

<sup>1)</sup> A. D. 1580 Fol. 367; A. D. 1582 Fol. 970, 1089; M. a. H. 1582 Fol. 416. Gegen die Organisation eines österreichischen Kreises sprach sich besonders Erzherzog Karl von Steiermark aus mit dem Hinweis, dass seine Länder wegen der Türken schon genug in Anspruch genommen seien. Während die Regierung in Innsbruck die Ordnung der Kreissache wünschte, war die Kammer ganz zufrieden, dass die Frage ungelöst blieb, denn bei der Zerstretheit der österreichischen Güter „müsste wegen jeder unruh der österreichische Kreis auf sein und gleichsam immerdar in harnisch und rüstung stehen“.

<sup>2)</sup> A. D. 1575 Fol. 1025; A. D. 1576 Fol. 113; Ferd. 107, Instruktion für den Gesandten Dr. Holzapfl zum Reichstag in Regensburg 1576; A. Mem. A, II, 41. Instruktion für den Gesandten zum Frankfurter Deputationstag 1577.

<sup>3)</sup> A. Mem. A, I, 123. — Die Sache „der sonders session“ oder wenigstens der dreifachen Stimme im Fürstenrat scheint nicht ausgetragen worden zu sein. Vgl. Stieve, Briefe u. Akt. IV, 183.

Maximilian II. als selbiger der ältist bruder gehabt, es sei in praesentationibus der assessoren zum kaiserlichen kammergericht oder in andern sachen, da von des hauses Oesterreich wegen was zu handeln gewest, oder ob der kaiser seiner dignität wegen E. F. D. vorgehen soll“. Ferdinand war klug genug, die Entscheidung schnell herbeizuführen und der kaiserlichen „dignität“ den Vorrang zu lassen. Dagegen hat er gewisse Vorrechte, wie die Belehnung Fremder mit österreichischen Lehen, seit 1576 als Stammesältester unbestritten ausgeübt<sup>1)</sup>.

Manche Gelegenheiten haben dann allerdings wieder eine gewisse Einheitlichkeit des Hauses in seinen äussern Beziehungen zum Ausdruck gebracht. An mehreren Höfen liessen sich Kaiser und Erzherzog durch einen gemeinschaftlichen Gesandten vertreten. Der kaiserliche Orator in Venedig und Madrid besorgte auch Ferdinands diplomatische Geschäfte, und dessen Bevollmächtigter bei den Eidgenossen vertrat auch den Kaiser und Steiermark. Indem man sich in Innsbruck entschloss, sich an den Verhandlungen zwischen Venedig und Erzherzog Karl zu beteiligen, gab man dem Gedanken Ausdruck: „so repräsentiren Ihre kais. Maj. und beide F. D. (Ferdinand und Karl) als des kaisers Ferdinand söhne und erben dieses orts eine einige als nemlich derselben Ihrer Maj. Person und ist nit anderst zu halten, als wenn des hochlöbl. hauses Oesterreich land und leut durch eintrechtige gemeine und gesammte regierung unverschiedenlich ingehabt und regiert würde“<sup>2)</sup>. Bei Verpfändungen und Verkäufen an Fremde haben die Brüder resp. Vettern stets gegenseitig die Consensbriefe eingeholt und gegeben.

Wie sehr unter Ferdinands Regierung der Begriff absoluter Landeshoheit gegenüber Kaiser und Reich sich befestigt hat, mögen einzelne Tatsachen und Aeusserungen lehren. Als die unter erzherzoglicher Jurisdiktion stehenden Juden um Bestätigung ihrer kaiserlichen Privilegien baten, meinten die Räte, für den Erzherzog bestehe keine Verpflichtung dazu, „denn die römischen kaiser den juden einige freiheiten nit geben kunten, die E. F. D. in derselben österreichischen Landen binden möchten, weil ein römischer kaiser und das reich in des hauses Oesterreich obrigkeiten und landen nichts zu gebieten oder zu verbieten, noch auch einige ordnung oder anderes ausgehen zu lassen nit macht und gewalt haben“<sup>3)</sup>. Man fand es

<sup>1)</sup> A. D. 1577 Fol. 420; A. D. 1578 Fol. 159. — In spätern Jahren findet sich einmal ein erzherzoglicher Befehl, dass sein Gesandter bei einer Hochzeit auch dem kaiserlichen Vertreter vorgehe.    <sup>2)</sup> A. D. 1570 Fol. 348.

<sup>3)</sup> A. D. 1570 Fol. 512.

in Innsbruck tadelnswert, da Constanz auf kaiserliches Anhalten — ohne Intervention des Erzherzogs — eine Türkensteuer hewilligte<sup>1)</sup>.

Auf Grund „der freiheiten des hauses Oesterreich“ erkannte der Erzherzog eine Jurisdiktion des Reichskammergerichtes über seine Lande (einige vorländische Gebiete ausgenommen) nicht an. Wiederholt trug er dem Kaiser seine Klagen über kammergerichtliche Citationen vor. Umgekehrt beschwerten sich wieder die Stände, dass Ferdinand „nicht Recht geben und nehmen wolle im Reich“<sup>2)</sup>. Die erzherzoglichen Behörden waren instruiert, keine Ladung des Kammergerichtes anzunehmen. In einem Process Wirtembergs gegen Ferdinand wegen Nordweil rief ersteres das Kammergericht an. Ein Bote des Gerichtes beförderte eine Citation für den Erzherzog als den Geklagten nach Innsbruck, konnte sie jedoch nirgends anbringen. Unverrichteter Dinge begab er sich nach einem mehrere Stunden von der Hauptstadt entfernten Dorfe, Telfs in Oberinntal, und betrat das dortige Tanzhaus, wo er drei Bauern fand, welche ihm gegen Bezahlung einer Zeche als Zeugen dienten, dass er hier die Vorladung an den Landesfürsten vorschriftsmässig angeschlagen und publicirt habe. Natürlich hat eine solche unwürdige Form in Innsbruck nicht imponirt<sup>3)</sup>. Ebenso trat Ferdinands Regierung jedem Versuch des kaiserlichen Hofgerichtes in Rottweil entgegen, wenn es seine Competenz über die erzherzoglichen Untertanen der Vorlande weiter ausdehnen wollte, als es der von K. Ferdinand aufgerichtete Vertrag (1563) gestattete<sup>4)</sup>.

Das Angeführte mag hinreichen, um Ferdinands Stellung zu Kaiser und Reich im Allgemeinen zu skizziren. Bevor wir aber seine speciellen auswärtigen Beziehungen besprechen, wollen wir jene Personen etwas näher ins Auge fassen, welche die vorzüglichsten Vermittler zwischen Ferdinand und andern Höfen waren.

Nie zwar als Gesandter aber als viel beschäftigter Agent erscheint Nicolaus Freiherr von Pollweil. Als junger Mann von 21 Jahren trat er beim Schmalkaldnerkrieg mit dem Rang eines Hauptmanns in österreichische Dienste und leitete zwei Jahre später (1548) die

<sup>1)</sup> Ferd. 56, 1593.

<sup>2)</sup> Bezold, Briefe des Pfalzgrafen Joh. Casimir, I, p. 553.

<sup>3)</sup> Ferd. 432 $\frac{1}{3}$ . — Es ist selbstverständlich, dass man sich in Innsbruck jedesmal energisch wehrte, wenn der kaiserliche Fiscal gegen die „ausziehenden“ Stände (I. B. p. 648) wegen Nichtbezahlung der Steuern beim Kammergericht Klage erhob. A. D. 1569 Fol. 40; M. a. H. 1569 Fol. 240.

<sup>4)</sup> A. H. 1590; Ferd. 92; A. D. 1573 Fol. 747. Vgl. Ruckgaber, Gesch. der Stadt Rottweil, II. B. I. Abt. p. 20 f.

Besetzung von Constanz. Unter K. Ferdinand wie unter dem Erzherzog verwaltete er die Landvogtei des untern Elsass<sup>1)</sup>. Pollweil stand während der sechziger Jahre in eifrigem Verkehr mit Granvella und referirte über die dabei gemachten Wahrnehmungen an Ferdinand<sup>2)</sup>. Er blieb jedoch nicht blos der objektive Beobachter, sondern entwarf auch selbst mancherlei Pläne und Projekte. Er dachte an

1) 1568 führt er auch den Titel eines erzherzoglichen Hofmarschalls und Hofratspräsidenten.

2) Ferd. 74. Von einer Reise nach Burgund zurückgekehrt, schreibt Pollweil am 27. Sept. 1565 an Ferdinand: Man sagt wol, dass die Heirat des Erzherzogs Karl mit Elisabeth von England zustandekommen werde. Allein es wird nichts daraus werden, denn was die Königin verspricht, das sagt sie nur, „um ihr volk im gehorsam zu halten“. Ueber die „jungfräuliche“ Königin äussert sich der Briefschreiber in höchst verächtlichem Tone. — Diese Heirat beschäftigte Jahre lang die österreichische Diplomatie. Schon im November 1559 fordert der Kaiser von der tirolischen Kammer 150.000 G., weil es bald zur Vermählung seines Sohnes Karl mit Elisabeth kommen werde. V. d. f. D. 1559 Fol. 461.

Aus Pollweil's Briefen mag hier noch Einzelnes mitgeteilt werden. 7. September 1564 schreibt er dem Erzherzog: Man hat dem spanischen König misraten, seinen Sohn (Don Carlos) in die Niederlande mitzunehmen, denn letzterer möchte sich mit den Niederländern „verlieben“ und sie keinem seiner Brüder, die etwa noch geboren werden könnten, überlassen wollen. „Dan man zu zeiten des engellendischen heirats solches reden von Ihrer Durchl. (Carlos) gehört, dan Ihr Durchl. sein gar eines hohen und unersettlichen gemüets. Jezunder nachdem man den prinzen zu den gescheften gezogen, wurde man sich entschliessen, wohin sich Ihr Durchl. verheiraten solle. Man meint, es sei mit meiner gnedigen frauen Margareta, der tochter aus Frankreich, nit zu tun. Die Hispanier reden auch noch fast und sehen gern in gemein, dass der heirat zwischen dem prinzen und princessin von Portugal beschehe. Der prinz sagt aber, sein Durchl. wolle kein gemahel, welche ihm die ruten geben habe. Und man haltet dafür, wo man gewiss versichert, dass die jezige röm. kais. Majestät sich in glaubenssachen der alten religion (wie ich verhoffe und nit zweifle) gemess halten wurde, dass man um Ihr Maj. tochter handeln werde, dan der heirat mit der (portug.) princessin ist gar unziemlich“. Er berichtet über die Unzufriedenheit und Verschuldung des niederländischen Adels und dessen Angriffe auf Granvella. Orien ist 1,100.000 G. schuldig und muss hiefür 12 Procent zahlen; gleichwol führt er ein grosses Haus. — 17. Sept. 1564 bespricht Pollweil das lothringische Projekt einer Heirat Karls von Steiermark mit Maria Stuart, welche bei der voraussichtlichen Unfruchtbarkeit der Elisabeth auch die englische Krone erben werde. 26. Mai 1565 befiehlt K. Maximilian dem Pollweil, über die schottische Heirat Karls gegen den Cardinal von Lothringen nichts zu äussern. — 1565 proponirte Pollweil dem Erzherzog den Ankauf der Herrschaft Lützelstein vom Pfalzgrafen Hans Georg zu Veldenz, der mit Zweibrücken im Streit war. Pollweil befürchtete den Verkauf dieser Herrschaft an Frankreich. Aber es ist weder zur Erwerbung durch Oesterreich noch durch Frankreich gekommen. Kurze Erwähnung eines hierauf bezüglichen Recesses bei Moser, Patriot. Archiv XII, 8.

eine Wiedereroberung von Metz, dessen Citadelle (1565) noch nicht vollendet war, so dass man, wie er glaubte, die Stadt durch einen kecken Handstreich hätte nehmen können. Der Freiherr wollte selbst den Anschlag ausführen. Im Fall des Mislingens „sollen Ihr Maj. und E. F. D. auf ein oder zwei Jahr ein erdichtete Ungnad gegen mir fürnehmen“<sup>1)</sup>. Maximilian II. und Ferdinand wollten aber von einem solchen Abenteuer nichts hören, und so blieb es zum Leidwesen des Freiherrn unversucht. Pollweil soll noch einen andern Plan mit Metz gehabt haben; er habe, so wird erzählt, das Stiftsgebiet dem Prinzen Ludwig v. Condé als Preis für seinen Uebertritt zum Katholicismus in Aussicht gestellt<sup>2)</sup>. In ähnlicher Weise hoffte er, Anton von Navarra von den Hugenotten abzuziehen. Mit der gleichen Absicht näherte er sich dem Herzog Christoph von Württemberg und versicherte ihm, einen Weg angeben zu können, auf welchem man zu kirchlicher Einigung gelangen würde. Darüber eröffnete Pollweil dem württembergischen Gesandten Johann v. Mindelheim Folgendes: der Papst soll das Sakrament sub utraque bewilligen und die Priester-ehe besonders für jene, welche nicht hohe Kirchenämter bekleiden; mit Genehmigung Roms mögen die säcularisirten Klöster „unirt und zusammengestossen“ und daraus Bistümer für die jüngern Fürstensöhne gebildet werden; die Uebergabe hätte zu erfolgen „cum consensu sanctissimi Domini nostri“. Im Falle, dass die Eidgenossen oder einzelne Reichsstädte diese Bedingungen ablehnten, würde dem Herzog sich Gelegenheit bieten, mit Unterstützung des Papstes und anderer katholischer Fürsten sein Gebiet zu erweitern. Auch in Feier- und Fasttagen könnte die Kirche Nachlass gewähren, wogegen sie an den Artikeln über die Rechtfertigung, Heiligenverehrung, Transsubstantiation, Messe und Fegefeuer festhalten müsse, „weil sie nit positiva sein“. Pollweil beteuert dem Herzog, er habe selbst viele protestantische Bücher gelesen, sei aber von keinem überzeugt worden; der Herzog möge nur eifrig katholische Prediger hören und katholische Schriften studiren, dann werde er sicher den rechten Weg finden<sup>3)</sup>. Christoph sollte sich, wenn er sich mit den gemachten

1) Damit ihn Niemand an seinen Gütern strafen könnte, wollte Pollweil seinen Besitz an Geld und Liegenschaften für einige Jahre seinem Bruder Johann resigniren.

2) Memoires de Condé VI, 96. Er wird hier als Ratgeber des Cardinals von Lothringen bezeichnet, mit dem er in Remberviller verkehrte. Auch der Plan eines Ueberfalles auf Lion wird ihm da zugeschrieben.

3) Ueber Pollweils Mahnungen an Ferdinand zu kräftiger Gegenreform s. I. Bd. p. 164. Namentlich wehrte er der Ausbreitung des Protestantismus in Hagenau.

Vorschlägen befreunden könnte, an den Papst oder an den Cardinal von Hohenems wenden. Wirtemberg machte von diesem Schritte Pollweils Mitteilung an den Kaiser, welcher in seiner Antwort gewiss die Meinung des Herzogs teilte, indem er die Ideen des Freiherrn als „ungereimt“ verwarf.<sup>1)</sup>

1568 treffen wir Pollweil als erzherzoglichen Unterhändler beim Cardinal von Trient; 1571, 1575 und 1579 als Hauptmann über einige Fähnlein, welche in spanischem Dienste in den Niederlanden kämpfen. Nicht wenig auffallend ist es, wenn man dann zur Zeit des Kölner Bischofsstreites (1583) den Freiherrn in lebhafter Correspondenz mit dem Pfalzgrafen Johann Casimir findet, welchen er von dem rechtskräftigen Bestand des Religionsfriedens und speciell des geistlichen Vorbehalts, freilich ganz vergebens, zu überzeugen sucht. Die Art, wie er zur selben Zeit mit dem pfälzischen Agenten Dr. Beutterich verhandelt, lässt ihn nicht gerade als einen besonders geriebenen Diplomaten erscheinen<sup>2)</sup>. Die Kreise seines vielgeschäftigen Verkehrs zieht er mit den Jahren immer weiter, er erfährt vertrauliche Traktationen, die am Hofe des Landgrafen Wilhelm von Hessen und anderer Fürsten gepflogen werden, sein Name wird mit ligistischen Absichten in Verbindung gebracht, deren Fäden in den Händen der Guisen und Lothringens zusammenlaufen<sup>3)</sup>.

Pollweil war für Ferdinand der eifrigste Berichterstatter. Briefe, welche er an andere Mitglieder des Kaiserhauses richtete, legte er zuerst dem Erzherzog vor, um sie erst mit dessen Erlaubnis an ihre Adresse zu befördern. Seine der österreichischen Dynastie geleisteten

<sup>1)</sup> Pollweil hatte von seinem Verkehr mit Wirtemberg an Cardinal Hohenems geschrieben und schickte unter dem 22. Okt. 1565 (64?) eine Abschrift seines Briefes an Ferdinand. Der Brief Maximilians II. an Christoph vom 20. Nov. 1564 (65?) bei Le Bret, Magazin IX, 239. — Von den besprochenen Plänen Pollweils geschieht auch Erwähnung in den Papiers d'état VII, 381. Er war, wie es hier heisst, ein kühner und kraftvoller Kriegermann „dont le nom figure dans beaucoup d'entreprises de cette époque“.

<sup>2)</sup> Es war doch ein ebenso unbegründetes wie unkluges Prahlen, wenn Pollweil einem Beutterich gegenüber das Phantom erwähnte: „es sein albereit neue churfursten in Italia, in Hispania, in Frankreich gemacht“. Bezold I. c. II, p. 131. Vgl. Bezold's Aeusserung ibid. 297. Ueber Pollweil's Correspondenz mit dem Pfälzer s. Bezold I, 563 und II p. 87, 93, 95. Prosper Lévêque bezeichnet ihn als ränkevoll und tapfer, „il avait dans le coeur et dans l'esprit tout ce qu' il fallait pour réussir“. Gachard, Correspondance de Philippe II. sur les affaires des Pays-Bas I, 226.

<sup>3)</sup> Bezold I. c. II, p. 332, 334. Ich zweifle nicht, dass Pollweil über all dies nach Innsbruck berichtete, doch findet sich hierüber in den hiesigen Akten fast nichts mehr.

Dienste, in denen er als Kriegsmann wie als Diplomat tätig war, trugen ihm mannigfache Belohnungen ein. Zur Zeit der Einnahme von Constanz bezog er schon eine gute Besoldung und erhielt den Nachlass eines „amtsrestes“; in den folgenden Jahren ward ihm die Pfandherrschaft Weilertal verliehen nebst einer Anzahl von Anweisungen auf Confiscations- und Gnadengelder, welche die Summe von 50.000 G. überschreiten<sup>1)</sup>. Gleichwol gab er dem Erzherzog wiederholt und zudringlich zu verstehen, er sei für seine Mühewaltung nicht hinreichend entlohnt. Die Kammer verwies ihn endlich, wenn er begründete Forderungen zu haben vermeine, auf den Rechtsweg. Jedenfalls hinterliess Pollweil seinen Söhnen ein beträchtliches Vermögen; denn einige Jahre vor seinem Tode trug er dem Erzherzog ein Darlehen von 60.000 G. an, welches nur deshalb nicht angenommen ward, weil die Bedingungen zu „beschwerlich“ schienen<sup>2)</sup>.

Unter allen Fürstenhöfen hatte nur Rom einen ständigen Vertreter Ferdinands in der Person des Franciscaners Franz Sporeno. Er war ein gebürtiger Furlaner<sup>3)</sup> und bekleidete unter seinen italienischen Ordensgenossen im neuen Stifte zu Innsbruck während der sechziger Jahre das Amt eines Lektors. Beim Erzherzog stand er in hoher Gunst und sollte nach dessen Plan (1568) als erster Bischof von Innsbruck durch die Mitra geschmückt werden<sup>4)</sup>. Dieses Projekt stiess nun freilich auf Hindernisse, und Bruder Sporeno musste sich hinsichtlich der Erlangung bischöflicher Würde noch etwas gedulden. 1572 war er einer von den geistlichen Commissären, welche eine Visitation der Universität Freiburg vorzunehmen hatten. Bald darauf führte ihn Ferdinands Auftrag nach Rom. Der Erzherzog hatte am päpstlichen Hofe Angelegenheiten, deren Verhandlung er nicht mehr dem kaiserlichen Gesandten überlassen konnte. Sowol der Streit mit Trient als die Absichten mit Andreas, dem ältern Sohne Philippinens, erheischten eine selbständige Vertretung beim Papste. Vorerst durfte jedoch Sporeno, welcher im Herbst 1573 die ewige Stadt betrat, nicht als offen deklarirter Agent des Erzherzogs auftreten; seine Aufgabe war zunächst nur die eines Berichterstatters, welcher bezüglich der genannten Punkte getreulich nach Innsbruck referiren musste,

<sup>1)</sup> Ferd. Kammersachen. In einer Eingabe von 1580 ersucht Pollweil um Ausbesserungen an seinem Haus in Hagenau, „dann meine erben nit guet heissen würden, wann ich einem grossmechtigen herrn seine heuser erbauet und die meinen nit erhalte“.

<sup>2)</sup> Ueber eine grössere Kaufshandlung Pollweils s. I. Bd. p. 631.

<sup>3)</sup> Nach dem Bericht des Venezianers Zane. Bezold l. c. II, 367.

<sup>4)</sup> Ferd. 327.

was er unter der Hand erfahren konnte<sup>1)</sup>. Dem entsprechend bestand seine erste scheinbare Mission nur darin, dem Papste über die Fortschritte der kirchlichen Restauration in Ferdinands Landen zu berichten und einzelne päpstliche Dispensen und Indulgentien zu erwirken. Beim Papste fand der Franziscaner wolwollenden Empfang. In den diplomatischen Bemühungen der nächstfolgenden Jahre war er nicht unglücklich. Vielfach durch seine Hand giengen jene Beredungen, deren schliessliches Resultat die Verleihung der Cardinalswürde an Andreas und die Beendigung des Trientner Temporalienstreites war. Dagegen blieben seine Schritte, dem jugendlichen Andreas ein Bistum zu verschaffen, vorerst resultatlos. Inzwischen reiste Sporeno auch einmal nach Tirol zurück (1575), wo er als päpstlicher Commissär mit dem Erzherzog die Aufrichtung von Mönchsseminarien in den Vorlanden beraten sollte; zugleich unterzog er den tirolischen Klerus, soweit er unter dem Sprengel von Chur stand, einer Visitation und gab da Verordnungen zur Abstellung der ärgsten Misbräuche<sup>2)</sup>. Der in diesen Arbeiten bewiesene Eifer empfahl ihn bei Papst und Erzherzog und brachte ihm die lang ersehnte Bischofswürde. Auf Ferdinands und mehrerer Cardinäle Verwendung ernannte ihn Gregor XIII. zum Bischof von Sebaste<sup>3)</sup> und enthob ihn von den Visitationsgeschäften in Deutschland. Ferdinand wies zu seinem standesgemässen Unterhalt die Einkünfte des vorländischen Stiftes Haugshofen an<sup>4)</sup>. 1579 erfolgte dann die öffentliche Ernennung des Bischofs zum erzherzoglichen Gesandten beim römischen Stuhle. Als solcher hatte er von jetzt an die besondere Aufgabe, für Cardinal Andreas, dessen theologischer Beirat er war, um einträgliche Pfründen sich zu bewerben. Wie eifrig auch Sporeno in Mitteilungen über römische Zustände namentlich in den Aviso's war, sobald durch den Todfall eines Car-

<sup>1)</sup> Soweit ich nicht besonders citire, beruht das Erzählte auf den Akten Ferd. 83.    <sup>2)</sup> Theiner, *Annal. eccl.* II, 66, 200; A. D. 1575 Fol. 488.

<sup>3)</sup> Als es mit dem Projekt eines Bistums Innsbruck nicht vorwärts gehen wollte, bewarb sich Sporeno um das Bistum Triest. Ferdinand empfahl ihn auch dem Erzherzog Karl, welcher sich jedoch sehr ablehnend äusserte. Er antwortete, das Stift sei schon einem andern (Frangipani) zugesagt. „Ueber das wir sonsten nit unbillige bedenken hetten, solche unbekannte leut (wie Sporeno) in dergleichen ort, als Triest ist, dermassen einkommen zu lassen, weil nie weniger als jezo der welt zu vertrauen ist“. A. H. 1574; A. M. 1574. — Vgl. die Aeusserung Gregors XIII. über Sporeno's Beförderung bei Theiner, l. c. II, 181. — Ferd. 135.

<sup>4)</sup> E. u. B. 1576 Fol. 330. Zu den Einkünften von Haugshofen bezog Sporeno auch noch gewisse Renten aus Neapel, welche K. Philipp II. dem Cardinal Andreas überlassen hatte.

dinals eine hohe Präbende frei wurde, so konnte er doch Jahre lang nichts Beträchtliches erlangen und musste deshalb manchen Verweis des Erzherzogs hinnehmen. Dass er Ferdinands zweiter Gemahlin nicht alsbald die goldene Rose erwirkte, zog ihm gleichfalls Tadel zu. Nicht glücklicher war er in der Unterstützung des Erzherzogs bei dessen Candidatur um die polnische Krone. Erst nach langen Bemühungen brachte er des Cardinals Hohenems Abtretung von Constanza an Cardinal Andreas zu Wege. Trotz seiner nicht bedeutsamen Leistungen und Erfolge hoffte Sporeno auf der Stufenleiter kirchlicher Dignitäten noch weiter emporzukommen. Dass mit Sixtus V. ein Ordensbruder zur Tiara gelangt war, mochte ihn in seinen Absichten bestärken<sup>1)</sup>. Aber weder bei diesem Papste noch bei seinen Nachfolgern war ungeachtet aller Empfehlungen Ferdinands und Andreas' für Sporeno etwas zu erreichen<sup>2)</sup>. Zu diesem Miserfolg gesellten sich auch Geldverlegenheiten, aus welchen ihn eine erzherzogliche Spende von 2000 Kronen und die Verleihung einer jährlichen Pension von 600 G. wol einigermaßen befreite<sup>3)</sup>. Seinen Aufenthalt in Rom unterbrachen mehrmalige Reisen nach Deutschland. In den siebziger Jahren führten ihn Visitationsgeschäfte öfters in die Vorlande, auch später fand er sich wiederholt am erzherzoglichen Hofe ein. 1582 überbrachte er Ferdinand den vom Papst geweihten Degen und besuchte unmittelbar darauf den Reichstag in Augsburg<sup>4)</sup>.

Unter den Personen, welche im Solde anderer Fürsten und Ferdinands selbst diplomatische Dienste leisteten, tritt in spätern Jahren besonders Hans Albrecht Freiherr von Sprinzenstein hervor. Sein Vater Hieronymus sass zwar auf der oberösterreichischen Pfandherrschaft Neuhaus an der Donau, aber die Familie, italienischen Ursprunges (Riccio), hatte doch schon ihre Beziehungen zu Tirol. Hans Albrechts Mutter Helene entstammte dem reichen Sterzinger Gewerkeschlecht der Jöchel von Jöchelthurn. Sein Onkel Franz von Sprinzenstein versah in den siebziger Jahren die Dompropstei in Trient. 1543 geboren und in den Jünglingsjahren der Pagerie des Erzherzogs Karl

1) In der oben citirten Stelle (Bezold II, 367) wird Sporeno bezeichnet als „confidente del papa (Sixtus), essendo frate della sua religione“.

2) Ferd. 270, 330.

3) G. v. H. 1598 Fol. 22, 44. Sein Gesuch um die Einkünfte der Pfarrei Eppan ward abgewiesen.

4) Eine specielle Instruktion Sporeno's zum Reichstag liegt nicht vor. Auch ein noch erhaltener Bericht desselben an Ferdinand gibt hierüber keinen Aufschluss. Sporeno beteiligte sich in Augsburg an der Consekration des neuen Erzbischofs Johann von Trier. Bezold I. c. II, 318.

zugeteilt, trat H. Albrecht als jugendlicher „Venturier“ in kaiserliche Dienste und liess sich bei Gelegenheit des ungarischen Feldzugs (1566) in Ferdinands „hoffahnen“ einreihen. Nach Abschluss des Waffenstillstandes nahm er Kriegssold beim französischen König und begab sich hierauf an den Hof des Grossherzogs Cosmus v. Medici. Hier bedienstet, feierte er mit der herzoglichen Hofdame Barbara Botsch von Zwingenburg, einer Tochter des tirolischen Edelherrn und kaiserlichen Obersthofmeisters Simon Botsch, seine Vermählung, zu welcher ihm der Erzherzog ein Geschenk übersandte<sup>1)</sup>. Als Ferdinand den Reichstag in Regensburg besuchte, fand sich auch der Freiherr daselbst ein, ohne dass ihn jedoch der Erzherzog besonderer Beachtung gewürdiget hätte<sup>2)</sup>. Zwei Jahre darauf überträgt ihm Ferdinand eine Condolenzmission nach Florenz, von wo er sich im erzherzoglichen Auftrag zu König Philipp nach Spanien begibt. Mit dem Titel eines Hofrates ausgezeichnet, weilt er einige Monate (1580) als Ferdinands Gesandter in Prag und reist noch im gleichen Jahre nach Italien<sup>3)</sup>. Um diese Zeit beginnt seine vielseitige Tätigkeit, mit welcher er zugleich in österreichischen wie in bairischen Diensten den Vermittler eigener und fremder Projekte macht und in rastlosem Hin- und Herreisen zwischen den Höfen von Prag, Innsbruck, München und Nancy verhandelt. Der Inhalt seiner mannigfachen diplomatischen Missionen und deren Erfolg wird uns später beschäftigen; hier sei nur im Allgemeinen auf die Eigenart seiner Person hingewiesen, welche zwar nicht einer gewissen Originalität, aber fast aller Attribute entbehrt, die man von einem Manne seines Geschäftes verlangt. Sein Eifer, oder besser gesagt, seine Geschwätzigkeit und sein zudringliches Wesen hat ihn mehrmals zu Indiskretionen verleitet, durch welche er sich und seinem Herrn Verdriesslichkeiten bereitete. So berichtet er

1) T. T. 1573. Die ersten Aufträge Ferdinands für Sprinzenstein dürften artistische Zwecke gehabt haben. Am 3. Nov. 1575 meldet Sprinzenstein aus Florenz, er habe „dem besten Sculptor“ Italiens, Giovan Bologna, die Herstellung „der Figuren“ für den Erzherzog übergeben. Schon in diesem Briefe tritt seine Art hervor, indem er schreibt, er habe den erzherzoglichen Gesandten Künste sehen lassen, worüber man in Innsbruck staunen werde; zugleich erinnert er den Erzherzog an das, was er auf seiner (Sprinzensteins) Durchreise in Innsbruck gesprochen. A. M. 1575.

2) 5. Aug. 1576 beklagt sich Sprinzenstein bei Ferdinand, weil ihn derselbe bei der Begrüssung neben andern übergangen habe. Diese Misachtung, versichert er, betrübe ihn so, dass sie sein ohnehin baldiges Ende beschleunigen werde. Er fragt, ob er denn wirklich in Ungnade gefallen sei. A. M. 1576. — Diese angebliche Kränkung hat Sprinzenstein um mehr als zwanzig Jahre überlebt.

3) A. Mem. IX, 11. Bezold, Kaiser Rudolf und die heil. Liga p. 37.

manchmal ohne jeden Auftrag und voreiliger Weise dem Kaiser über Schritte und Handlungen Ferdinands und wird dafür von Innsbruck aus scharf getadelt. Während der Erzherzog sich um die polnische Krone bewirbt, benimmt er sich so ungeschickt, dass er deshalb einen „Filtzbrief“ erhält. Freilich versichert er auf solche Vorwürfe, er habe „sich das mark aus den beinen geritten“, oder er schliesst seine wortreiche Entschuldigung: „ich armes abgerittenes postross bitt E. F. D. um eine erquickung“. Einmal muss er wol selbst gestehen: „ich scham mir vor mir selbst, wan ich gedenk, wie unbedachtlich ich vergangner zeit leider, gott im himmel erbarms, gegen E. F. D. procedirt“. Wie sehr er sich in seinen Relationen auch in die Brust wirft und das Gewicht seiner Persönlichkeit betont, so steht er bei den Zeitgenossen doch in geringem Ansehen. Der chursächsische Gesandte Paull spricht in einer Aufzeichnung vom „einfältigen“ Sprinzenstein<sup>1)</sup>. Bei Rudolf II. hat sich's der Freiherr zeitweilig völlig verdorben. Zacharias Geizkofler, neben Sprinzenstein in Angelegenheiten Ferdinands am Prager Hof beschäftigt, wünscht dringend, sein College möchte Prag möglichst bald verlassen, weil er mehr schadet als nützt<sup>2)</sup>. Während eines spätern Besuches ladet Hans Albrecht neuerlich kaiserliche Ungnade auf sich, indem er sich in fremde Händel mischt, „des böhmischen landtags sachen vermössentlich unterstanden und durch sein hin und widerschwezen, schreiben und zeitungen tragen Ir. Maj. und die landoffizier selbst aneinander gehetzt hab“. Recht ungünstig spricht sich Graf Wilhelm v. Zimmern über ihn aus. Er hat, so berichtet er, beim Kaiser Audienz bekommen, aber seine Sache nicht gut gemacht. „Er hat nit allein ein langes dicentes (getan), sondern ihm auch selbst in etlichen dingen zuwidergeloffen (widersprochen), darob I. M. nit allein geergert, sondern auch mistrauen gefasst haben“. Rudolf wünschte, Sprinzenstein möge ihm nicht mehr unter die Augen kommen<sup>3)</sup>. Seine Geschwätzigkeit und Wichtigtuerei sticht in allen seinen Schriften hervor. Dem Erzherzog rät er, nach Wien zu kommen; denn dessen Anwesenheit daselbst würde genügen, um den Türken solche Angst einzuflossen, dass sie gerne Ruhe hielten<sup>4)</sup>. 1581 hat er auf vertraulichem Wege erfahren, dass die Churfürsten bei dem nächsten Reichstag den Erzherzog zum römischen König wählen wür-

1) Bezold, Briefe I, 439,    2) Ferd. 338.

3) Geizkofler meldet bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Zusammenkunft des Kaisers mit Ferdinand (1588): „wenn er (Sprinzenstein) sich aber seinem gebrauch nach eindrange, so würden gleichwol Ir Maj. E. F. D. halber hoffentlich auf diesmal ein übrigs tun; wie es aber derselben (dem Kaiser) gefallen möcht, das mögen E. F. D. selbst ermessen“. Ferd. 339.    4) Ferd. 338.

den. Seine Relationen stattet Sprinzenstein sehr gern mit witzigen und derb komischen Bemerkungen aus. „Verzeihen E. F. D.“, sagt er einmal, „ihrem untertänigsten Sprinz; tut ihm nicht anders: wan er ein weil etwas wiziges (verständiges) schreibt, so muss er etwas nährisches darunter mischen, damit man etwas zum lachen auch hab“. Im Punkte der Enthaltbarkeit scheint es bei unserm Freiherrn auch gefehlt zu haben. Einst traf es ihn, dem Kaiser bei der Tafel aufzuwarten; da war er aber „etwas beweint, hat den bart gestrichen und Ir. Maj. stark angesehen“. Er gesteht selbst, „ein reuschel“ da gehabt, sich in eine Ecke gestellt und den Kaiser fixirt zu haben; dagegen versichert er, er habe keinen falschen Tritt getan und kein verkehrtes Wort gesprochen. Rudolfs Aerger suchte er mit einer Abbitte zu beschwichtigen und mit dem Versprechen, sich künftig nicht mehr zu übernehmen<sup>1)</sup>. Bei seinen Gesandtschaften führte er ein grosses Haus, so dass er z. B. während einiger Monate in Prag „mit panketen“ 18.000 G. durchgebracht haben soll. Die hieraus für Sprinzenstein erwachsenden Verlegenheiten blieben dem Erzherzog kein Geheimnis und brachten ersterem neue Vorwürfe. Wir haben dich oft gewarnt, schreibt ihm Ferdinand, „wan aber einer allzeit seinem kopf und nit seines herrn willen und befehl geleben will, so gewinnts gemeiniglich dergleichen ausgang“<sup>2)</sup>. Eigensinn und Handeln auf eigene Faust wird öfters an ihm getadelt. Da er seine Rückkehr vom Kaiserhof einmal fort und fort verzögert, droht ihm Ferdinand mit Vorenthaltung aller Reiseauslagen<sup>3)</sup>. In einer Instruktion des Erzherzogs für den Freiherrn lesen wir den ausdrücklichen Befehl, derselbe dürfe nichts anderes vorbringen, als was ihm anbefohlen ist. Unter den mannigfachen diplomatischen Missionen, welche Sprinzenstein an verschiedenen Höfen auszurichten hatte, beschäftigten ihn geheimnisvolle Pläne für Verbesserung der Geschütze. Er und einige andere Künstler ähnlichen Schlages erfanden da förmlich um die Wette. Der eine wollte mit seiner „Invention“ drei, ein anderer sieben, einer sogar zwanzig Schüsse in einem Zeitraum machen, in dem man mit einem Geschütz nur einmal schoss. „Sprinzenstein war wie auf militärischem Gebiete ein Schwarzkünstler, so auf politischem ein leidenschaftlicher Projektenmacher“<sup>4)</sup>. Gleichwol, ja vielleicht eben deshalb nimmt er im Hofstatus Ferdinands einen hervor-

1) A. Mem. IX, 85.    2) A. M. 1585.    3) A. H. 1586.

4) So zeichnet ihn Fel. Stieve, Briefe und Akten I, 23. — 1584 arbeiten Sprinzenstein und Hauptmann Salem zu Prag im kaiserlichen Lusthaus an ihrem verbesserten Geschütz.

ragenden Platz ein. Seine stets sich erneuernden Bitten um Entlohnung und Auszeichnung blieben nicht unerhört. Ungezählte Tausende kosteten dem Erzherzog seine anbefohlenen und spontanen Legationen. Seit 1579 hatte Hans Albrecht Rang und Gehalt eines Hofrates. Drei Jahre später ernannte ihn Ferdinand zu seinem Kriegsrat, wogegen Sprinzenstein meinte, der Titel „oberster generalcommissär“ wäre reputirlicher gewesen. Eine neue Rangserhöhung brachte ihm das Jahr 1583, in welchem er die Geheimratswürde erlangte. Herzog Wilhelm von Baiern ernannte ihn zum obersten Feldzeugmeister. Sprinzensteins Gemahlin Barbara fungirte bis 1590 als Obersthofmeisterin bei Ferdinands zweiter Frau Anna Catharina von Mantua<sup>1)</sup>.

Ferdinands Gesandter bei den Eidgenossen war viele Jahre hindurch Melchior Heggenzer v. Wasserstelzen. Eine bedeutendere Rolle hat derselbe wol nie gespielt; sein Verhalten scheint nicht immer taktvoll gewesen zu sein. Ein Freund des Hauses Oesterreich wenigstens klagt dem Erzherzog: „der gut alt und kindisch Hegezer“ zeigt die Briefe, welche er von Innsbruck bekommt, überall herum und lässt sogar Copien davon nehmen, so dass vor den Eidgenossen nichts geheim bleibt<sup>2)</sup>. Eifrig und geschickt als Agent Ferdinands, welcher nicht bloß finanzielle sondern auch politische Geschäfte besorgte, war der Reichspfennigmeister Zacharias Geizkofler, dessen Dienste man rühmend anerkannte und belohnte<sup>3)</sup>. Ein Gleiches gilt vom Grafen Karl v. Zollern. Oefters wird uns in wichtiger diplomatischer Mission Herr Christoph Vintler v. Platsch begegnen.

Nicht zufrieden mit den gelegentlichen Relationen, welche die Gesandten einschickten, bewarb sich der Erzherzog um möglichst häufige und regelmässig laufende Berichte über wichtige Begebenheiten. Hiefür gewann er einzelne eifrige Correspondenten am kaiserlichen Hofe, so die kaiserlichen Räte Ulrich Zasius und Hans Trautson. Des Kaisers Gesandte, Veit v. Dornberg in Venedig, Hans Freiherr v. Khevenhiller<sup>4)</sup> in Madrid und Graf Prosper von Arco in Rom theilten dem Erzherzog regelmässig, manchmal jede Woche, Zeitungen mit, d. h. zusammenfassende Berichte über das Wichtigste und Wissenswerteste von den Weltbegebenheiten<sup>5)</sup>. Aehnliche Dienste leisteten

<sup>1)</sup> A. H. 1590; G. v. H. 1590 Fol. 112.

<sup>2)</sup> Ferd. 140. — Nach Sammlung d. ält. eidgenöss. Abschiede V, 1468 ist Heggenzer c. 1589 gestorben. <sup>3)</sup> P. I, 189.

<sup>4)</sup> Czerwenka, Die Khevenhüller p. 78. — Hans v. Khevenhiller vertrat, wie schon bemerkt, den Erzherzog für gewöhnlich am Madrider Hofe.

<sup>5)</sup> A. Mem. IX, 10. — Ueber solche Zeitungen s. Stieve, über d. ältesten

einzelne Postmeister, namentlich der von Venedig. Ueber die Vorgänge auf dem ungarisch-türkischen Kriegsschauplatze liefen durch einen kaiserlichen Kriegssekretär periodische Meldungen ein; die Vorgänge in den Niederlanden erfuhr man durch detaillirte Zeitungen des Hauses Fugger<sup>1)</sup>. Diener und Faktoren der Fugger nahm Ferdinand manchmal förmlich in seinen Sold, damit sie ihm Mittheilungen aus den Ländern lieferten, wo sie sich eben aufhielten. Vielfach interessant sind da die Briefe, welche die Fugger'schen Beamten Anton Meitinger und Hans Locherer aus Spanien nach Innsbruck geschrieben haben.

## II. Capitel.

### Maximilian II. und Rudolf II.

Wenn man sich orientiren will über die Beziehungen Ferdinands zu den zeitgenössischen Fürsten, so drängt sich wol zunächst die Frage nach seinem Verhältnis zum Kaiser auf. Maximilian II. und Ferdinand waren neben einander aufgewachsen, und das Band brüderlicher Freundschaft, welches sich da geknüpft hat, ist niemals gelöst worden. Allerdings kann der Verkehr der Brüder, nachdem sie seit dem Tode des Vaters die selbständige Verwaltung ihrer Herrschaftsgebiete übernommen, nicht ein sehr lebhafter genannt werden. Sie machen sich gelegentlich Geschenke oder erweisen sich kleine Gefälligkeiten. Es findet sich wol die Vermutung ausgesprochen<sup>2)</sup>, K. Ferdinand habe wegen bedenklicher Hinneigung Maximilians zum neuen Glauben daran gedacht, einem seiner jüngern Söhne die Succession im Reiche, speciell dem Erzherzog Ferdinand die böhmische Krone, zu verschaffen, doch kann darüber etwas Authentisches nach dem bisherigen Ergebnis der Forschung nicht beigebracht werden. Soviel aber scheint sicher, dass Ferdinand, gleich seinem Vater, über die 1562 vorgenommene Wahl Maximilians zum römischen König mit Befriedigung erfüllt war<sup>3)</sup>. Dass Ferdinand auch nach dem Tode

---

halbjähr. Zeitungen, in Abhandl. d. histor. Classe der bair. Akademie XVI. B. p. 180.

<sup>1)</sup> G. v. H. 1580 Fol. 137.    <sup>2)</sup> Bucholtz, Ferd. I., VIII, 708 (nach Gratiani).

<sup>3)</sup> Ich schliesse das aus dem Tone eines Briefes, den Dr. Seld nach der Wahl von Frankfurt aus (29. Sept. 1562) an E. Ferdinand richtete. Er schreibt: die Wahl hat glücklich stattgefunden, „man hat sich heftig besorgt, es wurd der capitulation halben, wie ein römischer König schwören soll, allerhand irrung

des Kaisers noch die Statthalterschaft in Böhmen fortführte, geschah auf besondern Wunsch seines Bruders. Es hat da im einen wie im andern Punkte zwischen den Brüdern kaum jemals eine ernstliche Rivalität bestanden. Allgemein finden wir die grosse Höflichkeit im beiderseitigen Verkehr betont, hinter welcher man jedoch eine gewisse Entfremdung der brüderlichen Herzen vermutete. Und als Grund derselben glaubte man Ferdinands Verbindung mit Philippine Welser bezeichnen zu können. Die Söhne dieser Ehe konnten dem Erzherzog in der Regentschaft nicht folgen, so dass nach dessen Tode Tirol und die Vorlande an den Kaiser zurückfallen mussten. Deshalb — so raisonnirte man weiter — war der Erzherzog jeder grössern Unternehmung nach aussen (etwa im Bunde mit dem Kaiser) abgeneigt und war in Ermanglung legitimer Succession nur bemüht, den Kindern Philippinens ein grosses Privatvermögen zu sammeln. Das alles sind jedoch eben Combinationen, welche gleichzeitige Beobachter machten; ihre Richtigkeit lässt sich aus den Akten weder beweisen noch widerlegen<sup>1)</sup>. Ferdinands Ehe mit Philippine und seine

fürfallen, sonderlich in dem, dass ein röm. könig schwört, den papst in ehren, auch die christliche kirchen in schutz und schirm zu halten, aber es hat sich gottlob alles fein und dermassen geschickt, dass es alles durchaus bei der alten capitulation geblieben<sup>c</sup>. Es wurden nur wenige Punkte beigesetzt und zwar solche, die der Kaiser selbst wollte. Man hat auch gefürchtet, es möchten verschiedene Punkte, wie der französische Krieg, das Concil und das Reichsregiment auf die Bahn gebracht werden, aber bisher verlief alles so ruhig, als ob keiner mit dem andern „uneinig“ wäre. P. I, 217. Einen ähnlichen Brief des Dr. Seld an Granvella erwähnt Heine, Die Wahl Maximilians, in d. Allgem. Zeitschr. für Gesch. herausg. v. Schmidt VIII. Bd. p. 28.

<sup>1)</sup> Ich stelle hier die Aeusserungen der venezianischen Gesandten zusammen. Im Jahre 1571 wird gemeldet: . . . et sebene (archiduca) procede con sua Mat<sup>à</sup> (allmanco nell' estrinseco) con grande riverentia, però è all'incontro anco rispettato da lei estraordinariamente, con una gelosia estrema, che ha sua Mat<sup>à</sup> di non darli causa di turbatione; con segni per dire il vero, che dà la Mat<sup>à</sup> S. non meno di stimarlo che di temerlo; tutto causato per interesse proprio; perche avendo Ferdinando, come ha doi filioli . . . d'una sua donna et dicendo fin hora liberamente, che sono incappacci delli stati come fatti legitimi per subsequens matrimonium (et per tali pare il habbia anco dichiarati nel suo testamento l' imperatore Ferd.) devendo perciò li stati ricadere a sua Mat<sup>à</sup> C. da qui viene il rispetto cosi grande, che la Mat<sup>à</sup> S. gli ha. Ma se morisse l'imperatore, Dio sà cio che saria. — Correr bemerkt 1574: l'unirsi (d. h. zwischen den Brüdern) è difficile, perchè l'imperadore ha che fare in guardar i propri stati e Ferdinando ha volti i suoi pensieri in altro, che lo devia in tutto da questo. — Michiel und Donado berichten 1577: Non era tra questo (Ferd.) et l'imperatore Massimiliano molto buona intelligentia, benche in apparentia et in publico procedessero con grandissimo rispetto l'un con altro honorandosi estraordinariamente.

neben Maximilian unternommene Bewerbung um Polens Krone waren freilich Umstände, welche das freundliche Verhältnis der Brüder etwas lockern konnten. Eine weitere Differenz ergab sich hinsichtlich der Auffassung der väterlichen Disposition. Auf Grund derselben drängte Maximilian zur Leistung „einer immerwährenden grenzhilf“. Der kaiserliche Reichshofrat Christ. Philipp Zott urgirte persönlich in Innsbruck die Erfüllung dieses Postulats. Zott bat um ein jährliches Deputat, welches Ferdinand zum Schutz wider die Türken gewähren möchte. Allein da herrschte am erzherzoglichen Hofe eine ganz andere Anschauung. Die kaiserliche Disposition — so führten die Räte Ferdinands aus — verlangt, dass die Brüder einander nach bestem Vermögen helfen sollen. Bei seiner Finanzlage kann aber der Erzherzog nicht über seine Kräfte in Anspruch genommen werden. Ist doch schon unter Kaiser Ferdinand ein Unterschied gemacht worden. Oesterreich und Steiermark, als die zunächst bedrohten, haben stets jährliche Leistungen getragen, wogegen Tirol und die Vorlande nur in einzelnen Jahren ein besonderes Kriegsvolk aufstellten. Nun ist aber die kaiserliche Disposition so zu verstehen, dass es mit allen Ländern gehalten werden möge wie bisher, „und dennoch vermittelt göttlicher hilf die österreichischen lande auf die ewigkeit ein unzerrennt corpus bleiben, doch ein jedes glied desselben leibs nach gelegenheit desjenigen gepflege und gelebe, dazu es verordnet und bisher gewohnet“. Würden Ferdinands Untertanen mehr „als von rechts oder gewohnheit wegen“ leisten müssen, so könnte die Disposition und die brüderliche Vergleichung (von 1566) nicht genügen, sondern „es müssten die stände selbst zugegen sein“. Für des Erzherzogs Lande gibt es blos die Pflicht zu einem „subsidium caritativum“, welches man auf den Landtagen nachsucht. Das „subsidium necessarium“ besteht nur in der Entrichtung jenes Theiles der Reichshilfe, welche es auf den Erzherzog trifft<sup>1)</sup>. — Diese Argumente machte Ferdinand auch gegenüber dem Kaiser geltend, und die Landstände verhielten sich auf ein Gesuch Maximilians (1569) ablehnend<sup>2)</sup>. Aber auch dasjenige, was als Reichsanlage bezahlt werden musste, wurde von Innsbruck aus nur zögernd und allmählig abgetragen — zum nicht geringen Verdruss des Kaisers und seiner geldbedürftigen Kammer<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Ferd. Kriegssachen. — Die tirolischen Stände bezweifelten sogar die Pflicht, die Reichscontribution zu erlegen (1573).

<sup>2)</sup> Vgl. I. Bd. p. 632. — Maximilian schlägt in diesen Verhandlungen mitunter einen ziemlich gereizten Ton an.

<sup>3)</sup> Vincenzo Tron sagt 1576: L'imperatore non s'ama con Ferdinando, il

Bei Maximilians Passivität gegenüber den Vorgängen im Reiche hatte auch Ferdinand fast nie eine Veranlassung, sich über dieselben mit seinem Bruder auseinanderzusetzen. Dagegen verfolgte man in Innsbruck mit Interesse den Gang der religiösen Verhältnisse in Oesterreich.

Der Erzherzog teilte seinerzeit die Meinung seines Vaters, dass der Papst die Priesterehe und das zweigestaltige Sakrament gewähren sollte<sup>1)</sup>. Als aber diese Zugeständnisse nicht zu erlangen waren, trat er für eine entschiedene Durchführung der katholischen Restauration ein — zunächst in seinen eigenen Ländern, indirekt auch für eine solche in den kaiserlichen Erblanden. Die Zugeständnisse, welche der Kaiser den protestantischen Ständen Niederösterreichs machte, riefen in katholischen Kreisen grosse Bestürzung hervor. Cardinal Comendone gieng im Auftrage des Papstes nach Wien, um Maximilian für die Zurücknahme zu vermögen<sup>2)</sup>. Auf dem Wege dahin traf ihn eine kaiserliche Bot-

---

quale è obligato sborsargli per difesa dell'Ungheria 50.000 tallari l'anno, ma non li paga e Carlo li paga.

1) Diesbezüglich ist ein Brief von Interesse, welchen Zasius am 23. März 1564 dem Erzherzog schreibt: Der Kaiser hat beim Papst um die Gewährung beider Punkte angehalten, hat aber nur ausweichende Antwort erhalten. Nun soll Morone zum Kaiser reisen und nur die Zusage der Communion sub utraque überbringen. Das ist jedoch zu wenig. Die Legation Morone's wird nichts anderes bewirken „als noch heftigere exulceration der gemüter“, und im Reiche würde man sie ansehen „als ein schikung allein zu schliessung einer blutigen confederation auf des concilii execution“, was in Hinsicht auf die Grumbach'sche Bewegung desto gefährlicher wäre. Auch ist zu bedenken die Krankheit des Kaisers. Denn es ist gewiss, „dass allein dies Moroni Innsbruckerische (die frühere) tractation die wurzl I. M. schwachheit gewesen, von wegen dass daselbst ermelter Morone mit seinen persönlichen privathandlungen bei I. M. und durch die heftigen schneidenden impressiones, mit welchen er solches fromen kaisers gotselig eifrig herz dermassen penetrirt, dass I. M. in solche passiones et afflictiones animi geraten, daher sie (der Kaiser) weder tag noch nacht kein augenblick die wenigste ruh nit gehabt, den tag allein mit diesen cogitationibus umgangen und die nacht darvor nit ruhen noch schlafen können. Davon hat der hofmarschall und Dr. Seld gut wissen. Sollte dann dieser subtile und ex longo rerum usu wunderbarlich abgerichtete römische artifex, der unter allen vorigen und noch vorstehenden tractatibus nichts anders als allein die künftige succession in dem papali magistratu sucht, jetzt (bei der Krankheit des Kaisers) mit seinen scharpfen durchdringenden pfeilen an I. M. geraten, so wurde I. M. ertötung zu befahren sein.“ Alle Räte dringen daher in den Kaiser, die Absendung Morone's zu hinterreiben und auf die Gewährung beider Forderungen in Rom zu dringen. P. II, 497. Vgl. Bucholtz, Ferd. I., VIII, 679 f.

2) Gratiani, De vita Comendoni, 276 f. Häberlin, Neueste deutsche Reichsgeschichte VII. Bd. p. 512. Maffei, Vita di S. Pio V., p. 117.

schaft, welche gegen seine Sendung protestirte. Der Legat unterbrach die Reise und blieb am Hofe Ferdinands in Innsbruck, wo er zugleich mit Herzog Albrecht von Baiern und mit dem Erzbischof von Salzburg zusammentraf. Albrecht und der Erzherzog<sup>1)</sup> richteten nun dringende (graves) Schreiben an den Kaiser, um dem Cardinal bei demselben freundliche Aufnahme zu verschaffen. Comendone, vom Papste zu unverzüglicher Weiterreise beauftragt, gelangte denn auch nach Wien<sup>2)</sup> und brachte den Kaiser, freilich nur mit Hilfe des mächtigen Einflusses von Spanien, zum Aufgeben oder vielmehr zur Einstellung seiner protestantenfreundlichen Politik. Ueber diese Wendung, welche völlig im Sinne Ferdinands geschah, wurde dieser alsbald vom Kaiser selbst sowie vom Vicekanzler Zasius benachrichtigt<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Cardinal Otto von Augsburg schreibt damals an Herzog Albrecht: mich tröst nit wenig E. L. und noch der beiden erzherzogen (Ferd. und Karl) beständigkeit. Wimmer, Vertraul. Briefwechsel, p. 58.

<sup>2)</sup> Zasius meldet darüber 23. Okt. 1568 dem Erzherzog: Der Kaiser erlaubt dem Legaten auf dringendes Anhalten des Papstes die Weiterreise und hat dies dem Cardinal nach Passau, wo derselbe gewartet, mitgeteilt. Von Rom und anderen Orten hat man es dem Kaiser zwar widerraten, aber er hat nicht darauf geachtet.

<sup>3)</sup> Der Kaiser meldet dem Erzherzog am 12. Jänner 1569: Wir haben den Ständen der Herren und Ritter von Niederösterreich in Aussicht gestellt, „wofern man der ceremonien und rituum halb sich ein richtiger mass vergleichen künfte, dass dann die augsburgische confession mit allerhand conditionen und vorhalten von unsertwegen tolerirt werden soll“. Deshalb war eine Versammlung auf Martini (1568) ausgeschrieben. Nun kam aber der päpstliche Legat bei uns an, und hat Sr. Heil. beschwerung wegen der hauptsächlichen Toleranz fürgebracht. Wir haben dann „den vorgestandnen tractat der ständ suspendirt“. Der Papst hat hierauf durch den Legaten mündlich und schriftlich „wieder antwort angefügt, daraus wir Sr. Heil. trefflich wolgefallen und vollkommene väterliche ersättigung genugsam vermerken, was ohne zweifel E. L. sowol als wir selbst gern vernehmen“. Wir werden uns in der Religionssache so verhalten, wie wir es gegen Gott, unser christlich Gewissen „und sonst aller gebür nach zu verantworten wissen“. — Was den Vicekanzler Zasius belangt, so zeigt er sich im Verkehr mit Ferdinand in etwas anderer Gesinnung, als ihn Cardinal Otto Truchsess in Verdacht hatte. Wenn Otto über des Zasius „teufliche, unchristliche, erschreckliche briefe wider Pöpst, Cardinal“ etc. klagt (Wimmer l. c. 62, 73), so hat er im Hinblick auf den oben citirten Brief des Zasius wol nicht ganz Unrecht; allein anders steht es mit Otto's Angabe: „es ist in sonderheit D. Zasius hoch beschreit, dass er den Confessionisten heftig anhange“. — Ich möchte den Vicekanzler nicht als Anhänger der Protestanten bezeichnen, wenn er auch mit manchen, wie mit Peucer, befreundet war. (Gillet, Crato v. Kraffheim I, 271.) Zasius schreibt schon 1564 (18. Dez.) an Ferdinand: „es gehen in puncto religionis gar böß weg an, dann die drei stend auf zulassung und vergünstigung der augsburg. confession und apologi, auch mit vielen geschmückten guten und schmalzigen worten (dringen). Darüber ist man jetzt in starker consultation, wie

Die Belehnung mit Tirol, Wirtemberg und Teck erteilte ihm nach mehreren vorausgegangenen Indulten Maximilian 1572 auf dem Boden der Markgrafschaft Burgau, jedoch nicht feierlich, sondern blos „in camera“. Hingegen liess sich Ferdinand den Besitz der vorländischen Reichspfandschaften einfach (auf Grund einer Confirmationsurkunde Karls V.) bestätigen, weil die zu einer förmlichen Einsetzung benötigte Zustimmung der weltlichen Churfürsten nicht leicht zu erreichen schien.

Der Tod Maximilians II. brachte eine etwas geänderte Stellung Ferdinands zum Gesammthause. Als Aeltester desselben beanspruchte er gegen alle Mitglieder der Dynastie gewisse Vorrechte und fühlte sich berufen, überall einzutreten, wo ein Interesse der habsburgischen Familie berührt ward. Teils persönlich, teils durch Gesandte (Graf Franz v. Thurn und Erasmus Heidenreich) beteiligte er sich an den Erbverhandlungen der Söhne Maximilians in Wien (1577—1578)<sup>1)</sup>. Als Senior des Hauses liess er sich 1578 mit den österreichischen Reichslehen von K. Rudolf belehnen<sup>2)</sup>. Frühzeitig scheinen sich Ferdinands Beziehungen zu seinem kaiserlichen Neffen getrübt zu haben. Schon 1579 ergeht sich der Erzherzog über denselben in Aeusserungen der Verstimmung, indem er an Georg Popel v. Lobkowiz schreibt: „Dass aber bisher darauf<sup>3)</sup> nichts erfolgt von I. K. M., das kumt mir etwas bekummerlich für, dass ich in so geschlechten (untergeordnetem) von I. M. kein befürderung haben kann. — — Ich weiss nit, wie ichs um I. M. verschuldet, dass ich so gar kein stern bei I. M. haben kann, des ich doch nit verschuldet hab“<sup>4)</sup>. Zur selben Zeit drückt sich Ferdinand in ähnlichem Tone über eine andere Ange-

---

man die stend noch eine zeit lang zur geduld vermöcht und aufgehalten, bis der allmechtige gott die gnad gibt, dass die verfassung christlich und gottgefellig zuwegen bracht und dem zerütt wesen zu einem bessern stand geholfen werd.“ Ueber das Resultat der Bemühungen Spaniens und Comendone's meldet Zasius an Ferdinands Kanzler Wellinger (20. Nov. 1568): Der Kaiser hat sich entschlossen, den ganzen „tractat agenda et rituum zu suspendiren, wie denn gottlob beschehen und J. M. sich gegen den Legaten erklärt hat auch gleichwol auf mein gutachten jezo in dieser stund. Was ich dabei getan hab, dass es diese wege erreicht, gebürt mir nit zu rühmen; ich habe auch den gedanken, solche suspension in ewige anhengigkeit zu bringen, derwegen ich jezo manibus pedibusque laborirt, dass der Camerarius heutigs tags widerum dimittirt wurde, nunquam eum spero rediturum“. Zasius ersucht, diese günstige Wendung dem Erzherz. »meo nomine« zu referiren. Schl. 65. Ueber die Bemühungen des Herzogs Albrecht bei Zasius s. Wimmer I. c. 52.

1) Ferd. 111.    2) Ferd. 264.

3) Es handelte sich um die Beförderung des Cardinals Andreas nach Olmütz, wovon später zu handeln ist.    4) L. A. Or. 27. Apr. 1579.

legenheit aus, welche er umsonst beim Kaiser urgirte. „Nachdem ich befind“, sagt er, „je mehr ich um antwort anhalt, je lenger man mich aufhalt, daraus ich spüren muss, dass ein teil der wizigen mich versuchen will, was ich kan. Ich gib dem frumen kaiser keine schuld, auch nit allen räten, nur etlichen“<sup>1)</sup>. Ein anderes Mal spricht er von derselben Sache: „wenn I. K. M. wollen, so können sie es wol tun, es geht I. K. M. allein an. — — Es sein wol weg vorhanden: auf einem oder dem andern weg, wenn man mich nur contentiren will; kans vielleicht so wol verdienen als andere“.

Finden wir da Ferdinand von einem Gefühl des Mismutes erfüllt, so gesellte sich bald zu demselben ein zweites, das Gefühl der Unruhe. Der Kaiser kränkelte frühzeitig. Er war noch nicht zwei Jahre auf dem Trone, als man schon von einer „Melancholei“ sprach, die sich an ihm bemerkbar mache<sup>2)</sup>. Ferdinands Agent in Prag meldet 1580: „I. M. sein durch so viel einnehmung ein und anderer medicamenter also schwach und matt gewesen, dass mans ihr auch hat in dem gehen ansehen mögen mit vieler leut verwunderung, warum sie sich dergleichen stetigen arznieis nit lieber enthalten und der natur zu wirken mehreren plaz geben“<sup>3)</sup>. Solchen Nachrichten reihte sich die Wahrnehmung an, dass Rudolf sich von der Aussenwelt mehr und mehr zurückziehe, ja nicht einmal Audienzen erteilen wolle<sup>4)</sup>. Dies lenkte die Aufmerksamkeit der Erzherzoge auf ein Doppeltes: der Kaiser sollte sich vermählen und die Frage über die Nachfolge ins Reine bringen. Es lässt sich denken, dass Ferdinand als Aeltester des Hauses sich berufen fühlte, bei Gegenständen von

1) Ferdinand schliesst diesen Brief (21. Dez. 1578): „dan wann man mir nit helt, so halt ich auch nit; dernach dank I. M. iren wizigen räten darum, denen ich noch wizig genug sein will und hab gute mittel dazu. Hab ich nit recht geschriben, habt mirs nit für übl, man macht mich in diesem handel sehr wirsch.“ Ibid. — Dem kaiserlichen Vicekanzler Vieheuser meldete Maximilian Ilung, der Erzherzog sei wegen der ungunstigen Erledigung seiner Angelegenheiten bei Rudolf über alle Massen „alterirt“. Schl. 65.

2) Bezold, K. Rudolf und die Liga p. 7; Stieve, Die Verhandl. über die Nachfolge Rudolfs p. 33.

3) A. M. 1580. Bezold, K. Rud. u. d. Liga p. 37, 38. Am 26. Febr. 1581 schreibt Ferdinand an die Frau des Georg v. Lobkowiz: Mit der Krankheit des Kaisers scheint es gottlob besser zu gehen, „man redet allerlei davon, aber ders nit sieht, kann nit alles glauben“. L. A.

4) Solche Klagen erhielt Ferdinand schon 1580. Am 14. März 1581 schreibt Fernberger dem Erzherzog: Ich kann zu keiner Audienz gelangen. Der Kaiser hat schon zwei Monate lang Niemanden vor sich gelassen, ausser den alten Herrn Trautson und zwei Gesandte des böhmischen Landtags. Seine Krankheit will man geheim halten. Schl. 65.

solcher Bedeutung für die Dynastie ein Wort mitzusprechen<sup>1)</sup>. An den Heiratsberedungen hat sich der Erzherzog zwar nicht beteiligt — er scheint sogar gegen das spanische Heiratsprojekt gewesen zu sein<sup>2)</sup>; desto grössern Eifer zeigte er für die Ordnung der Succession. Schon 1580 wurde hierüber in vertraulicher Weise gehandelt<sup>3)</sup>. Ein Churfürstentag, welchen Rudolf nach Nürnberg ausgeschrieben hatte, auf welchem wahrscheinlich auch diese Sache hätte beraten werden sollen, kam nicht zu Stande. Ausser den Wahlfürsten war blos Erzherzog Ferdinand dazu geladen worden<sup>4)</sup>. Eine zu Beginn von 1581 unternommene Reise des Erzherzogs Ernst nach Prag gab zur Vermutung Anlass, derselbe wolle sich beim Kaiser bemühen, „um sich zu einem könig von Böhmen und Ungarn befördern zu lassen<sup>5)</sup>. Gleichzeitig erhielt Ferdinand von seinem Bruder Karl die Mahnung, es werde im Hinblick auf des Kaisers Zustand etwas unternommen werden müssen. Der Erzherzog erklärte sich zu einem gemeinsamen Mitwirken bereit. Worin die „gemeinsame“ Tätigkeit der beiden Erzherzoge in der nächsten Zeit bestand, lässt sich nicht genau constatiren. Allerdings scheint Ferdinand im Frühjahr 1581 in aller Stille nach Prag gekommen zu sein; was ihn aber dahin geführt, mit wem und worüber er daselbst verhandelt hat, findet sich nirgends angegeben<sup>6)</sup>. Ueber Karls Schritte sind wir genauer informirt. Durch

<sup>1)</sup> (Ferdinand) vuol esser il direttorio della corte Cesarea, vigore privilegii, quo ipse tanquam maximus natus Austriacus est perpetuus summus consiliarius imperatoris. Aufzeichnung des Dr. Paull bei Bezold, Briefe I, 438.

<sup>2)</sup> Als es bereits fest stand, dass die Kaiserin Witwe sich nach Spanien begeben „zu richtigmachung der hevrath zwischen ihrem sohn K. Rudolphen und Infantin Dona Isabella“ (Khevenhiller Annal. Ferd. I. 189), schrieb Ferdinand an die Frau v. Lobkowitz: „Dass die Kaiserin fort nach Hispania wil, hör ich nit gern, het gleichwol die übrig zeit ihres lebens bei uns heraus verzehren können; was will sie sich zaichen, solt wol etwas auf dem weg bleiben.“ L. A. — Auch Erzherzog Karl soll die Reise nicht gern gesehen haben. Bezold I, 448.

<sup>3)</sup> Vgl. Sprinzensteins Andeutungen über das „quel negotio secreto“ bei Bezold, K. Rudolf u. d. Liga p. 36. <sup>4)</sup> Bezold, Briefe I, 411, 420, 421.

<sup>5)</sup> Agent Zehentner an Ferd. Prag 16. Jänner 1581. Schl. 65. — Der Erzherzog schrieb hierüber alsbald an seinen Bruder Karl, welcher am 31. März 1581 antwortet: Ich danke E. L., dass E. L. zur Erhaltung unseres Hauses Oesterreich so wol geneigt sind. Aber ich habe weder vom Kaiser noch von seinen Brüdern etwas über die ungarische oder böhmische Succession erfahren. Or. Ferd. 146. — Hurter, Gesch. K. Ferd. II., II. Bd. p. 314. Auch hier tritt Ferdinands gereizte Stimmung gegen Rudolf hervor.

<sup>6)</sup> Ueber diese Reise des Erzherzogs hat man nur höchst dürftige Andeutungen. Dr. Paull notirt im Frühsommer 1581: „Item diceva, che l'arciduca era stato secretamente a Praga senza parlar all'imperador“. Bezold, Briefe d. Pfalzg. I, 439. Sprinzenstein meldet im März aus Italien: Vergangene Woche hat

Dr. Wolfgang Schranz liess er die Erzherzoge Ernst und Maximilian erinnern, dass im Interesse des Hauses an die Wahl eines römischen Königs zu denken wäre; und bald darauf besuchte er selbst die Höfe von Prag und Dresden. Bei der Hinreise hielt Karl in Prag an, sprach wol auch mit Rudolf, vermied es aber, die Successionsfrage zu berühren, weil dessen Gesundheit sich wieder gebessert hatte, und weil Karl schon wusste, „dass ich I. M. damit nit wol komen wurd“. In Dresden dagegen redete er wiederholt mit dem Churfürsten über die Sache, und August meinte, es sei gewiss, „dass es im reich zu einem interregno komen sollte, dass sich daraus grossen verderbens zu versehen“, namentlich für das Haus Oesterreich. Der Churfürst mahnte seinen erzherzoglichen Gast dringend, beim Kaiser auf die Wahl eines Nachfolgers zu wirken, und versprach zur Wahl seine eifrige Unterstützung. Als Karl auf der Rückreise wieder nach Prag kam, liess er dem Kaiser nur melden, er habe seinem Agenten „wegen des churfürsten I. M. wichtige sachen anzeig zu tun befohlen“ und dann wendete er sich, vom Kaiser an Trautson gewiesen, an denselben. Trautson sagte zu, die Angelegenheit bei Rudolf zu befördern<sup>1)</sup>.

Unterdessen verhandelte Karl ununterbrochen mit Ferdinand. Er liess denselben neuerdings durch Dr. Schranz über „die succession der kaiserlichen kron“ befragen; und als er ihm über die Reise nach Sachsen berichtete, gab er zu bedenken, ob man Trautson, der noch nie geschrieben, mahnen und dem sächsischen Churfürsten einen Dankbrief senden sollte, damit derselbe nicht „unlustig“ werde<sup>2)</sup>. Ferdinand zögerte einige Zeit, bis er auf das wiederholte Anbringen seines Bruders sich erklärte. Nachrichten von Prag, welche eine fortschreitende Genesung Rudolfs meldeten, mögen Ferdinand zu desto grösserer Zurückhaltung und Vorsicht bestimmt haben<sup>3)</sup>. Auch Karl hatte geglaubt, man sollte mit einem ernstlichen Schritt bis zu völliger Gesundung des Kaisers warten.

Aber im August liess Ferdinand die Grafen Franz v. Thurn und Wilhelm v. Zimmern, den Kanzler Dr. Justinian Moser und Ulrich

mich der Papst befragt, ob ich berichtet bin, „das E. D. von Insprugg verruckt“; der Papst hätte auch gern die Ursache „E. D. rais zu der Kais. Mt.“ erfahren etc. Bezold, K. Rud. u. d. Liga p. 39.

<sup>1)</sup> Karl an Ferdinand 8. Aug. 1581. Ferd. 146. Vgl. den Brief Karls an Sachsen bei Bezold, Briefe I, p. 451. Ueber die unterdessen mit Ferdinand gepflegten Verhandlungen geschieht hier keine Erwähnung.

<sup>2)</sup> Ibid.; Karl an Ferdinand. 20. Juli 1581. Ferd. 432 $\frac{1}{3}$ .

<sup>3)</sup> Briefe erzherzoglicher Agenten vom 26. April und 30 Juni constatiren eine Besserung im Zustande des Kaisers. Ferd. 112.

Hohenhauser zu Rat bitten, und ihrem Gutachten<sup>1)</sup> entsprechend gieng er nun vor. Franz v. Thurn begab sich als sein Gesandter nach Graz, um von dort weg auch die Erzherzoge Ernst und Maximilian zu besuchen; von allen zusammen hatte er eine Vollmacht zu erwirken, auf Grund welcher der Kaiser zur Regelung der Nachfolge anzugehen wäre<sup>2)</sup>. Am 16. September ward Thurn zu Graz in Audienz empfan-

<sup>1)</sup> Auch in dem Gutachten spricht sich die gereizte Stimmung gegen den Kaiser aus: Es wundert uns sehr, dass „bei obliegender leibsschwachheit“ weder der Kaiser noch seine Räte sich über die Sache beraten und an E. F. D. als den ältesten Erzherog etwas berichtet haben. (27. Aug. 1581.)

<sup>2)</sup> Die Instruktion des Grafen Thurn als Gesandten aller vier Erzherzoge lautete nach ihrem Innsbrucker Entwurf (4. Sept. 1581): Thurn hat zuerst dem Kaiser das Beileid der Erzherzoge zu seiner Krankheit auszudrücken. Hierauf soll er (in der Audienz) hinweisen, wie die Vorfahren des Hauses stets bestrebt waren, die Kaiserwürde der Dynastie zu erhalten, und wie alle Kaiser seit Friedrich III. bei Lebzeiten schon für einen Nachfolger sorgten. Sollte der Kaiser vor der Zeit sterben, so würde zum grössten Schaden des Hauses die Krone demselben verloren gehen, und Oesterreich müsste dann der Reichshilfe gegen die Türken entbehren. Dem Auslande würde es ein Interregnum möglich machen, ins Reich zu dringen. Schon spricht man im Reich von der Sache, und die Churfürsten verlangen nach einem römischen König. Wenn da nicht vom Haus Oesterreich vorgesehen wird, so „wird ein anderer erpracticirt“. Auch ist zu bedenken, dass jene Churfürsten, welche es mit Oesterreich gut meinen, mit Tod abgehen können, „und also die gelegenheit verseumt wird“. Der Kaiser könnte den König in Reichssachen gebrauchen, wodurch die Expedition beschleunigt würde. Rudolf möge erwägen, was bei langem Verzuge versäumt wird, er möge die Churfürsten zur Wahl aufbieten, ihnen jedoch freie Wahl unter den Erzherzogen gestatten. „Wem von den erzherzogen es der allmechtige gott gibt, werden es die andern wol gönnen“. Weil der Churfürst von Sachsen dem Haus Oesterreich gut gesinnt ist und die andern Churfürsten sich meist nach ihm richten, so möge der Kaiser bei ihm die Frage durch einen Gesandten anbringen; August wird sicherlich darauf eingehen. Wenn dann der Kaiser in die Wahl willigt, soll Thurn auch die Frage wegen des Unterhalts eines römischen Königs anregen und zu bedenken geben, ob er vom Reiche oder insgemein vom Haus Oesterreich versorgt werden soll. „Ausserhalb dessen möchte nit ratsam sein bei den churfürsten anbringens zu tun; dann sollt es beschehen, aber kein hilf zur unterhaltung gegeben werden und der mangl beim haus Oesterreich erscheinen, wurd es demselben verkleinerlich fallen“. Ferd. 146.

Thurn sollte diese Instruktion den Erzherzogen zur Prüfung vorlegen.

Ausserdem erhielt der Graf noch besondere Weisungen: Erzherzog Karl hat die Sache bei Ferdinand schon angeregt, aber gemeint, man solle noch warten, bis der Kaiser genesen wäre. Dagegen hat Thurn vorzustellen, dass auf Rudolfs Gesundheit kein Verlass sei. Allerdings wäre es auch möglich, dass sich der Kaiser vermählte und Söhne bekäme, aber man muss bedenken, „dass doch alles beim göttlichen willen steht und solches ein gute zeit bedarf“. Würde Karl trotzdem auf seiner frühern „opinion“ beharren, so wird Thurn „mit notwendiger

gen und erhielt von Karl die Versicherung, dass derselbe durchwegs mit Ferdinands Propositionen einverstanden sei. Nur die eine Verbesserung wünschte Karl in der Instruktion an den Kaiser, dass nämlich nicht die Erzherzoge allein, sondern das gesammte Haus Oesterreich (also Spanien mit inbegriffen) den Churfürsten zur Wahlhandlung empfohlen würden<sup>1)</sup>. Da man in Innsbruck gegen diese Emendation nichts einwendete, verfügte sich der Graf mit Karls Vertreter Hans v. Kobenzl nach Wien. Neunzehn Tage wurden sie hier aufgehalten, ohne den Zweck ihrer Mission zu erreichen. Denn von den Brüdern des Kaisers war nur Erzherzog Ernst anwesend, und dieser konnte sich nicht entschliessen, für sich allein das Anhalten seiner beiden Oeime beim Kaiser zu unterstützen. Er liess sich in Graz und Innsbruck hoch entschuldigen mit der Sorge, „dass nit etwa sowol I. M. als auch erzherzog Mathias und Maximilian, so mit I. F. D. (Ernst) als brüder in gleichen grad stehen, dasselb anders verstehen oder ungleiche Gedanken schöpfen möchten“. Komme der Kaiser, wie man hofft, bald ins Land, so wolle er gern die Sache bei demselben fördern helfen. Die beiden Gesandten sprachen auch den alten Grafen Leonhard v. Harrach, welcher kurz vorher in Innsbruck gewesen und mit Erzherzog Ferdinand über die Succession geredet hatte. Harrach gab die Versicherung, „er halte auch solches werk bei ihm selbst für hoch notwendig und guet“, und versprach, wenn ihn der Kaiser zu Rat ziehen würde, „an seinem besten und treuesten nachdenken nichts ermangeln zu lassen“<sup>2)</sup>. Im Ganzen ward in Wien gar wenig ausgerichtet, und nicht in der zuversicht-

---

ablainung zu begegnen wissen“. Wenn Karl durchaus nicht für den gemeinsamen Schritt beim Kaiser zu bewegen sein sollte, so wird es Ferdinand allein wagen, und Thurn hat sich auch in solchem Fall nach Prag zu begeben.

<sup>1)</sup> Darnach ist die unklare Darstellung bei Hurter l. c. II, 317 zu corrigiren. Auch Bezold, K. Rudolf u. d. Liga p. 10 ist darnach zu ergänzen. — Karl liess seinen Bruder durch Thurn fragen, ob man nicht auch den König Philipp ins Vertrauen ziehen sollte; der König würde sich dann vielleicht herbeilassen, für den Unterhalt des Neugewählten etwas beizutragen. In einem beigelegten Schreiben entschuldigt Dr. Schranz den Erzherzog Karl wegen der proponirten Aenderung „die werbung der wahl bei des heil. reichs chur und fürsten in genere und gemein auf einem aus dero haus Oest. one den zusatz und limitation: soviel der erzherzogen jeziger zeit in diesen landen vorhanden sein, zu stöllen, weil das widrig, ein schädliche sündering und trennung und gleichsam ein praktiken mit sich ziehen, ja sonderlich den König von Spanien, wo ers innen werden sollte, hoch offendiren möchte“.

<sup>2)</sup> Copie „was wir (Thurn und Kobenzl) gestern (30. Okt.) mit dem alten herrn v. Harrach für ein gespräch gehabt“. Harrach stand in kais. Diensten; einst (1550) war er Hofmeister und Erzieher des Erzherzogs Karl gewesen.

lichsten Stimmung nahmen Thurn und Kobenzl den Abschied, um nach Prag zu gehen<sup>1)</sup>. Kurz vorher hatten die Churfürsten von Sachsen und Brandenburg, welche zu Rudolf auf Besuch gekommen waren, das kaiserliche Hoflager verlassen<sup>2)</sup>. Thurn und Kobenzl wurden vom Kaiser gnädig empfangen und brachten ihm wie dem Hofvicekanzler ihre Werbung vor. Am 20. November erhielten sie die kaiserliche Antwort für ihre Herren, die beiden Erzherzoge. In derselben bedankt sich Rudolf für die Teilnahme an seiner Krankheit, die aber, wie jetzt wol bekannt, „sich zu guter besserung schickt“. Auf den Hauptpunkt übergehend, sagt die Erwiderung: „Soviel dan die sach an ihr selbst belangt, befinden I. M., dass Ihre Durchlauchten (Ferdinand und Karl) ihnen nit weniger des heil. reichs als ihres gemeinsamen hochlöblichen haus Oesterreich bestes und wolfahrt treulich angelegen sein lassen, auch derselben notdurft vernunftiglich und wol bedenken und erwegen, daher dan (dass) Ihre Durchlauchten solcher sachen wichtigkeit Ihrer K. M. aus treuherzigen guten eifer zu gemüt füren wöllen, zu sondern freundlichen angenehmen gefallen reicht. Und nachdem auch hievor dieser sachen bei I. M. etwas anregung beschehen, so haben I. M. nit unterlassen, derselben als die an ihr selbst wichtig und gross, auch zeitigs nachsinnens und rats wol bedarf, nachzugedenken, inmassen I. K. M. auf jetzige beider Ihrer Durchlauchten samtlich wolmeinendes erinnern noch ferner mit allem fleiss zu tun geneigt sein und was dies orts dem heil. reich zu nuz und guten gedeihen, auch zu erhaltung des hochlöblichen haus Oesterreich erspriesslich sein mag, an I. M. treuen zutun und beförderung nit wöllen erwinden lassen, sondern sich also erzeigen, darob zu spüren sein möge, dass I. K. M. es nit weniger gutherzig meinen, als von Ihren Durchlauchten die sach angebracht worden.“ Schliesslich wird versichert, Rudolf sei den Oheimen in aller Freundschaft „ganz wol zugetan“. — Dass dieser höfliche Abschied keinen nennenswerten Erfolg der Mission bedeute, erkannte wol auch Graf Thurn, wenn er nach Innsbruck meldete: „es ist sich in diesen sachen alles guts zu verhoffen, daneben aber auch allerlei geferlichkeit des ganzen löbl. haus Oesterreich halben zu befahren; die zeit wirts zu erkennen geben“.

<sup>1)</sup> Thurn schreibt bei der Abreise von Wien an Ferdinand: „Gott geb überall glück und nur viel, wenig kleckt nit“.

<sup>2)</sup> Thurn hoffte in Wien, er könne vielleicht in Prag erfahren, was der sächsische Churfürst mit dem Kaiser traktirt, und wird hart an sein, ihr kurfürstl. gnaden werden bei I. M. dieser bewussten succession halber auch ein meldung getan haben“. (31. Okt.)

Von Sachsen abgesehen, erscheinen die Churfürsten in diesem Jahre mit der Succession nicht beschäftigt. Dagegen interessirte man sich dafür am bairischen Hofe, sowie in Italien und Spanien. Ein Wiener Bericht an den bairischen Herzog bezeichnet den steiermärkischen Erzherzog als „in starker Praktik“ begriffen, um trotz seines Bruders Ferdinand die Kronen Rudolfs zu gewinnen<sup>1)</sup>. Der sächsische Rat Dr. Paull wollte dagegen gehört haben, dass Spanien den Erzherzog Ferdinand für die Nachfolge im Reiche begünstige<sup>2)</sup>. Dass Ferdinand Aussichten habe, erfuhr auch der französische Gesandte in Venedig<sup>3)</sup>. Natürlich wusste Sprinzenstein, welcher damals in Italien weilte, Hochwichtiges mitzuteilen. Schon im Februar 1581 versichert er den Erzherzog: „È. D. glaubt bei meinem gewissen nit, wie stark man in Italia von derselben discorriren tut“<sup>4)</sup>. Auf welcher zweifelhafter Grundlage aber alle diese Gerüchte und Meldungen beruhten, ersieht man schon daraus, dass dem einen nur ein Erzherzog, einem andern hingegen zwei — entweder Ferdinand und Karl oder einer von diesen und Ernst — als Bewerber oder Rivalen um Ungarn, Böhmen und das deutsche Reich bekannt waren. Es konnte darüber um so weniger etwas Authentisches gesagt werden, als der Kaiser selbst, wie wir sehen, vollständige Zurückhaltung beobachtete. Was Rudolf tat, beschränkte sich auf ein wiederholtes Gesuch an Sachsen, ihm in der Successionssache beizustehen<sup>5)</sup>. Churfürst August zeigte sich dienstwillig und hielt darüber mit den geistlichen Fürsten von Mainz und Trier vertrauliche Besprechung; der Kaiser gieng seinerseits noch einen Schritt weiter, indem er die von diesen drei Fürsten aufgestellte Vorbedingung zu erfüllen versprach, dass nämlich auch für die Nachfolge in Böhmen gesorgt werde. Im Sommer 1584 tritt aber Rudolf plötzlich zurück, er zeigt sich nun weder dem Successionsplan noch dem spanischen Eheprojekt zugänglich<sup>6)</sup>.

Ferdinands Berührung mit dem Kaiserhof ist seit den besprochenen Verhandlungen von 1581 in den nächstfolgenden Jahren eine ungemein geringe. Von der Nachfolge wird scheinbar in Innsbruck gar nicht mehr gesprochen. Auch an den sich noch fortspinnenden Erbverhandlungen zwischen Rudolf und seinen Brüdern, über deren jüngste, Albrecht und Wenzel, der Erzherzog Mitvormund war, be-

1) Bezold, Briefe I, 443.      2) Ibid. I, 440.

3) Charrière, Négotiations de la France dans le Levant IV, 26.

4) Bezold, K. Rudolf u. die Liga 38, 39.

5) Stieve, Die Verh. über d. Nachf. p. 5.

6) Ueber die Motive dazu s. Stieve's lichtvolle Darstellung l. c. Dazu ergänzend Bezold, K. Rudolf u. die Liga p. 19.

theilte er sich sehr wenig. Auf eine Anfrage der Erzherzoge Ernst und Maximilian, wie sie sich gegen den Kaiser verhalten sollten, der ihnen den fälligen Erbbetrag wegen Geldmangel nicht entrichtete, rät Ferdinand, einen weitem Aufschub von zwei Jahren zu gewähren (1582) <sup>1)</sup>.

Einen unerfreulichen Beleg für die kühlen Beziehungen zwischen Prag und Innsbruck brachte das Jahr 1584. König Philipp hatte dem Kaiser, wie auch den Erzherzogen Karl und Ernst den Orden des goldenen Vliesses verliehen. Die Erhebung in den Ordensstand hatte ein Ritter desselben zu vollziehen, und ein solcher — damals der einzige unter den deutschen Habsburgern — war Ferdinand <sup>2)</sup>. An ihn richtete deshalb der spanische König sein Gesuch. Der Erzherzog vereinbarte mit Rudolf den Termin Martini 1584, zu welchem er sich in Prag einzufinden versprach. Am 27. Oktober verliess er mit einem stattlichen Gefolge seine Residenz und reiste über Rosenheim bis Altötting. Während dieser Fahrt traf er mit dem bairischen Herzog zusammen. In Altötting angekommen erhielt Ferdinand ein Schreiben des oberösterreichischen Landeshauptmanns, worin derselbe avisirte, es sei auf den Strassenzügen von Linz gegen Prag die Infektion ausgebrochen; also gleich liess der Erzherzog die Weiterfahrt einstellen und reiste nach Tirol zurück <sup>3)</sup>. Diese plötzliche und wenig motivirte Umkehr erregte begreifliches Aufsehen. Dem venezianischen Gesandten erschien sie als Folge „der wolbekannten früheren Verstimmungen“ <sup>4)</sup>; in Prag sagte man, des Erzherzogs Furcht vor der Infektion sei nur „ein maskera“ <sup>5)</sup>. Solche Vermutungen gewinnen in der Tat an Wahrscheinlichkeit, wenn man die Umstände genauer besieht. Die Infektionsgefahr kann nicht sehr drohend gewesen sein. Denn Christoph v. Assonleville <sup>6)</sup>, Herr zu Hauteville, spanischer Staatsrat und Ordensschatzmeister, welcher von Prag dem

<sup>1)</sup> Ferd. 111.

<sup>2)</sup> Ferdinand hatte den Orden schon im März 1557 erhalten, sicherlich als Auszeichnung für den kurz vorher beendigten Zug nach Ungarn.

<sup>3)</sup> Landeshauptmann Helfrich v. Meckau und Vicedom Cosmas Gienger schreiben am 22. Okt. aus Linz: an [beiden Pragerstrassen ist die Infektion ausgebrochen, in Galneukirchen an der Strasse nach Freistadt und in Helmanstett an der Strasse nach Leonfelden; in Linz musste gestern (21. Okt.) das Haus eines Kirschners wegen der Infektion abgesperrt werden. — Am 31. Okt. meldet Karl Schurf, welcher dem Erzherzog vorausgeeilt war, aus Passau, dass die Infektion dort in drei Häusern ausgebrochen sei. <sup>4)</sup> Bezold, K. Rudolf u. die Liga p. 23.

<sup>5)</sup> Sprinzenstein an Ferdinand Prag 21. Nov. 1584. A. Mem. IX, 17.

<sup>6)</sup> Notizen über Assonleville bei Strada, De bello Belgico (Frankf. 1651) 116, 223; Motley, Der Abfall der Niederlande III, 491.

Erzherzog entgegengereist war, stellte gleich auf die erste Kunde von Ferdinands Rückreise das Vorhandensein jeder Infektion in Abrede<sup>1)</sup>. Ein zweiter Entschuldigungsgrund, den Ferdinand später wiederholt anführte, dass ihn nämlich in Altötting ein „herzweh“ befallen, scheint nicht viel stichhaltiger. Auf das tatsächliche Motiv wird man durch die Aeusserung des Erzherzogs geführt, worin er sich beklagt, dass Assonleville nicht, wie es schicklich gewesen, sich zuerst nach Innsbruck und dann erst nach Prag begeben habe<sup>2)</sup>.

Der Kaiser war durch Ferdinands Benehmen verletzt und gab es nicht undeutlich zu verstehen. Unter Hinweis auf die schon getroffenen Vorbereitungen schrieb er dem Erzherzog: „wir hätten uns versehen, E. L. sollten sich nit allein durch dies, sondern noch ein merers nit verhindern haben lassen“. Die Art, wie Ferdinand sich dann nochmals in Prag entschuldigte, dürfte dort kaum besser, als die erste Absage befriedigt haben<sup>3)</sup>. Aeusserlich erklärte zwar Rudolf,

1) Assonleville erwartete am 31. Okt. den Erzherzog in Linz. Als er die plötzliche Absage Ferdinands vernahm, beeilte er sich der Nachricht über die Krankheit dem Erzherzog gegenüber zu constatiren: y maximamente no aviendo yo por todo el camino entendido de Praga hasta aqui que aya algun inconveniente deste mal.

2) Dieser Vorwurf erscheint zuerst in einem Briefe Ferdinands an den Gesandten Assonleville. Am 12. Nov. liess der Erzherzog dem Kaiser schreiben: „wären aber I. F. D. (Ferdinand) dessen vertreulichen was zeitlichers berichtet worden, hetten sie (Ferdinand) villeicht auch was zeitlichers und vor diesen verhinderungen zu den sachen tun megen. Jetzt referirt sich Assonleville deutlicher auf sein instruction, welches er doch, als obsteht, damit vor diesem mehrere mühe erspart auch besserer verstand zwischen I. F. D. und ihnen erhalten worden were, vor diesem wol tun hette mügen und dabei copien derselben mitgeschickt, daraus dan ja wol zu befinden, dass dieselb instruction der andern, so auf I. F. D. gefertigt, in etlich wenig punkten etwas different und zuwider und deswegen sie I. F. D. ihn Assonleville und Borgognone (der zugleich mit Assonleville gesandte spanische Ehrenherold) nunmer billig gnedigst für entschuldigt halten müssen, seintemal sie gnedigst befinden, dass er von seiner instruction so wol als I. F. D. von der ihrigen nit weichen wellen, ihm solches also nit fürübl haben können, aber vil besser und fürtreghlicher gewesen were, dass beide jetzt besagte instructionen in der substanz in allem durchaus einander gleich gemacht oder doch I. F. D. sein Assonlevillens instruction ad partem berichtet worden were“. Diese Auseinandersetzungen gibt das deutsche Concept eines Berichtes Ferdinands an K. Philipp vom 29. Nov. G. A. (in Innsbruck) II, 1. — Assonleville hatte sich in einem langen Schreiben an den Erzherzog mit Berufung auf seine Instruction entschuldigt.

3) Am 29. Nov. schreibt Ferdinand an den Kaiser: Mein persönliches Unwölsein allein hätte mich nicht aufgehalten, denn ich hoffte geheilt zu werden, sobald ich E. M. wiedersehe. Ein Feind, der sich mir gegenübergestellt hätte,

er wolle die Gründe der Verhinderung anerkennen, allein er werde alles dem spanischen König mitteilen<sup>1)</sup>. Ob sich die Verstimmung des Kaisers in diesem Falle auf weitere Kreise erstreckte, kann nicht constatirt werden; doch möchte man es fast vermuten. Der redselige Sprinzenstein, welcher dem Erzherzog bis Passau entgegengeeilt war und hier die Einstellung der Reise erfahren hatte, gab sogleich dem Kaiser davon Nachricht und erzählte da unter einem auch, wie Ferdinand mit dem bairischen Herzog zusammengekommen. Wegen dieses „unzeitigen und unbedächtigen zuschreibens“ zeigte sich der Erzherzog recht böse, weil daraus leicht „widerwillen“ entstehen und Herzog Wilhelm in Verdacht kommen könne, als wäre er die Veranlassung zur Umkehr<sup>2)</sup>. Derselbe Sprinzenstein war über Ferdinands Heimreise sehr ungehalten. E. F. D. haben, so schreibt er, nicht gut getan, vor der Ordensverleihung umzukehren; denn es ist zu fürchten, dass nun der Herzog Emanuel von Savoyen<sup>3)</sup> nach Spanien geht und dort früher als der Kaiser und die Erzherzoge das goldene Vliess erhalte, woraus derselbe eine „competenz“ und den Vorrang im Orden ableiten könnte, um darauf seine „präeminenz“ zu stützen. „Eines- teils lob ich den herzog von Savoyen, dass er nit schläft und seiner sachen hoheit und grandezza fleissig nachdenkt, andersteils aber ist mir, weiss gott, von herzen leid, dass ich des hochlöbl. haus Oesterreich gefar und prejudiz also augenscheinlich sehen und greifen soll“<sup>4)</sup>.

Die Ordensübergabe erfolgte im nächsten Jahre. Im Mai 1585 begab sich Ferdinand in Gesellschaft seiner Gemahlin, des Karl von Burgau und des braunschweigischen Herzogs Ottheinreich nach Prag und bekleidete hier den Kaiser, sowie die Erzherzoge Karl und Ernst am 2. Juni mit den Insignien des Vliesses<sup>5)</sup>, am folgenden Tage die

würde meine Weiterreise nicht haben hindern können. „Aber mit den strafen gottes (Infektion) wollen wir nit kempfen, welches auch E. M. nit begeren wurd“.

<sup>1)</sup> Ferdinand richtete nicht blos selbst eine lange Entschuldigungsschrift an K. Philipp, sondern liess sich auch durch den kaiserlichen Gesandten Khevenhiller wegen „der sterbleuf“ excusiren. Ferd. 106. — Assonleville theilte dem Erzherzog mit, Philipp habe die Entschuldigung „berechtigt“ gefunden.

<sup>2)</sup> A. Mem. IX, 17.

<sup>3)</sup> Karl Emanuel, der Grosse, Schwiegersohn des K. Philipp. Was Sprinzenstein über diesen schreibt, ist mehr als ein blosses Gerede.

<sup>4)</sup> A. M. 1585. — Bei dieser Gelegenheit fasst Sprinzenstein auch K. Philipps „tadelhaftigen“ Sohn und den möglichen frühzeitigen Tod der „Primogenita“ ins Auge. So würde Savoyen Mailand erben. „E. F. D. gedenk auf mich, wer es erlebt, dass nit allein das herzogtum Mailand dem löbl. haus Oesterreich wider alle billigkeit nach des königs ableiben entzogen, sondern das heil. röm. reich, dessen lehen es ist, auch wol das kreuz darüber machen darf“. A. Mem. IX, 17.

<sup>5)</sup> Diese beiden Erzherzoge erhielten den Orden, nicht Maximilian (wie

Herren Wilhelm von Rosenberg und Leonhard von Harrach. Eine Woche später gieng der Erzherzog nach Landshut, um dieselbe Mission beim bairischen Herzog unter ebenso grossen Feierlichkeiten zu vollziehen<sup>1)</sup>.

Es findet sich nicht bezeugt, dass bei dieser Prager Zusammenkunft über die Nachfolgefrage, „über des haus Oesterreich aufnehmen“, wie man allerdings hätte erwarten können, etwas verhandelt worden wäre<sup>2)</sup>. Als aber Sprinzenstein im gleichen Jahre nach Dresden gieng, munkelten die Leute wol nicht mit Unrecht, dass es sich hiebei um mehr als eine in Ferdinands Namen abzustattende Begrüssungsvisite gehandelt habe<sup>3)</sup>. Während der Erzherzog durch denselben Agenten am Kaiserhofe nur nebensächliche Hausangelegenheiten betreiben

---

Bezold l. c. angibt). Maximilian hatte sich allerdings 1584 in Prag auch eingefunden, wogegen Karl, von der Umkehr Ferdinands zeitlich avisirt, seine Reise zum Kaiser unterbrochen hatte. — Die Andeutungen, welche der venez. Gesandte im Mai 1585 über den auffallend eifrigen brieflichen Verkehr des Kaisers mit Ferdinand gibt, sind wol nur auf diese Ordensverleihung d. h. auf die derselben unmittelbar vorausgehenden Verhandlungen zurückzuführen. Die Aeusserung des Gesandten bei Bezold, Briefe II, 267.

1) Burglechners Adler; Wolk. Chronik. — Die Wiener Jahrbücher der Literatur (51. Bd.) besprechen eine lange Bilderrolle der Ambrasersammlung, worin diese Ceremonien, wie sie in Prag und Landshut vollzogen wurden, dargestellt sind. Ueber ein anderes Gelegenheitsbild s. Stieve IV, 150.

2) Vgl. Sprinzensteins Anbringen bei Baiern, Bezold l. c. II, 259. — Dieser Zeit gehört ein Schreiben an, dessen Inhalt ich hier mitteile. Erzherzog Mathias schreibt an Ferdinand 13. Juli 1585: wir haben Euren Brief, die „schlesische administration“ betreffend, erhalten und Eure Bedenken vernommen, warum es E. L. jüngst zu Prag „bemelter sachen wegen den kaiser mündlich anzusprechen etwas bedenklich gefallen, auch dass solche sach, da sie zum erwünschten effekt gereichen sollte, etwas anders hätte angegriffen werden sollen“. E. L. wissen, wie wir allein unter unsern Brüdern übrig sind, die noch unversorgt, so wissen auch E. L., wie beschwerlich und unrühmlich es uns fällt, „also allein zu ersitzen“ und unsere beste Zeit vergeblich zuzubringen. Wir bitten E. L. um deren Wolmeinen „über unser zuträgliche weg und aufnehmen, sowie um E. L. helfen und befürdern“. Schl. 65. Ueber diese Angelegenheit sagen unsere Akten weiter nichts. — Mathias kam später, 1589, zu einem kurzen Besuch nach Innsbruck. Ob seine Anwesenheit genehm war, dürfte zweifelhaft sein. Ferdinand nämlich schreibt an Sprinzenstein, welcher ihm des Mathias Wunsch, zu einem Besuche eingeladen zu werden, vorgetragen hat: wir können den Erzherzog Mathias nicht laden, da wir nicht wissen, ob er uns zu Hause anträfe; kommt er aber ungeladen, so ist er uns „ein lieber gast, da er uns anderst anheim findet“. A. H. 1588.

3) Eine Instruktion für Sprinzenstein kenne ich nicht. Er selbst äussert sich darüber nur dunkel. 1586 schreibt er: Jemand aus Sachsen „sagt mir wunder, was man in Sachsen meiner geführten praktiken ein römischen König und die succession in Böhmen betreffend sagen tut“. A. Mem. IX, 35.

liess<sup>1)</sup>, bildete die Wahl eines deutschen Königs den Stoff zu eifrigen Erörterungen zwischen Innsbruck und Rom. Wol schon während der ersten Hälfte des Jahres 1586 fand ein diesbezüglicher Gedankenaustausch zwischen Ferdinand und dem päpstlichen Stuhle statt<sup>2)</sup>. Obgleich derselbe zu des Erzherzogs Leidwesen nicht geheim blieb, so wurde die Angelegenheit doch beiderseits noch weiter ventilirt. Ferdinand säumte nicht, die Anfrage des Papstes, wie man die Wahl eines Habsburgers zum römischen König schnell erwirken könne, zu beantworten. Wir haben, so meldet er nach Rom, schon mit einigen Fürsten darüber gehandelt, aber nicht überall geneigtes Gehör finden können; am besten wäre es, wenn Seine Heiligkeit den Kaiser und die geistlichen Churfürsten, namentlich den eifrigen Erzbischof von Trier, aufmahnen liesse; wir unsererseits wollen gern die Sache befördern helfen<sup>3)</sup>. In Rom aber wollte man mit weiteren Schritten noch einige Monate zuwarten<sup>4)</sup>: In Erwiderung darauf liess Ferdinand nochmals dem Papst die Gefahren, welche in Deutschland drohten, vorstellen und sich selbst als obersten Anführer empfehlen, wenn die Protestanten das Haus Oesterreich mit Gewalt von der Kaiserwürde ausschliessen wollten<sup>5)</sup>.

Kamen solche Beredungen in die Oeffentlichkeit, so konnte sich leicht wieder das Gerücht daran knüpfen, der Erzherzog sei selbst Candidat für eine künftige Königswahl<sup>6)</sup>.

In Prag hatte man über Ferdinands römische Correspondenz bald Kunde erhalten<sup>7)</sup>. Des Kaisers Mistrauen wurde hiedurch von neuem erweckt, und Ferdinands Agent Sprinzenstein musste dasselbe in vollem Masse verspüren. Eben dieser, seit 1585 in Prag weilend, hatte sich bald nach seiner Ankunft die Gunst Rudolfs erworben, welcher ihm einige einträgliche Verschreibungen und die Bestallung zum

<sup>1)</sup> Sprinzenstein sollte die Umschreibung eines in Ungarn liegenden Capitals (I. Bd. p. 633) auf Ferdinands Söhne erwirken.

<sup>2)</sup> S. die venezianischen Mitteilungen bei Bezold, Briefe II, p. 374.

<sup>3)</sup> Bezold l. c. II, 402, 412. Die vom Papste hier erwähnten „conventicula“ beziehen sich auf die Zusammenkunft protestantischer Fürsten (Bezold II, 39) in Lüneburg, worüber auch Ferdinand von Prag aus berichtet ward.

<sup>4)</sup> Spreno an Ferdinand 1. Nov. 1586, Ferd. 270.      <sup>5)</sup> Bezold II, 449.

<sup>6)</sup> S. die düstere Schilderung des toscanischen Gesandten bei Hübner, Sixtus V. (deutsche Ausg.) II, 25. Hier sind die Erzherzoge Karl, Ernst, Maximilian und Ferdinand als Candidaten genannt; letztern bezeichnet der Gesandte als einen leichtfertigen Hitzkopf.

<sup>7)</sup> S. die oben citirte Stelle bei Bezold II, 374. Der hier erwähnte Geschäftsträger Ferdinands ist Sprinzenstein, welcher überhaupt mit der venezianischen Botschaft viel verkehrte.

Hauptmann des Wiener Arsenal's zuwendete. Noch im Juni 1586 wünschte der Kaiser das fernere Verbleiben des Freiherrn an seinem Hofe, denn „er lässt an fleissiger handlung und sollicitirung nichts erwinden“<sup>1)</sup>. Nach wenigen Tagen erfolgte ein plötzlicher Umschlag. Als Sprinzenstein um die Ausfertigung des kaiserlichen Dienstbriefes ansuchte, ward er hingehalten und fand den Kaiser schon „etwas unlustig“; gleich darauf erhielt er die kurze, nicht weiter motivirte Weisung, er sei aus den kaiserlichen Diensten entlassen. Sprinzenstein war davon wie zu Tode getroffen, es befahl ihn „melancolei, fraisen und herzklopfen“. Durch den in Prag anwesenden Erzherzog Ernst liess er den Kaiser um die Ursache der Ungnade befragen, worauf dieser kurz entgegnete, er sei nicht schuldig, sich darüber zu äussern. Nicht deutlicher erklärte sich Rudolf gegen Ferdinand. „Es haben sich solche sachen zugetragen, dass wir ihn nicht mehr brauchen können“, er mag zu Euer Liebden zurückkehren; wir hoffen, dass E. L. „uns mit seiner person verschonen“ und solche Leute künftig schicken werden, „welche sich mehrer bescheidenheit zu verhalten wissen“. So liess der Kaiser nach Innsbruck schreiben.

Ferdinand fühlte sich in Sprinzenstein, seinem Agenten, selbst beleidigt und schickte alsbald Zacharias Geizkofler nach Prag, um die Zurücknahme der ungnädigen kaiserlichen Entschliessung zu urgiren und die genaue Angabe der Motive zu erhalten. Geizkofler erreichte wenig. Hinsichtlich der beim Kaiser massgebenden Gründe hörte er wol dies und jenes, allein etwas Sicheres war nicht zu erfahren, weil Rudolf und seine Räte zu keinen Mittheilungen zu bewegen waren. Der Kaiser sprach sich blos dahin aus, sein Misfallen an Sprinzenstein sei gar nicht wider den Erzherzog gemeint. Gleichwol scheint aus den erhaltenen Mittheilungen hervorzugehen, dass Rudolfs Ungnade aus Ferdinands oder, was dasselbe ist, Sprinzensteins Tätigkeit in der Successionssache entsprungen sei<sup>2)</sup>. Der Erzherzog konnte denn auch für seinen Agenten nichts Bedeutendes

1) Rudolfs Schreiben an Ferdinand 2. Juni 1586. A. Mem. IX, 35.

2) Geizkofler und Sprinzenstein hegten mancherlei Vermutungen. Sie meinten, die kaiserliche Ungnade könnte hervorgerufen sein:

1. Durch eine unfreundliche Behandlung kaiserlicher Gesandter in Innsbruck, welche nach Rom reisten (vgl. darüber Bezold II, p. 396).

2. Durch eine feindliche Partei unter den kaiserlichen Räten. Nach Geizkofler gab es in Prag „zwei factiones“ im kaiserlichen Rat, die „Trautsonisten und die Harrachianer“. Der Familie Trautson hatte der Erzherzog kurz vorher ein paar Gesuche abgeschlagen. Auf Seite des geheimen Rates Hans v. Trautson stand der Landhofmeister Georg v. Lobkowiz, welcher seine Verfeindung mit dem Herrn v. Rosenberg einer Anzettelung Sprinzensteins zuschrieb.

erreichen, obgleich er es nicht an geeigneten Schritten fehlen liess. Die kaiserlichen Geheimräte Adam v. Dietrichstein, Hans Trautson, Wolfgang Rumpf, auch der kaiserliche Vicekanzler Vieheuser bekamen erzherzogliche Ersuchschreiben. Allein ebensowenig, als einer von ihnen hinsichtlich der Motive mit der Sprache heraussrückte, konnten oder wollten sie den Kaiser zu einer Aenderung seiner Entschliessung bringen. Was Rudolf gegen Geizkofler in der Audienz geäussert, das schrieb er auch dem Erzherzog: dieser möge die auf Sprinzenstein lastende Ungnade nicht auf sich selbst beziehen und „sich zur rue geben“<sup>1)</sup>. Ferdinand wollte das noch keineswegs. Von der Einsetzung Sprinzensteins in das verlorene Amt (am Arsenal) wollte er zwar absehen, desgleichen von der Angabe der Gründe; dafür bestand er auf des Freiherrn Wiedereinsetzung als Kämmerer und auf Gewährung einer Audienz an denselben. An Trautson schrieb er, wenn der Kaiser auch dieses versage, so werde er selbst nach Prag kommen „und etliche verhezer, die es mit dem haus Oesterreich nit gut meinen, zu schanden machen“<sup>2)</sup>. So kam es doch zu einer partiellen Aenderung des kaiserlichen Urteils. Dem Erzherzog zu lieb, so entschied Rudolf, mag Sprinzenstein zu Hofe kommen und eine Audienz erhalten, aber dann hat er Prag zu verlassen. Ferdinand hätte zwar,

3. Durch Sprinzensteins eifrige Verwendung für des Erzherzogs Söhne, indem er die oben genannte Ausfertigung des Schuldbriefes betrieb.

4. Durch Sprinzensteins unpassendes Benehmen. Er hatte dem Kaiser in berauschem Zustande als Kämmerer aufgewartet. Geizkofler schreibt einmal: „die ungegründete weitleufigkeit hat ihm bisher nit wenig geschadet, er soll nit auf eines jeden discurrenten oder ohrenblasers wort bauen und daraus allerlei suspicion und argwon selbst schöpfen oder bei anderen verursachen“.

5. Durch „die schickung (Sprinzensteins) in Sachsen“. Dass bei dieser Legation über das „negotium“ (die Nachfolge) gesprochen wurde, sagt der Freiherr in einem Briefe an Ferdinand (1. Aug. 1586) selbst. Geizkofler schreibt, diese Reise dürfte der eigentliche Grund der kaiserlichen Ungnade sein. Sprinzenstein gesteht in einem Briefe (25. Sept.): „meine sächsische reis ist die principalursach der ungnad und privation meines amtes“. Ferdinand selbst weiss, dass man in Böhmen ausgibt, „wir hätten traktirt, römischer könig zu werden“; dagegen will er dem Kaiser vortragen lassen: „man tue uns und dem Sprinzenstein vor gott unrecht, dann wir nie darnach getrachtet, auch noch nit“. (Ferdinands Instruktion für Geizkofler 7. Aug. 1586.)

<sup>1)</sup> Kaiserliche Erklärung an Ferd. 8. Okt. — Die kais. Räte antworteten dem Erzherzoge mit dem Ausdruck des Bedauerns für Sprinzenstein und mit der Versicherung, für ihn nichts tun zu können.

<sup>2)</sup> Zu gleicher Zeit ermahnte Ferdinand den Sprinzenstein, im Falle der Wiedereinsetzung ins Kämmereramte etwa zwei bis dreimal zu Hof zu gehen, sich ganz bescheiden zu halten und dann Prag auf so lang zu verlassen, bis Rudolfs Zorn verraucht wäre.

wie er sich gegen Trautson äussert, „mer wilfarung“ erwartet, doch wollte er es bei dem bewenden lassen.

Dass der Kaiser jeden Verkehr zwischen Innsbruck und Dresden mit scheelem Blick verfolgte, beweist noch eine zweite Tatsache, welche dem gleichen Jahre angehört. Churfürst August war im Februar 1586 gestorben. Seinen Sohn und Nachfolger wollte der Erzherzog durch Herrn Johann von Kinsky, Burggrafen auf Karlstein, begrüßen lassen. Der Kaiser erteilte zwar dem Burggrafen die Erlaubnis, aber man wollte alsogleich beobachtet haben, er trage an dieser Sendung „ein schlechts gefallen“. Es währte nicht lange, dass allgemein verlautete, auch Kinsky sei am Kaiserhof in Ungnade gesunken<sup>1)</sup>. Der Burggraf hielt es für geraten, die Reise nach Sachsen einzustellen; Ferdinand gab dann Geizkofler den Befehl, den jungen Churfürsten, wenn er nach Prag käme, in seinem Namen zu besuchen und ihm die Hoffnung auszudrücken, er werde die vertrauliche Correspondenz seines Vaters mit Innsbruck fortsetzen<sup>2)</sup>. Kinsky rehabilitirte sich für diesmal beim Kaiser durch einen Fussfall.

Während dieser Vorgänge kamen wol auch einzelne andere Punkte noch zur Sprache, in denen Kaiser und Erzherzog nicht eines Sinnes waren. Rudolf soll die Begnadigung Avogadro's ebenso ungerne gesehen haben, als Ferdinand den Rückhalt, welchen die ungehorsamen Grafen von Arco am Kaiserhofe fanden<sup>3)</sup>.

Von 1587 an erscheint der Erzherzog an Versuchen zur Ordnung der Nachfolge nicht mehr beteiligt. Seine bisherigen Erfahrungen mögen ihm die Fruchtlosigkeit solcher Schritte bewiesen haben. Es ist ganz vereinzelt und wie von ungefähr, wenn in dem Aktenmaterial des Innsbrucker Hofes noch einmal diese Angelegenheit erwähnt wird<sup>4)</sup>.

1) Geizkofler meldet dies dem Erzherzog noch von Augsburg aus (15. Aug.), also vor seiner Reise nach Prag.

2) Auch über die Gründe der Ungnade gegen Kinsky konnte Geizkofler nichts Genaueres erfahren. Man sagte, sie entspringe aus einem Zerwürfnis des Burggrafen mit dem Erzbischof von Prag (dieser war aber selbst damals bei Rudolf nicht in Gnaden; vgl. Bezold II, 389); andere meinten, er habe sich in eine kaiserliche Herrschaft „immittiren“ wollen. Kinsky selbst aber sagte, „die ungnade komm ihm E. D. (Ferd.) wegen her“. — Soweit ich sehe, hat man bisher nur den Streit mit dem Erzbischof als Motiv der kaiserlichen Unzufriedenheit mit Kinsky gekannt. Wurzbach, biograph. Lexikon XI, 280; Allgem. deutsche Biogr. XV, 776. 3) Geizkofler an den Erzherz. 21. Okt.

4) Albrecht Schenk v. Staufenberg, der 1591 in Ferdinands Auftrag mit dem Herzog von Württemberg verkehrte, meldet u. a.: der Herzog sagte mir, dass kürzlich der Churfürst von Cöln bei ihm gewesen, „der hab ihn auch wellen in die schuel führen und gesagt, es sei ein gefeherlich werk, dass man keinen röm.

Das Verhältniß aber zwischen Prag und Innsbruck ist stets ein kühles geblieben, wenn auch Rudolf und Ferdinand über manche Fragen der äussern und der Hauspolitik übereinstimmender Auffassung waren<sup>1)</sup>.

Die Bewegungen im Reiche, wie der Streit um Cöln und Strassburg, die Vorgänge in Polen, die innerösterreichische Vormundschaft und die in den spätern Jahren immer drohendere Gefährdung der kaiserlichen Erblande durch die Osmanen bildeten, wie wir noch sehen werden, den Gegenstand eifriger diplomatischer Erörterung zwischen dem kaiserlichen und dem erzherzoglichen Hofe.

könig hab, wen denn der herzog von Wirtemberg vermein zum könig zu wählen“. Im weitem Verlauf der Unterredung nannte der Churfürst den Erzherzog Maximilian, worauf der Herzog meinte: „der wäre der recht“. Schenk an den Erzherzog, Wilffingen 21. Juli 1591. Schl. 65. Ueber eine ähnliche Besprechung des Cölner Churfürsten mit Würzburg zur selben Zeit s. Stieve, Verh. über die Nachfolge p. 15. — Hans Kobenzl, vom Kaiser an den Papst gesendet, schreibt dem Erzherzog aus Rom: Der Papst beschwert sich sehr über die Unentschlossenheit des Kaisers. Dieser hätte die Heirat mit Spanien schon deshalb abschliessen sollen, weil ihm dadurch die grosse Unterstützung des spanischen Königs gegen die Türken zu Teil geworden wäre. Was aber noch schlimmer ist, der Kaiser will für keinen Nachfolger im Reiche sorgen. Er sollte doch bedenken, wie es seinen Vorfahren schon gegangen wäre, wenn sie nicht bei Lebzeiten für einen Nachfolger gesorgt hätten — und da handelte es sich doch nur um weltliche Fragen. Jetzt aber ist es die Religionsfrage, welche den Ausschlag gibt. Wenn es heute zu einem Interregnum käme, so würde fast sicher ein Protestant gewählt. Man soll nur auf Strassburg schauen: hätte man dem frühern Bischof einen Coadjutor gegeben, so würden die jetzigen Unruhen nicht ausgebrochen sein. Also wird es auch mit dem Reiche gehen. Ich (Kobenzl) antwortete, dass die Zeiten eben so ungünstig sind und den Kaiser hindern; der Papst möge denselben belehren. Der Papst darauf: wir haben getan, was wir konnten; würden wir den Kaiser wegen der Nachfolge nochmals anreden, so müssten wir fürchten, ihm unangenehm zu werden, denn er könnte glauben, wir wollten ihm die Würde nehmen und einem seiner Brüder übertragen, während wir doch alle gleich achten. Der Papst meinte ferner, nachdem der Churfürst (Christian I.) von Sachsen und Pfalzgraf Casimir gestorben (über die durch diese Todesfälle geweckten Erwartungen s. Stieve, Briefe u. Akt. IV, 262 Anm. 1), so ist der Kaiser von den gefährlichsten Feinden befreit und sollte jetzt gleich einen Reichstag halten, auf welchem die Strassburger Sache zu Ende gebracht werden möchte. Ich (Kobenzl) sehe, dass der Papst über die Reichsangelegenheiten besser unterrichtet ist, als der Kaiser selbst. 30. Okt. 1592. Ferd. 332. — Auch über die Bemühungen des Churfürsten Ernst von Cöln (Stieve, Nachfolge p. 19) um die Ordnung der Nachfolge erhielt Ferdinand durch seinen Agenten in Prag einige Kunde. A. M. 1594.

<sup>1)</sup> Erzherzogin Maria vergleicht 1590 den Kaiser und Ferdinand in ihren persönlichen Beziehungen mit Herodes und Pilatus. Stieve, Wittelsbacher Briefe I, 61. — Ueber Ferdinands kurzen Besuch des Kaiserhofes im Jahre 1587 s. unten im Capitel „Werbungen um Polen“.

## III. Capitel.

## Innerösterreich.

In dem Verkehre zwischen Ferdinand und seinem jüngern Bruder, Karl von Steiermark, sind es besonders zwei Punkte, welche mehrfach erörtert wurden. Auch Karl hat sich gleich Maximilian des öftern nach Tirol gewendet um Hilfe zum Grenzschatze gegen die Türken. Ferdinand zeigte sich gegen ihn nicht zugänglicher, als gegen den Kaiser; er hat auf wiederholtes Anbringen nur einige Male Geschütze geliefert.

Häufig und eingehend besprachen die beiden Erzherzoge die religiösen Zustände der innerösterreichischen Lande. Schon 1565 theilte Karl dem Bruder die Verhandlungen mit den Ständen mit und erbat sich seinen Rat, wie „das ungütige lästern der predikanten“ abzustellen wäre. Karls nachgesuchte Geldhilfe beantworteten die Stände mit der Forderung kirchlicher Zugeständnisse — nicht allein für den Adel, sondern auch für die Städte. Ferdinand widerriet da jede Nachgiebigkeit, denn in Religionssachen brauche man sich nicht an die Willensmeinung der Untertanen zu halten<sup>1)</sup>. Zwei Jahre später (1571) wiederholte Ferdinand dieselben Vorstellungen: Karl dürfe nicht weiter gehen als bisher und möge sich auf den Religionsfrieden stützen, Eingriffe in die Rechte der Ordinarien sollte er nicht zulassen<sup>2)</sup>.

Ferdinand begnügte sich nicht mit den Nachrichten, welche ihm sein Bruder über die Vorgänge Innerösterreichs zukommen liess, sondern verlangte darüber von Kobenzl noch besondere Mitteilungen<sup>3)</sup>.

1) Ferdinands Antwort auf das Anbringen der Gesandten Karls, des Bischofs Urban v. Gurk und des Dr. Schranz, bei Hurter I. c. I, 233.

2) Hurter I, 244.

3) Briefe Kobenzl's finden sich mehrfach vor. Am 27. Mai 1571 schreibt er an Ferdinand: Wenn Erzherzog Karl den Ständen in der Religionssache nicht nachgibt, so werden sie ihm nichts bewilligen. „Wie man sie nun dazu nöten könnte, das weiss ich nit zu erdenken, sonderlich weil sie mit andern schon guten verstand haben“. Es ist nun die Frage, ob Karl den Adel (in der Religion) „in seinem herbrachten wesen lassen und ihnen derwegen ein schein fertigen möge“; aber Städte und Märkte müssen bei der alten Kirche verbleiben, „oder aber die sachen zu grösster confusion und abschleif kommen lassen wollen, mich dunkt warlich, man werde müssen den grössern dem kleinen schaden fürziehen.“ — In diesem Sinne war auch Ferdinands oben genannte Vorstellung an Karl gehalten.

Der im Jahre 1573 losbrechende Aufstand der windischen Bauern unter Elias Gregorič veranlasste ein erzherzogliches Mandat an die Bergbehörden Tirols zu genauer Wachsamkeit, ob sich etwa verdächtige Leute aus Steiermark ins Land schleichen möchten. Dem Erzherzog Karl offerirte Ferdinand die Anwerbung von 600 Knechten zur Bekämpfung dieser bauerlichen Empörung<sup>1)</sup>.

Solche Unruhen im eigenen Gebiete und schwere Verluste beim Kampfe wider den Erbfeind nötigten Karl weitere Zugeständnisse an seine protestantisch gesinnten Landstände ab. Auf dem Brucker Generallandtage entschloss er sich zu den bekannten mündlichen Zusagen: in Graz, Judenburg, Klagenfurt und Laibach sollten die Prediger nicht ausgewiesen, die Bürger in ihrem Gewissen nicht beschwert werden. Karls Lage besserte sich damit keineswegs. Während die Protestanten weitere Erfolge anstrebten, forderte der Papst ernstliche Umkehr von diesem Wege der Nachgiebigkeit. Ferdinand wurde daher neuerdings um seine Meinung befragt<sup>2)</sup>. Er hielt auch diesmal mit derselben nicht zurück. Karl müsse, so lautete sein Gutachten, die bereits eingegangenen Verpflichtungen allerdings respektiren, dürfe aber nicht mehr weiter gehen; er möge fortan strenge Bücheraufsicht üben, dem Besuch protestantischer Predigten entgegentreten, die nicht concessionirten Prädicanten ausweisen und, wenn tätlicher Widerstand zu besorgen, sich mit den benachbarten katholischen Fürsten verbinden, die Hilfe des Papstes und des Königs von Spanien nachsuchen. Andererseits sei es aber auch nötig, einen gut katholischen Beamtenstand zu schaffen, sowie auf eine Besserung des Klerus durch Visitationen und Seminarien hinzuwirken. Ferdinand empfahl da eine ganze Reihe von Massregeln, welche er selbst in seinen Ländern nicht ohne Erfolg versucht hatte<sup>3)</sup>. In seinem Auftrage hielten die Räte seiner Regierung Umschau nach Juristen, welche tauglich schienen zur Completirung des innerösterreichischen Beamtenkörpers<sup>4)</sup>.

---

Kobenzl, der mit Ferdinand seit 1565 correspondirt, referirt auch über andere Dinge. 7. Mai 1571 schreibt er nach Innsbruck: Karl „baut fluchs an der burg allhie (Graz), es ist aber alles nur ein flickwerk“. Schl. 65; Ferd. 132.

<sup>1)</sup> A. H. 1573. — Krones, Handbuch III, 331; die Literatur hierüber *ibid.* 320.

<sup>2)</sup> Ein päpstlicher Nuntius verwendete sich gleichzeitig bei Ferdinand, dass er seinen Bruder von der eingeschlagenen Kirchenpolitik abbringe. Hurter II, 382.

<sup>3)</sup> Hurter l. c. 386; Dimitz, Gesch. Krains III, 72.

<sup>4)</sup> Auch über das Visitationsrecht des weltlichen Fürsten in temporalibus, sowie über das Recht, Anlehen bei geistlichen Körperschaften ohne eingeholte Erlaubnis des Ordinarius zu contrahiren, wurde Erzherzog Karl von Innsbruck aus informirt. A. D. 1577 Fol. 366, 455; E. u. B. 1577 Fol. 266; A. D. 1579 Fol. 185. — 1585 wirbt Ferdinand um Tiroler, die, gut katholisch und der deutschen

Dem steiermärkischen Landesfürsten fehlte es auch weiterhin von Tirol aus nicht an aufmunternder Zusprache, der Verbreitung der neuen Lehre zu steuern, den Ständen nicht seine landesherrlichen Rechte und mit diesen den Katholicismus preiszugeben<sup>1)</sup>. Als Karl in den spätern Jahren immer entschiedener die Bahn der Restauration betrat, war er des Beifalls seines Bruders sicher, und gewiss hat es Ferdinand nicht unterlassen, auf Karl in gegenreformatorischem Sinne zu wirken, besonders als derselbe noch zu wiederholten Malen (1582, 1584 und 1588) in Innsbruck sein Gast war.

Die unfreundliche Nachbarschaft Venedigs gegen Innerösterreich blieb am Innsbrucker Hof nicht unbesprochen. Obwol schon längst über die beiderseitigen Grenzen der Trientner Spruch (1535) entschieden hatte, so war doch alles noch an den dortigen Marken unsicher, und die Republik rief neue Klagen der österreichischen Regierung hervor, namentlich durch die verräterische Wegnahme von Marano und durch die Beeinträchtigung des freien Verkehrs auf der Adria. 1568 erwirkte der Kaiser einen Convent beiderseitiger Commissäre, welche sich über die erwähnten Beschwerden, aber auch „wegen execution der Trientischen urtl.“ vergleichen sollten; Erzherzog Ferdinand ward von Maximilian II. eingeladen, zu letzterem Zwecke auch einen Vertreter der Commission beizugesellen und zwar ungesäumt, damit man den Venezianern nicht Anlass gebe „zu fürsetzlicher gefeherlicher verlengerung“<sup>2)</sup>. Ob Ferdinand dem nachgekommen, ist nicht ersichtlich. Jedenfalls verzögerte sich die Sendung, da 1570 die kaiserliche Mahnung wiederholt wurde<sup>3)</sup>. Die Beredungen zwischen den steiermärkischen und venezianischen Abgeordneten führten zu keinem Ende und zerschlugen sich endlich vollständig. Rudolf II. nahm die Angelegenheit abermals in die Hand, weil neue Uebergriffe vorkamen. Doch erwiesen sich auch diesmal commissionelle Verhandlungen als vergeblich, so dass sich Karl unmutsvoll über das „usurpiren“ der Republik an seinen Bruder wen-

---

wie italienischen Sprache mächtig, in die steiermärkische „buchhalterei“ eintreten könnten. A. H. 1585.

<sup>1)</sup> Ferdinand an Karl 28. Febr. 1583 Conc. A. H. 1583.

<sup>2)</sup> Kaiser an Ferdinand, 28. Jän. 1568. Schl. 65.

<sup>3)</sup> V. d. f. D. 1570 Fol. 551. Bald darauf (7. Febr. 1571) teilt Kobenzl dem Erzherzog mit, die Venezianer hätten den Erzherzog Karl um die Erlaubnis er sucht, dass der „leutnant an der croatischen grenz“ auf ihre Kosten ein Heer aufstelle zum Schutze Friauls wider die Türken. Karl wolle es auf kaiserlichen Befehl abschlagen. Dass aber Karl die Grenzen unbewacht lässt, „die landschaft aber zittert und um die angebotne hilf weiss und doch dieselb ausgeschlagen werden sollte, das wird ein böß geblüet machen“. Or. Ferd. 132.

dete. Er machte die Anregung von einer Liga, welche zwischen Tirol, Innerösterreich, Spanien, dem Papst, Savoyen, Ferrara, Parma und Mantua aufzurichten wäre, den Kaiser hätte man nur davon zu verständigen. In Innsbruck fand man den Plan allerdings geeignet, um „dem mutwillen der Venediger“ entgegen zu treten, deren „intent nur dahin gerichtet ist, wie sie nur an sich ziehen und was sie einmal bekommen, dasselbe nit leichtlich zu recuperiren“. Aber man hatte doch wieder grosse Bedenken: es würde viel Zeit und Geld darauf gehen, so viele Fürsten zu einem Bunde zu vereinigen, vielleicht würde Venedig ein Gegenbündnis mit Frankreich oder mit den Türken „praktiziren“; man sollte sich blos an Spanien wenden, welches allein schon mächtig genug ist; jedenfalls nicht an den Papst, „weil heut der und morgen ein anderer papst ist und der eine etwa gut österreichisch und der andere gut venedigisch“. Es möchte bei den deutschen Reichsständen „ein nachdenken“ geben, wenn man sich mit Spanien und dem Papst alliiren würde. Das Gutachten der erzherzoglichen Regierung schliesst mit dem Rat, Karl möge sich an den Kaiser wenden, dass er in der Streitsache mit Venedig „mehr ernst“ zeige; und zugleich soll König Philipp um seine Intervention ersucht werden, damit Venedig einen schiedsrichterlichen Spruch, etwa den des Papstes, annehme<sup>1)</sup>.

Gegen einen andern Vorschlag, welchen Karl gemacht, dass man nämlich wegen „der unnachbarlichkeit der Venediger“ auch in Tirol einen hohen Zoll auf ihre Waren schlage, erhob die Innsbrucker Kammer entschiedene Einsprache: man würde damit nur die eigenen Untertanen schädigen, „dann wo solches für nützlich angesehen, E. F. D. längst damit fůrgegangen sein wollten“<sup>2)</sup>. Ein später noch erfolgendes Ansuchen des Erzherzogs von Steiermark um Hilfe gegen die Republik für den Kriegsfall, beantwortete Ferdinands Regierung mit einer abermaligen dringlichen Mahnung zu einem friedlichen Ausgleich; jedenfalls dürfe nicht eine Unterstützung „in specie“ zugesagt werden<sup>3)</sup>.

So setzte sich der heimliche Krieg zwischen beiden Teilen noch lange Zeit fort, bis er dann im 17. Jahrhundert zum offenen Kampfe gedieh.

Der Tod Karls (1590) bewog Ferdinand, sich noch mehr als bisher mit den innerösterreichischen Verhältnissen zu befassen, denn das Testament des Verstorbenen bestimmte neben dem Kaiser, der

<sup>1)</sup> A. D. 1584 Fol. 710. Der Vorschlag eines päpstlichen Schiedspruches wird auch erwähnt bei Hurter II, 121.   <sup>2)</sup> M. a. H. 1584 Fol. 506.

<sup>3)</sup> A. D. 1589 Fol. 497; A. Mem. A. VIII, 9.

Erzherzogin Witwe und dem Herzog Wilhelm von Baiern auch Ferdinand von Tirol als Gerhabenen der noch minderjährigen Kinder.

Wie der Erzherzog versichert, kam ihm die testamentarische Berufung zur Mitgerhabschaft völlig unerwartet; Karl habe ihm, so schreibt er, bei seiner letzten Anwesenheit in Innsbruck nur im Allgemeinen seine Kinder empfohlen; übrigens wolle er jetzt alles zum Schutze der Hinterbliebenen tun<sup>1)</sup>. Dieselbe Versicherung musste in seinem Namen der Erzherzogin Maria Herr Karl Schurf überbringen. Zwischen den Vormündern entspann sich alsbald ein eifriger Ideenaustausch. Am Innsbrucker Hof erschien als bairischer Gesandter Wilhelms Stallmeister Berka, im Namen des Kaisers Friedrich v. Kreckwitz<sup>2)</sup>. Zur feierlichen Testamentseröffnung sowie zu den weitern Verhandlungen entsandte Ferdinand die Herren Karl v. Wolkenstein und Christoph Vintler<sup>3)</sup> nach Graz, wo sie Anfangs Oktober mit den Vertretern der andern Vormünder zusammentrafen. Vor Allem handelte es sich um die Einsetzung einer Regentschaft. Die ersten Regierungsakte, welche nach Karls Tode von der Erzherzogin Witwe, der Schwester des bairischen Herzogs, veranlasst waren, beantwortete ein Teil der adeligen Stände mit einer „Exprobrationsschrift“, worin sie verlangten, dass nicht Maria, sondern nur der Kaiser die Administration in die Hand nehme. Eine Deputation trug in Prag diese Anliegen vor. Der Kaiser machte hievon nach Innsbruck Mitteilung und knüpfte daran den Wunsch zu schleuniger Versammlung der vormundschaftlichen Commissarien; Erzherzogin Maria führte dagegen über das Benehmen der Stände bei Ferdinand lebhaftige Klage<sup>4)</sup>. Die Art aber, wie der Erzherzog bereits in dieser Sache gegen den Kaiser sich ausliess, legt uns das unfreundliche Verhältnis nahe, welches

1) Ferdinand an das Regiment in Graz, 14. Juli 1590, Conc. G. A. II, 6.

2) Kreckwitz gieng auch nach Baiern. Stieve, Briefe u. Akt. IV, 97.

3) Christoph v. Wolkenstein lehnte die ihm zuge dachte Mission des Erzherzogs ab.

4) Sie berief sich darauf, dass der Kaiser ihre und ihrer Räte einstweilige Administration selbst angeordnet habe. Bei der jetzigen Haltung der Stände aber sei es ihr und dem Regiment „in die leng zu hausen nit möglich“. Eigenhändig setzt sie bei: „E. L. haben hieneben (in der Exprobrationsschrift) zue vernemen, was die Steyrer mir fir ein schrift übergeben haben, daraus E. L. ir guets herz, so sie gegen mier und E. L. tragen, abnemen werden, weill sie E. L. noch meines herrn bruders Wilhelms mit keinem wort gedenken, sondern nur auf den keyser deuten. E. L. werden noch vell (!) sehen (was sie) fier leidt sein und was mein frumber gemachel seliger gedechnus oft mit inen übersten hat muessen. Ich bitt E. L. zum höchsten, sie wellen sie (sich) meiner annemen und sie (sich) wie ein vetter halten.“ 17. Aug. 1590.

zwischen ihm und seiner Schwägerin bestand. Er findet allerdings die Handlungsweise der Stände ungebührlich und hält einen kaiserlichen Verweis gegen sie am Platze, er tadelt ihre Beschwerden wider die Jesuiten und rät, ihnen für den 1. September geplanten Zusammentritt zu untersagen; aber er gibt doch zugleich seiner Besorgnis Ausdruck, die Erzherzogin werde die Stände zu ihrer Schrift und Gesandtschaft durch ihr eigenes Benehmen veranlasst haben<sup>1)</sup>. Ferdinand stimmte daher vollständig mit dem Kaiser überein, dass ein österreichischer Prinz, und zwar Erzherzog Ernst, welcher Rudolfs Vertreter bei den Verhandlungen in Graz war, mit der Regentschaft betraut werde<sup>2)</sup>. Maria forderte, in Widerspruch mit ihren ersten Erklärungen, dieses Recht für sich und fand dafür in ihrem Bruder den eifrigsten Anwalt. Es kam unter den Gesandten in Graz zu heftigen Auseinandersetzungen. Auf den Einwand der „Baiern“ gegen Ernst's Einsetzung replicirten die tirolischen Vertreter mit dem Hinweis, dass die Baiern in Steiermark nicht wol gelitten seien, und erlaubten sich sogar die Aeusserung: „wan I. D. (Erzherzog Karl) der beschaffenheit des lands und (der) leut, auch was die österreichischen verträg und erbeinigung etwan mit sich bringen mochten, erinnert wär worden, sie (Karl) dorften Baiern nit in diese vormundschaft eingemischt haben“. Vor dem Kaiser beantragte Ferdinand, bei fortgesetzter „Obstination“ Baierns einfach einen Spruch zu Ernst's Gunsten zu fällen, denn die kaiserliche und tirolische Stimme, welche hierin einig, seien schon „die mehrheit“<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> „Ihr Lieb (Maria) werden für sich selbst allein und ohne die geheimen rät auch ohne vorgehende erinnerung, dass sie die administration von E. K. M. als obristen gerhaben neben den geheimen räten bis auf fernere bestellung neuern regiments anbefolhen, ausgeschriben und also zu dieser beschwerd ursach geben haben“. — Die Spannung zwischen beiden datirte vom Präcedenzstreit, worüber unten gehandelt wird. Maria äusserte sich frühzeitig schon mistrauisch über Ferdinand. Vgl. ihre Aeusserungen über den Kaiser und Ferdinand bei Stieve, Wittelsbacher Briefe I, p. 44, 45, 46. Doch war zuerst der Unmut der Erzherzogin gegen den Kaiser grösser (sicherlich wegen seines Empfangs der genannten Deputation, Stieve, Briefe u. Akt. IV, 101) als gegen Ferdinand. Stieve, Witt. Briefe I, 49. — Seinerzeit hatte sich übrigens Ferdinand für das Ehebündnis Karls mit der bairischen Maria lebhaft interessirt. Dies beweisen die Briefe des Bischofs von Triest, welcher in Rom die Dispens erwirkte, und ein Dankbrief Karls (13. Nov. 1570) an Ferdinand. Ferd. 132.

<sup>2)</sup> Nach Hurter II, 376 liess Ferdinand zuerst vorschlagen, einen Adelligen des Landes mit der Statthalterschaft zu betrauen.

<sup>3)</sup> 21. Nov. 1590 Conc. G. A. II, VII. Vgl. Wilhelms Aeusserung vom 25. November bei Stieve, Briefe u. Akt. IV, 100.

Und so entschied sich auch Rudolf für die Regentschaft seines Bruders<sup>1)</sup>.

Ein anderer Punkt, worin wir den Erzherzog und Maria auseinandergelassener Meinung sehen, war die Frage über den Aufenthalt des jungen Ferdinand. Derselbe war einige Monate vor seines Vaters Tod auf die Universität Ingolstadt gezogen. Nicht lange darauf gab eine unbedeutende Rangszwistigkeit<sup>2)</sup> zwischen dem Erzherzogssohn und dem bairischen Prinzen Maximilian dem Erzherzog Ferdinand von Tirol Gelegenheit, die baldige Abberufung seines Neffen und dessen Uebersiedlung nach der Universität Freiburg zu verlangen<sup>3)</sup>. Erzherzogin Maria lehnte beides ab. Sie wusste dann auch die Abberufung ihres Sohnes zum Begräbnis des Vaters zu verhindern und protestirte mit aller Entschiedenheit, als der Kaiser und Ferdinand von Tirol neuerdings darauf zurückkamen. Den tirolischen Verordneten erklärte sie: wolle man ihr hierin nicht willfahren, „wurd es ihr tod sein“<sup>4)</sup>. Die Heimkehr in das vorwiegend protestantische Graz hatte Erzherzog Ferdinand zwar nicht befürwortet, dagegen hätte er den Aufenthalt seines Neffen am Hofe in Innsbruck gewünscht. Maria ist, wie wir wol begreifen, auch darauf nicht eingegangen<sup>5)</sup>. Fer-

<sup>1)</sup> Die Aufnahme Ernst's unter die Vormünder scheint dem Erzherzog Ferdinand weniger behagt zu haben. Hurter II, 384.    <sup>2)</sup> Hurter II, 254.

<sup>3)</sup> Erzherzog Ferdinand stand mit des jüngern Ferdinand Hofmeister Balthasar von Schrattenbach in brieflichem Verkehr schon seit 1589. Auf der Reise nach Ingolstadt begriffen (vgl. Stieve, Witt. Briefe I, 37 Anm. 2) fragt Schrattenbach am 8. Febr. 1590 den Erzherzog, wie es mit Ferd. d. j. und den Söhnen des bairischen Herzogs, welche auch in Ingolstadt studiren, „der preeminenz halber in publicis actibus“ gehalten werden soll. Der Erzherzog antwortet am 16. Febr.: was die Präeminenz zwischen Ferdinand und Max von Baiern betrifft, so kann man letzterem „bei der täglichen conversation zwei dreimal den vorgang lassen“, ohne dass jedoch ein Präjudiz entsteht. In der Oeffentlichkeit, wie bei Processionen, Kirchgängen, Ladschaften und Promotionen muss Ferdinand den Vorgang haben. Der Hofmeister soll es bescheiden zu richten wissen, „damit nit unfreundschaft erweckt wird“. — Ueber den unter den beiden Prinzen entstandenen Rangstreit hatte Erzherzogin Maria selbst nach Innsbruck berichtet. Der Erzherzog schreibt darüber am 9. Mai an Schrattenbach: Wenn auch die Erzherzogin über die Präcedenzfrage anderer Ansicht ist als wir, so müssen wir doch bei dem bleiben, was wir dir geschrieben haben. Maria hat uns selbst von der Sache gemeldet, „wenn auch etwas spat“. — Am 14. Mai erwidert der Hofmeister, es sei der Wunsch Karls und Wilhelms, dass man wegen der Präeminenz zwischen ihren Söhnen keinen Unterschied mache. Aber der junge Ferdinand soll als Gast „zum öftern den vortritt haben“. Würde der Prinz zu oft zurückgesetzt, so werde er es vermelden. A. H. 1590; Schl. 65.    <sup>4)</sup> Vgl. Stieve, Witt. Briefe I, 48.

<sup>5)</sup> Stieve, Briefe u. Akt. IV, 111. — Der Erzherzog hatte gemeint, sein Neffe

dinands Bedenken wegen des Vorrangs zerstreute der bairische Herzog durch eine vollständig beruhigende Versicherung. Gleichwol regte der Erzherzog bald wieder die Frage an, indem er die Abneigung der steiermärkischen Stände gegen das katholische Baiern und die verkehrte Erziehungsmethode der Jesuiten vorschützte, deren Resultate, wie er versicherte, sich schon im Benehmen des jungen Prinzen zeigten<sup>1)</sup>. Allein trotz seiner erneuerten Bemühungen hat er den Abzug des jungen Ferdinand von Ingolstadt nicht erlebt. Dass derselbe bei Gelegenheit des Reichstages (1594) die Universitätsstadt auf einige Tage wenigstens verliess, um sich dem Kaiser vorzustellen, hat der Erzherzog gern gesehen; seine Agenten in Prag mussten die kaiserliche Erlaubnis hiezu erwirken helfen<sup>2)</sup>.

Mit noch grösserer Schroffheit, wie in den beiden bisher erörterten Angelegenheiten, standen sich der Erzherzog von Tirol und Maria von Steiermark in den Beratungen über das festzusetzende Witwendeputat gegenüber. Auch da schieden sich in der Gesamtvormundschaft die „Baiern“ von den „Oesterreichern“. Am 7. De-

---

wäre ihm „billigerweis als einem bluetsfreund eher als einem frembden zu vertrauen“. Erz. an den Kaiser, 24. Okt. 1592. Ferd. ad 389.

<sup>1)</sup> Stieve IV, 113. Es ist kaum nötig zu bemerken, dass die vom Erzherzog hier angeführten Gründe nicht die massgebenden waren. Der Erzherzog war freilich den Jesuiten nicht besonders hold, jedoch würde diese Aversion, wären nicht andere Motive vorhanden gewesen, sicherlich nicht schwer ins Gewicht gefallen sein. Dass beim Erzherzog die Rücksicht auf die protestantischen Stände nicht ernst zu nehmen sei, hat schon Hurter II, 407 hervorgehoben. — Aehnlich wie der bei Stieve citirte Brief des Erzherzogs (24. Okt. 1592) ist ein Schreiben desselben an den Kaiser (22. Aug. 1594), worin abermals zur Entfernung des jungen Fürsten von Ingolstadt geraten wird: „Dieweil man spürt, dass S. L. (Ferd. d. j.) von natur etwas schwach und blöd, dieselb zu Ingolstadt bei den jesuiten gar still und eingezogen gehalten (man vergleiche damit des Erzherzogs widersprechende Aeusserung bei Hurter II, 397, wo er von der „nimia libertas“ bei den Jesuiten spricht) und gleichsam noch verzagter gemacht, dass es guet wär, ihn an einen andern ort zu geben“. Der Erzherzog beruft sich hier auf zwei ähnlich lautende Briefe, die ihm der Kaiser bisher nicht beantwortet habe. Das damals auftauchende Projekt, den jungen Ferdinand nach Rom zu senden (Stieve IV, 114), fand auch nicht des Erzherzogs Beifall. Er schreibt hierüber am 31. Aug. 1594 an den Kaiser und kommt nochmals auf die Jesuiten zu sprechen, „die ihn ziemlich weit eingenomen und zu besorgen, (dass) sie sich ihrem gebrauch nach noch imerdar untersteen wurden, sich S. L. mechtig zu machen und alles nach ihrem gefallen zu dirigiren“; dem jungen Fürsten würden daraus die grössten Verdriesslichkeiten bei den Ständen erwachsen.

<sup>2)</sup> Befehlsschreiben des Erzherzogs an Christoph Lidl und Geizkofler vom 22. und 28. Febr. 1594 Ferd. 57 und 93. Ueber den Besuch des jungen Ferdinand in Regensburg s. Hurter IV, 209, 213.

zember 1590 berichten die tirolischen Bevollmächtigten: „Interim geht es hie (in Graz) mit den ausgaben zu, wie es mag“. Und schon zu Beginn der Grazer Verhandlungen fanden sie die Summe dessen, was die Erzherzogin zum eigenen und zum Unterhalt ihrer Kinder gefordert hatte, zu hoch gegriffen<sup>1)</sup>. Aber auch ein vermittelnder Vorschlag Ernst's, welcher das Deputat um 10.000 G. niedriger ansetzte, als Maria, wurde von den Tirolern nicht acceptirt. Maria war über dieses Sparsystem, dessen man sich bei Ferdinand von Tirol freilich am wenigsten versehen mochte, höchst ungehalten. Einer ihrer Diener, Thomas Geroltshofer, gieng eigens nach München und Innsbruck, um, namentlich an letzterem Orte, Vorstellungen zu machen. Herzog Wilhelm liess es an seiner Verwendung in Innsbruck nicht fehlen. Der Erzherzog wollte höchstens 20.000 G. bewilligen, riet neuerdings zu fleissigem Sparen und beantragte, eine von Karls Töchtern zum Hofstaat der französischen Königin Witwe<sup>2)</sup>, eine in das Haller Damenstift zu geben. Geroltshofer replicirte: das angebotene Deputat sei nicht hinreichend, die Trennung der Kinder von ihrer Mutter unzulässig. Zu gleicher Zeit liess Ferdinand in Graz darauf dringen, dass die Baukosten für Maria's Schlösser und Herrschaften Eppenstein und Judenburg möglichst eingezogen würden<sup>3)</sup>. Judenburg hätte er aus wirtschaftlichen und politischen Gründen am liebsten als ständigen Wohnsitz der Erzherzogin gesehen; doch meinte er auf eine Anfrage des Kaisers, dass man da der Witwe ihren Willen

<sup>1)</sup> Hurter II, 386; Stieve, Witt. Briefe I, 16. — Zach. Geizkofler, welcher im Frühjahr 1591 über Graz reiste, berichtet an den Erzherzog über seine dortigen Wahrnehmungen: In Graz herrscht grosse Erbitterung zwischen den Ständen und der Erzherzogin, und schafft bei ihr auch die geringste bairische diern, deren eine ganze legion vorhanden, in kuchl und keller also, dass mir die kamerrät beteuert haben, dass jetzt mehr als früher bei der ganzen hofhaltung aufgeht“. Ferd. 124.

<sup>2)</sup> Elisabeth, Tochter K. Maximilians II., die Witwe Karls IX. von Frankreich, welche in einem Kloster in Wien lebte. — Der hier erwähnte Antrag des Erzherzogs stimmt nicht gut mit dem, was Ernst später der Erzherzogin mittheilte, bei Stieve, Witt. Briefe I, 69.

<sup>3)</sup> In Bezug auf Eppenstein machte der Erzherzog bei seinen Gesandten eine Anregung, die, wenn sie zu Maria's Kenntniss gekommen wäre, ihren heftigsten Groll hätte erregen müssen. Er schreibt am 29. Nov. 1590: Die Schenkung von Eppenstein, das Karl bei seinen Lebzeiten der Erzherzogin gegeben, könnte wol ein Bedenken erwecken, „als ob solche schankung etwas zweifelrig, weil sie nit mit der kais. Maj. und unsern vorwissen beschehen; aber weil doch schon beruerts stuck nit in frembde hand vergeben und S. L. (Karl) dazu macht hatte, so sollt ihr nichts anregen, damit die wittib nit gedenke, man wollt ihr gleich in allem durchaus zuwider sein“.

lassen möge. Hinsichtlich des Deputats einigten sich schliesslich nach langem Hin- und Herschreiben die Vormünder auf 45.000 Gulden<sup>1)</sup>.

Diese hier besprochenen Differenzen versetzten die Erzherzogin oft in eine sehr gereizte Stimmung gegen ihren Schwager und seine Geschäftsträger. Ihre Briefe an Wilhelm, den Bruder, sind voll bitterer Bemerkungen darüber. „Es ist aus der weis“, klagt sie, „wie die Tyroler so grobe leidt sein gegen uns“, — „die Diroller sein uberall die pesten, die als richten nach iren gefallen“ — „Du wierst der Diroller schelmerey sehen, was fier gesellen sein“. Noch böser ist sie auf Ferdinand selbst zu sprechen: „pey dem alten“ — so nennt sie gewöhnlich den Erzherzog — „wais ich woll, hab ich kain stern nit“; „der alt wierdt mich noch umb mein leben pringen“; „ich geb dem kaiser gar kein schuelt nit, nur dem alten, den mues yederman ferchten“; „ich bin im doch von herzen feind“, und ähnliche Ergüsse mehr<sup>2)</sup>. Sie fürchtet sogar Ferdinands Einfluss auf ihren ältesten Sohn: „ich fercht mir von herzen, weill mir der alt also zuesetzt auf allen seidten, dass er mir etwan nit durch pradica meinen Ferdinand (den Sohn) verfier, das er mir kein gehorsam leist oder kein lieb zue mir hab“. — So mag es einen ziemlich frostigen gegenseitigen Willkomm gegeben haben, als Maria im Jänner 1593 über München nach Innsbruck kam; sie war da von einem Gefolge mit 160 Pferden begleitet<sup>3)</sup>. Auch weiterhin begegnen noch Zeichen des unfreundlichen Verhältnisses. Auf eine Anfrage der Erzherzogin, ob sie bei zunehmender Türkengefahr mit ihren Kindern nach Tirol flüchten dürfte, ward ihr von Ferdinand unfreundlich entgegnet, man müsse darüber erst den Kaiser befragen<sup>4)</sup>.

Die Mitvormundschaft öffnete dem Erzherzog auch eine gewisse Ingerenz auf die innere Verwaltung von Karls Ländern. Die brennendste Frage war hier jene über das Kirchenwesen. Im Verein mit Baiern stemmte sich Ferdinand anfänglich gegen jedes Nachgeben vor den Ständen<sup>5)</sup>.

<sup>1)</sup> Maria schreibt darüber ihrem Bruder: „ich hab nur Dier darumb zue danncken, den andern (Kaiser und Ferdinand) gar nit“. Stieve, Witt. Briefe I, 75.

<sup>2)</sup> Stieve, Witt. Briefe an vielen Stellen.

<sup>3)</sup> Der Erzherzog hat die Reise überhaupt nicht gern gesehen; am wenigsten wollte er, dass sie aus dem Deputat bezahlt würde. Erz. an den Kais. 24. Okt. 1592. Ferd. ad 389.

<sup>4)</sup> Ferd. an Maria, 1. Jän. 1595. Maria hatte durch den Grafen Nogarol fragen lassen. G. A. II, 7. Nach den Innsbrucker Akten kann ich eine zweimalige Sendung Nogarols in dieser Sache (bei Hurter III, 147, 151) nicht belegen. Der undatirte Entwurf *ibid.* 513 ist vielleicht von 1594.

<sup>5)</sup> Stieve, Briefe u. Akt. IV, 102. Noch am 28. Dez. 1590 drückt der Erz-

Als die steiermärkischen Stände auf dem Februarlandtag in Graz dem Erzherzog Ernst die Huldigung weigerten und den Gewaltbrief, welcher seine Rechte als Statthalter enthielt, beanständeten, gieng Ferdinands Meinung dahin, man dürfe hierin den Ständen nicht früher, bevor sie die allegirten Freiheiten nachgewiesen hätten, etwas zusagen<sup>1)</sup>. Der Landtag gieng resultatlos auseinander, und Ferdinand liess sich bald wieder über die schwierige Lage vernehmen. In der Religionsfrage, so riet er dem Kaiser, soll man höchstens durch den Hofrath Rumpf<sup>2)</sup> ein mündliches Versprechen geben lassen und nebenbei mit dem Papst unterhandeln, dass er gewisse Zugeständnisse bewillige; Anwendung von Gewaltmitteln schiene höchst bedenklich. Zur Einberufung eines neuen Landtages, welche Ferdinand da empfohlen hatte, kam es nicht; dafür brachten Abgeordnete der innerösterreichischen Stände ihre Anliegen vor den Kaiser. Auch diesmal wieder um seine Stimme befragt, meinte der Erzherzog, man könnte den Ständen insoweit nachgeben, dass man den Kanzler Wolfgang Schranz ihrem wiederholten Andringen opfere und des Dienstes entlasse<sup>3)</sup>. Der Kaiser gieng jedoch weiter, erneuerte für die Zeit der Statthalterschaft die kirchlichen Concessionen des verstorbenen Landesfürsten und gewährte für Erzherzog Ernst einen unbedingten Gewaltbrief, wodurch der Einfluss der andern Vormünder auf die Regierung

---

herzog dem Kaiser seine Ansicht aus, dass die von Karl gemachten Zugeständnisse durch dessen Tod erloschen seien.

1) Ferdinand an den Kaiser 17. März 1591.

2) Ferdinand riet, zum künftigen Landtag Wolfgang Rumpf zu berufen, dieser sei mit vielen Steiermärkern befreundet und könnte manchen vor Eröffnung der Versammlung zur Nachgiebigkeit bereden. Wir sehen, wie man in Innsbruck die tieferen Gründe der Opposition völlig verkannte. — Ferdinands Gutachten bei Hurter II, 428.

3) Schranz war im Regiment zu Graz der eifrigste Vertreter der katholischen Restauration und stand unbedingt zur Erzherzogin. (Vgl. ihre Aeusserungen über ihn bei Stieve, Witt. Briefe I, 75, 82, 86, 88.) Letzterer Umstand empfahl ihn dem Innsbrucker Hofe nicht (vgl. I. Bd. p. 246). Ein Gegner des Kanzlers war Kobenzl und zwar in doppelter Beziehung. Kobenzl huldigte einer mildern Richtung der Kirchenpolitik und war den „Baiern“ abgeneigt (Stieve, Witt. Briefe I, 47. 50, 107). Kobenzl, mit Ferdinand in eifriger Correspondenz, berichtet am 17. März 1591 über das verschwenderische Haushalten der Erzherzogin Maria: „wäre besser, da man wirtlich und hurtiger wäre“. Im Oktober 1590 meldet Vintler aus Graz, die Erzherzogin habe im Sinne, Kobenzl dadurch zu entfernen, dass sie ihm die Hauptmannschaft Gradisca überträgt, „est nam contrarius operibus nostris (?)“. Ferdinands Abgeordnete proponirten in Graz (1590), dem Statthalter zwei geheime Räte beizugeben: Kobenzl und den Herrn v. Stubenberg, „der nit gar ein rigidus Lutheranus“. 1592 hat der Erzherzog Kobenzl zu seinem Rate ernannt. Ferd. 56.

nahezu aufgehoben ward. Ferdinand gab zu all dem nur zögernd seine Einwilligung<sup>1)</sup>. Hinsichtlich der Vollmacht für Ernst verlangte er, sowie der Herzog von Baiern, dass trotz derselben in wichtigen Staatssachen seine Willensmeinung eingeholt werde<sup>2)</sup>. Auf Grund dieses Vorbehaltes sprach sich der Erzherzog auch in der nächstfolgenden Zeit gegen den Kaiser über die innerösterreichischen Verhältnisse aus. Als sich beim Landtage von 1592 die Huldigung abermals zu verschieben drohte, verlangte Ferdinand die Anwendung von Gewalt: zuerst Aufkündigung der Privilegien und Pfandschaften, im Fall der Fruchtlosigkeit Aufstellung einer bewaffneten Macht, so schwer es auch fallen mag. Wenigstens so viel sollte man zu erreichen suchen, dass einige von den adeligen und bürgerlichen Ständen den Eid erstatten, dann könnte den übrigen Ungehorsamen „um so freudigere opposition“ geleistet werden<sup>3)</sup>. Als dann die Stände beim Vollzug der Huldigung eine neue Erweiterung der Religionsfreiheiten zu Gunsten der Städte anstrebten, erhob Ferdinand neuerdings dagegen in Prag warnende Einsprache.

Im Jahre 1593 vollzog sich in der innerösterreichischen Regentschaft ein Personalwechsel: Ernst gieng auf Wunsch Spaniens als Statthalter in die Niederlande; von den österreichischen Vormündern Rudolf und Ferdinand berufen, schliesslich auch vom Baiernherzog angenommen, folgte Erzherzog Maximilian als Regent von Karls Ländern<sup>4)</sup>. Der Kaiser gab nach Innsbruck die Zusicherung, dass Maximilian in wichtigen Geschäften Ferdinand befragen werde<sup>5)</sup>. Die unbehagliche Stellung, in welche sich der neue Landesverweser durch die Notlage der steiermärkischen Kammer<sup>6)</sup>, durch den Mangel an katholischen Beamten und durch die Türkengefahr versetzt sah, liess

1) Als der Kaiser zuerst den Ständen versprach, es so zu halten, wie weiland Erzherzog Karl, fand Ferdinand diese Zusage „glimpflich genug und schir nur gar zu mild“; eine noch weitergehende Erklärung Rudolfs, welche die Stände betrieben und auch erhielten, riet Ferdinand möglichst lange zurückzuhalten. Nochmals kam hier Ferdinand auf seinen Vorschlag zurück, die Zusage „durch eine dritte person“ (Rumpf) geben zu lassen, weil man dadurch weniger gebunden wäre. Stieve, Briefe und Akt. IV, 104, 107.

2) Ferdinand an den Kaiser, 19. Dez. 1591.

3) Dieses Gutachten ist vom 18. März; am 19. desselben Monats ward übrigens die Huldigung vollzogen.

4) Stieve, Briefe und Akten IV, 109; Stieve, Witt. Briefe I, 96, 99, 104.

5) Kaiser an Ferdinand, 7. Sept. 1593; Ferd. 359. Gegen die Uebernahme der Regierung seitens des jungen Ferdinand legte der Erzherzog beim Kaiser unter Hinweis auf das Testament Protest ein. Ibid.

6) 1594 verwendet sich Ferdinand beim Kaiser für die Bezahlung Maximilians. Hurter III, 171.

ihn schon nach einem Jahre an den Rücktritt denken, und so teilte er auch Ferdinand seine lebhaften Klagen mit und den Entschluss, beim Kaiser die Erlaubnis zur Abdankung zu erwirken<sup>1)</sup>.

Eine andere Angelegenheit des innerösterreichischen Hauses, welcher Ferdinand sein lebhaftes Interesse widmete, war die Vermählung der ältesten Prinzessin Anna mit dem König Sigismund von Polen. Bevor denselben die Wahl der Stände nach Polen berief, hatte man in Graz diese Eheverbindung schon angeregt<sup>2)</sup>, und Erzherzog Karl erbat sich hierüber 1586 den Rat seines Bruders in Innsbruck. Nach Ferdinands Ansicht sollte man zunächst eine definitive Erklärung von Lothringen erwarten, weil eine Vermählung des dortigen Herzogssohnes mit Anna auch schon besprochen worden. Gewänne es damit keinen Fortgang, so wäre allerdings an die Verbindung mit dem schwedischen Königssohne zu denken, doch habe man sich über dessen Religion und über sein Successionsrecht zu vergewissern<sup>3)</sup>. Die Realisirung dieses Eheprojektes wurde aber ernstlich bedroht, als Sigismund zum polnischen König gewählt wurde, wobei sein österreichischer Gegencandidat, Erzherzog Maximilian, unterlag. Besonders störte es, dass Maximilian auch nach dem Vertrag von Beuthen den königlichen Titel weiterführte. Dennoch wurde die Sache nicht vergessen; die Erzherzogin Maria und einige polnische Grosse machten neue Anregungen. Ferdinand (ungewiss auf wessen Anhalten) schloss sich diesen Bemühungen an und liess die Heirat durch seinen Gesandten beim Papst eifrig befürworten: sie würde besonders dazu dienen können, die durch die Vorgänge in Polen erregten Gemüter zu beruhigen. Sporeno fand zuerst sowol bei Cardinal Aldobrandini, welcher früher Nuntius in Polen gewesen, als auch beim Papst bereitwillige Zustimmung. Sixtus V. nannte anfänglich kein Hindernis ausser der Fortführung des Titels von Seite Maximilians; bald aber erhielt der Erzherzog aus Rom die Nachricht, dass man dort am Ge-

<sup>1)</sup> Max an Ferd. 23. Nov. 1594. — Ferdinands Agent Andreas Unterberger in Prag meldet am 15. Dez. 1594: Maximilian ist hier angekommen und verlangt vom Kaiser unter anderm Urlaub von der steirischen Administration, er wolle nicht mehr „praeceptor“ sein, auch „mit derselben fürstin sich nit zer kriegen“. Schl. 65.

<sup>2)</sup> Die Anregung erfolgte zuerst durch den Papst, resp. durch Possevinus und dann wieder durch die Königin von Polen.

<sup>3)</sup> Hurter III, 484. — Am 8. Sept. 1586 meldet Karl an Ferdinand: auf seine Anfrage habe Lothringen geantwortet, man möchte noch warten; woraus zu merken, „dass darin nichts eigentliches zu versehen“; daher habe er der Königin von Polen zustimmend geantwortet, wenn man in den beiden von Ferdinand betonten Punkten beruhigende Zusicherung hätte. Schl. 65.

lingen zweifle, weil Sigismund nach Schweden gezogen und der polnische Grosskanzler der Heirat entgegen sei<sup>1)</sup>. Doch schienen sich im Verlaufe des Jahres 1590 durch die Vermittlung Aldobrandini's die Aussichten zu bessern; hätte man nur die Entsagung Maximilians erreichen können. Ferdinand ward ersucht, sie zu erwirken. Ausweichend erwiderte er, man möge in Rom für jetzt bloß zu hindern suchen, dass der König anderswo um eine Braut werbe, bevor er sich mit Maximilian verglichen hätte. Eine neue Schwierigkeit erhob sich, indem Erzherzogin Maria sammt ihrer Tochter keine Neigung zeigte, die Unterhandlungen zu Ende zu bringen. Cardinal Radzivil konnte, da er im März 1591 Graz besuchte und ein allgemein gehaltenes Anbringen tat, keinerlei Zusage von der Mutter erhalten<sup>2)</sup>. Maria liess die Sache an die Vormünder gelangen. Unter diesen zeigte Rudolf den grössten Eifer zu Gunsten der polnischen Werbung. In dem Ersuchschreiben, wo er Ferdinands Meinung einholt, äussert er sich: „wir wollen E. L. soviel erinnern, das zu erlangung merer freundschaft und vertreulichem guten vernemens unsers erachtens dies orts alles unnötwendigs disputat und weitleufigs difficultiren sowol in hauptpunkten als in den nebenartikeln so vil möglich abzuschneiden“<sup>3)</sup>. Ferdinand bezeichnete in seiner Antwort die Heiratssache als eine Angelegenheit, woran alle Vormünder interessirt seien, weshalb man die weitem Beredungen nicht in Graz, sondern in Prag zu pflegen habe. Für die Begleitschaft der Braut postulierte er einen Erzherzog oder einen österreichischen Bischof; keineswegs sollte ein fremder Fürst (wie etwa Ferdinand von Baiern) damit betraut werden<sup>4)</sup>. Während sich so die Vormünder besprachen, wagte Maria im Einverständnis mit Erzherzog Ernst einen Schritt auf eigene Faust. Es erwachte nämlich ihre mütterliche Sorge, als der schwedische Graf Gustav v. Wissingburg nicht allein Graz, sondern auch München besuchte<sup>5)</sup>;

1) Hurter III, 40; Ferd. 132; vgl. Stieve, Witt. Briefe I, 41.

2) Hurter III, 42. Die Sendung des Cardinals ist hier nicht erwähnt. Aus dem Briefe Maria's an Wilhelm (Stieve 76), welcher gleich nach Radzivils Werbung geschrieben ward, ist auffallender Weise keine Spur einer Abneigung Maria's zu ersehen. Aber eine solche ist deutlich ausgesprochen in der bei Hurter angeführten Stelle eines Briefes an Erzherzog Ferdinand. Die Erzherzoginnen waren verstimmt, weil Radzivil die Werbung nur „in genere“ anbrachte.

3) Kaiser an Ferdinand, 28. April 1591. Ferd. 340.

4) Ferdinand an den Kaiser, 8. und 19. Mai 1591. — Ueber Begleitung und Ausstattung verhandelte zur selben Zeit in Innsbruck im Auftrag Maria's Georg Graf v. Nogarol, Oberstkämmerer des Erzherzogs Ernst. Credenz desselben an Ferdinand vom 7. Mai.

5) Dieses Gefühl der Erzherzogin erkennt man deutlich aus ihrem Briefe bei

alsbald beklagte sie sich gegen den Grafen und Cardinal Radzivil über des Königs Unbeständigkeit, welche sich schon darin gezeigt habe, dass er nicht allein das Porträt Anna's, sondern auch jene ihrer jüngern Schwestern sich erbeten. Rudolf war über Maria's Aeusserung höchst ungehalten: das sei ihm, so schreibt er nach Graz, „ganz fremd und beschwerlich fürkomen“; Maria und ihre Tochter mögen sich wol hüten, durch ihre Empfindlichkeit das gute Einvernehmen zwischen Oesterreich und Polen zu stören<sup>1)</sup>. Ferdinand war vollständig der Meinung des Kaisers und erteilte gleichfalls seiner Schwägerin eine Rüge<sup>2)</sup>.

Maria lenkte in kürzester Zeit wieder ein, sie gab, wie Ernst dem Kaiser schon im Juli melden konnte, einem polnischen Gesandten eine Antwort, mit welcher der König wol zufrieden sein durfte; und derselbe Botschafter versicherte dann wieder, dass die Haltung Maximilians nicht hinderlich sei, indem Sigismund sage, „diese sach fecht ihn nichts mer an, Max könne ihm nicht mer schaden“<sup>3)</sup>. So kam es, dass man sich in der Hauptsache schnell einigte; ja der Eifer war beiderseits so gross, dass noch vor der feierlichen, öffentlichen Werbung der Hochzeitstag vom König anberaumt wurde. Der Kaiser und Ferdinand glaubten schon in Rücksicht auf die Reputation ihres Hauses einer solchen Hast steuern zu müssen<sup>4)</sup>. Rudolf bewirkte

---

Stieve, Witt. Briefe I, 79. Vgl. meine Anzeige im historischen Jahrbuch VI, 659. — Gustav entschuldigte sich später bei Maria, er sei nach München gegangen ohne königlichen Befehl, sondern nur „um die landsart zu besichtigen“.

<sup>1)</sup> Der Kaiser forderte die Erzherzogin auf, Anna für den König günstig zu stimmen und über deren Widerwillen jedenfalls nichts an Polen zu vermelden; wäre Anna unbeugsam, so sei Cardinal Radzivil vertraulich zu ersuchen, dass er bei Sigismund die Bewerbung um eine jüngere Schwester betreibe. Cop. des kais. Briefes an Maria, nach Innsbruck geschickt mit einem Briefe Rudolfs an Ferdinand vom 17. Juni 1591. — Im Widerspruch mit dem steht eine Stelle, welche Hurter III, 43 anführt.

<sup>2)</sup> An Rudolf schreibt Ferdinand 14. Aug. 1591: „Dass E. M. den begangnen Irrtum gegen der verwitweten erzherzogin geantet, ihr auch, dass sie hinfüro in diesen und andern wichtigen sachen ohne E. M. und der andern gerhaben vorwissen und willen nichts fürnemen soll, daran haben E. M. gar recht gehandelt“.

An Maria schrieb Ferdinand: „Versich mich derohalben zu E. L., si werden hinfüro uns vormundern nit fürgreifen, dan solt es beschehen, so mechten wir vormunder zu andern verursacht werden“. 25. Juli 1591. Münch. Staatsarch. nach freundlicher Mitteil. des Herrn Prof. Stieve.

<sup>3)</sup> Ernst an Rudolf, 13. Juli 1591. Cop. — Der polnische Gesandte war wieder Graf Gustav, welcher das zweite Mal Ende Juni nach Wien und von da nach Graz gieng. Seine diesmaligen Verhandlungen gibt ein Brief Maria's an den Kaiser 8. Juli 1591, Cop.

<sup>4)</sup> Ferdinand schrieb: eine Verlängerung des Termins sei schon deshalb rat-

denn auch in Warschau eine kleine Verzögerung, so dass erst im März 1592 eine eigene Gesandtschaft am Kaiserhofe für Sigismund um die Hand Anna's anhielt. Nochmals kam hier Maximilians Beziehung zu Polen zur Sprache. Sigismund verlangte seinetwegen eine kaiserliche „Caution“, welche jedoch Rudolf ablehnte. Ferdinand gab dem Kaiser hierin Recht. Damals, so äusserte er sich, als Maximilian Gefangener der Polen war, musste man freilich „ein übriges“ tun; aber jetzt, da der König bei unserem Hause um die Braut wirbt, darf er nicht mit Bedingungen kommen; besser wäre es, das ganze Projekt der Ehe scheitern zu lassen, als in diesem Punkte gegenwärtig nachzugeben<sup>1)</sup>. Polen trat mit der Forderung zurück, die Hochzeit ward beschlossen. Auch Ferdinand wurde eigens zum Feste geladen. Der königliche Gesandte erhielt jedoch nicht blos eine abschlägige Antwort — mit der Begründung zu hohen Alters — sondern er bekam harte Worte über den Grosskanzler Zamoisky, den Gegner Habsburgs, zu hören. Wären wir nicht schon bei Jahren, sagte der Erzherzog, so wären wir gern gekommen, „auch hätten wir insonderheit quel traditore et furfante il Cancellario gern sehen mögen, da hett er einen herrn von Oesterreich gehabt, der ihm dasjenige, so er vilmals schimpflich und verächtlicher weis von unserm löblichen haus Oesterreich geredt, wie sichs gebürt, mit grund widerlegen und dartun können, dass seine nachreden fälschlich erdichtet und ein ungrund“. Als der Gesandte darauf bemerkte, der Grosskanzler würde sich im Falle der Reise gehütet haben, dem Erzherzog unter die Augen zu treten, so meinte dieser, „das wäre eben dergleichen loser leute brauch, die ehrlichen leute hinterrucks zu afterreden und wenn es zu verantwortung kommen döfft, sie sich nit sehen lassen“<sup>2)</sup>. Sein Zorn und sein Mistrauen gegen Zamoisky spricht sich auch in einem Ratschlag aus, welchen er an Rudolf richtete, worin er sich zwar mit allen Vorbereitungen zum Vermählungsfeste einverstanden erklärte<sup>3)</sup>, aber zur Begleitung der Braut ein starkes

---

sam, „damit die Polen nit etwa dafür halten möchten, als wüssten wir sonst mit unsern basen nit wo aus, oder wären nichts desto weniger fröer, ihnen gleich auf ihr blosses begeren dieselben erfolgen zu lassen. Ferd. an Rudolf, 21. Sept., Conc.

1) Ferdinand an den Kaiser, 3. Apr. 1592, Conc. S. Mayer, Des Olmützer Bischofs Stanislaus Pawlowski Gesandtschaftsreisen, p. 212. — Im Dez. 1591 berichtet Kobenzl dem Erzherzog, dass Maximilian die Heirat zu hindern suche.

2) Ferd. an Rumpf 2. Apr. 1592.

3) Ferdinand an Rudolf, 3. Mai 1592. Ausser der Braut zog nur Erzherzogin Maria, ihre Mutter, nach Polen. Dass der Kanzler selbst nach der Krone Polens trachte, findet sich mehrfach bei Zeitgenossen ausgesprochen. Am Vermählungsfeste nahmen die Zamoisky (nach Hurter III, 52) nicht Teil.

Gefolge empfahl, weil man dem Kanzler „dem falschen bueben“ nicht trauen darf; er könnte, obschon er sich jetzt anders zeigt, „leichtlich was anrichten und eine oder die andere erzherzogin mit gewalt hinwegführen und ihm zu einem weib zueignen oder so lang aufzuhalten vermessen, bis man ihm ein liedlein seines gefallens singen müsste“.

#### IV. Capitel.

### Beziehungen zum Reiche, speciell zu Baiern, Wirtemberg und Sachsen.

Den allgemein politischen Zustand des deutschen Reiches seit dem Augsburger Religionsfrieden kann man in Kurzem mit den Worten skizziren: Unlust zu jeder grössern Tat, wachsendes Mistrauen einer Religionspartei gegen die andere. War bei einem Fürsten das Bedürfnis und die Neigung zum Frieden noch so gross, war aber seine persönliche, eifrig kirchliche Gesinnung bekannt, so genügte letzteres, um die verschiedenartigsten, oft geradezu abenteuerlichsten Gerüchte über dessen Gefährlichkeit für den Frieden entstehen zu lassen. Erzherzog Ferdinand ist diesem Schicksal nicht entgangen. Ein kräftiger Gegenreformer in seinen Ländern, Freund des Papstes und des spanischen Königs, erschien er den Ultras unter den deutschen Protestanten als unermüdlicher Pläneschmid, welcher es auf gewaltsame Recuperation zu Gunsten der katholischen Kirche abgesehen habe. Schon 1568 sprach man in protestantischen Kreisen von der Aufstellung eines Heeres durch den Erzherzog, welcher in seiner Kriegsbereitschaft mit deutschen und ausserdeutschen Fürsten verbündet sei<sup>1)</sup>. Umgekehrt rief jede Bewegung im evangelischen Lager ein Echo grosser Beunruhigung bei den katholischen Fürsten hervor. Im Herbst 1569 kam es zu einem nach Naumburg berufenen, dann in Erfurt gehaltenen Tage protestantischer Stände, welcher im Ganzen sehr harmlos verlief<sup>2)</sup>. Der Kaiser hatte von dem Zusammentritt des Conventes, welcher Schutzmassregeln gegen eine „päpstliche conföderation“ beabsichtige, gehört und wendete sich ratsuchend nach Innsbruck. Ferdinand meinte darauf, man werde allerdings an die Schliessung eines katholischen Bundes denken müssen, wenn in Er-

1) Droysen, *Gesch. der preuss. Politik*, II, 440; Heppe, *Gesch. d. deutsch. Protestantismus*, II, 192 — beide mit Berufung auf Neudecker.

2) Bezold, *Briefe d. Pfalzgr. Johann Casimir*, I, 59. Janssen IV, 277.

fürt eine Vereinigung zu Stande gekommen wäre. Obwol es offenbar schon zu spät war, riet er die Absendung eines kaiserlichen Vertreters zum Erfurter Tage. Ueber dessen Ergebnis fragte er sich in Strassburg und Speier, bei Herzog Albrecht von Baiern und bei Schwendi an. Am Kaiserhofe beruhigte man sich bald über den Protestantentconvent, hingegen erhielt sich dort die Fama von einer Katholikenliga. Von einer solchen, so schreibt der Kaiser dem Erzherzog, hören wir gerüchtweise, „darin fürnemlich E. L. begriffen sein sollen“; ohne dem glauben zu wollen, möchten wir doch ersuchen, „E. L. wollen uns berichten, was E. L. deshalb bewusst und wannen her ihres erachtens dieses geschrei erschollen sein möchte“. Ferdinand gab seinem Bruder die Versicherung, von keinem Bunde ausser dem Schirmverein von Landsberg etwas zu wissen<sup>1)</sup>.

Sieben Jahre später bezeichnet man bei den protestantischen Eidgenossen Ferdinand als Feldobersten der Katholiken<sup>2)</sup>. Sollte damit der Bestand eines Waffenbundes wider die Evangelischen gemeint sein, so war dies freilich ganz und gar unbegründet. Doch bot sich im gleichen Jahre dem Erzherzog ein Anlass, für katholische Interessen allerdings nicht mit den Waffen, sondern auf friedlichem Wege eifrig zu wirken. Die Deklaration, welche K. Ferdinand einst dem Churfürsten von Sachsen gegen den „geistlichen“ Vorbehalt gegeben hatte, sollte bei dem Regensburger Reichstag (1576) auf Wunsch der meisten protestantischen Stände öffentliche, kaiserliche Bestätigung erhalten. Es hätte das im Verein mit der angestrebten „Freistellung“ nicht weniger als die Preisgebung des Katholicismus in den geistlichen Stiftern bedeutet. Churfalz übernahm die Führung. Dem stellten sich die katholischen Reichsfürsten entgegen, angeeifert durch die Anwesenheit Morone's, „des geschicktesten kirchlichen Diplomaten, der je gelebt hat“. Zwischen den Parteien stand Maximilian, bedürftig der Reichshilfe und schwankend in seinen Entschliessungen.

Noch vor der Eröffnung des Reichstages finden wir die katholischen Fürsten in eifriger Erwägung. Churfürst Salentin reist nach Venedig über Innsbruck, wo ihm Ferdinand das Versprechen abnimmt, bei Zeiten in Regensburg einzutreffen, weil es sich da um die Religions-sache handeln werde. Den gleichen Gedanken äussert der Erzherzog in einem Briefe an Herzog Albrecht von Baiern, worin er demselben gleichfalls dringend das Erscheinen empfiehlt<sup>3)</sup>. Es bekümmerte ihn

1) Schl. 400. Maximilian an Ferdinand, 18. Sept. und 25. Okt. 1569, Ferdinand an Maximilian, 29. Sept. und 14. Nov.    2) Bezold, Briefe, I, 197.

3) Ferdinand an Albrecht, 21. Mai 1576, Conc. A. H. 1576. — Lossen, Der Köln. Krieg, I, 390.

daher nicht wenig, als Albrecht zu Beginn des Reichstages eine Reise zum Churfürsten August unternahm; wenigstens möge der Herzog, so bat ihn Ferdinand, das katholische Interesse dabei im Auge halten<sup>1)</sup>. Dieses Ansuchen ist getreulich erfüllt worden. Albrechts Fahrt nach Dresden und unmittelbar darauf seine Haltung in Regensburg hat zu Gunsten der katholischen Kirche entschieden. Einen Teil des Verdienstes darum vindicirte sich auch der Erzherzog und wol nicht mit Unrecht. Rühmte er sich doch selbst, dass ein für die Kirche schädlicher Ausgang gefolgt wäre ohne seine und der Erzbischöfe von Salzburg und Cöln kräftige Opposition<sup>2)</sup>. Denn als Maximilian schon auf dem Punkte schien, den Evangelischen nachzugeben, da ward er von den anwesenden katholischen Fürsten — an ihrer Spitze die beiden Erzbischöfe, der Herzog von Baiern und Ferdinand — bestürmt, die Kirche vor Schaden und Unrecht zu bewahren, am Religionsfrieden festzuhalten<sup>3)</sup>. In diesem Sinne hat der Kaiser dann auch die Forderung der Protestanten beantwortet.

Ueber Ferdinands Beteiligung am nächsten Reichstag (1582) ist nur wenig zu sagen. Er war diesmal durch den Grafen Wilhelm von Zimmern und Albrecht von Sprinzenstein vertreten<sup>4)</sup>. Wie sich dieselben im Fürstenrate zu verhalten hatten, zeigt der Inhalt mehrerer Gutachten der Innsbrucker Regierung. Es ist darnach auf die Gefahren hinzuweisen, welche Deutschland in Folge der Unruhen in Frankreich drohen, „freistellung oder enderung in der religion“ ist abzulehnen. Hinsichtlich „der freigebung der religion“ wäre dem Kaiser anzuraten, er möge sich an die Churfürsten „die säulen des reiches“ wenden, den protestantischen die daraus entspringende Unordnung, den katholischen die ihrer Kirche drohende Gefahr vorstellen lassen; namentlich wäre Sachsen für die Erhaltung des Religionsfriedens anzugehen<sup>5)</sup>. Dass man mit solchen Vorschlägen das Richtige getroffen, hat dann der Verlauf dieses Reichstages bewiesen<sup>6)</sup>.

1) Bezold, Briefe, I. 198, 199.

2) Fontes Rer. Austr. XXX, 363; vgl. damit Lossen, I, 404.

3) Ferdinand selbst war nur kurze Zeit beim Reichstag anwesend. Aber auch die Instruktion für seinen Vertreter, den Vicekanzler Dr. Holzapff, enthält an erster Stelle die Weisung, wie er sich zu halten, wenn die Freistellung gefordert wird. Ferd. 107.

4) Fleischmann, Geenderte Description etc., p. 110. — Ferdinands allgemein gehaltene Versicherungen an den Papst bei Theiner III, 312.

5) A. D. 1582 Fol. 315, 368. — Ein kurzes Zusammentreffen des Erzherzogs mit August von Sachsen in Wolnzach (Oberbaiern) zur Zeit des Reichstages ist erwähnt bei Bezold I, 518. 6) Ranke, Zur deutsch. Gesch. p. 110 f.

Ferdinand hatte diese Versammlung in Augsburg nicht selbst besucht; gleichwol ist sein Name mit jenem der Reichsstadt zu eben dieser Zeit mehrfach genannt. Anlässlich dieses Reichstages war es zu einem Konflikt zwischen Augsburg und dem Reichsmarschall gekommen. Einen kaiserlichen Schiedspruch nahm die Stadt, von den andern Reichsstädten unterstützt, nicht an. Rudolf zeigte sich zwar nicht sehr verletzt davon, um so eifriger wollten einige Fürsten das kaiserliche Ansehen vor dem hochmütigen Bürgertum<sup>1)</sup> gewahrt sehen. Sprach man doch schon von einer Achterklärung, deren Vollzug den benachbarten Fürsten, dem Erzherzog Ferdinand oder dem Herzog von Baiern übertragen, der Reichsstadt ein ähnliches Schicksal bereiten könnte, wie es Constanz zur Schmalkaldnerzeit zu befahren gehabt<sup>2)</sup>. Allein es blieb bei Drohungen und Gerüchten, und die Streitsache zog sich hin, bis erst nach mehr als dreissig Jahren ein Vergleich erfolgte<sup>3)</sup>.

Viel lebhafter gestaltete sich in Augsburg der Konflikt, welchen die Kalenderfrage d. h. die Einführung des gregorianischen Kalenders daselbst erweckte, ein Konflikt, welchen man auch am Innsbrucker Hofe nicht ohne Interesse verfolgt hat<sup>4)</sup>. Was der an den diesbezüglichen Verhandlungen beteiligte Reichspfennigmeister Achilles Ilung dem Erzherzog hierüber meldete, war geeignet, bei demselben ernste Besorgnisse hervorzurufen<sup>5)</sup>. Ferdinand gab daher bereitwillig dem Augsburger Stadtrate die Erlaubnis zu Truppenwerbungen am Bodensee. Den Kaiser mahnte er zu raschen und energischen Schritten. In Innsbruck, Hall und Günzburg wurden erzherzogliche Mandate angeschlagen, welche jeden Augsburger zu verhaften befahlen, der, auf landesfürstlichem Gebiete betreten, sich nicht mit einem Zeugnis des

1) „Die stolzen schaubhuetlein in den städten“. Bezold I, 504.

2) Bezold II, p. 23, 25, 34.

3) Stetten, Gesch. der Reichsstadt Augsburg I, 654.

4) 28. Dez. 1583 schreibt Kanzler Schiller seinem Freunde Rost: „der neu kalender macht zu Augsburg und andern orten und sonderlich da die zweierlei religionen gehalten werden, vil verwirrung, so nit ohne gefahr; und wer sollt es einem kalender angetraut haben“. I. F. D. 1080. — Kaltenbrunner in den Mittheil. d. Instituts f. öst. Gesch. I, 516, 524.

5) Ilung meldet am 3. März 1584: Unruhige Leute stacheln die Bürgerschaft von Augsburg auf; es gibt geheime Anführer; erst neulich waren verdächtige Leute (Dr. Beutterich) in der Stadt, „welche denen verschieenen jahrs herausgeschweiften Franzosen anhengig und principalführer derselben gewesen“. Schl. 448; A. H. 1584. Regest über Ilungs Schreiben bei Bezold II, 192. Vgl. auch Bezold II, 175. — 1585 verspricht Ferdinand der Stadt seine Hilfe gegen Ruhestörer. Bezold II, 278.

Rates ausweisen konnte, welches ihn vom Verdachte einer Teilnahme an den Unruhen freisprach. Ferdinands Amtleute in Burgau nahmen einige Augsburger gefangen, darunter auch ein Mitglied des Rates, den Bürger Heinrich Hainzel, welcher als Kirchenpfleger mit drei andern an der Spitze der Opposition gegen den neuen Kalender gestanden, sein Bürgerrecht aufgesagt und nach Ulm sich begeben hatte. Von da aus hatte er ein heftiges Pasquil „Doctor Tradels Beicht“ veröffentlicht<sup>1)</sup>, worin auf den Kaiser und die katholischen Ratsherren weidlich losgezogen wurde. Letztere hatten sich deshalb an Ferdinand gewendet mit der Bitte, auf den Verfasser zu fahnden. Hainzel wagte sich eines Tages von Ulm fort auf das österreichische Weissenhorn, und da befahlen die Fugger, die dortigen Pfandherren, ihn festzunehmen und dem erzherzoglichen Pfleger in Günzburg zu übergeben. Dieser liess den Autor des Lästerbüchleins in Ketten legen und Tag und Nacht von einigen Knechten bewachen. Indessen wurde der Erzherzog von beiden Religionsparteien des Gefangenen wegen bestürmt. Wirtemberg und Pfalz baten um seine Freilassung, der Augsburger Rat und Baiern verlangten die peinliche Befragung. Des Zweifels, was mit ihm anzufangen, wurde Ferdinands Regierung entledigt, als es Hainzel nach vierwöchentlicher Haft gelang, zu den Eidgenossen zu entfliehen<sup>2)</sup>.

Auch bei anderem Anlass treffen wir Ferdinand des neuen Kalenders wegen tätig. Die später noch zu besprechende Tagsatzung zu Rothenburg (1584), welche gelegentlich des Cölner Krieges zusammenberufen war, wollte auch er vom Kaiser benützt wissen, um den versammelten evangelischen Ständen die neue Zeitrechnung zu empfehlen, wobei ihnen, wie er riet, möglichst bestimmt zu erklären sei, dass es sich um „ein rein weltliches werk“ handle und Niemanden dabei etwas in seiner Religion benommen werde.

Ein päpstliches Breve zollte 1586 dem Erzherzog für seinen Rat und Beistand, womit er die Unruhen in Augsburg hatte beilegen helfen, alle Anerkennung<sup>3)</sup>.

Die Vorgänge in Augsburg und Cöln erzeugten bei manchen protestantischen Ständen wieder ein Gefühl höchster Beunruhigung, welches sich alsbald in Form eines Gerüchtes, einer Zeitung u. dgl. weiter und weiter verbreitete<sup>4)</sup>. Ein besonders oft besprochenes Thema

1) Dr. Tradel war der vertraute Rechtsbeistand des katholischen Stadtrates.

2) Schl. 450. 3) Breve v. 23. Aug. 1586. Ferd. 330.

4) Vgl. Bezold II, p. 362 Anm. — Ein recht drastisches Beispiel, wie damals die unsinnigsten Gerüchte sich bilden konnten, gibt Lossen I, 273.

dieser Art bildete die Nachricht, dass der Papst die evangelischen Churfürsten ihrer Würde entkleiden und durch katholische Fürsten ersetzen wolle. Auch am Innsbrucker Hofe hörte man davon<sup>1)</sup>. Der Erzherzog, dessen eigener Name mit dem „Fabelwerk“ in Verbindung gebracht wurde<sup>2)</sup>, war höchlich entrüstet und sprach sich in diesem Sinne gegen Papst und Kaiser aus. In Rom liess er vorstellen, wie sehr durch solche Ausstreuungen die Stellung der katholischen Reichsstände erschwert werde, und knüpfte daran die Forderung, man möge mit allem Eifer nach jenen friedhässigen Leuten suchen, welche solche Dinge verbreiten<sup>3)</sup>. Vom Herzog von Württemberg hierüber befragt, stellte Ferdinand jede diesbezügliche Absicht des Papstes in Abrede und berief sich dabei auf die Informationen, welche er selbst deshalb in Rom eingeholt; er schliesst seine Antwort an Württemberg mit der Bitte, der Herzog möge diesen Erdichtungen keinen Glauben schenken<sup>4)</sup>. Trotzdem sind solche Befürchtungen auch in den folgenden Jahren noch laut geworden.

Gleich diesem Phantom ist auch ein zweites stets wieder aufgetaucht: das einer bewaffneten katholischen Liga. Dass hievon in den sechziger und siebziger Jahren die Rede gieng, wurde bereits erwähnt. Auch später wird noch oft davon gesprochen und des Erzherzogs Name dabei genannt. Wie wenig dazu auch die Tatsachen berechtigten, so hat vielleicht doch Ferdinand selbst einigen Anlass geboten. Denn bei Gelegenheiten, wo er vom Schutze katholischer Interessen redete, führte er mitunter allerdings eine Sprache, welche recht kriegerisch und unternehmend klang<sup>5)</sup>. Andererseits war er doch wieder bemüht, derartigen Gerüchten zeitig entgegenzutreten. Kaum hatte er seine Hochzeit mit der mantuanischen Prinzessin gefeiert, so er-

<sup>1)</sup> Sporeno meldet hierüber nach Innsbruck 28. Sept. 1585, der Kaiser am 25. Nov. — Ferd. 83; A. Mem. IX, 18. — Ueber frühere Drohungen dieser Art vgl. Bezold II, 296 Anm. 1. <sup>2)</sup> Bezold II, 332.

<sup>3)</sup> Weisung an Sporeno 24. Dez. 1585 Conc.; Brief an den Kaiser 30. Dez. A. Mem. A. I, 145. — Sporeno schreibt am 2. Jänn. 1586: der Papst hat nie daran gedacht, die lutherischen Fürsten abzusetzen; aber es ist schwer, die Verbreitung solcher Gerüchte zu verhindern. Uebrigens hat der Papst darauf Galerenstrafe (die Strafe der „Tirremen“) gesetzt.

<sup>4)</sup> Ferdinand an Württemberg 7. Febr. 1586 Conc. A. H. 1586. — Die gegenseitigen Friedensversicherungen Ferdinands und Ludwigs vom Jahre 1585 bei Häberlin XIV, 370 f. Ueber die Verbreitung desselben Gerüchtes im Jahre 1589 s. Stieve, Die Verhandl. über d. Nachfolge K. Rud. p. 13; Heinr. Müller, Die Restauration des Catholicismus in Strassburg p. 37.

<sup>5)</sup> Vgl. die oben citirte Stelle in Fontes XXX und Ferdinands Aeusserung I. Bd. p. 162.

hielt sein Gesandter beim Reichstag (1582) die Weisung, derselbe möge bei jeder Gelegenheit, namentlich im Fürstenrate, betonen, dass diese Ehe keineswegs einen Bund des Erzherzogs mit italienischen Fürsten wider die Protestanten bedeute<sup>1)</sup>. Vor solchen Erklärungen und der vollständig friedlichen Haltung Ferdinands hätten alle weitem allarmirenden Gerüchte verstummen müssen, hätte ihnen nicht Sprinzensteins Geschwätzigkeit neue Nahrung verschafft. Einzelne Aktenstücke der Jahre 1585 und 1586 lassen den Erzherzog als Urheber und Mittelpunkt neuer ligistischer „Velleitäten“ erscheinen. Im einen Fall ist Sprinzensteins Urheberschaft ausser Zweifel, im andern von grösster Wahrscheinlichkeit<sup>2)</sup>. Ja nicht blos die Aufrichtung von Bündnissen, selbst förmliche Kriegsrüstungen wurden dem Erzherzog manchmal imputirt<sup>3)</sup>.

Eben dieser Zeit (1585) gehört ein undatirtes Schriftstück an, in welchem wir die Proposition eines französisch-ligistischen Agenten zu sehen haben, welcher auch den erzherzoglichen Hof besucht haben

<sup>1)</sup> Befehl an Dr. Wendl Arzt vom 6. Juli 1582. A. Mem. A. I, 133.

<sup>2)</sup> Es kommt hier namentlich in Betracht Sprinzensteins geheimes Anbringen bei Baiern (Bezold II, 259) vom 3. Mai 1585 und der venezianische Bericht (Bezold II, 366) vom 10. April 1586. Die gemeinsame Quelle beider, d. h. die Manier des „fragwürdigen“ Freiherrn, ist wol zu erkennen.

1585 notirt sich der bairische Herzog als Vorschlag Sprinzensteins: . . . solle ehr erzherzog (Ferd.) und ich (mit vorwissen, ratt und guetheissen des keisers und der andern erzherzogen, welche an zweifl auch darin wurden interessirt sein) uns under dem schein ainer kirchfahrt nach Loretta begeben, von dannen wider under ainem andern schein gar nach Rom (mit ainer erlicher comitiff, darunder auch der her von Rosenburg sein solle); dasselb solle dem papst des reichs und kaisers glegenhait, sovil man im rat finden wirdet, zu versten geben und bei ier heiligkeit ain anseliche beharrliche stattliche gelthilf solicitieren und richtig machen, desgleichen und hernacher auch bei Saphoy, Florenz, Ferrär und villeicht andern welschen fursten.

1586 berichtet der Venezianer Zane: (Ferd.) risvegliato dalli andamenti delle cose di Franza, dall'escommunica mandata contra Navarra et Condé et dal suo proprio genio ha proposto gia alquanti mesi a S. M. et forse prima al papa, un pensiero di lega tra principi catholici ecclesiastici et secolari di Germania et alcuni de Italia ancora, da potersi applicare tanto a difesa quanto ad offesa, o contra heretico contra Turchi, come portasse l'occasione, et si offerse di andare in persona a Roma sotto nome d'ambasciatore della M. S. Ces. a far l'atto solito d'obediencia, per trattare di questo con S. Stà et haverla per capo et fauttore di negotio, che secondo l'apparenza toccava al ben pubblico della christianità.

Beides sind Blüten Sprinzenstein'scher Phantasie und Combinationslust. Wie wenig damit der Erzherzog selbst zu tun hatte, beweisen die Aeusserungen des bairischen Herzogs selbst bei Bezold II, 261, 275 Anm. 2. Vgl. über Sprinzenstein oben p. 107-Anm. 7. <sup>3)</sup> So z. B. schon 1583. Bezold II, 193, Anm. 2.

mag<sup>1)</sup>. Ein Bündnis aller katholischen Fürsten, so beginnt der Schreiber, ist dringend notwendig, es ist der „nervus verus“. Die französischen Ligisten laden alle deutschen Potentaten zum Bunde ein gegen Navarra, welcher mit deutscher und englischer Hilfe nach Frankreichs Krone strebt. Königin Elisabeth hat ihm schon Geldmittel zur Verfügung gestellt und lässt in Hamburg werben. Ein englischer Gesandter spricht offen davon, dass ganz Europa protestantisch werde, wenn es gelingt, die deutschen Fürsten zu entzweien. Man hat den Tod der Stuart und des Herzogs von Guise beschlossen und gleichzeitig arbeitet man an einem Bündnis zwischen Sachsen, Brandenburg, Hessen und dem Oranier. Die rechtgläubigen Fürsten brauchen sich vor einem Angriff Navarra's nicht zu fürchten, wenn sie fest zusammenstehen. Eine solche „Confoederation“ muss aber nicht public werden; dringt dennoch etwas davon in die Oeffentlichkeit, so soll man sie als bloß gegen die Calvinisten gerichtet bezeichnen. Die oberste Leitung hätte der Papst, daneben stelle Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien je ein Kriegsoberhaupt. Was nun Deutschland speciell anlangt, so soll Rom durch Briefe und vertraute Gesandte die Fürsten zu gewinnen suchen, welche dann ihrerseits Abgeordnete mit solchen von Spanien und Frankreich gemeinsam conferiren liessen. In diesem Punkte habe ich, schreibt der Ungenannte, den Befehl, dem Rate und der Direktion des Erzherzogs Ferdinand zu gehorchen. Eben demselben wollen die französischen (ligistischen) Fürsten alles überlassen, er möge andere Fürsten heranziehen. Ueberhaupt sollen die Erzherzoge mit den Reichsfürsten Beratung pflegen, wie man Deutschland vor Unruhen bewahre. Nur so kann man verhüten, dass einzelne Fürsten Schaden leiden und kriegerrische Werbungen vorgenommen werden. Gute Correspondenz ist vonnöten. Wenn trotz allem die Ketzerr Truppen sammeln und deshalb auch die französische Liga Soldaten brauchen würde, so soll der Erzherzog seinen Sohn Karl von Burgau mit einem Heere nach Frankreich senden, wogegen die Liga dem Hause Oesterreich dieselbe Hilfe für den gleichen Fall verspricht. Die Schar des Markgrafen Karl, dessen Person den ligistischen Fürsten sehr angenehm ist, hätte 12.000 Mann zu betragen: den Sold für die ersten paar Monate sollte der Erzherzog, für die andern die Liga tragen. Nicolaus v. Pollweil hat auch die Zurückeroberung von Metz in Aussicht genommen, welche entweder in einem heimlichen Ueberfall (subtilitate quadam) mit nur

1) Der ungenannte Verfasser ist vielleicht der Jesuit La Rue. S. Bezold II,

1000 Mann oder mit einem grössern, von den katholischen Fürsten unterhaltenen Heere innerhalb eines Monats versucht werden könnte<sup>1)</sup>. — So weit der Entwurf. Ohne hiefür einen Beleg zu kennen, darf man doch als sicher annehmen, dass man sich in Innsbruck gegen das ziemlich abenteuerliche Programm durchaus ablehnend verhalten habe.

Statt vieler Zeugnisse für die nichts weniger als kriegerische Gesinnung, welche am Innsbrucker Hofe herrschte, sei nur auf ein Gutachten der Regierung verwiesen, welches sie abgab, als der Kaiser sich anfragte, wie er es mit der Verleihung der Regalien an die protestantischen Inhaber der Stifter Bremen und Verden halten sollte. „Solch hochbeschwerlich werk“, meinen die tirolischen Räte, „wäre bald erledigt, wenn man im reich ordnung und recht halten, den religionsfrieden und andere heilsame constitutiones ansehen und denselben nachgehen wollte“. Es ist nicht ratsam für den Kaiser, das Gesuch der Postulirten abzuweisen, „sonst möchten sie der besagten stifter für sich selbst annehmen“. Man muss auf bessere Zeiten warten, „hiezwischen aber mit guter bescheidenheit sovil immer möglich erhalten“. Der Kaiser soll die Postulirten auf die Bestätigung des Papstes verweisen und daraufhin die Verleihung der Regalien in Aussicht stellen<sup>2)</sup>.

Diese Politik des Zuwartens liess den Erzherzog bei den Verhandlungen über Reichsangelegenheiten gerade in seinen letzten Jahren völlig in den Hintergrund treten. Auf dem Reichstag von 1594 spielt er keinerlei Rolle; dass sein Gesandter mit den übrigen katholischen Reichsständen stimmte, ersieht man aus einem an Ferdinand gerichteten Anerkennungsbreve des Papstes<sup>3)</sup>. Ueber erzherzogliche Bundesbestrebungen, welche jedoch keineswegs mit katholisch-ligistischen Absichten identisch waren, werden wir noch an anderer Stelle hören.

Mit keinem deutschen Fürstenhause stand Ferdinand in lebhafteren und engeren Beziehungen, als mit den bairischen Wittelsbachern. Man war sich benachbart und verschwägert, die Angelegenheit der kirchlichen Restauration war beiderseits gleich wichtig. Vielfach verkehrt der Erzherzog mit Albrecht V., dem Gemahl seiner Schwester Anna. Da gibt es kaum ein Fest, ein Familienereignis, zu welchem der eine Hof den andern nicht geladen hätte. Reist Albrecht in ein Bad, so empfiehlt er Land und Familie dem Räte und der Hilfe seines Schwagers<sup>4)</sup>. Desgleichen steht Albrechts Sohn und Nachfolger Wil-

1) Ferd. 60. 2) A. D. 1588. Fol. 27. 3) Ferd. 330. 4) Schl. 65.

helm mit Ferdinand in eifrigem Verkehr<sup>1)</sup>. So wichtig und mannigfaltig auch die gleichartigen Interessen waren, welche Baiern und Tirol zu vertraulicher Correspondenz, gemeinsamem Handeln und einmütiger Politik aufforderten, so gab es doch Anlass genug, um entweder nur für Momente oder auch auf längere Zeit ein gespanntes Verhältnis zwischen München und Innsbruck eintreten zu lassen.

Da finden wir wiederholt Differenzen über das Berg- und Münzwesen, über die Frage des bairischen Getreideimports u. dgl.<sup>2)</sup>. Dass die zum Priesterstand berufenen bairischen Prinzen bei der Werbung um geistliche Dignitäten und Stellen dem Cardinal Andreas in den Weg traten, hat manche unfreundliche Bemerkungen auf beiden Seiten hervorgerufen. Gegen die Absicht der Wittelsbacher, sich in Berchtesgaden festzusetzen, sprach man sich in Innsbruck sehr entschieden aus. Als der dortige Propst den Herzog Ferdinand d. j. von Baiern zum Coadjutor postulierte, gaben die erzherzoglichen Räte dem Hilgesuch des Erzbischofs Wolf Dietrich von Salzburg gern Gehör und versprachen Beförderung beim Kaiser. Man dürfe, wie sie sagten, nicht leiden, dass Baiern „im stift Salzburg eindringe, woraus allerlei

---

1) Beide Fürsten richteten unter sich eine besondere, freundliche, vertragsmässige „Gesellschaft“ auf mit folgenden „Conditionen“:

1. Jeder übergibt dem andern ein Kleinod. So oft es der eine ansieht, soll er des andern freundlich gedenken.

2. Wenn einer das Kleinod zerbricht, so dass man es ohne Feuer nicht ausbessern kann, soll er zur Strafe eine Gasterei halten, „doch in seinem haus und zu seiner gelegenheit und dass einer zum andern vertraulich und ohne pompa komme“.

3. Wenn einer das Kleinod, abgesehen vom Notfalle, nicht immer, „ausserhalb er war im hemmat“, auf dem linken Arm an seinem Kleide trägt, soll er dem andern einen Raaber Dukaten zahlen.

4. Wer das Kleinod verliert, zahlt dem andern täglich einen Dukaten, bis er es findet.

5. Wenn einer daraus einen Stein verliert, soll er ihn alsbald durch einen andern ersetzen lassen.

6. Es soll jeder am Geburtstag des andern eine Messe halten lassen, dabei „seines gesellen“ gedenken und einen Dukaten „oder was ihn sein herz ermahnt“ als Almosen spenden.

7. Wenn einer stirbt, so soll sein Kleinod verkauft und der Erlös den Armen gegeben werden.

8. Findet einer den andern in diesen Punkten „selbst in der person fällig“, so soll der „verbrecher“ doppelte Strafe geben.

9. Wer am linken Arme schadhafte wird, soll das Kleinod auf der linken Seite oder auf dem rechten Arme tragen.

Das Schriftstück ist undatirt, mit den Unterschriften beider Fürsten versehen. Ferd. 427. 2) Vgl. 1. Bd. p. 542.

weiterung entstehen wird“; man müsse bei Papst und Kaiser wehren, „dass das haus Baiern der enden auf die grenzen setzt und künftig noch weiters umsehen und greifen möchte“<sup>1)</sup>.

Dies waren jedoch nur vorübergehende Verstimmungen. Viel eingehender und nachhaltiger beschäftigte in Innsbruck der Präcedenzstreit mit Baiern<sup>2)</sup>. Solche Rivalitäten waren damals nicht selten<sup>3)</sup>. Oesterreich beanspruchte im Fürstenrate gegen Baiern den Vorrang, die Präcedenz, wogegen Herzog Wilhelm ihn nur dem ältesten Erzherzog zugestehen wollte. Wilhelm drohte am Reichstage (1582) dem Kaiser, beim öffentlichen Kirchgang auszubleiben, wenn ihm nicht ein Revers gegeben würde, welcher sein Vorrangsrecht anerkenne. Der Kaiser und die Erzherzoge gaben aber nicht nach, und so blieb es zunächst bei einem bairischen Protest „mit geringen, schlechten umständen“<sup>4)</sup>. Obwol sich Baierns Anspruch nicht gegen Ferdinand, welcher ja der älteste seines Hauses war, richtete, so gieng diesem doch die Sache „seer im kopf umb“<sup>5)</sup>. Wo sich bai-

1) A. D. 1591 Fol. 490. S. über diese Sache Stieve, Briefe u. Akt. IV, 314—324, namentlich Wilhelms Brief an den Erzherzog *ibid.* 323.

2) 1584 erliess Tirol und Baiern gemeinsam ein Schreiben an die Grafen des schwäbischen Kreises bei Gelegenheit des Cölner Krieges. An erster Stelle ist Ferdinand, an zweiter Wilhelm genannt. Aussen findet sich nun auf den Akt geschrieben: „woraus zu sehen, wie es mit vorgang und präeminenz zwischen Oesterreich und Baiern zu halten“. Ferd. 442.

3) Als 1565 der Erbprinz von Florenz auf Besuch beim Kaiser in Wien weilte, liess sich daselbst auch der Markgraf von Brandenburg als Gast ansagen. Maximilian, einen Präcedenzstreit befürchtend, gab nun seinem Bruder Ferdinand den Auftrag, den durch Böhmen reisenden Brandenburger so lange dort mit Jagden und Hofvergnügungen aufzuhalten, bis der Erbprinz Wien verlassen hätte. Maximilian an Ferdinand 24. Okt. 1565. Schl. 65. — Ein Jahr zuvor gab es einen Rangsstreit zwischen dem spanischen und französischen Gesandten in Wien, in Folge dessen letzterer abreiste.

4) Briefe von Trautson, Dr. Arzt, vom Kaiser und Erzherzog hierüber in Ferd. 124, 338; Stieve, IV, 172.

5) Bezold II, 260. — Herzog Wilhelm erklärte zwar dem Kaiser, dass er den Vorrang des ältesten Erzherzogs anerkenne; seine Gesandten scheinen aber manchmal weiter gegangen zu sein. Als Ferdinand den Herrn v. Promniz auf die Hochzeit des Herzogs Karl v. Münsterberg delegirte, gab er ihm den Befehl, der Feier fern zu bleiben, wenn ihm die anwesenden Gesandten Baierns den Vortritt streitig machen würden. A. H. 1585. — 1588 schickte Ferdinand den Christoph v. Welsberg nach Florenz, um den neuen Grossherzog zu begrüßen. Welsberg musste dem Erzherzog referiren, ob er vom bairischen Vertreter sei respektirt worden. Der Bericht lautete sehr befriedigend. Ueberall, so schreibt Welsberg, bin ich Baiern vorgezogen worden. Ich hatte vor demselben Audienz, ich bewohnte die schönern Zimmer; die Herren, welche mir aufwarteten, sagten, „che Sua Altezza del Granduca facea questo, acciochè si veda la differenza — fra un

rische und österreichische Gesandte trafen, da gab es Verdriesslichkeiten, erstere zogen es öfters vor, sich zu absentiren<sup>1)</sup>. Bei den vormundschaftlichen Verhandlungen in Graz kam das leidige Thema ebenso zur Sprache, wie am römischen Hofe. Hier standen sich Wilhelms und Ferdinands Geschäftsträger gegenüber, Minuccio und Sporeno<sup>2)</sup>. Die Angelegenheit drohte wol gar zu einer Staatsaktion anzuwachsen, indem Herzog Wilhelm nach dem Rate Minuccio's neben der Frage über die kaiserliche Nachfolge auch den Vorrangsstreit bei den Churfürsten anbringen sollte<sup>3)</sup>. Ist es auch dazu nicht gekommen, so betrieb Ferdinand desto eifriger seine Gegenvorstellungen in Prag, weil sich Baiern noch ein zweites Recht angemasst: Wilhelm hatte seit Beginn von 1591 den Titel Durchlaucht angenommen<sup>4)</sup>. Kaum war man davon in Innsbruck avisirt, so erteilte Ferdinand dem Zacharias Geizkofler Befehl, er möge die Erzherzoge Mathias, Ernst und Maximilian besuchen, sie zu gemeinsamen Schritten gegen Baierns Prätensionen einladen, mit ihren Briefen versehen nach Prag reisen und vereint mit dem spanischen Gesandten die Klage dem Kaiser vorbringen<sup>5)</sup>. Geizkofler gieng deshalb nach Wien, Neustadt und Graz und fand die Erzherzoge ganz bereit, die Aktion Ferdinands zu unterstützen. Nebenbei konnte er auch bei ihnen einen ähnlichen

Arciduca d' Austria et il Duca di Baviera<sup>c</sup>. Der bairische Gesandte hat „mir alzeit die oberhand gelassen<sup>c</sup>. Ferd. 86.

1) Ein solcher Fall 1589 bei Stieve, Briefe u. Akt. IV, 48. — Hier handelte es sich übrigens nicht um die Präcedenz allein, sondern Baiern und Salzburg wollten allen österreichischen Gesandten nur eine Stimme zuerkennen. Ferdinands Delegirter, Christ. Vintler, entgegnete, dieser Disput sei hier unnütz; man sollte unter den gegebenen Verhältnissen lieber froh sein, wenn sich die Stimmen katholischer Fürsten vermehrten. Salzburg gab dann hierin nach, nicht aber Baiern. Tage lang stritt man sich noch hin und her, so dass Mainz endlich erinnern musste, an die Hauptsache zu denken, weil der Kaiser schon ungeduldig werde. Vintlars Relation v. 24. Okt. 1589. Ferd. 343.

2) Sporeno erhielt von Ferdinand den Auftrag, „ut nusquam loci sive in publicis sive privatis congressibus aliisve actibus Minutio cedas sed nostram autoritatem et preminentiam ubique cum domi tum foris diligenter observes<sup>c</sup>. — Sporeno meldet dann: Unlängst waren ich und Minutius beim kaiserlichen Gesandten geladen, wobei er den Sitz nach mir hatte. Da sprach er nun kein Wort, obgleich er sonst „audax per omnia et garrulus<sup>c</sup> ist. „Nihil obtinebit (Min.) meque opponam usque ad sanguinis efusionem nec permittam crimen inferri gloriae Domus Austr.<sup>c</sup> 5. und 10. Okt. 1590. Ferd. 83.

3) Stieve, Nachfolge p. 83, Anm. 278.

4) Ferdinand rügte es auch vor dem Kaiser, dass Brandenburg und Braunschweig die Titulatur „Durchlauchtigster<sup>c</sup> beanspruchten. Ferdinand an Rudolf 26. Mai 1584. Ferd. 145.

5) Instruktion für Geizkofler v. 9. Apr. 1591. Ferd. 124.

Präcedenzstreit beobachten<sup>1)</sup>. In Prag trug er die Sache dem Kaiser vor. Die hierauf erfolgende Antwort zeigt von ruhiger, kühler Ueberlegung. Obwol wir, sagt Rudolfs Entgegnung, gerne über die Rechte unseres Hauses wachen, so scheint es in diesen Zeiten doch sehr bedenklich, „gedachtem von Baiern etwas zu mandiren“, indem beide Häuser, Oesterreich und Baiern, zusammenhalten sollten. Es scheint überhaupt nicht geraten, sich in den Handel einzulassen, da der Ausgang des Processes nicht sicher ist. Baiern wird die Entscheidung des Kaisers, als diesfalls einer Partei, nicht annehmen. Kommt dann die Frage an die Churfürsten, so dürfte Baiern gewinnen, denn in Cöln sitzt ein Wittelsbacher, Pfalz, „wie schlecht es sonst mit Baiern correspondirt“, wird auch für Wilhelm stimmen, desgleichen Sachsen, nicht minder auch die andern geistlichen Churfürsten, weil die jungen bairischen Prinzen „viel beneficirt“. Jedenfalls sollte noch das Gutachten der zwei erzherzoglichen Juristen, der Doktoren Faber und Hager, eingeholt und ein solcher Weg eingeschlagen werden, dass man dabei „den glimpf erhalten“ kann<sup>2)</sup>. Als einfachstes Mittel empfahl man in Prag, es sollten keine Supplicationen oder Briefe angenommen werden, worin sich der Herzog des angefochtenen Titels bediente<sup>3)</sup>. Ferdinand liess sich von den beiden Doktoren referiren. Was aber diese vorbrachten, lautete nicht sehr ermutigend. Faber riet vom Processwege ab: man soll sich mit der Possession des alten Rechtes begnügen, sich von Baiern nicht verdrängen lassen, und deshalb sollte stets ein angesehenener Graf mit der Repräsentanz der Erzherzoge auf den Reichsversammlungen betraut werden. Hager sprach sich ähnlich aus; als Mittel zum Vergleich empfahl er, dass regierende Erzherzoge vor regierenden bairischen Herzogen, letztere aber vor nicht regierenden Erzherzogen die Präeminenz besitzen sollten. Die Regierung in Innsbruck schloss sich ersterem Gutachten an und meinte: Baiern ist zu „usurpirung des titels, erzherzoghütl und diadem auf dem secretinsigl“ wol nicht berechtigt; da es aber andere Fürsten

<sup>1)</sup> Dieser Streit herrschte zwischen Maximilian und seinen Brüdern. Max führte noch immer den Titel eines Königs von Polen und stützte darauf seinen Anspruch auf den Vortritt. Da die drei Brüder über die Stellen ihrer Unterschriften auf einem gemeinschaftlich ausgestellten Schriftstück sich nicht einigen konnten, so liess sich Geizkofler von jedem eine besondere Instruktion geben.

<sup>2)</sup> Zu gleicher Zeit verhandelte über diese Sache Reichard Strein im Namen des Erzherzogs Mathias in Innsbruck.

<sup>3)</sup> In der Tat waren auch, wie Geizkofler berichtet, dem bairischen Agenten Dr. Gabler, welcher in der badischen Vormundschaftsache in Prag verhandelte, „etliche memorialia“ des Titels wegen zurückgewiesen worden.

auch getan, ohne auf des Erzherzogs Widerspruch zu stossen, so sollte Ferdinand Baiern, das verwandte Fürstenhaus, nicht ferner beirren und das Weitere dem Kaiser überlassen<sup>1)</sup>. Zur Anerkennung der Titulatur konnte sich Ferdinand nicht entschliessen; seine Kanzlei musste im schriftlichen Verkehr mit dem bairischen Herzog an dem alten Usus halten, worüber sich aber dieser „zum höchsten beschwerte“ mit dem Hinweis, dass ihm sogar vom Kaiserhofs „so schlecht nit geschriben werd“. Um weitem Verlegenheiten zu entgehen, erliess die Innsbrucker Regierung alle Schriften an den Herzog in den letzten Jahren unter Ferdinands eigener Signatur. Dieselbe Schwierigkeit ergab sich, wenn ein Gesandter von regierungswegen an den bairischen Hof gehen musste; in einem solchen Fall meinte ein Teil der Räte, der Abgeordnete „möge gleichsam für sich selbst dissimulando und um fernern aufzug zu hindern, ferner nit anten noch difficultiren sondern gleich also hingehen lassen“<sup>2)</sup>. Bezüglich der Vorrangssache ist erst 1613 ein Vergleich und zwar analog der Proposition des Dr. Hager erfolgt.

In den Tagen des heftigen Rangstreites suchte Baiern im Erzherzog eine Stütze in der Angelegenheit der badischen Vormundschaft zu gewinnen. Markgraf Jakob v. Baden-Hochberg hatte im Juli 1590 convertirt, war aber schon im folgenden Monat gestorben. Welchen Einfluss Ferdinand auf seine Bekehrung genommen, ist nicht ersichtlich<sup>3)</sup>. Jakobs Plan, seine Untertanen mit Hilfe des Cardinals Andreas zu der katholischen Kirche zurückzuführen, wurde durch seinen

<sup>1)</sup> 30. Nov. 1591 schreibt Ferdinand an Sporeno: Quod porro ad serenitatis titulum duci Bawariae haud tribuendum attinet, scias, ex S. Caes. Maj. jussu et ea de causa factum est, quod dictus dux ejusmodi titulum sibi propria auctoritate et de facto nulla habita facultate aut permissione nec salutata S. Caes. Maj. ut par erat, assumpserit. Ferd. 117.

<sup>2)</sup> A. D. 1595 Fol. 734, 772; M. a. H. 1595 Fol. 6. — Auch mit Salzburg bestand ein Präcedenzstreit. Nach einer Verordnung des K. Ferdinand sollten Oesterreich und Salzburg alterniren. Aber so oft es das Stift zum Vorgehen traf, liess Ferdinand protestiren. Graf Wilh. Zimmern, welcher als erzherzoglicher Vertreter dem Begräbnis des K. Maximilian beiwohnte, erhielt den Auftrag, der Feier fern zu bleiben, wenn er gegen Salzburg zurücktreten müsste. Ferd. 120, 124; P. I, 117; V. d. f. D. 1594 Fol. 648; A. D. 1594 Fol. 246.

<sup>3)</sup> Nach Schöpflin, Historia Zaringo-Bad. IV, 126 hat Ferdinand nebst andern kathol. Fürsten den Markgrafen in seinem Vorhaben zu convertiren bestärkt. Von Baiern (7. März) über Jakobs Bekehrung avisirt, drückt Ferdinand (23. März 1590) dem Markgrafen seine Freude darüber aus und ermuntert ihn zur Standhaftigkeit. A. H. 1590. Am 21. Juli meldet Jakob an Ferdinand, dass er am letzten Sonntag (15.) öffentlich das katholische Glaubensbekenntnis abgelegt habe. Vgl. Stieve, IV, 29.

frühzeitigen Tod vereitelt. Es war vornehmlich die Sorge um die Religion seiner Kinder, wenn er in dem Testament neben seinem Bruder Ernst Friedrich auch den Herzog Wilhelm von Baiern und Karl von Zollern als Contutoren bestellte. Ernst Friedrich, ein eifriger Protestant, dabei ungemein gewinnsüchtig und rücksichtslos, hielt sich keineswegs an die letzte Willensmeinung des Bruders und behandelte die Witwe, damit dieselbe gegen seine eigenmächtigen Handlungen nicht reklamiren könne, als Gefangene. Herzog Wilhelm vertrat nun die Sache der bedrängten Familie Jakobs beim Kaiser und bezeichnete den Erzherzog als geeigneten Testamentsvollstrecker. Ueber die Vorgänge in der untern Markgrafschaft war man in Tirol durch die Berichte des Grafen Karl von Zollern hinreichend informirt<sup>1)</sup>. Es heisst, Ferdinand habe ohne Zögern die Execution übernehmen wollen. Seine Regierung wenigstens hielt es für zweckmässig, dass er sich für eine bessere Behandlung der Witwe verwende<sup>2)</sup>. Nach einigen Monaten war aber die Stimmung am tirolischen Hofe völlig geändert. Wahrscheinlich im Hinblick auf den bevorstehenden Zug Christians von Anhalt wurde Ferdinand von Regierung und Kammer bestürmt, den bairischen Herzog vor Tätlichkeiten gegen Baden zurückzuhalten, weil da grosse Gefahren für die Vorlande entstünden<sup>3)</sup>. Dieser Meinung entsprach es, wenn der Erzherzog noch im gleichen Jahre (1591) die von Zollern mitgetheilten Ratschläge des Dr. Pistorius, wie man Jakobs Töchter von ihrem Oheim und vom Luthertum befreien könnte, gänzlich von der Hand wies und zwar unter ausdrücklicher Rücksichtnahme auf Ernst Friedrich, der „unser guter nachbar“ ist; es lasse sich da ohne Wissen des Kaisers, sagte Ferdinand, nichts machen<sup>4)</sup>. Er zeigt auch weiter kein Interesse mehr an der badi-schen Vormundschaft.

Wenn man der Beziehungen Ferdinands zu Baiern gedenkt, darf der Landsberger Schirmverein nicht übergangen werden, obwol sein ganzes Dasein und Wirken von Anfang an nur ein sehr bescheidenes war und blieb<sup>5)</sup>. Gegründet im Jahre 1556, umfasste er Vorder-österreich, Baiern, die geistlichen Herrschaften Salzburg, Würzburg und Bamberg, die Städte Augsburg und Nürnberg. Als zur Zeit seiner Entstehung über die Besetzung der Bundeshauptmannschaft verhandelt wurde, die alternirend von Baiern und Oesterreich geführt

<sup>1)</sup> Ferd. 432 $\frac{2}{3}$ .    <sup>2)</sup> A. D. 1590 (18. Okt.) Fol. 756; Stieve IV, 38.

<sup>3)</sup> A. D. 1591 Fol. 149; E. u. B. 1591 Fol. 74.

<sup>4)</sup> Ferdinand an Zollern 19. Nov. 1591. A. H.

<sup>5)</sup> S. das Urtheil hierüber bei Stieve, Briefe u. Akt. IV, 4.

werden sollte, schlug die Regierung in Innsbruck als ersten Hauptmann den Erzherzog vor. K. Ferdinand gieng im Hinblicke auf die Entfernung seines Sohnes, des damaligen Statthalters von Böhmen, nicht darauf ein; deshalb übernahm Herzog Albrecht von Baiern die Leitung des Vereins<sup>1)</sup>. Dieselbe ist dann ihm und seinem Sohne Wilhelm dauernd geblieben. Nach dem Tode seines Vaters gab Ferdinand die förmliche Erklärung, auch weiterhin dem Verein angehören zu wollen<sup>2)</sup>. Der Bund hatte nur Defensionszwecke und keinen ausgesprochen katholischen Charakter, wie ihm ja auch das protestantische Nürnberg angehörte; die Mitglieder erlegten jährlich einen sehr mässigen Beitrag<sup>3)</sup>, hielten Bundestage und hatten einige Officiere in ihrem Sold. So ernannte der Erzherzog den Jaroslaw v. Kolowrat und nach dessen Rücktritt den Sebastian v. Schlick zu Rittmeistern des Schirmvereins.

Ein Anlass, um die Hilfe seiner Bundesverwandten anzurufen, bot sich Ferdinand im Jahre 1569. Der Zug des Herzogs Wolfgang von Zweibrücken nach Frankreich berührte einen Teil der österreichischen Vorlande und brachte den dortigen Untertanen in Folge von Excessen der zügellosen Soldaten schweren Schaden. Eine Wiederholung der gleichen Bedrängnisse war zu befürchten, wenn auch noch der Pfalzgraf Johann Casimir den geplanten „Nachzug“ in Scene setzte. Ferdinand rief den Verein an. Auf den zwei im Februar und Juni gehaltenen Bundestagen wurde beschlossen, bei den kriegführenden Fürsten (Wolfgang und Herzog v. Aumale) um Schonung der erzherzoglichen Lande sich freundlich zu verwenden und dem Erzherzog einen Teil der Unkosten, welche ihm der Durchzug Wolfgangs verursacht hatte, aus dem Bundesvorrat zu ersetzen. Für kurze Zeit wurden wol auch drei Fähnlein Reiter bereit gehalten, wenn sich die Gefahr für die Vorlande erneuern sollte<sup>4)</sup>. Was da der Bund leistete, war unbedeutend und stand genau im Verhältnis zu seinen geringen Mitteln<sup>5)</sup> und zur ängstlichen Sorge seiner Mitglieder, bezüglich deren man in Innsbruck von vornherein überzeugt war, dass sie sich unter allen Umständen „gewarsamlich“ halten würden, damit ihnen etwa nicht ein ernstlicher Krieg erwachse<sup>6)</sup>.

1) V. d. f. D. 1556 Fol. 480, 507, 514. 2) L. 1564.

3) Der Erzherzog erlegte jährlich 1000 G.

4) Stumpf, Diplom. Beiträge z. Gesch. d. Landsb. Bundes, 14. Ueber die geleistete Geldhilfe s. unten.

5) „Der grosse vorrat“ des Bundes sollte im kommenden Jahr wieder ersetzt werden; jedes Mitglied hatte dazu in zwei Fristen 8500 G. zu erlegen. E. u. B. 1570 Fol. 360. 6) A. D. 1569 Fol. 365.

Die schwache Leistungsfähigkeit des Vereins erhöhte begreiflicher Weise nicht die Lust der Mitglieder, ihm noch weiterhin anzugehören. Und als auf den erwähnten Tagen die Frage nach dem Fortbestand der Einigung aufgeworfen wurde, zögerten Ferdinands Gesandte mit der Zustimmung, weil sie angeblich erst die Meinung des Kaisers und Karls von Steiermark erwarten müssten. Schliesslich blieb aber Ferdinand dennoch im Bunde<sup>1)</sup>. Eine Erweiterung desselben, welche Baiern gleichzeitig anbahnte, wollte nicht gelingen; die evangelischen Stände hatten von vornherein keine Neigung dazu, Spaniens Aufnahme wurde vom Kaiser und nicht weniger vom Erzherzog perhorrescirt; Wilhelm erreichte schliesslich nur den endlichen Beitritt zweier geistlicher Churfürsten<sup>2)</sup>. Alle sieben Jahre wurde das Bündnis erneuert. Wie sich nun 1577 die Verbündeten wieder erklären sollten, da konnte sich der Erzherzog nur zögernd entschliessen, er wollte sich höchstens noch auf zwei Jahre einlassen<sup>3)</sup>. Es mag ihn auch unangenehm berührt haben, dass sich der Verein in einen Rechts- handel mischte, welchen er damals mit Augsburg hatte<sup>4)</sup>.

Ferdinands Sympathie zur Bundesangehörigkeit wurde im Laufe des folgenden Septenniums nicht erhöht. Schon kam es zu ziemlich unfreundlichen Erklärungen. Auf der Tagsatzung von 1582 drang der tirolische Abgeordnete darauf, dass sich der Verein zu einer verpflichtenden Resolution verstehe, wornach er die Vorlande gegen die Beschädigungen durch äussere Feinde schützen wolle; für den Fall der Ablehnung hatte der Gesandte zu melden, „dass es uns zu andern nachgedenken verursachen würde“. Nochmals liess Ferdinand an seine Forderung wegen der Unkosten im Jahre 1569 erinnern<sup>5)</sup>. Dieser letztern Angelegenheit halber nahm sein Agent Dr. Hochstetter sogar eine besondere Audienz bei Herzog Wilhelm, welcher jedoch die Beantwortung auf einen künftigen Bundestag verschieben wollte. Als Hochstetter zu einer bestimmten Antwort drängte, entgegnete Wilhelm unmutsvoll, man merke wol, dass der Erzherzog nicht mehr im Bunde bleiben wolle und zwar aus der Ursache, weil Baiern, ohne übrigens darnach getrachtet zu haben, die Hauptmannschaft besitze. Ferdinand sollte, so fuhr Wilhelm weiter, weniger seinen Privat-

1) Am 29. Apr. 1569 schreibt Zasius dem Erzherzog, der Kaiser wünsche, Ferdinand möge „noch auf wenige jahre continuiren“. Schl. 65.

2) Lossen I, 90. Ob man in Innsbruck den Wunsch nach Aufnahme Burgunds hegte, möchte ich bezweifeln. Vgl. Sugenheim, Baierns Kirchen- und Volkszustände p. 578, Bezold, Briefe I, 63, 68. Ueber Bayerns fortgesetzte Versuche zur Erweiterung s. Bezold I, p. 238, 247, 248, 276. 3) A. H. 1577.

4) Vgl. Bd. I p. 205. 5) V. d. f. D. 1582 Fol. 439.

vorteil beim Bunde suchen, sondern den allgemeinen Nutzen und den der Religion, deren Erhaltung man besonders diesem Verein danke, wie denn auch „den confessionisten fürnemlich dieser bund in die augen steche“<sup>1)</sup>.

Im folgenden Jahre, als Baiern schon in die Cölner Wirren verwickelt war und auf die Teilnahme der Vereinsmitglieder rechnete, suchte Wilhelm Ferdinands Bundeseifer durch freundliche Vorstellungen zu wecken. Durch einen Gesandten und bald nachher bei einem persönlichen Besuch in Innsbruck regte er die Erweiterung des Vereins an. Er kam dabei auf den frühern Plan der Aufnahme Spaniens zurück. Darin, so liess er sagen, dürfe man jetzt um so weniger Bedenken haben, als man die Haltung der protestantischen Churfürsten in der Cölner Sache schon kenne; die Ausdehnung des Vereins — und zwar vor allem auf das mächtige Spanien — sei das einzige Mittel, „damit ein schwert das ander in der scheiden behalte“. Nebenbei wolle der Verein auch gerne den Schutz der österreichischen Vorlande übernehmen<sup>2)</sup>.

Aber solche Vorstellungen verfiengen in Innsbruck nicht. Anstatt auf Wilhelms Intentionen einzugehen, berechnete man, dass Oesterreich seit dem Bestande des Vereins 73.000 G. eingezahlt und hiefür keinerlei Vorteil genossen habe<sup>3)</sup>. Und bei dem Tage, wo die Bundeserneuerung auf weitere sieben Jahre geschehen sollte, erklärte Ferdinands Gesandter unter Wiederholung der frühern Beschwerden den Austritt. Obwol Wilhelm abermals den Erzherzog besuchte und ihm zuredete, vermochte er doch dessen Entschliessung nicht zu ändern<sup>4)</sup>. Zu 1587 findet sich bemerkt, der erzherzogliche Kammermeister Lingahöl habe auf Befehl seines Herrn die Originallien der Bundesnoteln und deren Prorogationen dem Herzog von Baiern zurückgebracht und „dagegen die österreichische angebür des grossen vorrats per 18.428 G. wiederum herausbegehrt“<sup>5)</sup>.

1) Hochstetters Bericht in Ferd. 342. — Es will sich mit diesen Worten nicht ganz reimen, wenn Wilhelm dem Gesandten auch mitteilt, er habe Württemberg und Ulm zum Beitritt eingeladen, wenigstens pro forma, damit man sehe, dass nichts heimliches practicirt werde gegen die Confessionisten, und dass es „kein pfaffenbund ist wie mans auslegen wolt“, sondern nur bestimmt zur Erhaltung des Friedens.

2) Ferd. 447. In der Instruktion für Dr. Nadler nimmt Wilhelm Bezug auf die Vorschläge des Cardinals Madruz. Vgl. Bezold II, 37. — A. D. 1583 Fol. 541. 3) P. II, 130.

4) Bezold II, 230; A. D. 1584 Fol. 401. Sprinzensteins Bemerkung bei Bezold II, 264. 5) Repert. des Sch. III, 512.

Bei dem Verhältnis, in welchem beide Fürsten in den neunziger Jahren zu einander standen, hätte das einmal auftauchende Projekt einer Vermählung von Wilhelms ältestem Sohn Maximilian mit einer Tochter Ferdinands sich gewiss schwer realisiren lassen; um so schwerer, wenn Baiern dabei die Rückgabe von Kufstein und Rattenberg (was ebenfalls angeregt wurde) angestrebt hätte<sup>1)</sup>.

Der österreichische Besitz in Schwaben und das lehensrechtliche Verhältnis des Herzogtums Wirtemberg haben zwischen den Fürsten dieses Landes und dem Erzherzog mannigfache Berührungen hervorgerufen. Das Herzogtum war seit dem Frieden von Kaaden österreichisches Afterlehen, welches der Aelteste des Hauses Habsburg zu vergeben hatte. Ausserdem besaßen die Herzoge noch tirolische Lehen<sup>2)</sup>, deren Verleihung dem jeweiligen Grafen von Tirol zustand. Als solcher belehnte Ferdinand die Herzoge Christoph (1567) und Ludwig (1577). Im letzteren Falle machte der Erzherzog den vergeblichen Versuch, von Wirtembergs Abgeordneten den Lehenseid nach katholischer Formulirung sich leisten zu lassen<sup>3)</sup>. Bei Ludwigs Nachfolger, dem bisherigen Grafen von Mömpelgard, erhob man von Tirol aus abermals Anstand hinsichtlich der Belehnung, indem der Erzherzog auf Grund der Kinderlosigkeit Ludwigs die Lehensstücke einziehen wollte. Herzog Friedrich liess sich jedoch sogleich huldigen und setzte sich dadurch in den faktischen Besitz; ein Belehnungsakt von Seite Ferdinands ist nicht mehr erfolgt<sup>4)</sup>.

Bedeutend grössere Differenzen entstanden nach dem Tode des Kaisers Maximilian II. wegen Oesterreichs Lehensherrlichkeit über Wirtemberg. Schon Herzog Christoph strebte zu wiederholten Malen (1558 und 1566) darnach, durch eine kaiserliche Belehnung mit den Regalien das seinem Herzogtum anhaftende Merkmal der Afterlehenschaft zu verwischen, weil man ihm sonst, wie er sagte, Sitz und Stimme auf dem Reichstage trotz des Kaadener Vertrages streitig machen könnte. Aber der Kaiser vollzog als Aeltester des Hauses bloss die herkömmliche Belehnung. Ludwigs Vormünder brachten 1570 dasselbe Anliegen wieder vor. Die Räte Ferdinands, welcher „nit weniger gerechtigkeit zu dem herzogtum Wirtemberg denn ihre Majestät“ hatte, meinten, man werde dieses Gesuch nicht wol abweisen können; nur müsse der Kaiser im Falle der „zuerkennung“ für die Wahrung der österreichischen Rechte durch einen Revers sorgen, was namentlich wichtig, wenn die Dynastie Habsburg einmal nicht mehr im Be-

1) Stieve IV, 427, Anm. 2.    2) I. Bd. p. 60.

3) Sattler, Gesch. d. Herz. Würtemberg V, p. 45.    4) Sattler V, 163.

sitz der Kaiserwürde sein sollte.<sup>1)</sup> So empfing auch der Herzog im Jahre 1573 vom Kaiser die Regalien<sup>2)</sup>. War nun dadurch Ludwig der eine Schritt geglückt, so versuchte er alsbald noch den zweiten, indem er nach K. Maximilians Tode um die Belehnung mit dem Lande bei Rudolf II. ansuchte. Da trat Ferdinand, nunmehr der Aelteste seines Geschlechtes, ihm entgegen und beanspruchte für sich das Recht der Verleihung. Wirtemberg wagte nicht, dasselbe nachhaltig zu bestreiten; dennoch verzog sich die Sache. Ferdinand musste erst für sich die kaiserliche Belehnung mit Wirtemberg erwirken, und erteilte sie dann selbst dem Herzog zu Günzburg 1584, nachdem er von seiner Forderung, dass sich Ludwig zur Mutung in Innsbruck persönlich stelle, abgestanden war<sup>3)</sup>.

Die Erklärung des folgenden Herzogs Friedrich, welche derselbe bald nach seinem Regierungsantritt abgab, dass er nämlich die „Erbfolge nicht nach dem Kadanischen oder Passauischen Vertrag erkenne, sondern sich auf die Erhöhung des Herzogtums gründe“, hätte sicherlich zu neuen Konflikten geführt, wenn Ferdinand noch länger gelebt hätte<sup>4)</sup>. Wenige Jahre nach dem Tode des Erzherzogs hat Oesterreich in der Tat auf das Recht der Belehnung verzichtet.

Die sich vielfach durchschneidenden Gebiete Oesterreichs und Wirtembergs führten zwischen den beiderseitigen Landesfürsten zu mannigfachen Collisionen. Solche gab es hinsichtlich der Abteien S. Georgen und Zwiefalten. Herzog Ulrich hatte einst Abt und Convent aus dem Stifte S. Georgen vertrieben und das Klostergebäude in eine Schule verwandelt. Die Ausgetriebenen hatten im nahen Villingen Schutz gefunden und genossen hier die zu ihrem Hause gestifteten

1) A. D. 1570 Fol. 480; A. D. 1571 Fol. 73.      2) Stälin IV, 778.

3) Stälin IV, 791. Ferdinand wahrte aufmerksam sein Hoheitsrecht gegen Wirtemberg. Unter Ludwigs Vermittlung schlossen 1579 zwei schwäbische Herren einen Vergleich, welchen der Erzherzog als deren Lehensherr bestätigen sollte. In dem ausgestellten Vertragsinstrument, wo Ferdinands Erwähnung geschah, fehlte bei seinem Namen der Titel „Herzog v. Wirtemberg“; alsogleich musste die Urkunde umgeschrieben werden. A. H. 1579. Als Herzog Ludwig den Erzherzog wegen angeblicher Kriegswerbungen in Italien interpellirte, erklärte Ferdinand seine Friedensliebe mit dem Beisatze: wir erwarten, dass E. L. sich so verhalten werden, „wie einem österreichischen lehensmann gebirt“. Ferdinand an Ludwig 30. Mai 1583. Schl. 448. — Nach Burglechner erfolgte die Belehnung zu Günzburg in Anwesenheit Karls von Burgau und von 57 Grafen, Herren und Dienern.

4) Sattler V, 164. Das Recht der Afterbelehnung machte man nach Ludwigs Tode gleich wieder in Innsbruck geltend. Dass der Kaiser den Herzog Friedrich alsbald mit der Grafschaft Sigmaringen belehnte, fand man in Tirol „etwas fūrgeilt“. A. D. 1594 Fol. 401, 545.

Renten. Nach dem Tode des Prälaten wählten die Mönche einen Nachfolger, wogegen Herzog Christoph einen Prädicanten zum Abte erhob, welchem die Stiftsuntertanen, bedroht von württembergischen Soldknechten, die Huldigung leisten und die Renten abliefern mussten. Ferdinands Vögte schritten dawider ein, indem sie die Leute von S. Georgen, namentlich soweit sie auf österreichischem Gebiete sassen, zur Huldigung an den katholischen Stiftsvorstand zwangen und Christophs Amtsleute, wenn sie sich der Klostergüter bemächtigen wollten, arrestirten. Nun wurden mancherlei Streitschriften zwischen Ferdinand und Christoph gewechselt, bis es 1568 zu einem Vergleiche kam, wornach dem Abt in Villingen der Bezug der auf österreichischem Boden liegenden Stiftseinkünfte, dem von Christoph eingesetzten Prediger die Abgaben von den württembergischen Klostergütern zufallen sollten<sup>1)</sup>. Das Recht der Intervention gründete der Erzherzog bei diesem Gotteshause, einer österreichischen Stiftung, auf die ihm zukommende Schirmvogtei.

Ein anderes Stift, Zwifalten, welches Christoph unter seine Landesherrlichkeit zu bringen strebte, warb bei Ferdinand um Schutz. Auch da gab es verschiedene Traktationen, bis unter kaiserlicher Vermittlung ein Vertrag aufgerichtet wurde (1570), welcher dem Herzog zwar die Vogtei, dem Kloster aber Selbständigkeit der Verwaltung und freie Ausübung der Religion zusprach<sup>2)</sup>. Für die Wahrung dieser Stiftsrechte hatte man sich in Innsbruck während der Vergleichshandlung eifrigst verwendet.

Ueber die Klöster Königsbrunn und Paris schlossen Oesterreich und Württemberg nach langen Irrungen 1588 einen Vertrag. Königsbrunn blieb säcularisirt; Ludwig musste nur die Erhaltung der noch lebenden Klosterbrüder auf sich nehmen. Paris sollte in Zukunft unbestritten unter österreichischer Schirmvogtei stehen und von Württemberg nicht mehr behelligt werden<sup>3)</sup>.

In Orten, wo Ferdinand die hohe, Württemberg aber die niedere Gerichtsbarkeit ausübte, ist man sich namentlich über die Besetzung der geistlichen Stellen öfters in die Quere gekommen. Unter dem Schutze der Herzoge drangen da manchmal protestantische Prediger ein, wogegen des Erzherzogs Amtsleute mit aller Entschiedenheit auftraten<sup>4)</sup>.

1) Sattler IV, 226; A. D. 1567 Fol. 960, 1180; A. D. 1568 Fol. 380; auch nach dem Vergleichsschluss gab es wegen dieses Stiftes noch Anstände. A. D. 1570 Fol. 8.

2) Stälin IV, 838; A. D. 1570 Fol. 563.    3) Sattler V, 110.

4) Ein solcher Fall z. B. in der Landgrafschaft Nellenburg A. D. 1570 Fol. 84.

• Dem Plane Württembergs, die durch den Tod des Grafen Heinrich von Lüpfen erledigten Reichslehen in Schwaben zu erlangen, stellte sich Ferdinand und insbesondere Cardinal Andreas mit Erfolg entgegen<sup>1)</sup>.

Zwischen den Höfen von Stuttgart und Innsbruck entspann sich mitunter eine lebhafte Correspondenz über die den allgemeinen Frieden bedrohenden Zeitereignisse. Die kriegerischen Bewegungen an den deutsch-französischen Grenzen und sein gespanntes Verhältnis zu Johann Casimir (wegen dessen Vormundschaft in der Pfalz) bewogen den Herzog Ludwig zu einer Anfrage bei Ferdinand, ob nicht ein früherer „Landrettungsverein“ wieder aufzurichten wäre. Aus Tirol kam aber eine höflich ablehnende Antwort<sup>2)</sup>, welche die Motivirung enthielt, man wisse im Augenblick von keiner Unruhe ausser jener in Strassburg. Fast zur selben Zeit betrieb Königin Elisabeth die Errichtung eines Bundes mit den evangelischen Fürsten Deutschlands, und Ferdinand richtete darüber eine Anfrage an Württemberg. Ludwig entgegnete mit dem Hinweis auf ähnliche ligistische Tendenzen katholischer Mächte<sup>3)</sup>. Das stürmische Jahr 1587 erfüllte die Fürsten und Stände der beiden Religionen mit neuerlichem gegenseitigen Misstrauen. Der Herzog schickte Zeitung nach Innsbruck, welche da behauptete, am Hofe des Erzherzogs seien Gesandte des Papstes, der französischen Katholiken, von Florenz, Savoyen, Mantua, Baiern und des Erzherzogs Karl über ein gemeinsames Bündnis wider die Protestanten schlüssig geworden. Ferdinand hielt dem eine ihm zugekommene Nachricht entgegen, welche von bedrohlichem „kriegsgewerb“ in Sachsen erzählte; stellte aber auch die Frage, wie denn eine bessere Eintracht zwischen den beiden Confessionen erzielt werden könnte<sup>4)</sup>. Als Mittel hiefür proponirte Württemberg, dass der Kaiser am nächsten Reichstag den Religionsfrieden von Augsburg feierlich bestätige, denn dieses Gesetz werde von Katholiken nur als Moratorium bezeichnet und mit einem Hause für öffentliche Dirnen verglichen, welches, ob schon verwerflich, notgedrungen einige Zeit hindurch unterhalten werde<sup>5)</sup>. Aehnlich wie früher der Erzherzog, hat Ludwig 1591 ein

— Aehnliche Anstände gab es auch mit Baden, z. B. über die Abtei Schuttern. Kreuter, Gesch. d. vorderöst. Staaten II, 244.

<sup>1)</sup> Sattler V, 130, 166.

<sup>2)</sup> Bezold II, 238; A. D. 1585 Fol. 273. Sollte etwa Ludwig diese Anfrage als Prüfstein über Ferdinands Gesinnung haben brauchen wollen? Denn eben damals gieng das Gerücht von österreichischen Annexionsplänen auf Württemberg. Bezold II, 224 f.; Sattler V, 90. <sup>3)</sup> Stälin IV, 802; Häberlin XIV, 370.

<sup>4)</sup> A. M. 1587.

<sup>5)</sup> Ferd. 447. Diese Anwürfe Ludwigs beziehen sich auf Dr. Eders Publicationen.

von Tirol aus angeregtes Projekt zur Gründung eines Schirmvereins behandelt<sup>1)</sup>.

Dem diplomatischen Verkehr der beiden Fürsten ist vielfach der Stempel misstrauischer Zurückhaltung aufgedrückt. Vorwürfe, in die Form von Anfragen gekleidet, wurden mit ähnlichen Vorwürfen von der andern Seite erwidert. Noch weniger traute man in Innsbruck Ludwigs Nachfolger, Friedrich von Mömpelgard. Dieser hatte sich schon lange als offener Freund und Gönner der Hugenotten und ihrer deutschen Verbündeten gegeben<sup>2)</sup>. Seine Stellung zum Erzherzog war nie eine freundliche gewesen, wie denn Herzog Ludwig seinem Vetter einmal vorhielt, dass er sich gegen Oesterreich so „unnachbarlich“ verhalte<sup>3)</sup>. So erklärt es sich, dass manche glaubten, Friedrichs Regierung über Württemberg möchte von Seite Ferdinands angefochten werden<sup>4)</sup>. Derselbe hat jedoch keinen darauf abzielenden Versuch gemacht, sondern, wie schon erwähnt, sich damit begnügt, die tirolischen und österreichischen Lehensrechte dem neuen Herzog gegenüber zu betonen und festzuhalten.

Unter den Reichsfürsten der hier zu behandelnden Periode nimmt Churfürst August von Sachsen die erste Stelle ein. Seine treffliche Verwaltung und seine massvolle Politik nötigten die Zeitgenossen beider Confessionen zu unwillkürlicher Anerkennung seiner Bedeutung. August hielt fest an seinem lutherischen Bekenntnis, aber die aggressiven Pläne der evangelischen Bewegungspartei teilte er keineswegs. Welche Motive immer ihn da leiten mochten, ob das Streben zum „Ausbau

---

Vgl. Stieve IV, 146 f. -- Dr. Eder stand seit langem mit Ferdinand in Verbindung, denn bei der Erbteilung hatte es der Erzherzog übernommen, die von K. Ferdinand für Eder ausgeworfene Provision von jährlich 200 G. zu bezahlen. Die Auszahlung erfolgte dann freilich sehr unregelmässig. Seine „Evangelische Inquisition“ (1573) widmete Eder den Erzherzogen Ferdinand und Karl. 1574 empfahl ihn der Erzherzog auf Zureden des päpstlichen Nuntius dem Metropolit von Salzburg für den Bischofsstuhl in Gurk, aber vergeblich. A. H. 1574. Im Jahre 1579 sendet der Autor an Ferdinand den zweiten Teil seines Werkes, beklagt seine Notlage und gibt die Absicht kund, aus dem kaiserlichen Dienst zu scheiden, um ganz ungehindert seiner schriftstellerischen Arbeit leben zu können. Ferd. 332.

<sup>1)</sup> S. darüber im folgenden Capitel. Ueber eine Annäherung beider Fürsten s. im 6. Abschnitt, welcher den Strassburger Krieg behandelt.

<sup>2)</sup> Ueber Friedrichs Legation zu Gunsten der Hugenotten s. Stälin IV, 804; Bezold II, 403. <sup>3)</sup> Ludwig an Ferd. 23. März 1588. A. M.

<sup>4)</sup> Bezold II, 229 Anm. 8. Auf das päpstliche Ansuchen, den Herzog Friedrich nicht früher zu belehnen „donec ablata bona ecclesiastica restituantur“, erklärte Ferdinand nicht eingehen zu können, weil die Form der Belehnung genau festgestellt sei. Ferd. 83, 327. — Ueber unfreundliche Beziehungen des Cardinals Andreas zu Herzog Friedrich s. unten d. Capitel „Die Söhne“.

seiner Territorialmacht“ oder seine Abneigung gegen die Calvinisten: er war der eifrige Schützer des Religionsfriedens, der treue Verteidiger des Reiches in seinem Bestand und seiner Verfassung<sup>1)</sup>. Dass die protestantischen Glaubensgenossen mit dem Churfürsten in regstem Verkehr standen, ist selbstverständlich; aber auch die katholischen Fürsten legten grosses Gewicht darauf, seine Stimme in allen wichtigen Fragen des Reiches zu vernehmen. Ferdinands Contact mit den norddeutschen Höfen ist sonst ein sehr geringer, aber mit Dresden steht er, so lange August lebt, in brieflichem und diplomatischem Verkehr. Jenes im Jahre 1567 ziemlich weit verbreitete „seltzam gedicht“, demzufolge alle Lutherischen und Hugenotten „ausgereitet“ und an die Stelle der Churfürsten von Sachsen und von der Pfalz die Erzherzoge Ferdinand und Karl gesetzt werden sollten, hat schwerlich eine auch nur momentane Verstimmung am sächsischen Hofe gegen Tirol erwecken können<sup>2)</sup>. Im Jahre 1574 besuchte Ferdinand bei Gelegenheit seiner Reise nach Karlsbad den Churfürsten in seiner Hauptstadt<sup>3)</sup>, und von da an werden häufig zwischen beiden Fürsten Briefe und Geschenke gewechselt. Um dieselbe Zeit begann August die Unterdrückung des Kryptocalvinismus in seinem Lande<sup>4)</sup>, und dies, verbunden mit der bekannten Tatsache, dass er persönlich mit den meisten katholischen Reichsfürsten, namentlich auch mit dem Kaiser befreundet war, erweckte die allerdings ganz unbegründete Hoffnung, er dürfte für den Katholicismus zu gewinnen sein. Da man begreiflicher Weise in Rom einem solchen Schritte die höchste Wichtigkeit zumass, so wandte

1) Gegenüber Bezold, welcher wie Kluckhohn in der Kriegspolitik der Pfälzer „ein tatsächliches Verdienst“ anerkennt, vgl. in Bezug auf die sächsische Politik Stieve's Urteil in der hist. Zeitschrift 45, 105.

2) Koch, Quellen zur Gesch. K. Max. II. Bd. p. 135. Während des Druckes erfahre ich durch gütige Mitteilung von Prof. Busson, dass eine Abschrift dieses „seltzamen gedichts“ in A. Mem. I, 63 liegt. Es wurde dem Erzherzog durch Georg von Helfenstein vom Sauerbrunnen zu Ebenhausen aus am 11. Mai 1567 zugeschickt. Vgl. oben p. 128.

3) Nach Handsch reiste Ferdinand am 2. Okt. von Karlsbad nach Dresden. Beide Fürsten verabredeten, zusammen ein grosses Turnier zu halten, wozu es dann freilich nicht mehr gekommen ist. A. Mem. VII.

4) Bei Gelegenheit des kaiserlichen Besuches 1575 wurde in Dresden ein Feuerwerk abgebrannt, bei welchem Hercules als Sieger über die Hydra dargestellt wurde. Ein Bild davon schickte Karl v. Sarntein an Ferdinand. Was das Symbol bedeutete, lehrt die Unterschrift: Sic Augustus dux Saxoniae et elector heros inclitus sectam calvinisticam in has terras irreptam et dissimulanter nutritam Deo juvante et supprime et vincet. Schl. 65. — Das Feuerwerk erwähnt auch Gillet, Crato v. Kraftheim I, 466, Bezold I, 138. Ueber ein Feuerwerk zu Küstrin (1586), wo man bildlich die Papisten verbrannte, s. Bezold II, 410.

sich Gregor XIII. noch im genannten Jahre an den Kaiser, an den Erzherzog und an Baiern<sup>1)</sup>. Was Ferdinand daraufhin getan, findet sich nicht angegeben; Herzog Albrecht von Baiern aber schilderte dem Papste die Aussichtslosigkeit der Erwartung. Doch störte dies nicht das vertrauliche Einvernehmen der Fürsten mit August. So freut sich der Erzherzog über dessen Begegnung mit dem Kaiser (1577) und bittet für denselben um des Churfürsten freundlichen Beistand<sup>2)</sup>.

Die höfliche Behandlung der päpstlichen Legaten Delfino und Comendone am sächsischen Hofe, der Verkehr des Jesuiten Possevinus mit August und seinem Rate, sowie das Verhalten des Churfürsten auf dem Reichstage (1582) und im Cölner Bischofsstreite — das alles wollte man in Rom als günstige Anzeichen erkennen, wornach der einflussreiche Fürst für die Kirche zu gewinnen wäre. Sixtus V. liess deshalb bei Ferdinand wiederholt anfragen. Der Tod der Churfürstin Anna, so meldete Sporeno, habe den Papst in seiner Hoffnung bestärkt; durch die abermalige Vermählung Augusts aber sei man wieder unsicher geworden; der Erzherzog möge sich der Sache annehmen und dem Papste raten, ob er etwa mit einem wertvollen Geschenk, mit einem Breve oder mit dem geweihten Degen den Churfürsten auszeichnen sollte. Sporeno meinte sogar, der Papst würde sich selbst dazu verstehen, die Säcularisation der geistlichen Güter in Sachsen zu bestätigen. Ohne Aufschub gab Ferdinand Antwort: Wir wünschten selbst die Bekehrung des Herzogs, aber die Zeit ist nicht günstig dazu; seine zweite Gemahlin, eine Princessin von Anhalt, ist eine eifrige Protestantin, seine Räte die grössten Feinde der Kirche; der Adel würde alles gegen seine Conversion aufbieten, selbst den Mord nicht scheuen; auch sein Sohn ist der evangelischen Lehre unbedingt ergeben. Der Herzog selbst wäre allerdings gut gesinnt, aber der Papst möge vorläufig nichts tun. Possevinus hat uns erzählt, wie er vor einiger Zeit verkleidet beim Churfürsten gewesen, mit ihm über die Religion gesprochen und ihn nicht abgeneigt gefunden habe; an diesen möge sich der Papst wenden<sup>3)</sup>. — Wie schon bemerkt, haben sich derartige Gedanken nicht erfüllt. Die lebhafteren Beziehungen zwischen Innsbruck und Dresden hörten mit Augusts Tode auf.

Für den unglücklichen Ernestiner Johann Friedrich hat Ferdinand zweimal, 1568 und 1585, auf Ansuchen von Pfalz und Hessen eine schriftliche Bitte an den Kaiser um Freilassung gerichtet<sup>4)</sup>, jedoch, wie man weiss, vergebens.

<sup>1)</sup> Bezold I, 137; Lossen I, 360.      <sup>2)</sup> Bezold I, 271.

<sup>3)</sup> Bezold II, 319, 320, 343.      <sup>4)</sup> A. H. 1568; Ferd. 276.

## V. Capitel.

## Die Vorlande und ihre Bedrängnis.

Bezeichnet man die Regierung Ferdinands als eine durchaus friedliche, so denkt man dabei an sein Hauptland Tirol, welches allerdings während derselben nie einen Feind gesehen hat. Etwas anders liegt die Sache bei Vorderösterreich. Dieser Teil des Ferdinandeischen Gebietes war wegen seiner Nachbarschaft an der lothringischen und burgundischen Grenze dem Einfluss der französischen und spanischen Kriegswirren gar sehr ausgesetzt. Aber auch in ihren innern Verhältnissen unterscheiden sich die Vorlande auffallend gegen den ruhigen, mehr consolidirten Zustand Tirols.

Eine innere, den Untertanen bewusste Verbindung der beiden Herrschaftsgebiete hat es nicht gegeben. Trotz des gemeinsamen Regenten und einer wenigstens teilweise gemeinsamen Verwaltungsbehörde standen sie sich fremd gegenüber. Als der Erzherzog 1582 von den tirolischen Ständen eine neue Contribution verlangte und seine Forderung unter anderm mit seinen Auslagen motivirte, welche ihm der Schutz der Vorlande gegen die französischen Unruhen und die Befestigung dortiger Plätze auferlegten, gab der Landtag abweisende Antwort und entschuldigte sich damit, „dass die tirolische landschaft ausländische unruhe nit zu entgelten hab“.

Im Gegensatz zu Tirol war die Zugehörigkeit der vorderösterreichischen Gebiete auch zum Haus Oesterreich vielfach ziemlich locker. So waren die Landvogtei Schwaben, Hagenau und Ortenau nur Reichspfandschaften, welche unter Umständen von der Dynastie abgelöst werden konnten. Städte und Adel besaßen kaiserliche Privilegien, welche ihnen eine verhältnissmässig sehr frei Stellung garantirten. Unter sich selbst und vom Hauptlande örtlich geschieden, hatten die Teile keinen Zusammenhang.

Die Berichte, welche Ferdinand am Beginne seiner Regierung über den vorländischen Anteil einzog, beleuchteten mit aller Offenheit die Unsicherheit und das Unfertige der dortigen Verhältnisse. 1565 heisst es, wie es in den Vogteien Hagenau und Ortenau „schwierig genug ist; so sein die nachbarschaften ser küetzelich“<sup>1)</sup>. Es beunruhigte die Nähe der Eidgenossen, zu denen ja Mühlhausen schon förmlich abgefallen war. Dieses Beispiel musste, wie man dem Erz-

<sup>1)</sup> Vgl. Stälin, Wirt. Gesch. IV, 828.

herzog vorstellte, auf die österreichischen Untertanen um so mehr Eindruck machen, weil dortige Beamte, Schaffner und Forstleute sich oft „unrechtmässige handlungen“ erlaubten, wobei dann die bedrückten Leute mit Sehnsucht nach den „unbeschwerten nachbarschaften“ hinüberblickten<sup>1)</sup>.

Die Landstände von Schwaben waren gleich Anfangs mit Klagen zur Hand. Sie bestritten die Competenz des österreichischen Landgerichtes, sie rügten die Aufrichtung von Zöllen, den hohen Salzpreis und was dergleichen Beschwerden mehr waren, welche sie wider Oesterreich „zusammengeraspelt“<sup>2)</sup>. Offenkundig war ihre Neigung, sich von Oesterreich auszulösen und wieder reichsunmittelbar zu werden. Sie suchten aber dabei, wie die Regierung sagt, nicht das Beste des Reiches, „sondern stekt der eigennuz dahinter, da möchte sich jeder befeissen, dass er ein zipfl davonbrächte“. Gegen solche Gelüste ward dem Erzherzog geraten, sich vom Kaiser das Privileg Karls V. bestätigen zu lassen, wornach die Lösung der Pfandschaft nur mit des Kaisers „eignem pfennig“ erfolgen könne.

Am wenigsten konnte Ferdinand die Hoheitsrechte in Hagenau und Ortenau geltend machen; denn diese Orte hatten ihre reichsunmittelbare Stellung völlig bewahrt. Er brachte es weder zur Anerkennung seiner Gerichtsbarkeit, noch konnte er es hier wagen, der Ausbreitung des Protestantismus gebieterisch entgegenzutreten. Und gerade letzteres benützte, vertrauend auf die Unterstützung des nahen Strassburg, der Stadtmeister von Hagenau zu einer Erweiterung seiner Befugnisse, von welcher sich frühere Stadtmagistrate, wie der Vogt Pollweil klagt, nicht einmal haben etwas träumen lassen dürfen<sup>3)</sup>.

Aehnliche Dinge beobachtete man aber auch in Breisach. Nach der Meldung des Grafen Wilhelm v. Montfort, des Landvogtes im obern Elsass, herrschte auch in dieser Stadt Widerwillen gegen das Haus Oesterreich, und wollte man „in grosser still mit dem reich handeln, sie wieder anzunehmen“; zudem habe „das erbermlich wesen

1) Bericht des Dr. Wendel Arzt und eines Ungenannten v. 1565. Schl. 65. — 1564 erinnert K. Max den Erzherzog, „was E. L. nummer für grosse unrichtigkeiten von dannen (von Schwaben) zu erwarten“. Misc. A. 399.

2) Die Klage wegen der Zölle wies man in Innsbruck zurück mit dem Hinweis auf die österreichischen Hausprivilegien und mit dem Bemerk, dass die württembergischen Zölle noch höher seien. Wenn Schwaben auf die Zollfreiheit der Eidgenossen hinwies, so ward entgegnet, dass dies die Landvogtei nicht berühre und angehe. A. D. 1567 Fol. 660.

3) Schl. 65. — Pollweils Vogtei übernahm nach dessen Tode (1588) Georg Freiherr v. Königseck.

der neuen sekten bei etlichen gar hart eingerissen<sup>4</sup>. In der Kenntnis dieser Gesinnung und in der Einsicht von der Wichtigkeit dieses Punktes tat die Regierung alles, um die Bürger bei guter Laune zu erhalten. Sie zeigte sich deshalb bereit, der Stadt das eingezogene Schultheissenamt zu überlassen<sup>1</sup>); aus demselben Grunde widerriet sie die Eingabe des benachbarten Burgheim an Lazarus v. Schwendi, welcher mit Breisach verfeindet war<sup>2</sup>).

Aehnlich conciliante Gesinnung bezeugte man der Stadt Constanz, welche als jüngstes Glied der Kette vorländisch-österreichischer Erwerbungen eingefügt war<sup>3</sup>). Schon Kaiser Ferdinand erkannte die Bedeutung dieses Besitzes, nicht in der finanziellen Ertragsfähigkeit, sondern in seiner die andern Vorlande schützenden Lage<sup>4</sup>). Bei des Erzherzogs Regierungsantritt gab es noch eine ansehnliche Partei in der Bürgerschaft, welche sich mit dem österreichischen Regime nicht befreunden wollte und bei ihrem Streben nach Reichsunmittelbarkeit in den schwäbischen Kreisständen einen Rückhalt besass. Um die Verstimmung der Bürger nicht zu erhöhen, verschob die tirolische Regierung für Constanz die Einführung des Schenkpfennigs. Die Erbhuldigung wurde dieser Stadt möglichst leicht gemacht. Ferdinand und sein massvoller Stadtvogt Albrecht Schenk v. Staufenberg behandelten diese Commune mit grösster Rücksicht und politischem Takt. Geschenke und freundliche Versicherungen wurden nicht gespart. Ich hoffe, so schreibt der Erzherzog einmal dem Bürgermeister, „ihr werdet in der treu und gehorsamen affection gegen uns, inmassen ihr bisher zu erkennen geben, nit allein für eure personen bestendig verharren, sondern auch rat und gemeinde zu Costnitz als unsere lieben untertanen dabei durch euer getreues zutun bestendig erhalten helfen, dagegen sollet ihr euch bei uns aller gnaden zu versehen haben“<sup>5</sup>). Diese freundliche Behandlung entbehrte denn auch nicht günstiger Wirkung<sup>6</sup>).

Die Städte Offenburg, Gengenbach und Zell lehnten es ab, dem Erzherzog „die gegenpflicht“ zu leisten; Burgau, welches bis 1559 in einer nur nominellen Abhängigkeit von Augsburg gestanden, beschwerte sich über die Ausdehnung der österreichischen Gerichtsbarkeit wie auch der hochfürstlichen Jagdgerechtigkeit und begann über

---

<sup>1</sup>) Die Verpfändung des Amtes an die Stadt erwähnt Rosman, Gesch. der Stadt Breisach p. 320.    <sup>2</sup>) A. D. 1567 Fol. 764; M. a. H. 1563 Fol. 445.

<sup>3</sup>) Sitzungsber. d. Kais. Acad. 47. Bd. p. 278 f.

<sup>4</sup>) Druffel, Briefe u. Akten I, p. 172.

<sup>5</sup>) A. H. 1592.    <sup>6</sup>) I. Bd. p. 204.

erstere einen langen Process<sup>1)</sup>. Freiburg dagegen wollte bei seiner Huldigung nicht die Worte aufnehmen: „alles zu tun, was getreue Untertanen ihrem rechten Herrn zu tun schuldig sind“<sup>2)</sup>.

Es war für die Regierung ein naheliegendes Gebot der Klugheit, auf diesem schwierigen Terrain jeden offenen Conflict zu vermeiden<sup>3)</sup>. Um so eifriger war man im Gebrauch friedlicher, diplomatischer Mittel zur Behauptung der Herrschaften. Jedesmal, wenn die schwäbischen Kreisstände auf einem Tage die Ablösung von Oesterreich aufwarfen, liess Ferdinand durch Briefe und Gesandte beim Kaiser vorbauen, damit er darauf nicht eingehe<sup>4)</sup>. Dass sich auch beim vorländischen Adel so manche Schwierigkeiten ergaben, wurde schon an anderer Stelle bemerkt<sup>5)</sup>.

Zu diesen innern Zerwürfnissen gesellten sich aber noch bedeutende Verlegenheiten, welche von den kriegerischen Nachbarn ausgingen. Schon das Jahr 1567 weckte gegründete Besorgnis. Der Pfalzgraf Johann Casimir hatte eine stattliche Armee geworben und führte sie dem Prinzen Condé, dem Haupte der französischen Hugenotten, zu, welche nun schon das zweite Mal zu den Waffen gegriffen hatten. Casimirs Zug gieng unter grossen Verheerungen durch das Herzogtum Zweibrücken, also gerade an der Nordgrenze von Hagenau vorüber, und so kam man diesmal mit dem blossen Schrecken davon<sup>6)</sup>. Bevor man noch Kunde hatte über den baldigst erfolgenden Frieden von Longjumeau, dachte man in den Vorlanden wie in Innsbruck an die gefahrdrohende Rückkehr der pfalzgräflichen Scharen. Unter dem eigentümlichen Vorwande, dass man mit der Aufstellung einer eigenen Reiterei zu spät kommen dürfte, beschloss man, den Landsberger Verein anzurufen. Nebenbei riet die Regierung in Innsbruck hin und her „über fürnehmung einer kriegsordnung in den vorderösterreichi-

1) Sartori, Staatsgesch. d. Markgrafs. Burgau p. 246, 278. — Als die tirolische Kammer 1561 hörte, dass Baiern die Erwerbung Burgau's im Tauschwege anstrebe, machte sie eifrige Vorstellungen dagegen beim Kaiser. M. a. H. 1561 Fol. 371. 2) Schreiber, Gesch. d. Stadt Freiburg III, 333.

3) Man gieng oft recht sorgfältig zu Werke. Als Graf Jakob v. Zweibrücken das bei Hagenau gelegene Amt Werd, die Witwengabe seiner Frau, unter österreichischen Schutz stellen wollte, erkundigte man sich in Innsbruck zuerst genau, ob dieses Amtes wegen etwa wol keine „spän“ anhängig seien. E. u. B. 1568 Fol. 472.

4) A. H. 1591; A. Mem. A. I, 23; V. d. f. D. 1570 Fol. 518; T. R. 1570.

5) Vgl. oben p. 33. — Ueber die Beschwerde des Adels s. A. H. 1577; Ferd. 432 $\frac{1}{3}$ ; Ferd. 411.

6) Ueber J. Casimir's Zug s. Bezold I, 26; Kluckhohn, Friedr. d. Fromme p. 324; Segesser, Ludw. Pfyffer I, p. 482.

schen landen“, welcher Ordnung auch die Bischöfe von Speier, Strassburg und Basel, der Abt von Murbach, ferner Lothringen, Baden und Wirtemberg, das Parlament von Hochburgund sowie die Gouverneure von Dôle und Besançon beitreten sollten<sup>1)</sup>. Zu tatkräftigen Massregeln kam es nicht. Es fügte sich so, dass sie diesmal auch nicht vonnöten waren, weil Casimirs Truppen nach dem Friedensschlusse theils in die Niederlande giengen, theils ruhig sich auflösten.

Ein gleiches geschah mit den Söldnern des Herzogs Hans Wilhelm von Sachsen, der königlich französische Dienste genommen, dessen Anmarsch man ebenfalls schon in den Vorlanden befürchtet hatte<sup>2)</sup>.

Als zur selben Zeit Pfalzgraf Wolfgang seine für Spanien erworbenen Reiter verabschiedete und diese den benachbarten österreichischen Untertanen in Elsass lästig fielen, liess der Erzherzog einige streifende Leute aufbieten, um die Eindringlinge über die Grenze zu weisen<sup>3)</sup>.

Zum grossen Verdruss des Erzherzogs warb gleich darauf einer von seinen vorländischen Vasallen, Claus v. Hatstatt, ein Regiment für Wilhelm von Oranien und führte es demselben zu<sup>4)</sup>.

Besonders ernst gestaltete sich die Lage der linksrheinischen Gebiete gegen das Ende des Jahres 1568. Wenige Monate nach dem Frieden von Longjumeau war der dritte Hugenottenkrieg ausgebrochen. Die ersten Stürme hatte der Sundgau zu bestehen. La Coche, ein Hugenottenführer, zog von der Dauphiné nach Elsass, wo Oranien stand<sup>5)</sup>, wurde jedoch vor seiner Vereinigung mit demselben vom Herzog von Aumale und dem Markgrafen von Baden bei Neuenburg geschlagen<sup>6)</sup>. Die vorländische Regierung hatte den Durchzug nicht hindern können, zum Schutze von Belfort hatte sie die Knappenschaft der nahen Bergwerke unter die Waffen gerufen<sup>7)</sup>.

Auch über das nördliche Elsass zog sich ein schweres Wetter zusammen. Nicht Johann Casimir, sondern Wolfgang von Zweibrücken entschloss sich diesmal, den Hugenotten mit einem Söldner-

1) V. d. f. D. 1567 Fol. 820; A. D. 1568 Fol. 40, 98, 184.

2) Bezold I, 28. — A. D. 1568 Fol. 245.

3) V. d. f. D. 1568 Fol. 181. Es ist hier vom „französischen“ Kriegsvolk Wolfgangs gesprochen; aber es ist wol jenes gemeint, welches für Spanien erworben war. Vgl. Bezold I, 34.

4) Segesser I, 510. Vgl. I. Bd. p. 655.

5) Strobel, Vaterl. Gesch. d. Elsass IV, 157.

6) Segesser I, 537. Neuenburg, gelegen in der Landvogtei Hagenau, wenige Stunden westlich von der Stadt Hagenau. 7) G. M. 1568 Fol. 2119.

heere zu Hilfe zu kommen. Die Wintermonate benützte er zu umfassenden Rüstungen, durch welche er es auf eine Armee von 17.000 Mann brachte.<sup>1)</sup>, und setzte sich im Februar 1569 mit derselben in Bewegung. Von Bergzabern im Zweibrücken'schen gieng der Marsch über Hagenauisches Gebiet nach Reichshofen in der Grafschaft Hanau, wo es schon ein Gefecht mit Leuten des Herzogs von Aumale absetzte; dann durchschnitt er, begleitet von Oranien und seinem Gefolge, wieder Hagenauisches Land, durchkreuzte das obere Elsass, wo Schlettstadt berührt wurde; endlich ward auch noch der Sundgau betreten, von wo aus der Einfall nach Burgund erfolgte<sup>2)</sup>. Als die Truppen auf dieser Route in Rufach Nachtlager hielten, hätte wenig gefehlt, dass sie auch Ensisheim, den Sitz der vorländischen Regierung, überrascht hätten. Während dieses Marsches, welcher meist durch österreichische Territorien gieng, hausten die Mannschaften wie auf feindlichem Boden, erlaubte sich der Pfalzgraf grosse Willkürlichkeiten. Er hatte zwar zu Beginn des Zuges dem Erzherzog die friedlichsten Versicherungen gegeben; das hinderte ihn aber nicht, die Oeffnung des Schlosses Hochfelden zu erzwingen, wo er nahezu zwei Wochen lang sich aufhielt, um über seine Kriegsvölker Musterrung zu halten. Die Art, wie er sich da benahm, liess fürchten, man werde mit ihm „einen ähnlichen process erleben, wie weiland vom markgrafen Albrecht“ (von Brandenburg-Culmbach)<sup>3)</sup>. Seine Soldaten plünderten Kirchen und tödteten sogar einzelne der österreichischen Untertanen. Ohne dafür Bezahlung zu leisten, wurde Getreide und Futter genommen, wo man es eben fand; und dieser Raub war für die Bevölkerung um so schlimmer, da man in einer Jahreszeit stand, in welcher die Vorräte grösstenteils aufgezehrt zu sein pflegen. Die Stimmung der Untertanen, welche sich da ohne Schutz und Wehr den Angriffen der Fremden auf ihr Leben und ihr Eigentum preisgegeben sahen, war eine sehr erregte und sprach sich namentlich sehr abträglich gegen die Regierung aus. Man führte aufrührerische Reden. Der Zug des Pfalzgrafen kam den Herren in Innsbruck sehr unerwartet; auch sie hatten wahrscheinlich vernommen, er werde sich nach den lothringischen Bistümern wenden. Wie er nun aber, ohne lange zu fragen, österreichische Landschaften betrat, stand man ihm gänzlich machtlos gegenüber. Die Haltung der

<sup>1)</sup> Bezold I, 53. Bairische Zeitungen an Ferdinand über diese Rüstungen in Misc. A. 45.

<sup>2)</sup> Schlichtegroll, Herzog Wolfgang v. Zweibrücken p. 71 f.; Häberlin VIII, 12 f. <sup>3)</sup> A. D. 1569 Fol. 132.

Innsbrucker Regierung zeigt von grosser Schwerfälligkeit und ängstlicher Vorsicht. Fragten sich die Räte von Ensisheim, welche ja nach Innsbruck „ihr aufsehen“ haben mussten, um Verhaltensbefehle an, so erklärten die tirolischen Regenten zunächst, dass ihnen die vorländischen Verhältnisse völlig unbekannt seien, sie hätten „darum kein wissen“. Die von Innsbruck schrieben erst wieder zurück, man möge ihnen Vorschläge machen. Die Klage, der Pfalzgraf habe wie der Türke, beantworteten sie mit der Weisung an den Statthalter in Ensisheim, er möge den Untertanen vorstellen, man stehe weder mit Wolfgang, noch mit der Krone von Frankreich auf dem Kriegsfusse; in Kriegszeiten gehe es nun einmal nicht anders, und es würde den Landen noch viel schlechter ergehen, wenn man gegen die durchziehenden Fürsten eine feindliche Haltung einnähme; es sei besser, einen kleineren Schaden zu ertragen, als einen grössern anzurichten. Eine Reise des Erzherzogs, welche dieser selbst in die bedrängten Orte unternehmen wollte, widerriet die Regierung aufs entschiedenste<sup>1)</sup>. So rückte also Wolfgang unbeanstündet durchs Land. Nun tauchte aber zugleich die Besorgnis auf, es könnten ihm die königlichen Truppen den Pass durch Burgund verlegen, so dass seine Truppen geschlagen oder ohne Durchlass zu finden wieder zurückkämen. In solchem Falle hatte man sich noch ärgerer Dinge zu versehen. Deshalb entschloss sich die Regierung nach dem Abzug der pfalzgräflichen Armee, Massregeln zur Sicherung des Landes zu treffen. Es wurden 200 Reiter und fünf Fähnlein Fussvolk geworben. Eines von diesen dirigierte man auf den äussersten Punkt nach Lüders, ein anderes verlegte man nach Belfort, welcher Ort auch besser befestigt wurde; ausserdem schickte der bairische Schirmverein, wie schon erzählt, ein Contingent. Gleichwol gestattete man auch jetzt noch, dass im Sundgau (zu la Chapelle) pfalzgräfliche Truppen, die Regimenter Geroldseck und Granweiler, gemustert wurden. Glücklicher Weise kamen die aufgebotenen Schutzmannschaften nicht in Aktion. Der gefürchtete Rückzug unterblieb; denn der Pfalzgraf starb auf dem Weitermarsche durch Frankreich zu Nessun, seine Mannschaften aber wurden in der Schlacht von Montcontour zum grössern Teil niedergestreckt. Den schwer geschädigten Untertanen wurde einiger Ersatz geboten, indem man den vorhandenen Barschatz des Schenkpfennigs unter die Aermsten verteilte, den ausgesogenen Orten bis zur Erntezeit Getreide lieferte und einen Nachlass der Steuern und Schatzungen auf die zwei folgenden Jahre gewährte. Aus dem Beitrage, welchen der

---

1) A. D. 1569 Fol. 310.

Schirmverein geliefert, wies Ferdinand 26.000 G. zur Gründung eines Fondes an, welcher für künftige ähnliche Fälle dienen sollte<sup>1)</sup>.

Während dieser Invasionsnot hatte sich der Erzherzog an den Kaiser und durch diesen an den Deputationstag in Frankfurt gewendet. Hier wurde dann vieles besprochen, manches auch beschlossen, aber in Wirklichkeit nichts getan<sup>2)</sup>. Zu den diesmaligen Deputationsbeschlüssen gehörte auch dieser: es sollen churfürstliche, fürstliche und kaiserliche Commissäre nach Strassburg abgeordnet werden, welche beim König von Frankreich, sowie bei den in der Fremde dienenden deutschen Kriegsobersten Schritte zu Gunsten der bedrohten Grenzgebiete tun sollten. Die Commissäre kamen zwar zusammen, aber nur, um darüber schlüssig zu werden, es sei die ganze Angelegenheit auf einen folgenden Kreistag in Worms zu verschieben<sup>3)</sup>. Das von Pollweil aufgeworfene Projekt, eine Defensionsvereinigung mit Burgund (Alba) anzustreben, wurde in Innsbruck alsogleich abgewiesen<sup>4)</sup>. Pfalzgraf Wolfgang hatte während des Durchzuges versprochen, er wolle die dabei begangenen Beschädigungen ersetzen, wenn man ihm die Hauptleute nenne, deren Soldaten sie verschuldet. Die vorländische Regierung hatte bereits Listen der Beschädigten anfertigen lassen, aber der Tod des Pfalzgrafen machte auch der Entschädigungsfrage ein Ende<sup>5)</sup>.

„Die gefährlichen Leufe“, welche man in linksrheinischen Landen so übel verspürt hatte, regten den Plan zur Errichtung eines neuen Schirmvereins an. Es kam zu Besprechungen zwischen elsässischen und schwäbischen Ständen, woran auch erzherzogliche Verordnete sich beteiligten. Ferdinand konnte sich für das Zustandekommen der neuen Einigung nicht sehr erwärmen. Indem er sich darüber beim Kaiser und bei Baiern anfragte, geschah es wol mit der Absicht, von ihnen Aeusserungen zu erhalten, durch welche er etwa seine Zurückhaltung motiviren könnte. Aber der Kaiser sprach sich zu Gunsten

1) G. v. H. 1569 Fol. 224; E. u. B. 1569 Fol. 934; A. Mem. A. IX, 7.

2) Häberlin VIII, 90 f.

3) Oesterreichische Commissäre waren der Hauptmann Albrecht Schenk, die Herrn v. Reinach und v. Ilung. Ferd. 342.

4) A. D. 1569 Fol. 381, 473. A. D. 1570 Fol. 250; A. Mem. A. VIII, 8.

5) In Sachsen gieng das Gerücht, der Erzherzog wolle sich durch die Einziehung der pfalzgräflichen Städte Lauingen, Gundelfingen und Hochstadt schadloß halten. Churfürst August stellte bei Baiern die grosse Gefahr von „Weiterungen“ vor, wenn Ferdinand derartiges anstrebe. Herzog Albrecht schickte August's Brief nach Innsbruck. Ferdin. Kriegsbegeb. — Die genannten Städte grenzten an die Markgrafschaft Burgau.

des Bundes aus, und der Herzog von Baiern äusserte sich vorsichtig, doch auch nicht gegen den Bund. In den weitem Verhandlungen beschwerte sich Ferdinand gegen die mitberatenden Stände über die Höhe der Kosten und stiess sich besonders auch an der Aufnahme von Mömpelgard, welche beantragt worden war. So hat sich sein Beitritt noch auf Jahre verschoben<sup>1)</sup>.

Bald darauf trieb die Bartholomäusnacht zahlreiche flüchtige Hugenotten nach den österreichischen Vorlanden. Die Regierung in Innsbruck, welche von deren Anwesenheit eine gefährliche Einflussnahme auf die eigenen Untertanen befürchtete, riet dem Erzherzog ihre sofortige Ausweisung, „dieweil diesem aufrührerischen blutdürstigen gesind nit zu trauen“<sup>2)</sup>. Bevor sich Ferdinand dazu entschloss, richtete er ein gleiches Begehren an den Kaiser (hinsichtlich Strassburgs und Hagenau's). Da aber Maximilian II. die Erfüllung desselben ablehnte, so unterblieben wol auch die erzherzoglichen Ausweisungsbefehle gegen die französischen Flüchtlinge<sup>3)</sup>.

Das Gefühl, dass für die Vorlande die Zeit dauernder Ruhe noch nicht gekommen, machte sich in Regierungskreisen fort und fort geltend. Man wollte von Rüstungen des Pfalzgrafen Johann Casimir gehört haben, von denen man nur nicht wusste, ob sie für Frankreich oder für die Niederlande bestimmt seien<sup>4)</sup>. Vielleicht hatte man in Innsbruck über die Tätigkeit des französischen Agenten Caspar von Schomberg etwas vernommen<sup>5)</sup>. Solche Vermutungen wurden dadurch bestärkt, dass der Churfürst von der Pfalz den Nicolaus v. Hatstatt in seine Dienste nahm. Auf eine „mit bescheidenheit“ erfolgte Vorstellung des Erzherzogs, welche von Seite des Pfälzers allerdings „etwas hizig und scharpf“ beantwortet wurde, erhielt Hatstatt

1) Ferd. 342; V. d. f. D. 1570 Fol. 502; A. D. 1572 Fol. 670.

2) A. D. 1572 Fol. 577.

3) Maximilian an Ferdinand 18. Okt. 1572. Ferdinand hatte begehrt, der Kaiser möge „der stadt Strassburg, dergleichen auch den städten in der landvogtei Hagenau auferlegen und befehlen, solch fremd gesind bei ihnen nit einkomen zu lassen, noch denselben unterschleif zu geben“. Der Kaiser hielt einen solchen Befehl nicht für nötig, weil der französische König seither wieder „das edictum pacificationis“ habe renoviren lassen, so dass sich nun die meisten Flüchtlinge wieder in die Heimat begeben würden; auch wäre der verlangte Befehl um so gefährlicher, „als die, welche one das alles sonderlich in religionssachen zum ärgisten deuten und auslegen, zu allerlei ungleichen reden ursach schöpfen möchten.“ Ferd. Kriegsbegeb.

4) V. d. f. D. 1572 Fol. 97; A. D. 1572 Fol. 492, 510.

5) Vgl. Bezold I, 85.

bald wieder seine Entlassung<sup>1)</sup>. Und da sich während des Jahres 1573 keine kriegerischen Bewegungen zeigten, beschloss die Regierung, jene Soldmannschaft, welche man bisher noch in Elsass gehalten hatte, aufzulösen<sup>2)</sup>. Es geschah dies zur selben Zeit, da Johann Casimir einen Kriegsbund mit Condé abschloss<sup>3)</sup>, welcher im folgenden Jahre (1575) erneuert und modificirt ward. Die in Folge dessen unternommenen Züge, der des Pfalzgrafen selbst und jener seines Rates Dr. Beutterich von der Schweiz aus, berührten kaum österreichisches Gebiet. Deshalb begnügte sich der Erzherzog, beim Reichstage (1576) auf die Gefahren hinweisen zu lassen, denen die Vorlande durch das französische Kriegswesen fortwährend ausgesetzt seien.

Von den Werbungen Casimirs im Jahre 1578 erwartete Ferdinand wieder Schlimmes für seine Untertanen<sup>4)</sup>; allein sie galten, wie es sich dann zeigte, einem Zuge in die Niederlande. Hatte man schon dem Pfalzgrafen Wolfgang die Werbung von Truppen auf vorländischem Boden nicht abzuschlagen gewagt, so war dies noch viel weniger Spanien gegenüber der Fall. So sammelten 1574 erzherzogliche Vasallen, Graf Hannibal von Hohenems und Nicolaus von Pollweil, Regimente zu spanischem Dienst<sup>5)</sup>. Ein im Herbst 1578 unternommener Einfall der Franzosen in die Freigrafschaft Burgund bedrohte, wenn auch nur für kurze Zeit, die Westgrenze des Elsass.<sup>6)</sup>

Im folgenden Jahre sammelte sich im Basler Gebiete guisisches Kriegsvolk, welches den Rhein hinab seinen Weg nahm, wobei sogar ein Ueberfall auf Breisach und Strassburg befürchtet wurde<sup>7)</sup>. Auch da gieng es wieder nicht ohne schwere Beschädigung der Untertanen ab, wofür die erzherzogliche Kammer einigen Ersatz leistete<sup>8)</sup>.

Beutterichs Aufenthalt in Mömpelgard und sein Verkehr mit französischen Agenten stellte eine neue Kriegsunternehmung des Pfalzgrafen Johann Casimir in Aussicht. Die Räte in Ensisheim wollten sogar diese Stadt verlassen und in das festere Breisach sich begeben, was man ihnen allerdings von Innsbruck aus untersagte. Dass man aber auch an Ferdinands Hofe die Lage als eine recht

<sup>1)</sup> A. D. 1573 Fol. 225, 466, 646. Die Regierung empfahl Vorsicht gegen den Pfälzer, damit man ihn „wegen der election nicht offendirt“.

<sup>2)</sup> M. a. H. 1574 Fol. 388.    <sup>3)</sup> Bezold I, 145.

<sup>4)</sup> Der Erzherzog schrieb an den Pfalzgrafen und bat um friedlichen Durchzug. A. H. 1578.

<sup>5)</sup> Segesser II, 363. Ueber den Angriff auf Hohenems bei seinem Marsch nach Zabern s. Weizenegger-Merkle, Vorarlberg II, 92; Strobel IV, 162.

<sup>6)</sup> Segesser II, 366.    <sup>7)</sup> Bezold I, 349—352, 356, 372; Segesser II, 374.

<sup>8)</sup> A. D. 1579 Fol. 1012.

unsichere ansah, beweist der Entschluss, die Execution der Religionsmandate für die Vorlande vorläufig zu sistiren<sup>1)</sup>. Ferdinands Zeugmeister Franz Hendl und Hauptmann Weigele visitirten damals die vorländischen festen Plätze; Ensisheim sollte auf Ferdinands Befehl mit Befestigungswerken ausgestattet werden<sup>2)</sup>. Jetzt wurden auch die Verhandlungen wegen eines neuen Schirmvereins wieder aufgenommen. Oesterreich, Strassburg und die andern elsässischen Stände schlossen eine Vereinigung auf drei Jahre, vermöge welcher sich die Mitglieder verpflichteten, gewisse Beiträge in eine gemeinsame Casse nach Colmar zu entrichten, woraus eine kleinere Schutzmannschaft für Friedens-, eine grössere für Kriegszeiten zu erhalten wäre. Den innern Halt dieses Bundes zeichnet wol die Tatsache, dass während der Vorbesprechungen und nach der Constituirung die einzelnen Stände schon Beschwerden über zu grosse Leistungen erhoben. In diesem Bewusstsein der eigenen Ohnmacht nahmen denn auch die Abgeordneten auf dem Vereinstage zu Strassburg schon 1582 eine Resolution an: es sei der Kaiser zu ersuchen, dass er für den Schutz der Rheinlande bessere Vorsorge treffen möge, als dies durch den Verein selbst geschehen könnte. Dem eben zusammentretenden Reichstage wollte man eine Darlegung aller bisher erlittenen Schädigungen übergeben<sup>3)</sup>. In Innsbruck sprach man bereits 1582 vom Austritt aus der Einigung. Die Tagsatzung von 1583 zeigte schon bedenkliche Differenzen. Mömpelgard, dessen Aufnahme Ferdinand gleich Anfangs beanständet hatte, und Strassburg brachten da Vorschläge zur Sprache, auf welche Oesterreich in keinem Falle eingehen konnte<sup>4)</sup>. Sie verlangten, dass ausser andern auch Churpfalz und Speier aufgenommen und dass allen Truppen, „so mit einem kriegsherrn versehen“, der Marsch durch die Vorlande geöffnet werde. Der gleich darauf ausbrechende Conflict im Strassburger Stifte bereitete dann dem wankenden Verein ein rasches Ende<sup>5)</sup>.

Mithin bildeten die Vorlande auch während dieser Zeit einen leicht zugänglichen Tummelplatz beutelustiger Soldtruppen. Der Einfall des unruhigen Beutterich ins Basler Stiftsland (Sommer 1582) gieng am südlichen Sundgau nicht spurlos vorüber, und die neuen Rüstungen des Pfalzgrafen anlässlich der Cölner Unruhen (1583)

<sup>1)</sup> A. Mem. IX, 13.    <sup>2)</sup> E. u. B. 1580 Fol. 280.

<sup>3)</sup> Bericht von Ferdinands Gesandten Reinach an die Regierung, 20. Juni 1582. Ferd. 342; V. d. f. D. 1582 Fol. 460; A. H. 1582.

<sup>4)</sup> A. Mem. IX, 16. Ferd. an den Kaiser 7. Apr. 1584.

<sup>5)</sup> Strobel IV, 197.

fürhten wieder viel kriegslustiges Volk herbei<sup>1)</sup>. Besonders hart wurde das Stift Lüders mitgenommen. Die Regierung in Ensisheim, nicht wissend, „wohin das lose kriegsvolk den kopf stecken wird“, dachte abermals an die Verlegung ihres Sitzes nach Breisach. Man stellte auch einige Fähnlein Knechte zusammen, aber sie sollten sich wol hüten vor einem feindlichen Zusammenstoss mit den fremden Truppen. Anstatt eines kräftigen Auftretens wandte man sich wieder an den Kaiser und beschwerte sich gegen Casimir und den Grafen v. Mömpelgard<sup>2)</sup>. Natürlich wurde auch den Mannschaften, welche für Ernst von Baiern gesammelt wurden, freie Passage gewährt<sup>3)</sup>.

Der Aufenthalt Beutterichs in Mömpelgard und die ununterbrochene Ansammlung von Franzosen daselbst liess die Regierung in Ensisheim nicht zur Ruhe kommen. Im Einverständnis mit dem Kaiser gab Ferdinand Befehl, den Reiterdokter (doctor equester) — so ward Beutterich mitunter genannt — abzufangen. Auf den Grafen Friedrich von Mömpelgard suchte er durch Spanien eine Pression auszuüben, damit er den gefürchteten „Praktikanten“ aus dem Lande weise<sup>4)</sup>. Der Erzherzog selbst liess dem Grafen eine Sendung Waffen confisciren, gab sie aber doch alsbald wieder heraus.

Aus der Nähe der Franzosen schöpfte man immer wieder Verdacht, sie möchten eine Ueberrumpelung elsässischer Orte versuchen. Der Bischof von Basel machte die österreichische Regierung auf einen französischen Hauptmann aufmerksam, welcher sich bei Breisach herumtreibe und einen Plan dieser Stadt angefertigt habe; von Innsbruck aus ward deshalb verdoppelte Vorsicht anbefohlen<sup>5)</sup>. 1586 warnte Ferdinand den Bischof von Strassburg vor einem Plane des Herzogs von Guise auf den bischöflichen Flecken Penfelden<sup>6)</sup>. Man mistroute in Innsbruck den Guisen ebenso wie den Hugenotten und gieng daher auf den von Pollweil empfohlenen Plan, sich mit „Lothringen und Guisa zusammenzuschlagen“ und damit einen Durchzug protestantischer Truppen zu hindern, keineswegs ein<sup>7)</sup>. Eine um diese Zeit von Wirtemberg ausgehende Anregung zu einem Landrettungs-

1) Einige recht charakteristische Züge über diese Expedition Beutterichs durch Elsass bei Bezold II, 143.

2) A. D. 1583 Fol. 288, 525; Bezold II, 131, 133; Segesser II, 488.

3) Ferd. 447.

4) A. Mem. IX, 16; Bezold II, 197, 210, 273. — 27. Sept. 1586 wiederholt Ferdinand seinen Befehl an die vorländische Regierung wegen „Niederwerfung“ Beutterichs. A. H. 1586. 5) A. D. 1584 Fol. 385.

6) A. H. 1586. Vgl. Bezold II, 313.

7) A. D. 1586 Fol. 51; Bezold II, 334 Anm. 2.

bund war, wie schon berichtet, erfolglos. So vergieng Jahr um Jahr, ohne dass man sich zu kräftigen Schutzmassregeln aufgerafft hätte. Die Folgen dieser Unterlassung zeigten sich schon im Jahre 1587, welches sich für die linksrheinischen Lande besonders unheilvoll gestaltete.

Die erste unliebsame Affaire bekam Ferdinand in Lüders. In Burgund gelegen, war diese Abtei der vorgeschobenste Punkt, auf welchen Ferdinand als Vogt und auf Grund eines besondern Vertrages (über Vertretung des Stiftes in seinen Reichsanlagen, wogegen es an der elsässischen Landsteuer participiren musste) Hoheitsrechte geltend machte. Lüders und Murbach waren vereinigt und im Besitz des Wolf Dietrich von Reitenau bis zu seiner Erhebung auf den Erzstuhl von Salzburg.

Diesen Zeitpunkt benützte ein burgundischer Edelmann, Marcus v. Rye, Marquis von Varembo, <sup>1)</sup> um mit 500 Schützen Stadt, Schloss und Kloster zu occupiren und für seinen Bruder, den Bischof von Besançon, in Besitz zu nehmen (13. Mai 1587) <sup>2)</sup>. Trotz des Unwillens, den Varembons kecker Handstreich in Innsbruck hervorrief, riet die dortige Regierung doch dem Erzherzog dringend von dem Versuch einer gewalttätigen Austreibung ab. Aber da schritt, ohne erst von Tirol aus ersucht zu werden, Alexander Farnese ein und befahl die schnelle Räumung von Lüders, welches der Marquis dann auch nach wenigen Wochen beutebeladen wieder verliess. Die vorländische Regierung nahm das Stift einstweilen in Sequestration und liess es durch 200 Knechte unter dem Hauptmann Andlau besetzt halten. Ferdinand erwirkte dann bald die Postulirung seines Sohnes Andreas sowol für Lüders als für Murbach.

Eine zweite höchst unwillkommene Begebenheit war die Einnahme von Mühlhausen durch die protestantischen Eidgenossen <sup>3)</sup>. Diese Stadt

<sup>1)</sup> Er nannte sich auch Graf von Verax und de la Roche, war Vliessritter und durch einige Jahre Statthalter von Geldern und Artois.

<sup>2)</sup> Varembo entschuldigte die Tat damit, dass Gefahr einer Besetzung des Stiftes durch „Ketzer“ vorhanden gewesen sei. Indem Farnese den Erzherzog zur Hut des Stiftes ermahnt, sagt er, dass er gehört habe, „es sollen schon die, welche nichts anders als die welt zu höchsten nachteil unsers allgemeinen christlichen glaubens zu betrüben vorhaben, ihren anschlag auf das stift gemacht haben“. Ferd. 135, 338; A. Mem. IX, 19; A. D. 1587 Fol. 355, 425. Ludwig v. Wirtemberg schreibt über diesen Einfall an Ferdinand: Jetzt kämpfen also die Papisten gegen einander; die Besetzung von Lüders geschah entweder, um den Zug der Pfälzer leichter aufzuhalten oder um einen Einfall nach Mömpelgard zu unternehmen. A. M. 26. Mai (5. Juni) 1587.

<sup>3)</sup> Segesser III, 190—215. Auch Tempesti, Storia della Vita di Sisto V.

hatte sich schon vor sechzig Jahren der österreichischen Untertanenschaft entledigt und gehörte zu den zugewandten Orten der Schweiz. In Folge innerer Parteiungen hatten die katholischen Cantone der Stadt das Bündnis gekündet, wogegen die evangelischen sich der oligarchischen Minorität der Mühlhausener Bürger annahmen und zu ihrem Schutz an eine bewaffnete Intervention schritten. Eine solche konnte aber nur erfolgen, wenn eidgenössische Truppen durch den österreichischen Sundgau marschirten. Die Räte in Ensisheim machten die tirolische Regierung bei Zeiten auf die Gefahr dieser Invasion aufmerksam und sprachen, unterstützt von Nicolaus v. Pollweil, für Sperrung der Strassen. Sie stellten vor, ein neuerlicher Durchzug fremder Völker sei wegen der ohnedies schon herrschenden Teurung desto gefährlicher, und es stehe zu besorgen, dass die ohne Hilfe gelassenen Untertanen, „sich an die eidgenossen henken und gegen die obrigkeit auf-lainen“ möchten. In Innsbruck wollte man zuerst an die Möglichkeit einer Expedition der Eidgenossen gegen Mühlhausen gar nicht glauben; für den Fall aber, dass es dazu käme, beschloss man, ruhig zuzusehen. Selbst der Vorschlag, darüber an den Kaiser zu berichten, wurde verworfen, damit man keinerlei Schwierigkeiten mit den Eidgenossen sich auflade. Als dann wirklich trotz einer Einsprache der vorländischen Regierung vier protestantische Cantone etwa 2000 Mann gegen Mühlhausen schickten, tröstete man sich in Tirol damit, dass die Unternehmung wol nicht lange dauern werde. Nach Ensisheim richtete man einen „Trostbrief,“ an die Eidgenossen eine sanfte Erinnerung, dass ihr Benehmen sich mit der Erbeinigung nicht wol vertrage. Jene Vermutung über eine kurze Dauer war allerdings richtig, denn Mühlhausen ergab sich nach wenigen Tagen, behielt dann aber durch einige Zeit eidgenössische Besatzung<sup>1)</sup>. Viele aus der unterliegenden (demokratischen) Bürgerpartei flohen bei der Einnahme der Stadt auf österreichisches Gebiet und bildeten hier die Ursache fortwährender Verlegenheit für die Regierung. Als die eidgenössische Occupationsmannschaft Mühlhausen geräumt hatte, dachten die Entwichenen daran, ihre Rückkehr durch einen nächtlichen Einfall zu erzwingen. Das Unternehmen, am 23. Juni 1590 versucht, schlug gänzlich fehl, die Mehrheit der Beteiligten wurde gefangen

I, 340 handelt von der Einnahme Mühlhausens, bringt jedoch einige Unrichtigkeiten; namentlich ist seine Angabe über die katholische und österreichische Gesinnung (*affidati alla protezione dell' arciduca Ferdinando*) der Bürger unbegründet.

1) G. v. H. 1587 Fol. 175; A. D. 1587 Fol. 295, 306, 425, 432, 436. In Innsbruck war das grundlose Gerücht verbreitet, dass Ludwig Pfyffer von Luzern mit 15 Fähnlein Mühlhausen entsetzen wolle.

und mit dem Tode bestraft; einige, welche zeitig entflohen, begaben sich wieder auf österreichisch herrschaftlichen Boden<sup>1)</sup>. Ihretwegen wandten sich die katholischen wie die evangelischen Cantone an den Erzherzog.<sup>2)</sup> Jene baten, er möge den Flüchtlingen Unterkunft gewähren, diese hingegen verlangten die Ausweisung.

Ferdinand, welcher mit diesen Händeln am liebsten gar nichts zu tun gehabt hätte, und mit Niemanden es verderben wollte, gab nun auch die entsprechende Weisung: es seien die Bürger zwar aufzunehmen, doch sollten sie dann die Obrigkeiten „glimpflich von dannen weisen und jede weitläufigkeit verhüten.“ Als aber einige dennoch blieben, und die protestantischen Eidgenossen abermals um ihre Entfernung anhielten, da entschloss man sich in Innsbruck zur Erfüllung des Gesuches. Ensisheim sollte nun sogar ein Mühlhausener verlassen, welcher sich schon vor Beginn dieser Unruhen daselbst angesiedelt hatte.<sup>3)</sup>

Viel mehr als bei diesen localen Vorkommnissen in Lüders und Mühlhausen wurden die linksrheinischen Lande durch den Krieg der drei Heinriche in Mitleidenschaft gezogen. Heinrich von Navarra rechnete bei seinem Kampfe gegen die Ligue auf den Zuzug eidgenössischer und pfälzischer Soldtruppen. Die ersteren rückten Anfangs Juli 1587, geführt von Clervant, durch Basler Stiftsland und durch den Sundgau nach Lothringen; das deutsche Heer sammelte sich unter Fabian von Dohna, dem Hofmarschall Johann Casimirs, im Gebiete von Strassburg und zog im August nach Saarburg. Es waren zwei starke Heeressäulen, welche sich fast gleichzeitig in Bewegung setzten.<sup>4)</sup> Wol hatte die vorländische Regierung, als das Unwetter hereinzubrechen drohte, einige Fähnlein formirt; aber gegen solche Truppenmassen sah man sich wieder zu vollständiger Passivität genötigt. Die Besatzung von Breisach hatte man verstärkt, „weil dies kriegsgesind sein aug auf dies ort wirft als ein schlüssel des obern und untern elsassischen gestades.“ Ebenso entschloss man sich in Innsbruck, gedrängt von den elsässischen Ständen, das Angebot Lothringens zu acceptiren, demzufolge der dortige Herzog eine Unterstützung bei der Verteidigung der Vorlande in Aussicht stellte.<sup>5)</sup> Erst nachdem der Zug durch den Sundgau schon beendet

1) Segesser IV, 124 f.; Strobel IV, 199 f.

2) Sammlung d. ält. eidgen. Absch. V, 236.

3) A. D. 1590 Fol. 787; A. D. 1591 Fol. 55, 575; A. D. 1592 Fol. 6; A. H. 1590.

4) Ferdinand gibt in seinem Briefe an den Kaiser der Armee Clervants eine Stärke von 20.000 Mann. A. Mem. IX, 27. — Segesser III, 232, 242.

5) A. D. 1587 Fol. 560, 576, 603, 723. Den Antrag Lothringens nahm man

war, stellte die Regierung im Verein mit dem Markgrafen Jakob von Baden noch eine Art Landwehr auf, welche jedoch schnell heimgeschickt wurde, als man Anzeichen zu haben glaubte, dass die nach Frankreich ziehenden Truppen nicht so bald zurückkommen dürften.

Selbst dann, wenn die durchpassirenden Mannschaften den friedlichen Bewohnern das Benötigte um einen „billigen pfennig“ abgekauft hätten, wäre der Besuch solcher Massen schon beschwerlich gefallen. Nun erlaubten sich aber die rohen Banden die gebräuchlichen Ausschreitungen der damaligen Kriegsvölker. Bezahlt wurde nur wenig, aber desto mehr genommen. Getreu spiegelt sich die Erbitterung des verzweifelnden Landvolkes im „neuen Klaglied der Bauern im untern Elsass über den jezigen tyrannischen Durchzug 1587.“<sup>1)</sup>

Was die Lande bei dem Hinzuge der „navarrischen“ Völker gelitten, war für den Sundgau erst ein Vorspiel dessen, was noch kommen sollte. Man hatte sich am erzherzoglichen Hofe stark verrechnet, als man glaubte, die Armeen Clervants und Dohna's würden längere Zeit sich in Frankreich halten. Ihr Schicksal entschied sich schnell. Der Sieg des Herzogs Heinrich von Guise über Dohna bei Auneau (24. Nov.) nötigte die Deutschen und die Eidgenossen zum Rückzug. Letztere, welche schon einige Tage vor der genannten Schlacht mit dem französischen König eine Capitulation beschlossen hatten, bewerkstelligten, ohne weitere Gefährdung, den Marsch bis zur Schweizer Grenze.<sup>2)</sup> Die Deutschen wurden dagegen vom Herzog von Lothringen und von Guise bis in die Grafschaft Mömpelgard hinein verfolgt. Da gab es nun für die Leute im Sundgau doppelte Plage. Dohna's versprengte Reiter zogen durchs Land und zehrten vom Vorrat der Eingesessenen. Andererseits respektirten die Lothringer nicht die Landesmark, sondern setzten ihre Gewalttaten, welche sie in Mömpelgard als auf feindlichem Boden begonnen, auch auf ihren Streifereien im österreichischen Sundgau fort. In der Herrschaft Dattenried allein sollen sie 256 Pferde geraubt haben. Die Auslagen für Schadenersatz und Aufstellung von Wachen, welche diese Durchzüge und Einfälle des Jahres 1587 der erzherzoglichen Kammer auferlegten, berechnete dieselbe auf 82.000 Gulden.<sup>3)</sup>

in Innsbruck nur mit Widerstreben an. Die Regierung riet: „so mögen E. F. D. im namen des allmächtigen darein bewilligen“.

<sup>1)</sup> Schreiber III, 335; Strobel IV, 183.    <sup>2)</sup> Segesser III, 262.

<sup>3)</sup> A. D. 1588 Fol. 68, 262; M. a. H. 1588 Fol. 126; A. Mem. IX, 28.

Das Jahr 1588 gewährte eine kurze Rast und Erholung, auf welche schon 1589 abermalige Beunruhigungen folgten. In diesem Jahre ward wieder in der Schweiz wie in Deutschland für Heinrich III. von Frankreich, welcher sich eben jetzt mit Navarra verband, gewonnen. Derselbe französische Gesandte Sancy, welcher ein eidgenössisches Heer zusammenbrachte, liess durch Johann v. Haracourt bei Strassburg 2500 Mann sammeln<sup>1)</sup>. Dieses Corps durchzog im Juni fast die ganzen linksrheinischen Vorlande, indem sein Marsch von Strassburg über Schlettstadt nach Basel gieng. Von einer Verlegung des Weges seitens der Regierung war keine Rede; dieselbe wäre zufrieden gewesen, wenn sich die Hauptleute entschlossen hätten, ihre Contingente nur rottenweise oder doch in Begleitung landesfürstlicher Commissäre und unter Erlag einer Caution durchs Land zu führen. Diesen Teil Vorderösterreichs als allgemein zugängliche Passage zu betrachten, hatten sich die Kriegsfürsten so sehr gewöhnt, dass kaum einer es noch der Mühe wert fand, auch nur dem Scheine nach um eine Licenz anzuhalten. Cardinal Andreas, der Gubernator, sollte sich diesmal doch wieder bei Sancy beschweren und vorbringen, dass es dem Erzherzog „fremd und wunderlich fürkomme, dass solcher durchzug unbegrüsst F. D. und ohne einige fürbringung schriftlichen scheinis von Ihrer königlichen würde aus Frankreich also fürgenommen werden soll<sup>2)</sup>“.

Nach Heinrichs III. Ermordung betrieb Navarra neue Rüstungen gegen die Guisen. Frankreichs Werbetrommeln vereinigten wieder Tausende von Soldknechten bei Strassburg, welche zunächst gegen den Herzog von Savoyen verwendet werden sollten<sup>3)</sup>. Es kam nicht zum beabsichtigten Zug. Vor ihrem Aufbruch erschien Herzog Karl von Lothringen, der Verbündete der Guisen und der Ligue, vernichtete im Sundgau bei drei Gefechten (28. Nov. — 7. Dez.) den grössten Teil des Heeres und zwang die Reste zur Flucht über den Rhein. So erhielten auch die rechtsrheinischen Vorlande Soldatenbesuch,

1) Segesser III, 403; Thuanus (Ausg. 1630) L. 96 p. 451; A. D. 1589 Fol. 212. Nach Segesser waren es 3500 Mann. — Vgl. Imlinsche Chronik in der Alsatia 1873 — 74 p. 474.

2) Die katholischen Cantone hatten sich gleichzeitig um die Erlaubnis zum Durchzug bei Ferdinand beworben. Segesser III, 440.

3) Strobel IV, 195. Segesser IV, 43. Ritter, Briefe u. Akt. I, 14. — In dieser Zeit (30. Okt. 1589) fragte sich auch Erzherzog Maximilian, der Deutschmeister, um die Erlaubnis zu einer Truppenwerbung an, um dem Comenthur Konrad Knipping die Güter des deutschen Ordens bei Heilbronn abzunehmen, welche derselbe mit Hilfe Johann Casimirs an sich gerissen hatte. Ferd. Ben. H.

1800 verjagte Knechte warfen sich da in die Grafschaft Hauenstein. Die Regierung hatte wieder grosse Beschädigungen ihrer Untertanen zu registriren: solche, welche von den flüchtigen „navarrischen“ Mannschaften und solche, welche von den lothringischen Eindringlingen verübt waren. Leute der Grafschaft Pfirt und der Herrschaft Altkirch ergiengen sich in lauten Klagen und Verwünschungen, so dass die Innsbrucker Regierung den Ausbruch einer Volkserhebung fürchtete. Die Wintervorräte waren wieder grösstenteils zerstört, jeder commercielle Verkehr lag in Folge der fortwährenden Störungen gänzlich darnieder. Bei den Gruben von Schiramenen hatten sich die Bergleute alle verlaufen<sup>1)</sup>. Um nur der höchsten Not zu wehren, mussten die Regenten in Ensisheim bei benachbarten Herren und Prälaten ein Darlehen aufnehmen.

Grössere Rüstungen als Sancy betrieb Turenne 1591 in der Pfalz, von wo im Sommer desselben Jahres Christian von Anhalt 16.000 Mann Heinrich von Navarra zuführte. Der Marsch gieng durch Ferdinands Gebiet im untern Elsass<sup>2)</sup>. Was dabei die Untertanen einbüssten, schlug der Erzherzog abermals auf die respectable Summe von 80.000 Gulden an. Nach dem Anhalt'schen Zuge aber dauerte es nur mehr einige Monate, und der Krieg ward in Folge der zwiespältigen Bischofswahl zu Strassburg ins Land selbst getragen.

Unter diesen fast unausgesetzten Calamitäten verdüsterte sich die Stimmung der Bevölkerung immer mehr. Es war in Innsbruck kein Geheimnis, dass „die Gemüter allerseits seltsam und schwierig“<sup>3)</sup>. Die Untertanen, so meldet ein vertraulicher Bericht, haben zwar oft um eine Landessicherung angehalten, „aber niemals ist man, wie sie verhofft, ihnen beigesprungen, darüber sie in ungeduld geraten und sich derwegen allerlei praktiken, so sich mit den Schweizern und andern benachbarten angesponnen, entdecket.“

Was die Leute in ihrer bedrängten Lage fort und fort verlangten, war die Bildung eines neuen Schirmvereines. Bald nach der Auflösung des frühern erfolgte eine Anregung von Seite des Bischofs von Strassburg, Johann v. Manderscheid. Die Regierung und der ständische Ausschuss der Vorlande giengen bereitwilligst darauf ein; anders dachte man in Innsbruck. Nur um den Vorlanden, wie man

<sup>1)</sup> A. D. 1590 Fol. 55.

<sup>2)</sup> In Innsbruck besorgte man, dass dieser Zug durch Schwaben gehen könnte, und man dachte deshalb an die Sicherung von Günzburg. G. v. H. 1591 Fol. 39. <sup>3)</sup> A. D. 1590 Fol. 818; A. D. 1591 Fol. 288.

sagte, den guten Willen zu zeigen, beteiligte man sich an den einleitenden Besprechungen. Ferdinands tirolische Regierung, welcher übrigens auch frühere Erfahrungen mit solchen Vereinen vorschwebten, fand die Sache schon deshalb bedenklich, weil im Strassburger Stifte selbst Streit herrschte, in welchen sie sich durchaus nicht mengen wollte. Dazu kam eine zweite Schwierigkeit. Es sollte zur Vereinigung auch die Stadt Strassburg eingeladen werden, welche aber, wie man voraussah, die unerfüllbare Bedingung stellen würde, dass auch die Pfalz dem Bunde beitreten könne. Ferdinand sandte daher wol einen Vertreter zu einer Vorsprache in Schlettstadt, aber nur *ad audiendum*<sup>1)</sup>. Lieber hätte sich der Erzherzog mit Württemberg und mit dem schwäbischen Kreis in einen Bundestraktat eingelassen<sup>2)</sup>. Verhandlungen mit dem Bischof Johann führten nicht weiter. Die erzherzoglichen Räte fanden ihn dabei zurückhaltend, woraus man schon abnehmen könne, „was er zu solchem verein für lust und lieb tragt,“ der Bischof sei „eines kurz angebundnen gemüts.“ Dass Pollweil dem Bischof schon eine verheissende Zusage gemacht, fanden die Räte tadelnswert.

Ferdinands Lust zum neuen Verein wurde dadurch noch weiter verringert, dass die Stadt Strassburg 1588 mit Bern und Zürich eine Einigung beschloss<sup>3)</sup>. Immerhin wurden aber noch Versuche gemacht. Auf einer Tagsatzung zu Colmar (Jänner 1589) überzeugte sich Ferdinands Abgeordneter, dass eigentlich bei den geladenen Ständen nur wenig Neigung zum Bundeswerke vorhanden sei, namentlich dürfe man nicht auf das untere Elsass zählen<sup>4)</sup>. Cardinal Andreas unterhandelte ausser mit Manderscheid auch mit Baden, überzeugte sich jedoch bald, dass der Markgraf „die sachen in grosse weit-schweifigkeit zieht“<sup>5)</sup>. Er liess sich dadurch nicht abschrecken und berief wiederholt Conferenzen nach Colmar, auf denen aber immer dieselben Schwierigkeiten zu Tage traten. Bei einer Tagfahrt (3. Dez. 1591) erschien fast Niemand von den Geladenen, weder Baden, noch Strassburg (Stadt), ebensowenig Hagenau und Mömpelgard. Ferdinands Regierung, die schon früher gefunden, dass der Cardinal „eben weit gehe,“ misbilligte ausdrücklich solche Ausschreibungen, welche bei ihrer notorischen Erfolglosigkeit den Erzherzog nur „verunglimpfen.“<sup>6)</sup> Der 1592 ausbrechende Strassburger Krieg<sup>7)</sup> erhöhte noch den Eifer

1) Ferd. 342; A. D. 1586 Fol. 127, 233, 370.      2) A. H. 1587.

3) Segesser III, §10; A. H. 1588.      4) A. D. 1590 Fol. 68, 209.

5) A. D. 1589 Fol. 403.      6) A. D. 1592 Fol. 12.

7) Ueber diesen Krieg s. das folgende Capitel.

des Gubernators, um eine gemeinsame Landesrettung mit andern Ständen zu vereinbaren. Friedrich von Wirtemberg, welchen Andreas auch heranziehen wollte, lehnte für sein Herzogtum und für ganz Mömpelgard ab, für seine Herrschaften Hörburg<sup>1)</sup> und Reichenweyer dagegen erklärte er den Beitritt. Ob auch Burgund aufzunehmen sei, darüber waren in Innsbruck die Meinungen geteilt<sup>2)</sup>. So schien man demnach der Aufrichtung eines oberrheinischen Bundes nahe; einen Abschluss der Verhandlungen hat der Erzherzog trotzdem nicht erlebt.

Nebenher liefen noch andere Einigungsversuche. Ein solcher gieng von Lothringen aus. Dessen wiederholte Einfälle hatten in Innsbruck nicht geringe Erbitterung erweckt. Ferdinand verlangte von Herzog Karl für die bei der Verfolgung Dohna's „unchristlich angerichteten schäden“ eine entsprechende Vergütung. Hans Paul v. Rust hatte im Namen des Erzherzogs in Nancy diese Forderung zu erheben<sup>3)</sup>. Von vornherein war man jedoch der Meinung, es sei „auf seine (Lothringens) gute hohlgeschliffne worte nit zu verlassen“<sup>4)</sup>. Mit den Entschuldigungen, welche ein lothringischer Gesandter nach dem zweiten Einfall (1589) überbrachte, wollte man sich nicht zufrieden geben; teils wegen der „Reputation“, teils wegen der „schwierigen“ Untertanen wurde durch Cardinal Andreas das Verlangen auf Ersatz 1590 erneuert<sup>5)</sup>. Um diese Zeit hielt sich Hans Albrecht von Sprinzenstein als bairischer Agent am Hofe zu Nancy auf und übernahm es da, auch die Ansprüche Ferdinands zu vertreten<sup>6)</sup>. Ohne diese Angelegenheit ins Reine gebracht

1) Bezüglich der Gefährdung der Herrschaft Hericourt s. u. — Vgl. Strobel IV, 215. 2) A. D. 1593 Fol. 553, 599, 642; E. u. B. 1593 Fol. 373.

3) Instr. für Rust 8. Apr. 1588. Schl. 447. 4) A. D. 1588 Fol. 156.

5) A. D. 1590 Fol. 109, 313. — Damals (27. Nov. 1589) sah sich Lothringens Herzog auch veranlasst, den Erzherzog zu versichern, er sei nicht der Autor eines „Famos Libell“, worin gegen das Haus Oesterreich lästerlich gehandelt war. A. Mem. IX, 29. — Es ist dies jene Flugschrift, welche bei Stieve, Die Verh. über d. Nachfolge p. 13, besprochen wird. — Ein Exemplar dieser Schrift, von welcher Freiherr v. Königseck sagt (Schr. an Ferd.), sie sei nicht von Lothringen, sondern von friedhässigen Leuten ausgegangen, liegt in P. I, 63.

6) Sprinzenstein schreibt aus Nancy 11. August 1590 dem Erzherzog: E. F. D. haben von Lothringen nur Ersatz für den verzehrten Proviand und für die niedergebrannten Häuser verlangt; ich aber rate auf den gesammten Ersatz per 80.000 G. zu bestehen. Ich will die Sache im Namen Baierns urgiren. Ferd. 270. Bevor noch Sprinzenstein nach Lothringen gieng, ersuchte die dortige Herzogin Mutter Ferdinands Schwiegermutter und Schwester, die Herzogin Eleonore v. Mantua, um deren Verwendung beim Erzherzog, damit derselbe Lothringens Einfälle nachsehen möge, es habe sich dabei um katholische Interessen gehandelt. Herzog

zu haben, gieng er gegen Ende des Jahres 1590 mit Anträgen Lothringens zuerst nach München, dann nach Innsbruck<sup>1)</sup>.

Der Freiherr sollte die Gründung einer Liga betreiben, welche unter des Erzherzogs Führung Lothringen vor weitem deutsch-protestantischen Einfällen beschützen und vielleicht auch dessen heimliche Absichten auf den französischen Tron befördern könnte<sup>2)</sup>. Mit dem, was Sprinzenstein vorzubringen hatte, war er weder am bairischen noch am tirolischen Hofe glücklich. Schon die Art, wie er bei Ferdinand seine Werbungen eröffnete, war schwerlich vertrauen-erweckend. Denn Sprinzensteins eigene Aeusserungen schienen gar nicht conform mit jenen des Herzogs von Lothringen. Hatte dieser letzthin als Ersatz für seine Invasion die geringfügige Abschlagszahlung von 3000 Kronen angeboten, so sprach der Gesandte von einer vollständigen Entschädigung<sup>3)</sup>; während Karl in seinem Kreditiv an den Erzherzog nur um ein Empfehlungsschreiben an den Kaiser ersuchte, drängte Sprinzenstein zur Abordnung eines besondern Gesandten. Aergerlich über eine solche Unzuverlässigkeit gab die tirolische Regierung dem Erzherzog den Rat, er möge den Freiherrn verhalten, alle seine Vorschläge schriftlich und mit seiner Unterschrift versehen zu übergeben<sup>4)</sup>. Denn sein Redefluss schien unerschöpflich. Soviel er auch vorbringen mochte, zuletzt beklagte er sich doch wieder, man habe ihn nicht bis zu Ende anhören wollen. Ferdinand gieng auf den Vorschlag zur Gründung einer Liga nicht unbedingt ein. Vorerst verlangte er hiezu die Genehmigung des Kaisers und die zustimmenden Erklärungen jener zahlreichen Stände, welche nach Sprinzensteins Proposition zu einem Bunde vereinigt werden sollten. Dass ein solcher Bund etwa mit der französischen Ligue in Beziehungen träte, wünschte Ferdinand nicht, wol aber, dass die Stadt Strassburg zum Beitritt eingeladen würde<sup>5)</sup>. Auf die

---

Karl dagegen schrieb nach Innsbruck (17. Juli 1590) in etwas gereiztem Tone, er habe bei Gelegenheit jener Züge keine Mordbrenner und Räuber ausgesendet, vieles werde ihm fälschlich zugeschrieben. A. Mem. IX, 37.

<sup>1)</sup> Ich kann mich über diese Werbungen kürzer fassen, da Stieve, Briefe u. Akt. IV, 23—28 darüber schon ausführlich gehandelt hat.

<sup>2)</sup> Ueber ähnliche ligistische Pläne im Jahre 1586, ebenfalls zum Schutze vor deutschen Truppen („para impedir las baxadas de reytres y gente Alemana“) s. Bezold, Briefe II, 403.

<sup>3)</sup> Zu gleicher Zeit bemerkte dann Sprinzenstein doch wieder, es sei sonderbar, dass man gerade von Lothringen einen Ersatz fordere, während dies bei den Pfalzgrafen Wolfgang und J. Casimir nicht geschehen sei, und legte dann verschiedene Entschädigungsvorschläge vor. <sup>4)</sup> A. D. 1591 Fol. 77.

<sup>5)</sup> A. Mem. IX, 29.

freiherrlichen Ideen gieng man also in Innsbruck insofern ein, als man bereit war, durch einen besondern Gesandten beim Kaiser die Bundespläne zu befördern. Auch beim spanischen König hätte es der Erzherzog getan, wäre ihm eine passende Persönlichkeit für die Legation zur Verfügung gestanden<sup>1)</sup>.

Im Auftrage Ferdinands gieng Graf Wilhelm von Zimmern zum Kaiser. Auch Sprinzenstein begab sich nach Prag. Zimmern hatte dem Kaiser eine Liga als notwendiges Verteidigungsmittel gegen die Einigungstendenzen der protestantischen Fürsten zu empfehlen; desgleichen sollte er den Freiherrn unterstützen, wenn derselbe Lothringens Projekt auf die Eroberung von Metz, Toul und Verdun vorbrächte.

Das erste, was Graf Wilhelm vom Kaiserhof zu berichten hatte, war das, dass man überhaupt daselbst Sprinzensteins Erscheinen ungerne sah. Rudolf, dessen Aversion gegen den geschwätzigen Herrn wir schon kennen gelernt, ärgerte sich abermals über sein langes und widerspruchsvolles Gerede<sup>2)</sup> und wies ihn an den Geheimrat Kurz. Sprinzensteins Vortrag bei Kurz dauerte nicht weniger als vier Stunden und dann war erst die Hälfte dessen behandelt, was er zu sagen hatte. Am allerwenigsten konnte der Freiherr über den Plan bezüglich der drei lothringischen Stifter befriedigende Auskunft geben; „er kann“, so meldet Zimmern, „auf den punkt Mez, Tul und Verdun nit antworten, wie oder was gestalt der herzog von Lothringen von I. Maj. solche stett erkennen und recognosciren wellen, sondern er bleibt hierin stecken.“ So gab es für die geheimen Räte und für Zimmern manches, was sie erst beim mistrauischen Kaiser „remediren“ mussten, bis sie denselben zu einer zwar sehr vorsichtig gehaltenen, aber doch zustimmenden Antwort hinsichtlich der Liga brachten. Wie sich jedoch Zimmern zur Abreise von Prag anschickte, da liess ihm Rudolf für Ferdinand noch eine warnende Weisung zu-

<sup>1)</sup> Diese Versicherung bezüglich Spaniens war schwerlich aufrichtig gemeint, weil eben damals Ferdinands Obersthofmeister Lara in Madrid weilte. S. darüber unt.

<sup>2)</sup> Sprinzenstein, dem jeder Einfall gleich von der Zunge sprang, begieng bei seiner Werbung am Kaiserhof auch die Ungeschicklichkeit, von der Schwäche Lothringens zu sprechen. Aehnlich hatte er sich darüber schon früher gegen Ferdinand geäußert. In Anspielung auf einen polnischen Grafen Cziolk, der bei der Königswahl in Polen das Haus Oesterreich verraten hatte, schreibt er: hätten wir einen solchen Grafen bei uns (in Nancy) und einen in Metz, „da wurd zu gewett gelogen und verraten; ich mein, der hiesige krieg und der von Polen kunten einander heiraten“. Ferd. 367.

kommen, worin er empfahl, sich nur mit äusserster Vorsicht auf einen Bund einzulassen. Sprinzenstein selbst erhielt keinerlei bestimmte Zusage, sondern wurde nach Innsbruck gewiesen. Er gieng aber zunächst nach München, hierauf nochmals nach Prag<sup>1)</sup> und erst im Mai 1592 an Ferdinands Hof.

Während Sprinzenstein wol schon gewonnenes Spiel zu haben glaubte, gieng man in Innsbruck, belehrt von des Kaisers Wink, ganz andere Wege. Ferdinand fasste die Sache so auf, dass Rudolf allerdings eine Vereinigung wünsche, aber nicht mit Lothringen. Kaum war Zimmern von Prag zurückgekehrt, so schickte der Erzherzog seinen Hauptmann in Constanz, Albrecht Schenk v. Stauffenberg, zu Herzog Ludwig von Württemberg<sup>2)</sup>, um bei demselben „einen verein oder bündnis beider religionen“ zu proponiren. Schenk verkehrte in Nürtingen mit Ludwig und seinem Geheimrat Melchior Jäger. Letzterer billigte den Plan als sehr geeignet zur Beseitigung des herrschenden Mistrauens und sprach auch von der Geneigtheit des Herzogs; jedoch wollte er sich auf genauere Erklärungen, wer etwa noch herangezogen werden sollte u. dgl., nicht einlassen, weil man, wie er ausweichend<sup>3)</sup> bemerkte, dem Erzherzog nicht vorgreifen möchte. Zu gleicher Zeit hatte Ferdinand „das werk an die kaiserliche majestät gelangen lassen“ und hatte sich in Prag angefragt, wen man neben Württemberg etwa noch ins Vertrauen ziehen könnte. Eine Erwiderung von Seite Rudolfs ist uns nicht bekannt<sup>4)</sup>.

<sup>1)</sup> Bei diesem zweiten Aufenthalt in Prag bezeugte sich Rudolf gegen Sprinzensteins Person etwas gnädiger. Er besserte dem Freiherrn das Wappen, verlieh ihm das Prädicat von Neuhaus und gab ihm den Ratstitel mit einem Gehalt von 600 Talern. — So wenigstens berichtet Ferdinands Agent Pierbämer in Prag (31. Dez. 1591). FerJ. 371.

<sup>2)</sup> Um diesen Schritt Ferdinands zu beurteilen, hat man sich zu erinnern, dass Graf Friedrich v. Mömpelgard, Ludwigs präsumptiver Nachfolger, in Fehde mit Lothringen stand. Der Einfall der Lothringer nach Mömpelgard (1587) hatte auch den Herzog Ludwig beleidigt (A. D. 1588 Fol. 173, 278). Und eben jetzt, 1591, befürchtete man neue Feindseligkeiten zwischen Lothringen und Mömpelgard wegen der Herrschaft Hericourt, aus welchem Grunde die tirolische Regierung Belfort wieder befestigen liess gegen „das lothringisch rauberisch gsind“. A. D. 1591 Fol. 386.

<sup>3)</sup> Denselben zurückhaltenden Ton zeigt Ludwigs Brief an Ferdinand (d. 5. (15.) Juli) 1591. Ludwig findet den angeregten Bund nützlich, um das Mistrauen der Stände „beider im reich zugelassenen religionen“ aufzuheben; er muss aber erst über diese wichtige Sache nachdenken und empfiehlt zunächst blos „aufrichtige correspondenz und zusammenhalt“.

<sup>4)</sup> Haupt- und Nebeninstruktion für Schenk vom 1. Juli und 14. Juni 1591, Schenk's Relazion über seine Verrichtung d. Wilffingen 21. Juli 1591, Ferdinand

Begleiten wir nun Sprinzenstein nach Innsbruck. Seine Erwartung über Ferdinands Eröffnungen war gewiss nicht kleiner, als die des Herzogs von Lothringen, welcher schon im März den Erzherzog um Bescheid ersuchte und um seine Intervention bei den schwäbischen Prälaten und Herren zur Werbung von 1500 Landsknechten. Wie staunte nun aber der Freiherr, als ihm Ferdinand in lakonischer Kürze eröffnete, er könne sich nicht entsinnen, dass er über „die union“ irgend eine Mitteilung zu machen habe. Auch die Sammlung von schwäbischen Kriegsvölkern wurde nur unter dem Beding gestattet, dass vorher kaiserliche „Fürschreiben“ präsentirt würden. Was half es nun Sprinzenstein, wenn er wiederholt feierlich versicherte, man habe ihn in Prag auf Innsbruck vertröstet<sup>1)</sup>; der Erzherzog verharrte bei seiner Ablehnung und liess nebenher noch Worte fallen, welche wol Jedermann, nur nicht Sprinzenstein, überzeugen konnten, dass für Lothringens Unionsideen in Innsbruck kein Boden sei. So reiste er schon nach einigen Tagen ab und musste zufrieden sein, wenigstens eine Empfehlung an den Kaiserhof, der nun sein nächstes Reiseziel war, zu bekommen. Um nicht abermals der Gefoppte zu sein, fasste er jetzt den entschiedenen Vorsatz, Prag nicht früher zu verlassen, bis man ihm nicht blos mündliche (wie früher), sondern auch schriftliche Antwort erteilt hätte. Eine solche konnte er aber nicht bekommen; Rudolf liess ihm durch den Geheimrat Kurz sagen, er habe nichts dagegen, wenn der Erzherzog von Tirol die Hauptmannschaft eines neuen Vereins übernehme. Auf diese nichts-sagende Aeusserung hin eilt nun Sprinzenstein wieder nach Innsbruck, um hier die Sache zum Abschluss zu bringen; eigene Courriere beschäftigt er mit der Besorgung seiner Depeschen zwischen Nancy und Prag. Aber alle Wichtigtuerei und das aufdringlichste Zureden, die Fürsten sollten „gegen einander die maskera abziehen“, wollte nicht verfangen. Schon am folgenden Tag nach seiner Berichterstattung vor Ferdinand gab ihm dieser Bescheid: es sei verwunderlich,

---

an den Kaiser 13. August 1591. A. H. 1591; Ferd. 105; Schl. 65. — Genau zur selben Zeit warb Baiern bei Wirtemberg um den Beitritt zum Landsberger Verein. Stieve IV, 17. Damals schienen sich die politischen Constellationen ganz zu verschieben: Ferdinand näherte sich Wirtemberg, Baiern dagegen dem Pfalzgrafen J. Casimir. Aber freilich waren dies nur momentane Wandlungen. Ueber das Mistrauen der protestantischen Fürsten gegen Wirtemberg vgl. Muffat, Die Verhandl. zu Gründ. einer Union p. 18.

<sup>1)</sup> Ausser den bei Stieve l. c. angegebenen tirolischen Akten liegen noch ein paar Stücke in Ferd. 432 $\frac{1}{3}$ . So eine Vorstellung Sprinzensteins vom 6. Mai, Ferdinands Schreiben an den Kaiser 9. Mai 1592.

dass man dem Freiherrn in Prag von einer Bundeshauptmannschaft gesprochen, es sei über einen solchen Punkt gar nicht verhandelt worden; auch eine angesuchte Intercession über Toul und Verdun könne nicht gegeben werden, weil diese Stifter nur das Reich angehen<sup>1)</sup>. So zog er nun ein viertes Mal zum Kaiser, um dort alsbald wieder unverrichteter Dinge entlassen zu werden. Erst jetzt (Febr. 1593) stand Lothringen vom Plane definitiv ab. Die in Innsbruck um diese Zeit herrschende Stimmung gibt ein Ratschlag der Regierung, wornach der Kaiser eine von Herzog Karl angebotene Türkenhilfe von 5500 Mann (unter Tremblecourt) unter Hinweis auf die winterliche Zeit ablehnen sollte; denn Lothringen sei allgemein im Reiche verhasst und es sei nicht ratsam, durch Annäherung an dieses Herzogtum bei Wirtemberg Anstoss zu erregen<sup>2)</sup>.

Was die Vorlande, namentlich die linksrheinischen, während Ferdinands Regierung erlebten, der Mangel jedwelchen Schutzes, die Hilf- und Ratlosigkeit der vorderösterreichischen Behörden, das alles erscheint als eine sehr charakteristische Vorgeschichte<sup>3)</sup> zu jenen Bedrängnissen und jenem Schicksale, dem diese Territorien im dreissigjährigen Kriege des folgenden Jahrhunderts unterworfen sein sollten.

## VI. Capitel.

### Der Kampf um Cöln und Strassburg.

Während die französischen Religionskriege nur einige im Westen gelegene Grenzdistrikte des deutschen Reiches in Mitleidenschaft zogen, hat der Kampf um die Besetzung der Bischofsstühle in Cöln und Strassburg die Kriegsfackel nach Deutschland selbst geworfen. Zu einer Aktivität, wie sie Baiern und Pfalz beim Streite um Cöln, oder Lothringen und Brandenburg um Strassburg entfalteteten, hat sich zwar Erzherzog Ferdinand nie aufgerafft; aber eine eigentümliche Schürzung der Verhältnisse hat ihm doch in beiden Fällen eine nicht

<sup>1)</sup> Von Metz hatte Sprinzenstein bei seiner dritten Prager Reise nicht mehr gesprochen.

<sup>2)</sup> Gutachten der Regenten vom 9. Dez. 1593. Ferd. 56. — Die erzherzogliche Kammer war derselben Ansicht. E. u. B. 1593 Fol. 365.

<sup>3)</sup> „Die einen wie die andern schonten nicht Freund- und Feindesgebiet, als wollten sie ihre Vorstudien für die Zeiten des dreissigjährigen Krieges im Elsass beginnen.“ Lorenz-Scherer, Gesch. d. Elsasses (3. Aufl.) p. 297.

ganz unbedeutende Rolle zugewiesen, welche denn auch hier gezeichnet werden soll.

Ein gewisser Contact zwischen Cöln und Ferdinand lässt sich schon frühzeitig nachweisen. Bereits in seinen ersten Regierungsjahren erscheint der kölnische Kanzler Dr. Franz Burkhart nach Angabe der tirolischen Kammerrechnungen im Genuss einer jährlichen Provision von 300 Gulden, welche wahrscheinlich noch von K. Ferdinand her datirt<sup>1)</sup>. Bei Gelegenheit der Wahl Salentins von Isenburg (1567) unterhielt der Erzherzog einen eigenen Vertreter, Dr. Chryostomus Hochstetter, in Cöln, um dem Capitel den Cardinal Otto von Augsburg für die Elektion zu empfehlen<sup>2)</sup>. Drei Jahre später säumte Ferdinand nicht, dem Stadtrate seine Befriedigung über dessen kräftiges Einschreiten gegen die Andersgläubigen auszudrücken<sup>3)</sup>. 1576 weilte Churfürst Salentin auf seiner Reise nach Italien durch fünf Tage als Gast am Innsbrucker Hofe, besucht auch Ambras und absolvirt dort als tüchtiger Zecher ebenso glücklich sein Weipensum wie der ihn begleitende Rat, Propst Gottfried Gropper<sup>4)</sup>. Damals schon wurde des Erzherzogs Absicht lautbar, seinen Sohn Andreas auf eine kirchliche Dignität nach Cöln zu befördern; das Churfürstentum selbst für ihn zu gewinnen, hielt aber Salentin für unmöglich<sup>5)</sup>. Bald darauf resignirte der Churfürst und das Domcapitel zu Cöln hatte an die Neuwahl zu schreiten. Zeitig wandte sich der Erzherzog an einen der Domherren, Gebhard Truchsess von Waldburg, und empfahl den Herzog Ernst von Baiern zur Wahl<sup>6)</sup> — aus dieser selbst gieng dann aber nicht der Empfohlene, sondern derjenige hervor, dessen Vermittlung Ferdinand angerufen hatte. Dennoch ist es sicher, dass man in Innsbruck mit diesem Resultat zufrieden war<sup>7)</sup>, so dass

<sup>1)</sup> G. M. 1571 Fol. 1939; G. v. H. 1575 Fol. 857.

<sup>2)</sup> Lossen, Der Kölnische Krieg I, 22, Ferd. Ben. C. mit mehreren Relationen Hochstetters über die Wahlsache. <sup>3)</sup> Lossen I, 108.

<sup>4)</sup> Nach Roo's Kalendernotizen (Ambr. S.) hielt sich Salentin vom 20. bis 25. Mai in Innsbruck auf. Er zeichnete seinen Namen ins Trinkbuch mit dem Spruche: „Allein mein hoffnung zu Gott“; Gropper wählte bei seiner Einzeichnung die Devise: „Secura mens jube convivium“. Ueber diesen Aufenthalt des Churfürsten bei Ferdinand vgl. oben p. 129.

<sup>5)</sup> Lossen I, 390. Vgl. meine Besprechung dieses Werkes im histor. Jahrbuch III, 707. — Herr Lossen macht mich in einem Briefe freundlichst aufmerksam, dass bei Uebertragung des Canonicats an Graf Wenc. Thurn weder an den Dom noch an S. Gereon gedacht werden könne, weil Thurn und Andreas nicht die erforderliche Ahnenprobe bestanden. Allein Ferdinand meinte wol, man könnte sich bei seinem Sohne darüber hinwegsetzen. <sup>6)</sup> A. H. 1577.

<sup>7)</sup> Lossen I, 618. Es war wol nur ein Akt der Artigkeit, aber kaum auf-

Ferdinand dem Erwählten seine Verwendung lieh, um in Rom die Confirmation zu erwirken<sup>1)</sup>.

Churfürst Gebhard erklärte zu Ende des Jahres 1582 nach einigem Zögern öffentlich seinen Abfall von der katholischen Kirche. In Rom war man sich alsbald vollauf bewusst, von welcher ungeheuren Folgen dieser Schritt des Erzbischofs begleitet sein konnte. Noch im Dezember schickte Gregor XIII. den Minuccio dei Minucci<sup>2)</sup> nach Deutschland und liess auch Ferdinand um dessen Meinung befragen<sup>3)</sup>. Des Erzherzogs Rat gieng dahin, dass ein päpstlicher Legat und ein kaiserlicher Gesandter in Cöln interveniren sollen. Indem er aber das Projekt aussprach, dachte er auch schon daran, seinem Sohne Andreas die römische Legation zuzuwenden. Sporeno sollte das schnell beim Papst betreiben und nebstdem eine gute Besoldung des Legaten erwirken; desgleichen darauf achten, dass demselben ein Auditor der Rota beigegeben werde<sup>4)</sup>. Wahrscheinlich hatte Minuccio bereits solche Vollmachten, dass man in Innsbruck auf die Zustimmung des Papstes rechnete; denn bevor noch eine Rückantwort aus Rom zur Stelle sein konnte, entbot man eine namhafte Anzahl tirolischer und vorländischer Adeliger zur Begleitschaft des Cardinals Andreas gegen Cöln<sup>5)</sup>. Sporeno stiess mit seiner Werbung an der Curie nicht auf grossen Widerstand. Bei seiner ersten Audienz äusserte allerdings Gregor, er habe noch nicht im Sinne, einen eigenen Legaten abzuordnen; nach einem zweiten Anbringen jedoch legte der Papst schon die Frage dem Cardinalscollegium vor, und zwei Tage darauf konnte dem Erzherzog bereits mitgeteilt werden, dass sein Sohn die Würde erlangt habe. Zu seinen Begleitern designirte der Papst die Nuntien Johann Franz Bonomo, Bischof von Vercelli<sup>6)</sup>, und den Markgrafen Malaspina, ferner den Auditor Franz Oranus und einige römische Notare. Für den Fall der Dringlichkeit war noch Cardinal Ludwig Madruz als zweiter Legat ausersehen<sup>7)</sup>. Diese mit der Erhebung des

---

richtig gemeint, wenn Cardinal Andreas dem bairischen Herzog im Nov. 1578 versprach, seinen Sohn Ernst im kölnischen Wahlprocess in Rom zu unterstützen. Ferd. 135.

1) Ennen, Gesch. d. Stadt Köln V, p. 20. Gebhard zeigte sich dann wieder bereit, dem Andreas eine Stelle in Lüttich zu verschaffen. Lossen I, 727 f.

2) Ueber Minuccio s. Stieve IV, 126. Häberlin XIII, 14

3) Soweit ich nicht besonders citire, beruht das Erzählte auf den Akten in Schl. 447, 448. 4) Ferd. an Sporeno 23. Dez. 1582.

5) Paul v. Goldegg erklärt schon am 5. Jänner seine Bereitschaft.

6) Vgl. über Bonomo Guissano, Vita di s. Carlo p. 365.

7) Die Ernennung des Andreas berichten am gleichen Tage (10. Jän. 1583) Cardinal v. Como und Sporeno. Das päpstliche Breve vom 12. Jän. in Ferd. 330.

Andreas gleichzeitig erfolgenden Ernennungen lassen deutlich erkennen, dass man in Rom dem jungen Cardinal die wichtige Legation nicht so sehr um seinetwillen, sondern mit Rücksicht auf seinen Vater, den Erzherzog, verlieh, dessen kräftige Unterstützung bei den weitem Massregeln gegen den Apostaten in Cöln damit gewonnen werden sollte<sup>1)</sup>.

Indem man von Innsbruck aus des Andreas Legation betrieb, hatte man noch einen Hintergedanken. Mit Baiern rivalisirend wollte Ferdinand seinen Sohn zum Erzbistum befördern. Man wollte in Tirol die Sache möglichst vorsichtig angreifen. Ohne von der Candidatur des Andreas etwas merken zu lassen, musste Sporeno die Aussichten des Ernst von Baiern, welcher ausser Lüttich noch zwei Bistümer inne hatte, zu erschüttern suchen. Ferdinand liess dem Papst mitteilen, wie ihm von vertrauenswürdiger Seite zugekommen, dass Ernst ebenfalls auf kirchlichen Abfall sinne und darüber mit Wirtemberg correspondire, und dass er gleich Gebhard öffentlich das Gesetz des Cölibates verletze<sup>2)</sup>. Da man das eigentliche Motiv dieser Anklagen kennt, so klebt an ihnen der Makel gehässiger Angeberei, wenn auch Ferdinand vor dem Papst sich mit seinem Eifer für die Kirche entschuldigt, und wenn selbst einzelnes nicht ganz grundlos war<sup>3)</sup>. Von Baiern darüber interpellirt, hat übrigens der Erzherzog dieselben Vorwürfe gegen Ernst dem Herzog Wilhelm selbst ins Gesicht wiederholt.

Vor allem kam es darauf an, was Rom zu den angeführten Bemängelungen gegen den bairischen Prinzen sagen werde. Sporeno hat es kaum an starken Vorstellungen fehlen lassen und meinte

---

— Als Legationsgehalt wurden in Rom für Andreas 4000 Goldkronen angewiesen. Vgl. G. v. H. 1589 Fol. 107. — Die Reise kostete 12.000 G., wovon ein Viertel der Papst bezahlte. Die Kammer an Ferd. 29. März 1589. Ferd. 135.

<sup>1)</sup> Diese Absicht spricht Cardinal v. Como in dem Briefe vom 10. Jänn. nicht undeutlich aus. Andreas aber, setzt er bei, hat jetzt Gelegenheit „d'aquistarsi molta autorità et riputatione.“

<sup>2)</sup> Schrenk musste sich in Ferdinands Auftrag schon 1580 insgeheim erkundigen, wie sich Ernst bei seiner Reise durch Tirol erzeigt, was er für eine Kleidung getragen, wie er sich in Bozen und Brixen benommen, bei wem er sich hier aufgehalten habe. Schrenk an Ulrich Hohenhauser 7. April 1580, Schl. 65.

<sup>3)</sup> Bezold II, 48, 63. Dass Ernst es mit dem Cölibat nicht genau nahm, ist bekannt. Seine Neigung zum Abfall dürfte aber auf jene „Vorspiegelung“ bei Wirtemberg zurückzuführen sein, durch welche er vom dortigen Herzog ein Anlehen herauslockte (Stälin IV, 812). Was Ernst nach Stuttgart geschrieben, wurde von dort weiter erzählt: es genügte zur Verbreitung, dass Sprinzenstein davon hörte. S. Bezold II, 54 und Ernst's Protest *ibid.* p. 77.

damit auch bei Gregor Eindruck gemacht zu haben<sup>1)</sup>. Aber in Wirklichkeit wurde der Papst nicht sehr in Schrecken gesetzt. Man kenne wol, antwortete er, Ernsts Schwächen gegen die Frauen, aber von seiner Absicht eines Religionswechsels habe man auch nicht das Geringste vernommen. Die Schwere der Anschuldigungen hat dadurch wol nicht gewonnen, dass Sporeno in einem fort betonte, sie seien absolut geheim zu halten. So war das ganze Benehmen Gregors derartig, dass eben dieser Gesandte Ferdinands berichten musste, er halte den Zeitpunkt noch nicht für passend, um mit der Bewerbung des Andreas um Cöln offen hervorzurücken<sup>2)</sup>. In Rom hielt man denn an der Begünstigung des Lütticher Bischofs fest. Der Erzherzog zeigte daher grosse Lauigkeit hinsichtlich der Vorgänge in Cöln. Als Herzog Wilhelm auf die Rührigkeit von Pfalz hinwies, wogegen nun auch die Katholiken zum Beistande des Cölner Stadtrates etwas tun sollten, so hatte Ferdinand kein anderes Auskunftsmittel bereit als: man müsse hierüber zunächst den Kaiser befragen. Rudolf II. aber schien auch diese Dinge sehr gelassen hinzunehmen<sup>3)</sup>, und so fühlte sich Wilhelm am Beginne der Aktion völlig isolirt. Wir katholische, schreibt er verdriesslich, werden uns erzeigen wie allemal<sup>4)</sup>.

Am 2. Febr. 1583 hielt Gebhard förmliche Hochzeit mit Gräfin Agnes von Mansfeld. Zwei Wochen später (19. Febr.) trat Cardinal Andreas seine Reise nach Cöln an<sup>5)</sup>. Ihn umgab ein sehr stattliches Gefolge von 142 Personen, worunter der Hofadvocat Dr. Georg Roner, Nicolaus und Rudolf v. Pollweil, Franz v. Spaur als Hofmarschall, Andreas v. Vels als Oberstkämmerer, Georg und Caspar v. Wolkenstein u. a. Es fehlte auch nicht der unvermeidliche Freiherr von Sprinzenstein, welcher ohne alles Aufsehen dem Cardinallegaten vorausreisen

<sup>1)</sup> Sporeno schreibt, man kenne nun in Rom Ernst's „*obscena et turpia et religioni catholicae contraria*“. Bei ihrer Mitteilung „*Sua Stas ingemuit et obstupuit*“.

<sup>2)</sup> Des Andreas Aspirationen blieben nicht lange Geheimnis; Lippomano war bald dahintergekommen. Bezold II, 68.

<sup>3)</sup> Bezold, K. Rudolf u. die Liga, p. 16. — Man erinnere sich an die oben dargestellte Haltung Ferdinands zum Landsberger Verein.

<sup>4)</sup> Wilhelms Brief an J. Reinelt bei Hurter I, 646.

<sup>5)</sup> Den Inhalt der Legation des Andreas fasst Chyträus, Chron. Saxoniae (Leipziger Ausgabe) p. 777 in die Worte: *Summa legationis fuit, ut nomine Pontificis archiepiscopum dignitate ecclesiastica privaret et Capitulo alium eligendi potestatem faceret: quibus peractis, invocato brachio seculari Pontificiorum, vi novum electum introducant, confirment et defendant.*

sollte<sup>1)</sup>. Ob er sein Reiseziel erreicht hat, wird nirgends gesagt; ist aber mindestens sehr fraglich, wenn man den Misserfolg des Cardinals selbst sieht. Wie es bei der zahlreichen Begleitschaft nicht anders sein konnte, legte Andreas in Gesellschaft der päpstlichen Gesandten Bonomo und Malaspina den Weg nur langsam zurück.

<sup>1)</sup> Sprinzenstein verliess Innsbruck einige Tage vor dem Aufbruch des Andreas und begab sich nach Schwaben zu Christoph Truhsess, wo er dessen Bruder Karl, dem er persönlich befreundet war, zu treffen hoffte. Denn um seine Reise ohne Aufsehen zurücklegen zu können, wollte sich der Freiherr dem Karl Truhsess, dem Bruder und eifrigen Bundesgenossen Gebhards, als Begleiter antragen. Als Sprinzenstein den Karl Truhsess nicht mehr fand, wusste er dessen Bruder Christoph durch Vorstellungen von der Gefährlichkeit der Unternehmung Karls die Bitte zu entlocken, er (Sprinzenstein) möge demselben naheilen und ihm zur Seite stehen. Nach scheinbarer Weigerung versprach der Freiherr die Erfüllung des Ansuchens und hoffte so das Auffällige seiner Reise zu verdecken. (Dies ist der Schlüssel für das Unerklärliche der Reise, Bezold II, 55 Anm. 1.) Auf dieser Reise überbietet sich Sprinzenstein selbst an Vorschlägen und Conjekturen. Ich habe, schreibt er dem Erzherzog, dem Christoph Truhsess gesagt: „und wann ich des curfürsten in Cöln eigener bruder wär, wusst ich ihm nicht anders zu raten, allein wann er reverendo zu melden ihm ein niderländische potta (!) mehr als ein curfürst zu sein angelegen sein lassen will (das sag ich hieoben, aber unten zu Cöln wurd ich die schnauzen bass einziehen) und grosse gefährlichkeit zu überstehn, welche gefahr zu meiden und seiner liebsten kunftigen gemahel im frieden zu godiren, war für Ihr Kurf. Gnaden am besten, sie renuncirten das erzbistum und sahen, wie sie einem andern dazu verhalfen, damit sie ein guten faisten broken erschnappeten“. Christoph, so schreibt er weiter, gab mir recht und erklärte sich bereit, für Cardinal Andreas tätig zu sein und ihn bei E. F. D. selbst für Cöln in Vorschlag zu bringen. Auf diese Art gewinnt man den Schein, dass E. F. D. die Beförderung des Andreas nicht selbst wollen, sondern von andern hiezu aufgefordert werden, so kann man sich dann auch leichter gegen Baiern ausreden. Freilich wird es noch immer Schwierigkeiten geben, weil Andreas noch kein Canonicat in Cöln hat, weil auch andere Bewerber da sind, und wol auch „per conto della madre“ (wegen des Andreas Abstammung von Philippine, vgl. Lossen I, 730). Man könnte vielleicht in Rom und Madrid Geldhilfe bekommen. Wird aber Herzog Ernst Churfürst, so sollte man ihn bewegen, dem Cardinal Andreas Freising abzutreten, welches Stift seiner Lage wegen zu empfehlen ist. — Sprinzenstein hat noch einen Plan zur Hand: wenn Andreas Cöln nicht bekommt, so könnte man es mit dem Churfürsten von Mainz (Daniel Brendel) versuchen: der ist bei Jahren, der letzte seines Stammes und wäre vielleicht bereit zu resigniren, um heiraten zu können. Sprinzenstein an Ferd. Möskirch 15. Jänner 1583. Schl. 465. — Die Haltung der Truhsesses von Waldburg, welche österreichische Lehensleute waren, war verschieden. Während Karl die Partei Gebhards ergreift, erklären Christoph und sein Vetter Jakob dem Erzherzog ihre Misbilligung über den Schritt des Cölners. Christoph schrieb auch nach Innsbruck ganz in dem Sinne, wie Sprinzenstein avisirte. Auf diesen Brief, glaube ich, beruft sich der Erzherzog in seinem Schreiben an Baiern (Bezold II, 54). Ferd. 271.

Zu einer Zeit, da der kaiserliche Commissär, Jakob Kurz v. Senftenau, in Cöln seiner schon hart wartete, hielt er sich noch am Stuttgarter Hofe auf, wo ihn Herzog Ludwig zum Verdruss der Pfälzer aufstattlichste traktirte<sup>1)</sup>. Churfürst Ludwig von der Pfalz gewährte für die Weiterreise einen, freilich nur allgemein gehaltenen Passbrief, dagegen schlug Johann Casimir das Geleite durch sein Gebiet ab. Ja noch mehr! Als Andreas nach Speier kam, traf er in der Stadt bereits Casimirs Soldtruppen, und der Pfalzgraf verlangte selbst mit 50 Reitern Einlass. Dies gewährte zwar der Stadtrat nicht; aber den Cardinal liess er zu gleicher Zeit wissen, dass ihm seine Anwesenheit beschwerlich falle, und dass die Stadt nicht geneigt sei, sich für andere in Gefahr zu begeben. Der Magistrat verbot sogar, der Reisegesellschaft Waren zu verkaufen. Andreas verliess nach eintägigem Aufenhalt die ungastliche Stadt und setzte nach Rheinhäusen über, um auf churfürstlich pfälzischem Gebiete die Weiterreise nach Worms zu versuchen. Da brachte Rudolf v. Pollweil, der nach Heidelberg vorausgeschickt war, eine Erklärung des dortigen Churfürsten zurück, welche einer förmlichen Passverweigerung gleichkam. Pfälzisches Kriegsvolk stand bei Bruchsal und in Bretten, und Johann Casimir, welcher schon ein paar österreichische Dienstleute abgefangen, lauerte mit seinen Reitern abseits in einem Walde bei Odenheim; denn, dem Zuge des Cardinals folgend, hatte auch er das rechte Rheinufer betreten<sup>2)</sup>. Andreas fühlte sich bei solchen Wahrnehmungen wie in Feindesland und beschloss eiligen Rückzug. Als ob man jeden Augenblick den Ueberfall eines Gegners zu gewärtigen hätte, stellte Nicolaus von Pollweil das ritterliche Gefolge in „militärische Ordnung“ und „unabgesehen“ kam man am 10. März nach „dreizehnstündigem Ritt“ zurück nach Rastadt<sup>3)</sup>. Da gab es freilich keine Gefährdung mehr, in Bühel löste der Markgraf von Baden den Cardinal aus der Herberge, dasselbe tat in Ottenheim der Bischof von Strassburg; so kehrte man über Offenburg und Kenzingen nach Breisach zurück<sup>4)</sup>.

Der Erzherzog legte bezüglich des Vorgefallenen einen ziemlichen Gleichmut an den Tag<sup>5)</sup>. Er machte wol an Papst und

<sup>1)</sup> Bezold II, 75. Auch Wilhelm v. Hessen äusserte über Wirtembergs Gelei seinen Unwillen. Ennen V, 97. — Sattler V, 86 bringt die unglaubliche Notiz, der Landgraf von Hessen hätte einen Ueberfall des Erzherzogs besorgt.

<sup>2)</sup> Die verschiedenen Meinungen über J. Casimirs Absichten bei Bezold II, 90, 91, Anm. 1. 2; vgl. *ibid.* 93. <sup>3)</sup> Bezold II, 77, 83.

<sup>4)</sup> Die Angabe über des Cardinals Rückzug bei Isselt, *De Bello Colon.* p. 220, ist ungenau. <sup>5)</sup> Vgl. Bezold, *K. Rudolf u. die Liga* p. 17.

Kaiser Meldung, worauf letzterer dem kriegerischen Pfalzgrafen einen Verweis erteilte, den dieser sicherlich nicht sehr zu Herzen nahm. In Rom stellte Ferdinand die Frage, ob man den Durchzug nach Cöln etwa erzwingen sollte; die Kosten dafür müsste aber jedenfalls der Papst tragen. Seinem Sohne erteilte er die Weisung, in Breisach zu warten, keine Werbungen vorzunehmen und auch nicht die Reise durch Lothringen zu versuchen. Diesen letztern Weg schlug alsbald der päpstliche Nuntius Malaspina ein<sup>1)</sup>.

Unterdessen war in Innsbruck auch sonst über die Cölner Frage vielfach verhandelt worden. Anfangs März erschien bei Ferdinand Dr. Nadler, der Kanzler des Landsberger Bundes, und unterbreitete im Namen Baierns den Vorschlag, mit Rücksicht auf Cöln den Schirmverein zu erweitern als ein Gegengewicht wider den Zusammenhalt der evangelischen Fürsten<sup>2)</sup>. Doch sollte dabei nicht so sehr auf die geistlichen Churfürsten, welche „küel und kleinmüetig“, sondern auf Spanien gesehen werden, um es zu gewinnen. Vor allem aber wäre durch eine von Baiern, Tirol, Jülich, Mainz und Trier abgeordnete Gesandtschaft der Kaiser an die Aufrechthaltung des Religionsfriedens zu erinnern sowie an die grosse Gefahr für das Haus Oesterreich, wenn den Katholiken die Cölner Churstimme verloren gieng. Nadler verwies auch auf die offenkundigen Rüstungen in der Pfalz. Der Erzherzog zeigte gegen Baiern in dieser Angelegenheit noch dieselbe Kälte wie früher, die Furcht vor Johann Casimirs Werbungen bezeichnete er als unbegründet; dem Kaiser, bemerkte er wieder, dürfe man nicht vorgreifen. Nur ein nebensächliches Gesuch Wilhelms erfüllte der Erzherzog, indem er sich zu einer vermittelnden Aussöhnung zwischen Ernst von Lüttich und dem Strassburger Bischof bereit erklärte<sup>3)</sup>.

Aber im selben Augenblick, da Baierns Vorschlag abgelehnt wurde, gieng von Innsbruck an den Kaiser die Mahnung, Cölns wegen die katholischen Fürsten zu berufen und zugleich Anfrage zu halten, ob man im Fall eines Krieges auf die Unterstützung des

<sup>1)</sup> Malaspina trennte sich am 16. März von Andreas, um nach Cöln zu gehen. Nach Häberlin XIII, 267 wäre er schon Ende Jänner nach Cöln gekommen. Vgl. dagegen Häberlins spätere Angabe XIII, 278. <sup>2)</sup> Vgl. oben p. 145.

<sup>3)</sup> Zwischen beiden herrschte Feindschaft seit Gebhards Wahl, welche Johann v. Manderscheid als Domscholaster von Cöln gegen Ernst begünstigt hatte. Lossen I, 559. Manderscheid sagt in seiner Antwort an den Erzherzog, er könne sich keiner Feindschaft gegen Ernst entsinnen, doch nehme er gern die erzherzogliche Vermittlung an. A. H. 1583; Ferd. Stritt. Part. S. IV. Vgl. Bezold II, p. 149.

Papstes und der italienischen Fürsten rechnen könne<sup>1)</sup>. Als dann die ersten Nachrichten von der unterbrochenen Reise des Cardinals Andreas anlangten, wartete Ferdinand nicht erst auf die kaiserliche Antwort, sondern entbot den Erzherzog Karl, den Herzog Wilhelm, die Bischöfe von Salzburg und Passau zu einer Besprechung nach Innsbruck auf Misericordiae (24. April n. st.). Die Einladung wurde damit begründet, dass die Evangelischen sich bereits an den Kaiser gewendet und mit Rüstungen begonnen hätten; dem Stift Cöln müsse der Religionsfriede gesichert werden<sup>2)</sup>. Eine von Rudolf II. angeregte „gütliche Traktation“, wornach Gebhard aufs Stift verzichten und daraus eine Pension erhalten sollte, bezeichnete der Erzherzog als ganz unpassend. Die Gewährung einer Pension würde noch andere zum Abfall ermutigen; wolle man Gebhard eine solche verschaffen, so bestreite man sie aus den Gütern, welche der katholischen Kirche bisher genommen worden<sup>3)</sup>.

Die Berufung nach Innsbruck fand nicht die Billigung des Kaisers. Von den Eingeladenen versprach Salzburg die Beschickung, desgleichen Baiern; aber dieses mit dem Zusatz, es möchte durch die Innsbrucker Zusammenkunft wenig Erspriessliches erzielt werden, weil jetzt alles auf der Neuwahl des Capitels beruhe. Erzherzog Karl entschuldigte seine Abstinenz mit dem Mangel an katholischen Beamten und mit der Kürze der Zeit. Wenige Tage nach der zusagenden Erklärung schickte der Erzbischof von Salzburg eine zweite, welche so wie die bairische lautete und die Versammlung für bedenklich hielt. Diese Aeusserungen genügten — Ferdinand schrieb die Einladungen ab<sup>4)</sup>.

Statt dessen rückte nun Baiern mit einem ähnlichen Plane heraus. Auf dem nächsten Schirmvereinstage sollte auch Cöln zur Sprache kommen. Die tirolischen Gesandten Hochstetter und Rost bekamen jedoch die Weisung, bei Verhandlung über diesen Punkt nur zuzuhören, nicht aber zu votiren<sup>5)</sup>. Bereitwilliger zeigte sich

1) Ferd. an den Kaiser 7. März 1583. Vom gleichen Datum ist auch die Antwort an Nadler.

2) Die Einladung datirt vom 16. März. Am 15. März macht Ferdinand dem Kaiser davon Mitteilung und erklärt, die Protestanten seien nicht berechtigt, über eine Versammlung katholischer Fürsten sich zu beklagen.

3) Ferd. an den Kaiser 25. März 1583. Vgl. Ferdinands Brief an Wilhelm bei Bezold II, 91.

4) Ferd. an Salzburg 16. April; an Passau 21. April. Noch am 9. April hatte der Erzherzog dem Kaiser die Zusammenkunft als eine Notwendigkeit bezeichnet, nur müsse man den Termin verlängern.

5) Herzog Wilhelm suchte noch am 19. Mai 1583 den Erzherzog für die

Ferdinand, gemeinsam mit Baiern auf den Kaiser einzuwirken. Anfangs Mai ermunterte er allein Rudolf II. zur Entfaltung grösserer Energie. Einen gütlichen Vergleich mit Gebhard, schreibt er, kann es nach seiner Entsetzung durch den Papst nicht mehr geben, Verhandlungen zwischen den Fürsten beider Confessionen sind gleichfalls vergeblich, weil die Evangelischen Gebhard unterstützen. Die katholischen Fürsten müssen sich zusammentun; mit diesen und jenen Italiens muss der Kaiser gemeinsam vorgehen, wenn Gebhard nicht freiwillig resignirt. Fernere Nachgiebigkeit des Kaisers würde die Katholiken zwingen, „anderer orten schutz zu suchen“; daher möge Rudolf mit denselben in vertraulichere Correspondenz treten, als bisher<sup>1)</sup>. — Rudolf von Haslang lud im Namen Baierns Ferdinand zu gemeinschaftlicher Beschickung des Kaisers ein und erhielt schnell zusagende Antwort<sup>2)</sup>. So giengen im Mai zwei Gesandte, Christoph Vintler als tirolischer, der genannte Haslang als bairischer Vertreter zum Kaiser. Indem sie demselben die in Cöln drohende Gefahr, die päpstliche Privation Gebhards und die baldige Neuwahl vor Augen zu stellen hatten, mussten sie die Erwartung aussprechen, Rudolf werde dem neuen Erzbischof schnellstens die Regalien verleihen. Wenn dann der Neugewählte die kaiserliche Unterstützung anrufen wird, soll Rudolf ausser Alexander Farnese die Churfürsten von Mainz und Trier, den Herzog von Jülich und andere katholische Reichsfürsten zur Leistung einiger Römermonate aufmahnen und ihnen befehlen, mit Land und Leuten, „in guter gewahrsam zu sein.“ Er möge sich auch an den Papst wenden<sup>3)</sup> und durch diesen den

---

Verhandlung auf dem Vereinstag zu gewinnen, indem er versichert, es sei ihm nur um das allgemeine Beste zu tun „und gar nit von einiger eitler ehr oder E. L. damit fürzueilen, wie wir gleichwol, als wir verstehn, von E. L., auch dass wir dieser ursach willen den erzbischof von Salzburg von der Innsbrucker zusammenkunft abwendig gemacht haben sollen, verdacht werden wellen, daran uns doch allerding ungutlich beschicht, wie E. L. zu unserer zusammenkunft weiter vernehmen werden“.

<sup>1)</sup> Ferd. an Rudolf 1. Mai 1583.

<sup>2)</sup> In dem Dankschreiben (16. Mai) sagt Wilhelm, er habe gehört, man wolle in Cöln seinen Bruder Ernst wählen; er könne versichern, dass er dazu nicht geraten habe, denn die Zustände des Stiftes seien nicht darnach, dass sich ein Neuerwählter besonders darauf freuen dürfte. Andererseits sollte sich aber keiner, der dem Stifte nützen kann, aus Zaghaftigkeit oder Trägheit der Wahl entziehen; mit einem gewöhnlichen Grafen aber als Bischof wäre jetzt wenig geholfen.

<sup>3)</sup> Am 19. Mai lässt Ferdinand beim Papst anfragen, welcher Hilfe sich die deutschen Katholiken im Fall eines Angriffes durch die Protestanten bei Italien zu getrösten hätten.

französischen König von der Parteinahme für Gebhard abhalten lassen. Für diesen also zu begründenden Bund, welchem man auch den Beistand der italienischen Fürsten gewinnen soll, möge der Kaiser einen Obersten ernennen. Der Verein sollte jedem katholischen Reichsstande auf Anrufen „doch nur defensive“ zu Hilfe kommen<sup>1)</sup>.

Bei diesem Vereinigungsprojekte hoffte der Erzherzog wol insgeheim, die Hauptmannschaft übertragen zu erhalten. Denn Vintler hatte die Weisung, bei Abrede dieses Punktes zuerst auf Herzog Wilhelm, dann auf dessen Bruder Ferdinand zu deuten; im Falle aber der Kaiser den Erzherzog nennen würde, sollte der Gesandte erklären, er sei zwar nicht informirt, doch glaube er, dass sein Herr die Stelle annähme<sup>2)</sup>.

Die Legation des Cardinals Andreas nahm inzwischen ein rasches Ende. Er blieb durch einige Wochen in Breisach und wartete auf Weisungen aus Rom. Lauteten dieselben auf einen nochmaligen Versuch der Weiterreise, so wollte er in Verkleidung seinen Weg durch Lothringen nehmen. Der Papst, welcher am 1. April (n. st.) über Gebhard die Entsetzung verhängte und das Capitel zur Wahl aufforderte, bestand keineswegs auf der Durchführung der Legation; und so betrieb Ferdinand die Heimreise seines Sohnes, während Bonomo als Legat nach Cöln gieng. Andreas zögerte aber noch einige Zeit und fühlte es als schimpfliche Demütigung, ohne irgend eine Leistung abtreten zu müssen. Der Erzherzog bot seine ganze Ueberredungskraft auf, um ihm den Heimweg zu erleichtern. Er wies den Cardinal auf die nunmehr geänderte Situation hin: nun hätte er nicht mehr eine Untersuchung, wie ursprünglich ihm befohlen, zu pflegen, sondern die Privation zu verkünden und die Wahl anzuordnen, „welches Euer Liebden tuns nit wär.“ Würde Andreas jetzt noch nach Cöln gehen und nichts Fruchtbares ausrichten, „so möchten Ihr päpstl. Heiligkeit, weil sie solches E. L. nit befohlen, den darauf gelofnen unkosten nit erstatten lassen;“ überhaupt möchte die Rückkehr „zu ersparung mehrern unkostens mit fürderlichem beschehen.“ Ferdinand schilderte die grosse Gefahr von Seite Johann Casimirs, welcher offen gedroht, „es sei ein gast vom papst vorhanden, dem er fleissig auf die dienst warten lassen welle.“ Bei einer heimlichen Reise könnte kein Gesinde, ja nicht einmal das Legatenkreuz mitgenommen werden. Eine Einmischung des Cardinals in die Wahlsache erschien dem Erzherzog ganz besonders mislich,

1) Instruktion für Vintler und Haslang vom 12. Mai.

2) Ferd. an Vintler 11. Mai 1583.

es widerspräche den Concordaten Deutschlands sowie den Privilegien des Capitels und würde weder vom Kaiser noch von den Reichsfürsten zugelassen werden. „E. L. wurden damit nichts anders als des kaisers und aller besonders der geistlichen reichsständ allen unwillen auf sich laden, als ob E. L. die deutschen stift der freien wahl entsetzen wollten.“ Eine solche Ingerenz könnte nur zu Feindschaften führen, „denn wann E. L. des kaisers brudern (Mathias) favorisirn<sup>1)</sup>, so offendirn E. L. Baiern und umgekehrt, beide miteinander kann E. L. nit befürdern.“ Um den Cardinal zu trösten, führte ihm Ferdinand zu Gemüte, seine bisherige Legation sei doch „nit gar irrita, sintemal der Bischof Vercellensis anjezo zue Cöln zu verrichten, dasselb aus E. L. gehaiss und bevelch an irer statt beschiht.“ Keinesfalls dürfe Andreas, so schlossen die väterlichen Warnungen, auf irgend welche materielle Unterstützung von Innsbruck rechnen<sup>2)</sup>. Die Aeusserungen des Erzherzogs und des Papstes benahmen dem Cardinal jede Hoffnung; Ende April begab er sich nach Tirol.

Mit der besprochenen Instruktion versehen, giengen Vintler und Haslang an den Kaiserhof. Bevor sie noch ihre Sache vorbrachten, erklärte sich Rudolf mit einer Versammlung katholischer Fürsten einverstanden, nur dürfe die Anregung nicht von ihm ausgehen; er sehe übrigens ein, dass auch die „katholischen ihrer schanz wahrnehmen müssen“<sup>3)</sup>. Von Wien, wo der Kaiser weilte, gieng Vintler nach Laxenburg, den Erzherzog Karl um seine Mitwirkung anzusprechen. Karl äusserte sich über die Cölner Vorgänge ziemlich kleinlaut, doch gab er den beiden Gesandten auch seinen Vertreter Hans v. Kobenzl bei. Die anderen Erzherzoge, Mathias, Ernst und Maximilian, versprachen im Allgemeinen ihre Verwendung. Rudolf hatte damals wieder eine Periode, in welcher keine Audienz zu erlangen war; die Abgeordneten übergaben die Anträge daher dem Geheimrate Trautson. Anfangs Juni erfolgte die kaiserliche Rückäusserung. Sie lautete ähnlich wie Rudolfs frühere Erklärung. Die katholischen Fürsten, lässt Rudolf melden, mögen ohne seine Berufung sich versammeln; er ist auch, wenn es sein muss, geneigt, seine Gesandten zu einer solchen Versammlung zu schicken. Dagegen hält er Verbindungen mit dem Papst, mit Italien, Spanien und Frankreich für gefährlich,

<sup>1)</sup> Ueber die Rivalität des Mathias und Ernst bei Lüttich s. Lossen I, 736.

<sup>2)</sup> Ferd. an Andreas 22., 25. März, 1., 15. April. — Letzteres Schreiben als Regest bei Bezold II, 95.

<sup>3)</sup> Rudolf an Ferd. 10. Mai. Eben damals wurde der kaiserliche Gesandte Breuner zu Bonn internirt.

da über solche Allianzen schon früher „ein geschrei erschollen“<sup>1)</sup>. Doch will der Kaiser mit Rom und Frankreich über eine Unterstützung „in eventum“ durch seinen Orator handeln lassen. Die Ernennung eines „Generalobersten“ bezeichnete er als verfrüht und stellte sie einem Convente katholischer Fürsten anheim<sup>2)</sup>.

In der Ueberzeugung, dass ausser diesem Wenigen auch bei fernerm Anhalten von Rudolf nichts zu erlangen sei, verliess Vintler alsbald den Kaiserhof.

Herzog Wilhelm, welcher schon den „Vergriff ainer beharrlichen schirmsverain“ entworfen<sup>3)</sup>, aber gemäss den Eröffnungen Rudolfs von diesem nichts zu erwarten hatte, wollte seinem inzwischen zum Erzbischofe gewählten Bruder Ernst die Unterstützung Ferdinands verschaffen<sup>4)</sup>. Bei einem Besuche in Innsbruck und in einer sich daran knüpfenden eifrigen Correspondenz suchte Wilhelm des erzhertzoglichen Beistandes sich zu vergewissern. Aber in Innsbruck zeigte man sich sehr spröde. Auf Baierns Vorschlag, anlässlich des Cölner Krieges für den Landsberger Verein um neue Mitglieder zu werben, entgegnete Ferdinand mit dem Bemerk, es könne an neue Bundesangehörige um so weniger gedacht werden, als die alten sich unlustig erzeigen. In deutlich merkbarer Verstimmung setzte er bei, wie das alles anders wäre, wenn sich die geplante Innsbrucker Zusammenkunft verwirklicht hätte. Zu Innsbruck versprach Ferdinand dem Herzog eine Unterstützung für Ernst und stellte hierüber sogar einen schriftlichen Revers aus. Erst nach seiner Abreise bemerkte

1) Von solchen Verbindungen mit Italien waren in evangelischen Kreisen die übertriebensten Gerüchte in Umlauf. Bezold II, 116, 129. Ludwig von Württemberg erinnert unter Hinweisung auf angebliche Rüstungen und Traktationen in Rom, Genua, Florenz, Mantua und Venedig den Erzherzog an die Reichsconstitutionen. Er schrieb in diesem Sinne auch an Baiern. Ferdinand und Herzog Wilhelm antworteten, sie wüssten von den Rüstungen nichts, wol aber sei ihnen bekannt, dass die Protestanten Gebhard mit Gewalt schützen wollten. Ueber Ferdinands friedliche Stimmung s. Bezold II, 133 Anm. 2; dagegen das kriegsrische Bramarbasiren Pollweils *ibid.* 132.

2) Auf das Ansuchen, es möchte den Kreisen die Ablieferung der gegen die Türken bewilligten zweimonatlichen Hilfe an die „Confessionisten“ untersagt werden, gieng Rudolf auch nicht ein. 3) Bezold II, 129.

4) Wie die bairischen Herzoge Ferdinand einerseits zur Hilfe heranziehen wollten, andererseits seiner Gesinnung nicht trauten, zeigen schon die Akten bei Bezold II, p. 85, 92. Noch Ende Mai, da man allerdings vielleicht von der vollzogenen Wahl Ernst's in Innsbruck nicht berichtet war, liess Ferdinand unter seinen Hoffleuten inquiren nach dem Gerüchte, dass Ernst abfallen und ein Weib nehmen wolle. Man kam aber auf kein anderes Resultat, als dass „allerlei gemurmelt“ worden. A. H. 1583.

Wilhelm zu seinem Verdruss, dass die Verheissung an die misliche Bedingung gebunden war, „wenn Würzburg, Salzburg und Eichstädt die gleichen Beiträge lieferten“. Im Juli erklärte sich dann Ferdinand wol bereit, vier Römermonate zu zahlen; aber bis Ende des Jahres waren sie wenigstens noch nicht entrichtet<sup>1)</sup>.

Selbst für weniger bedeutende Anliegen fand Wilhelm am Innsbrucker Hofe nicht geneigtes Gehör. Sein Gesandter Max Wilhelm Schlöderer von Lachen sollte beim Erzherzog für Nicolaus v. Pollweil die Erlaubnis erwirken, dass er als Feldmarschall in bairischen Diensten sich am Kampfe um Cöln beteilige, und dann sollte auch ein bairisches Regiment in den Vorlanden geworben werden dürfen. Beides schlug Ferdinand ab<sup>2)</sup>. Nur in einem Punkte erklärte sich der Erzherzog mit dem Vortrag Schlöderers einverstanden, dass man nämlich einer gütlichen Traktation nicht aus dem Wege gehen sollte; doch müsse man vorher beiden Teilen, Ernst und Gebhard, gegenüber auf Niederlegung der Waffen bestehen<sup>3)</sup>.

Die Versuche zu „gütlicher Traktation“ und zur Einigung der katholischen Fürsten laufen nun durch einige Zeit neben einander her. Während der Herzog von Baiern eine Zusammenkunft (eventuell noch eine zweite „eine am Rhein und die ander hieoben“) seiner Religionsgenossen betrieb, obgleich er Mainz schon „sehr küel“ fand, beschloss der Kaiser, eine paritätische Fürstenversammlung zur Erzielung eines Waffenstillstandes nach Rothenburg a/T. zu berufen. In bitterer Klage, „wie so gar kein gebot oder verbot, kein reichsazung noch abschied, kein vermanung noch befelh bei den leuten stattfinden, wie der Truchsess und seine verwanten alle scham, pflicht, gehorsam und erbrigkeit genzlich hintangesezt und dasjenig, was sie ihnen einmal fürgenomen, gestraks mit der faust und gewalt hindurchzudringen entschlossen“, teilt Rudolf dem Erzherzog seine Absicht mit, zu deren Ausführung er von Sachsen und Brandenburg

<sup>1)</sup> Am 27. August mahnt Wilhelm an die Bezahlung. „Die päpstliche heiligkeit kann es künftig um E. L. geliebten sohn auf zutragende fällt hundertfältig vergleichen“. Ferdinand möge durch fernere Weigerung der Welt nicht zeigen, dass zwischen Tirol und Baiern „ein schlecht zusammensetzung“ herrscht. — Vom 4. Jänner 1584 datirt ein zweites Mahnschreiben.

<sup>2)</sup> Kurz nachher gestattete aber Ferdinand den zu Gunsten Ernst's geworbenen Truppen freien Durchzug durch die Vorlande, nachdem J. Casimir bereits denselben Weg benützt und Heinrich v. Stein ebenda pfälzische Werbungen betrieben hatte.

<sup>3)</sup> Ferdinands Bescheid für Schlöderer vom 24. Aug. — Gegen eine solche Passivität fällt dasjenige wol nicht sehr ins Gewicht, was gleichzeitig Lippomano vom Erzherzog gehört haben wollte. Bezold II, 157.

gedrängt werde. Neben den kaiserlichen Gesandten sollten sich auf dem Tage auch Vertreter der katholischen Fürsten: Trier, Mainz, Baiern und Tirol jenen der evangelischen: Sachsen, Brandenburg, Hessen und Pfalz-Neuburg beigesellen. Ein Zugeständnis, so konnte Rudolf melden, haben die Evangelischen schon gemacht, dass nämlich Gebhard nicht brauchte geladen zu werden, worauf sie früher immer bestanden. Ein Convent bloß katholischer Fürsten könnte deshalb noch immer gehalten werden<sup>1)</sup>. Man war bald einig, dass auf dem Rothenburger Tage die Katholiken auch unter sich Rücksprache pflegen, also beide Zwecke am gleichen Orte erreicht werden könnten. Diese Versammlung, ursprünglich schon auf den September in Aussicht genommen, musste verlegt werden, weil die fünf Churfürsten (Cöln und Böhmen waren nicht dabei)<sup>2)</sup> zu Frankfurt vorerst einen Vermittlungsversuch machen wollten. Wie manche schon vorausgesehen, verlief die Traktation ohne jedes Resultat und konnte wol als Vorzeichen für den Gang der Dinge in Rothenburg dienen. Ferdinand setzte auch in der That keine Hoffnung darauf; dennoch verkehrte man eifrig zwischen Prag und Innsbruck, um sich über die Modalitäten der Einberufung zu verständigen. Der Erzherzog wünschte Prag zum Orte des Conventes, aber der Kaiser hielt an Rothenburg fest. Ersterer widerrieth auch die Ladung Ludwigs von Pfalz-Neuburg, weil derselbe sowie Johann Casimir ein zu offener Parteigänger Gebhards sei; es möchte dafür Ludwig von Württemberg substituirt werden.<sup>3)</sup> Hinsichtlich Johann Casimirs änderte Ferdinand seinen Rat, als derselbe nach dem Tode seines Bruders Ludwig die vormundschaftliche Regierung von Churpfalz übernahm; der Kaiser soll, so lautete das erzherzogliche Gutachten, die Ausschliessung des Pfälzers sowol als auch des Herzogs von Baiern den übrigen versammelten Fürsten überlassen. Rudolf hat keinen von beiden berufen. Da Pfalz eben damals einen Convent für Fürsten und Städte nach Mühlhausen (in Thüringen) ausschrieb<sup>4)</sup>, welcher dann allerdings durch des Churfürsten Ludwig Tod und die ablehnende Haltung einzelner evangelischer Stände vereitelt wurde, erinnerte Ferdinand den Kaiser an ein früheres Projekt: im Hinblick auf den täglich wachsenden Ungehorsam liege die Notwendigkeit vor, dass

<sup>1)</sup> Rudolf an Ferd. 14. Aug. 1583. Noch dringender wünscht der Kaiser einen Katholikenconvent in seinem Briefe an Ferd. v. 28. Aug. — aber nicht mit kaiserlicher Einberufung.

<sup>2)</sup> Auch Pfalz trat bald zurück, weil in jenen Tagen Churfürst Ludwig starb.

<sup>3)</sup> Baiern hatte kurz vorher den Erzherzog ersucht, sich gegen Neuburgs Berufung auszusprechen. <sup>4)</sup> Bezold II, 154, 185.

kaiserliche Majestät mit dem Papst, Philipp II. und andern katholischen Fürsten sich zu einem Bunde vereinige; die Vertreter der Stadt Ulm, welche dem Convent zugestimmt, sollten „zu einem exempl“ an den Kaiserhof citirt, die andern Städte von der Beschickung abgemahnt werden<sup>1)</sup>.

Rudolf schrieb den Convent in Rothenburg zuerst auf den Sonntag Invocavit (27. Febr.), dann auf den 19. März aus. Wie gewöhnlich dauerte es auch vom zweiten Termin an noch einige Wochen, bis alle beisammen waren<sup>2)</sup>. Herzog Wilhelm, obwol nicht geladen, suchte die Zusammenkunft zu einer kräftigern Fühlung unter den katholischen Reichsständen zu benützen. Sein Rat und seine eifrige Zusprache galt besonders dem Erzherzog. Sonst, meinte Wilhelm, wird die Versammlung kaum viel Nutzen schaffen; aber jedenfalls soll sie zu einem vertraulichen Verkehr zwischen den katholischen Mitgliedern: Mainz, Trier und Tirol, gebraucht werden; vielleicht liesse sich hier doch auch Rudolfs Achtserklärung gegen Gebhard erwirken. Man brauche sich nur an die Ausschreibung des Mühlhausener Tages zu erinnern, um die Notwendigkeit einer gegenseitigen Rücksprache unter den katholischen Fürsten einzusehen, welche schon allzulange gefeiert hätten<sup>3)</sup>. Trotz seiner Ausschliessung war der Herzog gewillt einen Agenten in Rothenburg zu unterhalten, um über alles informirt zu werden. Zuerst bestimmte er dazu seinen Rat Adam Vötter, „welcher sich allda unvermerkt halten wird“. Da er denselben aber für eine zu bekannte Persönlichkeit hielt, schickte er den Dr. Leonhard Roth.

Die Instruktion für die tirolischen Gesandten Karl v. Zollern, Dr. Arzt und Dr. Hager enthielt drei Hauptpunkte: man soll in Cöln die Niederlegung der Waffen (von beiden Seiten) erlangen, die katholischen Verordneten sollen unter sich, ohne Aufsehen zu erregen, eifrig verkehren, bei Mainz wäre ein vorsichtiger Versuch zu wagen, ob es nicht für einen Bund der Katholiken mit Rom und Spanien wäre<sup>4)</sup>. Ferdinand theilte den Inhalt dieser Instruktion dem bairischen

1) Ferd. an Rudolf 10. Dez. 1583 (n. st.).

2) Am 23. März war noch kein Gesandter in Rothenburg; nur einzelne hatten erst Wohnung bestellt.      3) Wilhelm an Ferd. 16. Febr. 1584.

4) Bezold II, 193. — Den Antrag auf ein Bündnis mit Italien und Spanien wiederholte Ferdinand in einem Schreiben an den Kaiser, worin er seine Beunruhigung über die Sendung eines Agenten Heinrichs v. Navarra an die protestantischen Fürsten äussert. „Dann dieweil er (der Agent) allein zu denen der augsbургischen confession verwanten fürsten reist, ist wol abzunehmen, dass er nichts guts zu practiciren fürhaben muss“. Kann sich der Agent nicht als legaler

Herzog mit. Da erfolgte aber eine sehr scharfe, verurteilende Kritik derselben. Wenn Euer Liebden, so schreibt Wilhelm dem Erzherzog, beide Rivalen bei Strafe der Acht zur Ablegung der Waffen nötigen wollen, so geschieht ja damit nur das, was die Evangelischen schon früher vom Kaiser verlangt haben, um Ernst vom Stifte fern zu halten. Ein solcher Vorschlag wird dem Gebhard „ein sehr annehmlich und liebs mittel sein.“ Denn während eines langen Processes würde der Apostat Gelegenheit finden, die festen Orte des Stiftes zu besetzen und die Untertanen zu verführen. Ein Verlangen, wie es die Instruktion an Ernst stellt, sei weder mit dem schon erwirkten kaiserlichen Lehensindult noch mit dem Religionsfrieden vereinbarlich. Was sollte aus diesem Frieden werden, wenn man bei jedem apostasirenden Kirchenfürsten erst auf dem Wege des Processes entscheiden wollte, ob er noch im rechtmässigen Besitz sei oder nicht; was sollte mit der Churstimme geschehen, wenn Ernst vor dem Ende des Rechtsstreites nicht in das Wahlcollegium aufgenommen würde? Was E. L., so schliesst der Herzog, vorschlagen, ist mehr als die Protestanten selbst zu denken wagen. Ernst hätte erst dann die Waffen niederzulegen, wenn er das ganze Stift besitzt<sup>1)</sup>.

Ferdinand war schnell mit einer Erwiderung zur Hand: Wir sind nie anderer Meinung gewesen, als dass Gebhard vermöge des Religionsfriedens das Stift an Ernst abzutreten hat. Aber die Rothenburger Versammlung ist gar nicht berufen, um über die Rechte der Parteien zu entscheiden, sondern nur um zu beraten, wie man dem Krieg Einhalt tun kann. Vom Religionsfrieden soll also gar nicht gesprochen werden. Wenn man in Rothenburg direkt auf Restitution des Stiftes dringt, so handelt man wider die kaiserliche Proposition und gibt vielleicht Anlass, dass sich alles zerschlägt. Sind einmal die Waffen niedergelegt, dann soll jeder von beiden vor dem Kaiser sein Recht suchen. Waffenruhe halten bedeutet nicht, dass jeder im Besitz dessen bleibt, was er augenblicklich inne hat, „sondern dass die hauptsach beim kaiser ausgeführt werden soll.“ Dies widerspricht weder dem kaiserlichen Lehensindult, welchen Ernst besitzt, noch dem Wahlakt, noch der päpstlichen Privation. Ebensowenig kann es dem Religionsfrieden schaden, da er gar nicht genannt

---

Gesandten ausweisen, ist er aufzuheben (4. Apr.). Vgl. Bezold II, 205. Ein ähnliches Warnungsschreiben in Bezug auf Ségur richtet Ferdinand an den Kaiser unter dem 26. Mai.

<sup>1)</sup> Wilhelm an Ferdinand 23. März. Wilhelm legte seiner Kritik eine Abschrift vom Protokoll des Churfürstentages in Frankfurt bei, um seinen Vorwurf zu erhärten, dass man in Tirol mehr verlange als die Evangelischen.

wird. Würde letzteres geschehen, d. h. würde man ihn nennen, dann giengen wie auf dem Frankfurter Tage die Meinungen auseinander. Kommt es aber zur Disputation über den Frieden, so sollte man gefasst sein, „den rechten verstand und lautern buchstaben des religionsfriedens handzuhaben, dazu man, wie E. L. wissen, im wenigsten nit befasst ist“. Uebrigens wollen wir unseren Gesandten die Vorstellungen von Euer Liebden übermitteln und sie für die Restitution wirken lassen, aber stets nur ohne Nennung des Religionsfriedens; weiss man andere Mittel zum Waffenstillstande, so sind uns dieselben genehm.

Mit unveränderter Instruktion schickte der Erzherzog seine Vertreter nach Rothenburg, wo endlich bis zum 18. April alle Abgeordneten eingetroffen waren. Die kaiserliche Proposition verlangte den Rat der Versammelten über die Mittel, wie die „Kriegsrüstung“ in Cöln abgetan, der Religionsfriede aufrechterhalten und den Unruhstiftern entgegengetreten werden könnte<sup>1)</sup>. Man kam über den ersten Punkt nicht hinaus; nach jeder Sitzung mussten den kaiserlichen Gesandten — diese nahmen an den Sitzungen nicht Teil — „disparia vota“ referirt werden. Die Katholiken verlangten, dass Gebhard zur Räumung des Stiftes verhalten werde; die Protestanten empfahlen hingegen gütliche Mittel, um den Truhsess zum „Abstand“ zu bewegen. Schon an dieser Tatsache bemerken wir, dass die Gesandten Ferdinands sich nicht an ihre ursprüngliche Instruktion gehalten haben. Ohne hiezu ausdrücklich autorisirt zu sein, stimmten sie mit den geistlichen Churfürsten. Sie entschuldigen sich vor dem Erzherzog damit, dass sie doch nicht hätten „singulare“ dastehen und damit den Protestanten die Majorität verschaffen wollen. Ein zweites Mal verteidigen sie in Innsbruck ihr Votum mit dem Hinweise auf die Vorwürfe, welche sich gegen ihren Herrn von Seite der Katholiken erheben würden, wenn sie sich von den Religionsfreunden zu Rothenburg absonderten. Insofern sei aber, deducirten sie, ihre Haltung doch auch der Instruktion gemäss, weil in derselben die Unverletzlichkeit des Augsburger Religionsfriedens betont sei<sup>2)</sup>. Ferdinand billigte ihre Haltung und befahl ihnen nachgehends, sich keinesfalls von Trier und Mainz zu trennen; aber er fand es noch immer bedauerlich, dass man den Religionsfrieden zur Sprache

1) Bezold II, 203. Ausser den kaiserlichen Gesandten waren in Rothenburg noch die von Mainz, Trier, Tirol, Sachsen, Brandenburg und Wirtemberg.

2) In anderem Sinne handelten wieder die sächsischen Gesandten nicht nach dem Willen ihres Herrn. Bezold II, 209.

gebracht. Nebstbei ward auf die Annäherung der Katholiken unter sich nicht vergessen. Wegen Errichtung eines neuen Vereines fragten sich die tirolischen Gesandten bei Trier an und fanden da freundliches Entgegenkommen. Die Vertreter von Mainz beriefen sich auf den Mangel an Gewalt und wollten erst nach Hause schreiben; die Kaiserlichen sprachen für Aufschub, bis man sähe, wie die allgemeinen Verhandlungen in Rothenburg ausgingen.

Die Osterfeier unterbrach auf einige Wochen die Verhandlungen<sup>1)</sup>. Als man wieder zusammenkam, beharrten beide Religionsparteien bei den frühern Voten in Bezug auf Cöln, welche denn auch den kaiserlichen Commissären übergeben wurden. Hinsichtlich einer Unirung der Katholiken wurde gleichfalls wieder unter Beiziehung des bairischen Agenten traktirt. Trier wiederholte seine Zustimmung und erntete dafür den Dank der tirolischen Gesandten; Mainz erhob zwar keine principiellen Bedenken, betonte aber die gefährliche Stimmung, welche ein katholischer Bund im evangelischen Lager hervorrufen dürfte, und sprach für Vertagung auf den Zeitpunkt, wenn der Kaiser seinen Spruch im Cölner Streite gefällt hätte<sup>2)</sup>.

Bis zum Eintreffen der kaiserlichen Antwort wurden die Conferenzen abermals sistirt und erst im Juli wieder aufgenommen. Rudolf liess den Versammelten melden, er bedaure, dass sich die Fürsten nicht einigen können; denn nach seiner Meinung wäre das um so leichter, weil schon der Churfürstentag in Frankfurt einstimmig Gebhards Abdankung geraten hat. Indem der Kaiser noch nicht alle Hoffnung aufgibt, ermahnt er zur Eintracht auf Grundlage jener Frankfurter Verhandlungen und ersucht, man möge doch „nit in extremis verharren und die affectus auf ein ort setzen“.

Des Kaisers Worte machten keinerlei Eindruck. Die Protestanten, so melden die tirolischen Gesandten, erkannten zwar den Religionsfrieden „in der generalität“ an, aber sie „limitiren“ ihn nach ihrem Gutdünken. Die geistlichen Churfürsten wollten schon deshalb nicht weiter nachgeben, weil es sie verdross, dass die Gegner in die Beratung des zweiten und dritten Punktes der kaiserlichen Proposition gar nicht eingiengen.

Auch mit dem Versuche zu einer katholischen Unirung wollte es nicht vorwärts gehen. Mainz, welches von jeher zögerte, brachte neue Gründe gegen den Abschluss eines Bundes. Erzbischof Wolf-

1) D. h. die Ostern der Protestanten nach altem Kalender.

2) Die Verhandlungen über den Unionsversuch fanden im Hause des kaiserlichen Verordneten Dr. Andreas Gail unter dessen Vorsitz statt.

gang war im Juni persönlich mit August von Sachsen zusammengetroffen<sup>1)</sup> und hatte dessen misbilligendes Urteil über evangelische Versammlungen und Unionsbestrebungen vernommen. Zugleich sprach man beim Tode Alençons von der Geneigtheit Heinrichs von Navarra, katholisch zu werden, wornach seine Conföderationsversuche bei den deutschen Protestanten minder eifrig betrieben würden. Aus diesen beiden Gründen, so proponirte Mainz, müsse man mit den ferneren Beratungen innehalten und zuwarten. Trier schlug vor, es sollten sich zuerst einmal (bis 8. Sept.) alle drei geistlichen Churfürsten versammeln und das Resultat ihrer Besprechung an Baiern und Tirol mitteilen. Mainz und Trier zusammen hoben auch noch den Umstand hervor, dass für die kölnische Angelegenheit noch nie der gefährlichste Zeitpunkt gekommen sei, indem dieselbe noch immer unerledigt beim Kaiser liege. Nun gab sich allerdings der Herzog von Baiern alle Mühe, um die Einigungssache mehr in Fluss zu bringen, aber die katholischen Verordneten in Rothenburg blieben beim Antrage, welchen Trier gestellt. Was manche, und darunter auch der Erzherzog, gehant hatten, war schliesslich eingetreten: unverrichteter Dinge und ohne jeglichen Erfolg gieng der Convent nach monatelangem Verhandeln auseinander.

In denselben Tagen notificirte Ferdinand, wie schon berichtet, seinen Austritt aus dem Landsberger Schirmverein.

Von nun an hat der Erzherzog sich vom Cölner Streite gänzlich fern gehalten. Seine Rivalität gegen Baiern liess ihn fast vergessen, dass der Sieg des bairischen Prinzen über Gebhard einen wichtigen Erfolg des Katholicismus bedeute. Nicht blos gleichgültig, sondern mit hämischerem Blicke verfolgte man in Innsbruck die Fortschritte Baierns im Cölner Stifte. Es klingt wie Befriedigung, wenn Sporeno aus Rom meldet, der Augsburger Domherr Hieronymus Stor habe für Churfürst Ernst vom Papst auch nicht einen Obolus erlangen können<sup>2)</sup>. 1585 erschien am erzherzoglichen Hofe der Trierer Kanzler Dr. Wimpfeling und bat Namens der geistlichen Churfürsten für Ernst um eine Contribution von zwölf Römermonaten zur Fortsetzung des Kampfes. Ferdinand nahm ihn höflich auf, gab ihm jedoch einen unbedingt verneinenden Bescheid, welchen er dem Herzog Wilhelm gegenüber mit der Notlage der schwer heimgesuchten Vorlande ent-

<sup>1)</sup> Stieve, Verhandl. über die Nachfolge p. 6; Bezold II, p. 218.

<sup>2)</sup> Sporeno an Ferdinand 12. Mai 1584, 19. Juli 1586. Ferd. 83. — Wenn Ferdinand den Herzog Ernst durch Nicolaus v. Welsberg 1584 in Werdenfels begrüessen und zu einem Besuche in Innsbruck einladen lässt, so ist das wol nur als ein Akt äusserlicher Courtoisie anzusehen.

schuldigte<sup>1)</sup>. Erregte doch auch die militärische Unterstützung Spaniens, mit dessen Hilfe Ernst allmählig das Stiftsland in Besitz nahm, des Erzherzogs „Befremden“, so dass er durch Juan Manriquez de Lara sich bei Alexander v. Parma über „beistand, hilf und er“ beklagte, welche derselbe dem bairischen Prinzen erzeige<sup>2)</sup>. Ernst's ungeistliches Leben und Pfründensucht hat übrigens auch seinem Bruder, Herzog Wilhelm, zeitweilig die Gewährung kostspieliger Hilfeleistungen verleidet<sup>3)</sup>.

Andererseits blieb doch auch das unsägliche Kriegselend, welches der wilde Feldhauptmann Martin Schenk über kölnisches Gebiet, namentlich über die Gegend von Bonn, mit seinen holländischen Soldknechten brachte, in Innsbruck nicht unbeachtet. Ludwig von Württemberg machte bei Ferdinand die Anregung, ob sich in Hinblick auf Schenks wüstes Treiben nicht einige Fürsten „in die händel schlagen und beide parteien in güte vergleichen sollen“. Wilhelm von Baiern redete dem Erzherzog zu, er möge mit Mainz und Trier die kaiserliche Aechtung des Bandenführers betreiben. Letzteres fand Ferdinand bedenklich; hingegen ersuchte er den Churfürsten von Mainz, dass er beim Herzog von Jülich Schritte tue, damit Schenk nicht ein zweites Mal freien Pass durch Jülicher Land erhalte<sup>4)</sup>.

Nach jener verunglückten Legation liess man den Gedanken, den Cardinal Andreas nach Cöln zu bringen, doch nicht ganz fallen. Mit der Erhebung Ernst's war die Absetzung der protestantischen Domherren verbunden. Auch der Dompropst Georg von Wittgenstein musste auf die Propstei s. Gereon verzichten. Der Papst verlieh dieselbe trotz bairischen Widerstandes dem Cardinal von Oesterreich<sup>5)</sup>. Als dieser aber die „Possess“ übernehmen wollte, sah er sich durch den Chorbischof Johann Friedrich von Sachsen daran gehindert. Der Erzherzog rief sogleich den Kaiser an, welcher wol auch seine schrift-

1) Ferdinand fragte sich wegen der Contribution beim Kaiser und bei Erzherzog Karl an. Rudolf hatte dagegen nichts einzuwenden, „ob gleichwol diese contribution etwas fremder weis auf den romzug gerichtet und mit der reichshilf nichts zu tun hat“. Karl meinte dagegen: Wimpfeling mag kommen, wann er will, so werden wir ihm nichts geben, weil wir selbst zu wenig Mittel besitzen, um uns gegen die Türken zu sichern, „nit dass wir noch an fremde ort contribuiren“. Vgl. Bezold II, 279, 286.

2) Stieve, Briefe u. Akt. IV, 443. Das Jahr vorher (1589) richtete Ferdinand an den Kaiser ein Schreiben, worin er bat, für Cölns Befreiung von spanischen und niederländischen Truppen zu sorgen. A. H. 1589. Ein diesbezüglicher Brief des Pfalzgrafen Georg Hans an Ferdinand vom 30. Juli 1586 in Schl. 65.

3) Stieve IV, 332. 4) A. H. 1588.

5) Sprinzensteins Aeusserung bei Bezold II, 260; Ennen, Gesch. der Stadt Köln V, 111.

liche Intervention zusagte, aber mit dem Beisatze, dieselbe werde in diesem Falle kaum etwas erzielen<sup>1)</sup>.

Abgesehen von den Ambitionen des Erzherzogssohnes interessirte die Cölner Angelegenheit in Innsbruck auch aus dem Grunde, weil in dieselbe die Truhssessen von Waldburg, österreichische Lehensleute, verwickelt waren. Gleich zu Beginn des Streites war Karl Truhsess seinem Bruder Gebhard zu Hilfe geeilt und hatte dadurch Ferdinands Unwillen erweckt<sup>2)</sup>. Der Erzherzog betrieb am Kaiserhofe seine Aechtung und gab die Weisung, ihn zu arrestiren, wenn er die Vorlande wieder beträte<sup>3)</sup>. Dazu kam es allerdings nicht, denn Karl geriet bei der ersten Einnahme von Bonn in die Gefangenschaft Ernst's. Aus derselben entlassen, bekam er bald mit dem Erzherzog neue Händel, in Folge deren ein abermaliger Haftbefehl gegen ihn ausgieng und seine Renten zu Riedlingen und Mundrichingen mit Beschlag belegt wurden. Der Haft entzog sich Karl dadurch, dass er seine Wohnung in der Stadt Strassburg nahm, wo er am 29. Juni 1593 starb. Dagegen hat Christoph Truhsess das Unterfangen seiner Brüder Gebhard und Karl stets aufs entschiedenste verurteilt. Es wurde bereits erwähnt, wie er sich über Gebhard äusserte. Als Karl später Lust zeigte, sich in die Strassburger Stiftshändel zu mischen, riet ihm Christoph dringend ab und führte ihm zu Gemüte, welchen Schaden schon der Cölner Krieg ihrem Hause gebracht.

Im Jahre 1593 bekam Christoph mit Gebhard einen Erbschaftsstreit über die Hinterlassenschaft Karls und gab seiner Erbitterung gegen den abgefallenen und depossedirten Churfürsten in Schreiben an Ferdinand unverholenen Ausdruck<sup>4)</sup>. Er beklagt, dass Gebhard also „degenerirt und calvinisch“ geworden und noch zwei seiner Brüder (Karl und Ferdinand) verführt, sein Fall werde den künftigen Sprossen

1) Rudolf an Ferdinand 7. Juni 1584. Or. Ferd. 135. Vgl. unten das Capitel „Die Söhne“.

2) Karls Aeusserung bei Bezold II, 99. Schon vorher gab es zwischen dem Erzherzog und Karl Truhsess Zerwürfnisse. G. v. H. 1581 Fol. 351. Bezold I, 435; II, 24.

3) Ferdinand an Trautson 30. Okt. 1583: Ferdinand an Zimmern 1. November 1583. — Auch auf Ernst's (resp. Spaniens) Seite kämpften manche erzherzogliche Dienstleute: Manriquez de Lara, Ferdinand Ursinus, Hieronymus Guarient und andere.

4) A. H. 1591: Ferd. Stritt. Part. W. II. Nach Karls Tod nahm Gebhard sogleich dessen Besitz Trauchburg ein. Bald erschien Christoph in Begleitung des später so berühmten Philipp Lang, welcher damals erzherzoglicher Burgpfleger in Innsbruck und gerade auf einer Dienstreise zum Cardinal Andreas nach Mörsburg begriffen war, vor dem Schlosse. Lang gab sich da unberechtigter

des Hauses zur Warnung sein; ein Glück sei es noch, dass Gebhard keine männlichen Leibeserben habe, und so „dieses unkraut aus dem truhsessischen geschlecht ausgereit wird“. Christoph hat auch in der Tat allein die schwäbische Linie der Waldburg fortgepflanzt.

Der Kampf um die „Freistellung“ — das war das Losungswort der evangelischen Religionspartei — hatte in Cöln begonnen; im Stifte Strassburg ward er fortgesetzt. Der Unterschied zwischen beiden Fällen bestand zunächst darin, dass in Cöln ein apostasirender Kirchenfürst, in Strassburg dagegen die protestantischen Capitulare den Anstoss zum Streite gaben. Noch bei Lebzeiten des Bischofs Erasmus wurde in katholischen Kreisen die Befürchtung laut, es möchte nach seinem Tode ein Lutheraner als Nachfolger gewählt werden. Pius V. sandte im Jänner 1568 dem Erzherzog den geweihten Degen und machte ihn durch seinen Nuntius auf diese Gefahr in Strassburg aufmerksam. In Ferdinands Auftrag gieng nun Nicolaus von Pollweil an den bischöflichen Hof in Zabern und riet dem Bischof, bei Lebzeiten einen Coadjutor anzunehmen. Erasmus war für diesen Plan nicht zu gewinnen, er berief sich auf die Satzungen des tridentinischen Concils und auf voraussichtlichen Widerstand des Papstes. Der bischöfliche Hofmeister äusserte sich gegen Pollweil: wenn jetzt gewählt würde, möchte wahrscheinlich ein Protestant die Mehrheit der Stimmen erhalten<sup>1)</sup>. Bei dem noch im gleichen Jahre erfolgenden Tode des Erasmus redete daher Ferdinand seinem kaiserlichen Bruder zu, allen Einfluss aufzubieten, damit ein Katholik als Bischof folge<sup>2)</sup>. Dieser Wunsch des Erzherzogs und gewiss aller Katholiken erfüllte sich. Trotz der Bemühungen des Strassburger Stadtrates, trotz der grossen Anzahl der protestantischen Stiftscapitulare gieng der eifrig katholische Domherr von Cöln, Johann von Manderscheid, aus der Wahl als Bischof hervor<sup>3)</sup>.

Als Bischof Bonomo 1583 nach Cöln kam, sprach er nicht blos über Gebhard, sondern auch über die demselben anhängenden Capitulare den Bann. Nun waren aber ausser Gebhard drei seiner Anhänger auch Domherren von Strassburg und alle vier wurden als

Weise für einen Commissär des Erzherzogs aus, drohte den Leuten Gebhards mit einem förmlichen Aufgebote aus den benachbarten österreichischen Distrikten und spielte dadurch dem Christoph Truhsess die Burg in die Hände.

<sup>1)</sup> Pollweil an Ferdinand 14. Mai 1568. Ferd. 74.

<sup>2)</sup> A. D. 1568 Fol. 649; Ferd. 432 $\frac{1}{3}$ .

<sup>3)</sup> Heinr. Müller, Die Restauration d. Kathol. in Strassburg p. 6.

Excommunicirte durch die katholischen Stiftsherren (auch ein protestantischer schloss sich an) vom Capitel ausgeschlossen und ihrer Präbenden verlustig erklärt; an Stelle Gebhards wurde der Cölner Chorbischof aufgenommen. Daraufhin nahmen zwei der entsetzten Capitulare gewaltsam den Bruderhof zu Strassburg in Besitz<sup>1)</sup>. Während der Stadtrat die Partei der Gebannten ergriff, wandte sich Johann von Manderscheid an die Landesfürsten von Tirol und Baiern. Hans v. Kippenheim trug in seinem Namen die Angelegenheit dem Erzherzog vor und wies auf die Gefahr, wie durch diese Unruhe Strassburg vielleicht sogar dem Reiche entzogen werden könnte. Ferdinand billigte nicht des Bischofs Absicht, die katholischen Stände allein zu befragen, sondern riet ihm, sich an die Churfürsten und an die Stände seines Kreises zu wenden, weil es sich um „den allgemeinen und profanfrieden“ handle. Er selbst wollte mit der Sache nichts zu tun haben und hoffte, das Feuer möchte noch im Entstehen gelöscht werden<sup>2)</sup>. Zugleich wies er den Bischof an Kaiser und Papst.

Im Kreise der erzherzoglichen Räte, wo noch weiterhin über die „bruderhöffischen Händel“ gesprochen wurde, war man geteilter Meinung. Nach dem Rate der vorländischen Regierung und der Kammer sollte der Kaiser die Churfürsten von Mainz und Sachsen zu Commissären ernennen und durch sie Untersuchung pflegen lassen<sup>3)</sup>. Dem entgegen wandte die Regierung in Innsbruck ein: was mit Commissionen ausgerichtet wird, das habe man schon in Cöln sehen können; bei Strassburg liege die Sache ganz einfach. Die Domherren seien wegen „ihres geübten kölnischen unwesens“ ihrer Beneficien und Dignitäten entsetzt und im kirchlichen Bann, ein kaiserliches Mandat habe sie schon aufgefordert zur Rückgabe dessen, was sie in Strassburg sich unrechtmässig angeeignet: was brauche es da noch Commissarien? Ebenso wenig passend erschien der aus Ensisheim einlangende Vorschlag, Strassburgs wegen mit den Eidgenossen eigens zu correspondiren, weil man dadurch den Schein auf sich lade, als wollte man sich „des handels und zanks“ annehmen. Ferdinand theilte zuerst dem Kaiser das Gutachten der Kammer mit, einen Monat später riet er direkt von der Einsetzung der Commission ab<sup>4)</sup>.

1) Müller p. 12 f. Recht klar und objektiv werden hier auch die rechtlichen Seiten des Streites behandelt.

2) Ferd. 342—344. Wenn ich nicht speciell citire, beruht die Darstellung auf den Akten dieser Fascikel. — A. Mem. IX, 16; A. D. 1584 Fol. 719.

3) E. u. B. 1584 Fol. 501.

4) Ferdinand an Rudolf 22. Nov. und 23. Dez. 1584. — Auf dem Landtag in Schlettstadt sprachen sich die elsässischen Stände für die genannte Commission

Zu einer Zeit, da so tiefgehendes Misstrauen allseitig herrschte, genügten schon diese Vorfälle in Strassburg, um die Besorgnisse vor den Gegnern wesentlich zu steigern. Pfalzgraf Georg Hans, bekannt als Lutheraner und als Gegner des Bischofs von Strassburg, trug sich damals mit dem Gedanken, „übers gebirg“ (über die nördlichen Vogesen) eine Strasse zu legen. Sie sollte, wie er versicherte, „dem commerze“ dienen; aber die Räte Ferdinands hielten dafür, sie sei nur für eine Invasion zu Gunsten der protestantischen Stiftsherren bestimmt, und waren entschlossen, den Wegbau auf alle Weise zu hindern<sup>1)</sup>. Aengstlich war der Erzherzog bemüht, seine Neutralität zu wahren. Selbst die Berufung Pollweils in die kaiserliche Commission, welche auf Betreiben des Bischofs eingesetzt wurde, wollte Ferdinand lange nicht zulassen, damit es nicht scheine, als nähme er für einen der streitenden Teile Partei<sup>2)</sup>. Zur gleichen Zeit erkoren die katholischen Domherren den vorländischen Kammerrat Hans Betz zu ihrem Anwalt; aber der Erzherzog verbot seinem Beamten die Annahme, „weil wir uns selbst dieser handlung unzher nit angenommen“<sup>3)</sup>.

Jene kaiserliche Commission hatte bei den vom Magistrat unterstützten protestantischen Capitularen keinen Gehorsam finden können<sup>4)</sup>. Dies vermehrte die Sorge und Misstimmung in Innsbruck. „Wan der affekt der religion“, äusserten die Regenten, „die leut nit dermassen verblindet und hinterhielt, so wurde nit allein die stadt Strassburg, besonders meniglich einer so öffentlichen ergerlichen unbilligkeit und gewaltsame zu steuern geneigt sein.“ In der den Commissarien übergebenen Antwort der ungehorsamen Stiftsherren fand man „die sach der vier

---

aus, und Ferdinands Gesandte, obgleich nur „ad audiendum“ geschickt, stimmten ihnen zu. Sie und die Regierung in Ensisheim wurden darob von Ferdinand getadelt; letzterer entschuldigte sich auch wegen dieser Haltung seiner Verordneten bei Baiern. 24. Dez. 1584. — A. D. 1584 Fol. 812. — Als Ferdinand in diesem Jahre seine oben besprochene Reise zur Verleihung des Vliessordens an den Kaiser antrat, bat ihn der Papst, auch wegen Strassburg mit Rudolf zu sprechen. G. A. II, 1. 27. Okt. 1584.

1) A. D. 1585 Fol. 24, 183; E. u. B. 1585 Fol. 8; A. D. 1586 Fol. 673. Ueber die commerciellen Projekte dieses Pfalzgrafen s. Bezold II, 407.

2) A. D. 1585 Fol. 383, 577.

3) Bescheid Ferdinands vom 10. Sept. 1585. — Dieselbe ängstliche Vorsicht tritt im Beschluss zu Tage, den Kaiser auf die Einigungsverhandlungen der Stadt Strassburg mit den protestantischen Eidgenossen aufmerksam zu machen, woran man aber die Bitte fügte, der Kaiser möge, wenn er dagegen etwas tue, ja nicht den Namen des Erzherzogs nennen. A. D. 1585 Fol. 882. Vgl. Bezold II, p. 279.

4) H. Müller l. c. 28.

(prot.) capitularen mit so vergiften farben und verschlagnen argumenten ausgeführt, dass es sonderlich den gemeinen mann einnimmt. "Eigentlich wäre nach dem Rate der Regierung der kommende Deputationstag in Worms zur Abhilfe berufen, doch wäre auch hier nichts zu erwarten, „weil die religion in dieser handlung so vielfältig mit eingeführt worden und man gleich als zu einem deckmantel hieraus ein religionssachen machen tut“. Man sollte an ihnen (den prot. Capitularen) eigentlich „exempla statuiren, da mangelt es aber gleichfalls leider auch nur zuviel“. In Innsbruck kam man so zum Beschlusse, dem Kaiser die Aechtung der Domherren zu empfehlen, nicht aber die der Stadt. Letztere würde doch in einige Verlegenheit geraten, wenn sie sich dann „erklärter aechter“ noch annehmen wollte. Bei der Achtserklärung soll jedoch der Religion gänzlich geschwiegen werden „und also (soll man) diesem werk ein andern rock anziehen und sein recht thema und namen geben und dasselb mehr auf die tätlichkeit und den landfrieden richten“. Man gedachte in Innsbruck neuerdings der Gefahr für die Vorlande, weil der Bischof, wenn vom Kaiser verlassen, bei Frankreich Hilfe suchen dürfte und „weder Lotringen noch dem Guisa zu trauen“<sup>1)</sup>.

Denselben Gedanken, die kaiserliche Acht zu erwirken, regte gleichzeitig Herzog Wilhelm von Baiern bei Ferdinand an, und beide wirkten dann auch im gleichen Sinne bei Rudolf<sup>2)</sup>. Um den unentschlossenen Kaiser zu einem kräftigern Auftreten zu vermögen, ersuchten sie die geistlichen Churfürsten<sup>3)</sup> zu einer gemeinsamen Gesandtschaft nach Prag und erhielten auch bereits deren Zusage. Indessen erschien ein kaiserliches Mandat, welches die Räumung des Bruderhofes befahl und die vier Capitulare binnen vier Monaten citirte; der Bruder des Bischofs, der Dompropst von Trier, begab sich nach Prag, um hier die Sache der katholischen Strassburger Stiftsherren zu vertreten. Diese beiden Tatsachen genügten den geistlichen Churfürsten zur Zurücknahme ihrer frühern Zusage, sie erklärten die bei ihnen nachgesuchte Verwendung für unnötig. Sie blieben bei dieser Ablehnung auch dann noch, als mehrere evangelische Stände zu Gunsten der Bruderhöfischen beim Kaiser inter-

1) A. D. 1586 Fol. 166.

2) Ferd. an Rudolf 11. Apr. 1586. Vgl. Stieve IV, 46.

3) Ferdinand stellte den Churfürsten besonders vor, wie die prot. Domherren sogar Capitelplätze eigenmächtig besetzen (Müller p. 30), „als ob sie das recht capitel wären . . . (wodurch sie) die stend der katholischen religion und der augsburgischen confession gleichsam mit den haaren zusammenbinden“.

cedirten<sup>1)</sup>, und begnügten sich mit einer nach Prag gerichteten schriftlichen Vorstellung.

Im Jahre 1588 nahmen die abtrünnigen Stiftsherren noch ein anderes Capitelgut weg, den Gürtlerhof in Strassburg. Durch diesen und den frühern Verlust des Bruderhofes in den Rentenbezügen sehr verkürzt, baten die katholischen Domherren den Erzherzog um Gegenarrestation. Man war in Innsbruck in einiger Verlegenheit. Als Schirmvogt fühlte sich der Erzherzog zum Handeln verpflichtet; daneben aber herrschte die Ansicht: „je weniger man sich dieses capitularischen werks annimmt, je besser es ist“. Nach kurzem Besinnen wies Ferdinand seine Regierung in Ensisheim an, die in Hagenau und Ortenau fälligen Stiftseinkünfte nur den katholischen Capitularen erfolgen zu lassen, dabei jedoch den Schein zu vermeiden, „als ob wir uns der sachen teilhaftig machen wollten“, und jede „vernachtheilung der lande“ hintanzuhalten<sup>2)</sup>.

Sehr unangenehm berührte in Tirol der Abschluss des schon erwähnten Bündnisses zwischen Stadt Strassburg und einigen eidgenössischen (protest.) Städten; denn man sah darin nichts als „pur lautern trutz und hochmut“ und fürchtete böse Folgen auf die benachbarten Reichsvogteien, namentlich auf Hagenau, „als die auch in solchem spital krank liegen“<sup>3)</sup>. Johann von Manderscheid, welcher zu Ende 1587 selbst längere Zeit beim Kaiser gewilt und zu grösserem Ernst gemahnt hatte, richtete jetzt wieder ein Ansuchen an Ferdinand und Baiern, sie möchten im Verein mit den geistlichen Churfürsten Rudolf zur Execution dessen bewegen, was derselbe wol schon angedroht aber noch nie vollführt hatte.<sup>4)</sup> Dem Gesuche ward auch sogleich stattgegeben. Aber die drei Erzbischöfe beriefen sich auf ihre dem Kaiser jüngst übermittelte Schrift, vor deren Beantwortung sie nichts unternehmen könnten<sup>5)</sup>.

1) Bezüglich dieser Intercession (von Dänemark, Sachsen, Brandenburg und Hessen) riet Ferdinand dem Kaiser zu einer kräftigen Zurückweisung, damit es nicht den Anschein gewinne, als wenn „die freigebung der geistlichkeit tacite bewilligt würde“. Höchstens könne man den Domherren noch einige Monate Aufschub gewähren. Der Intercessionsbrief des dänischen Königs war namentlich „stark und bedrohlich“. Ferdinand an Rudolf 6. Okt. 1587.

2) A. D. 1588 Fol. 682. Eine Entschliessung des Erzherzogs vom 28. Febr. 1589 drückt sich noch schwächer aus; sie befiehlt, „man soll ihnen nur sonder weitleufigkeit die hand bieten“ und die Untertanen blos ermahnen, den kathol. Domherren die Gefälle zu liefern. 3) A. D. 1588 Fol. 652. Vgl. oben p. 171.

4) Johann an Ferdinand 20. Dez. 1588.

5) Die Churfürsten an Ferdinand 28. März 1589,

Um so rühriger nahmen sich die evangelischen Reichsstände der Bruderhöfischen an. Sechzehn Abgeordnete protestantischer Fürsten und der Stadt Strassburg<sup>1)</sup> baten den Kaiser, nicht den Weg der Strenge vorzunehmen, sondern auf rechtlichen Austrag zu trachten. Rudolf forderte nun die katholischen Fürsten selbst zu Gegenäusserungen auf. Die Entwicklung der Angelegenheit erkannten Ferdinands Räte als eine sehr unerfreuliche. Ihrer Ansicht nach war Rudolf bei Beantwortung der protestantischen Gesandtschaft „etwas extra terminos der ausgegangenen mandate gegangen, indem er der sequestration und guetlichen tractation gegen den gesandten meldung getan“. Ein festes Einvernehmen zwischen den katholischen Ständen schien unumgänglich nötig<sup>2)</sup>. Indem der Erzherzog an den Kaiser meldete, dass in seinem und Herzog Wilhelms Namen der bairische Hofmeister Philipp von Laubenberg an die Höfe von Mainz, Trier, Cöln und Jülich gehe, ermahnte er, die Forderung der Evangelischen abzuweisen, damit nicht „ein loch in den religionsfrieden gebrochen“ werde, und betonte neuerdings die Wichtigkeit eines katholischen Bundes, auf welchen er leider gelegentlich der Cölner Frage umsonst gedrungen habe<sup>3)</sup>.

Laubenburgs Legation erreichte nicht vollends ihren Zweck. Der Churfürst von Mainz fand die an Rudolf zu richtende Werbung zu scharf und war nur bereit, den Kaiser in einer allgemeineren, mildern Form an die Wahrung seiner Autorität mahnen zu lassen; die beiden andern Erzbischöfe schlossen sich dieser Meinung an. Freilich hoffte man in Innsbruck wie in München, wenigstens dies eine noch zu erreichen, dass neben dem sanft gehaltenen Vorschlag von einigen Fürsten auch der Vorschlag der stärkern Fassung dem Kaiser unterbreitet werden könnte, welcher ja, wie Wilhelm versicherte, selbst eine eifrigere Verwendung, als Mainz wollte, erwartete. So kam denn eine Abordnung an den Kaiser durch vierzehn katholische, teils geistliche, teils weltliche Fürsten zu Stande. Cardinal Andreas, ebenfalls geladen als Bischof von Constanz, konnte sich nicht beteiligen, weil er die Possession dieses Stiftes noch nicht übernommen hatte<sup>4)</sup>. Die

1) Strassburgs Gesinnung bezeichnet folgende Zeitung (17. Aug.): Jüngst kam Gebhard Truhssess in die Stadt. Der Stadtrat wollte ihn als Churfürsten empfangen; es unterblieb nur auf Ansuchen Gebhards.

2) A. D. 1589 Fol. 316. — Dass der Kaiser bei dieser protest. Werbung schon auf Sequestration dachte, berichtet auch Hertzog, Chron. Alsatie (Edelsasser Chron.) IV, 129. 3) Ferdinand an Rudolf 12. Juli 1589.

4) Stieve IV, 47, wo in Anm. 4 anstatt „Ferdinand der Jüngere“ der Name „Karl“ zu setzen ist.

fürstlichen Gesandten, darunter Christoph Vintler als tirolischer Vertreter, richteten an den Kaiser einen Vortrag, wie ihn der Churfürst von Mainz proponirt hatte. Viel mehr Zeit absorbirte der gerade da besonders heftig ausbrechende Vorrangsstreit zwischen Oesterreich und Baiern, welch letzterem auch Salzburg durch einige Zeit secundirte<sup>1)</sup>. Bei jeder Gelegenheit fielen gegenseitige Kränkungen vor. Wollte es Baiern nicht dulden, dass bei den Beratungen Vintler und der steiermärkische Abgeordnete Max v. Dornberg je eine Stimme führten, so protestirte Tirol wieder dagegen, dass der bairische Herzog seinen Gesandten befohlen, „dasjenig, was der bischof von Strassburg an den herzog gelangen lassen, den andern in Prag anwesenden gesanten zu comuniciren und zu beratschlagen, wie die sach Ihr. Maj. fürzutragen sei, so wir doch dafür halten, dass solches das amt des mainzischen gesandten allein sei.“ Baiern habe kein Recht „sonderbare beratschlagung und versammlung anzustellen.“ Wilhelms Vertreter nahmen wegen dieser Reibungen weder an den weitem Beratungen der andern Mandatare noch an der kaiserlichen Audienz teil. Eine protestantische Gesandtschaft, welche zur selben Zeit in Prag die Sache der protestantischen Domherren vertrat, laborirte am gleichen Uebelstande, weil Churpfalz dem Administrator von Magdeburg das Recht „der canzlei und der direction des werks“ bestritt.

Rudolfs Entschliessung auf die Gesuche der beiden Religionsparteien versprach die Einsetzung einer paritätischen Sequestercommission und für den Fall, dass gütliche Vergleichung nicht möglich, die Promulgirung eines kaiserlichen Urtheilsspruches. Diese Resolvirung befriedigte nirgends. In Innsbruck hatte man sich schon früher, wie wir sahen, gegen die Idee einer kaiserlichen Sequestration ausgesprochen.

Die Halbheit, welche der Entscheidung des Kaisers anhaftete, konnte wol kaum zu einer eifrigen Parteinahme für die katholischen Stiftsherren und den Bischof einladen. Ferdinand war entschlossen, an der bisherigen Neutralität festzuhalten. Er trat aus derselben nicht heraus, als die Leute der Bruderhöfischen den Flecken Geisbolzheim überfielen<sup>2)</sup>; auch dann nicht, da er die Drohung vernahm, die abtrünnigen Capitulare „wollten den katholischen domherrn kriegsvolk auf den hals legen, die frucht selbst audreschen und die bezahlung von ihnen wol einbringen“<sup>3)</sup>. Es mag daher am Innsbrucker Hof

<sup>1)</sup> Vgl. oben p. 138.

<sup>2)</sup> Ueber die Vereitlung dieses Ueberfalles H. Müller p. 36.

<sup>3)</sup> A. D. 1589 Fol. 606, 660.

nicht sehr angenehm berührt haben, als man die vertrauliche Nachricht erhielt, dass Rudolf den Erzherzog und den Markgrafen Ernst Friedrich von Baden zu Sequestratoren ausersehen habe <sup>1)</sup>. Die förmliche Uebertragung des kaiserlichen Amtes auf die beiden Fürsten liess nicht lange warten. Ferdinand griff nicht begierig darnach. Cardinal Andreas legte allerdings mit vielem Eifer sein Fürwort ein, und Johann v. Manderscheid liess sogar durch zwei Abgesandte, den Kanzler Dr. Bilonius und Herrn von Kippenheim, dem Erzherzog zusprechen. Letztere erhielten den Bescheid, Ferdinand wolle erst warten, bis er wisse, was er im Falle des Ungehorsams der Bruderhöfischen zu tun, und bis sich Baden erklärt habe; auch müsse er Gewissheit erlangen, dass die Sequestrationskosten das Capitel trage. Aehnliche Antwort bekam auch der Kaiser. Die tirolische und vorländische Regierung mahnten dringlich von der Uebernahme ab; denn wenn die Stiftsherren schon nicht dem Kaiser, wie würden sie dem Erzherzog Folge leisten <sup>2)</sup>.

Markgraf Ernst Friedrich, welcher erst nach einigen Monaten

---

<sup>1)</sup> Ersuchschreiben Rudolfs an Ferdinand 12. Februar 1590. H. Müller verwechselt wiederholt den Markgrafen Ernst Friedrich mit Georg Friedrich von Ansbach.

<sup>2)</sup> Die protestantischen Churfürsten hatten auf die kaiserliche Antwort, welche die Sequestration verfügte, replicirt. Rudolf verlangte in Innsbruck ein Gutachten. Die Räte erklärten: „Obwol in der (prot.) churfürsten replik von kaiserlicher hoheit ruemlich meldung geschicht, so erscheint doch aus allem das widerspil. Sie wollen Ir. Maj. in derselben amt exerciren und ihren eigenen willen haben, wie dann dessen auch die angedeute und gleichsam betrote zusammenkunft aller der augsburg. confession verwanten stände anzeig gibt.“ Sie wollen die „stillung des Strassburger unfriids“ dem Kaiser aus den Händen nehmen. Man sollte eher meinen, der Kaiser habe in diesem Handel schon zu viel bewilligt und sei „etwas aus dem religionsfrieden geschritten“. Rudolf möge sich in keine weitere Disputation mit ihnen einlassen und die Sache weder einem Deputations- noch einem Reichstage übertragen, „und ist vil besser der reichstäg überhebt zu sein als dieselben gesuchtermassen zu halten, weil man sich einiger gebür nit zu vertrösten“. Es ist darüber desto weniger zu disputiren, „als die weil Ir. Maj. sehen, dass sich die sachen mit Spanien und andern ausländischen potentaten der religion und andershalben dermassen erhalten, dass die augsburg. confessionsverwanten stände noch immerdar in der furcht stehen und bedenken haben müssen, ihr unbillig vorhaben in effekt zu richten, wie es dan unzweifelich an ihrem guten willen vor diesem nit gemangelt haben würde, wan sie nit aus jetzt bemelten ursachen damit hätten inhalten müssen“. Der Kaiser soll am Religionsfrieden festhalten, die kath. Stände aber sollen sich „zusammenschlagen“. Von all dem wäre durch den Erzherzog dem Kaiser Andeutung zu machen. A. D. 1590 Fol. 655, 730, 747, 833. Häberlin XV, 442 f.

durch Ferdinand von der kaiserlichen Sequestrationsverfügung<sup>1)</sup> benachrichtigt worden, lehnte trotz des Ansuchens Rudolfs und des Bischofs von Strassburg ab. Nun sollte Ferdinand die Commission allein übernehmen, der Bischof ersuchte ihn wiederholt darum, der Kaiser bestellte ihn auch schon förmlich zum alleinigen Sequestrator und gab die Zusicherung, sobald er sähe, „wo hinaus sich gegenwärtiger zug (der oben erwähnte Marsch Christians v. Anhalt) wenden will“, werde er mit der Achtserklärung gegen die protestantischen Capitulare „fortfahren“<sup>2)</sup>. Aber jetzt besorgte man in Innsbruck erst recht „grosse verhassung“, und der Erzherzog wies die Bestellung definitiv zurück<sup>3)</sup>.

Was von Tirol aus im Interesse der katholischen Domherren geschah, bestand im Erlasse von Mahnschreiben an die österreichischen Untertanen im Elsass, dass sie die Abgaben nur an diese Capitulare einliefern sollten.

Oft besprach man in katholischen Kreisen die drohenden Umwälzungen, welche der Tod des gegenwärtigen Bischofs wahrscheinlich über das Stift bringen würde. Bestanden ja schon förmlich zwei getrennte Capitel, da beide Parteien durch Aufnahme von Mitgliedern meist fürstlichen Ranges die Zahl ihrer Angehörigen zu verstärken bemüht waren<sup>4)</sup>. Herzog Wilhelm beschäftigte sich bereits mit dem Plane, entweder dem Cardinal von Metz oder, was ihm noch erwünschter, einem seiner Söhne die Coadjutorie und damit die Nachfolge im Stifte zu verschaffen<sup>5)</sup>. Auch am Kaiserhofe sprach man davon; eben da hatte Johann von Manderscheid, um das Bistum der Kirche zu erhalten, den Vorschlag gemacht, „dass ein ander höhern stands und vermögens qualificirte person an mein statt verordnet wurde.“ Er hatte dabei auf die drei Häuser Oesterreich, Baiern und Lothringen hingewiesen; für eines davon sollte sich der Kaiser ent-

1) Rudolf hatte sich zuerst nur an den Erzherzog als an den „fürnehmern“ gewendet. 2) Rudolf an Ferdinand 6. Mai und 5. Juli 1591.

3) Ferdinand an Rudolf 2. Juli 1591. A. D. 1591 Fol. 153, 344. — Nochmalige Ablehnung Ferdinands auf ein kaiserliches Ansuchen vom 6. Febr. 1592. — Damals theilte die vorländische Regierung die alberne Ente mit, das Reichskammergericht habe ein Urteil ergehen lassen, „dass sich katholische und protestantische capitularen ungeacht der religion capitulariter zusammentun und des capitels notdurft auch fürfallende electionen verrichten“; mit der Execution des Urteils sei Joh. Casimir betraut. Auch in Innsbruck bezeichnete man derartiges für fast unglaublich. A. D. 1592 Fol. 40. Aber als man den Tod des Pfalzgrafen erfuhr, hoffte man sogleich für Strassburg „etwas milterung“. 4) H. Müller p. 44.

5) Stieve IV, 49 f.

scheiden. Im April noch erbat sich hierüber Rudolf des Erzherzogs Ratschlag<sup>1)</sup>, als plötzlich der Bischof (2. Mai) das Zeitliche segnete.

Mit einer Raschheit, welche sonst gar nicht des Kaisers Sache war, wurde nun am Prager Hofe ein Beschluss gefasst. Schon am 8. Mai — man konnte gerade die Todesnachricht bekommen haben — wurde Zdenko Adalbert Popl nach Innsbruck beordnet, damit er den Erzherzog beauftrage, in Namen des Kaisers das Stift einzunehmen. Nicht so schnell resolvirte sich Ferdinand. Erst gegen Ende des Monats ernannte er seine Subdelegirten: den Freiherrn Peter von Mörsberg, Georg von Staufen, Wernher von Reitenan und Hans Christoph von Stadion. Aber er theilte auch schon dem Kaiser seine Besorgnis mit, dass es in Strassburg zu einer Doppelwahl kommen und in solchem Falle die Sequestration kaum durchführbar sein möchte. Keineswegs förderlich war es zur schnellen Durchführung des kaiserlichen Auftrages, dass der Erzherzog auch die vorländischen Stände zu Rate zog, welche ihm dann zu wissen machten, „dass sie mit solchem werk nicht zu schaffen haben wollten“<sup>2)</sup>.

Inzwischen nahmen die Dinge in Strassburg den schon geahnten Verlauf. Die evangelischen Stiftsherren wählten am 30. Mai den fünfzehnjährigen Johann Georg von Brandenburg, den Sohn des Administrators Joachim Friedrich von Magdeburg, zehn Tage später das katholische Capitel den Cardinal Karl von Lothringen zum Bischof. Als Ferdinand seine Subdelegirten mit der Weisung nach Elsass sandte, die Stiftsgüter im Namen des Kaisers bis zu einer rechtmässigen Bischofswahl einzuziehen, konnte er schon die Elektion des Brandenburgers nach Prag melden mit dem Beifügen, Rudolf möge vorsehen, „dass aus dieser unrechtmässigen wahl durch das stillschweigen den katholischen stenden kein prejudicium erfolge und hiedurch ihr diesfalls gebrauchter frevl und unfug verhindert und dem mit ernst begegnet werde“<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Rudolf an Ferdinand 18. Apr. 1592. — In einem Briefe, dessen Unterschrift unleserlich ist, wird dem vorländischen Kanzler Dr. Betz versichert, dass die Nennung des Hauses Oesterreich von Bischof Johann „aus sonderer affektion“ ausgegangen sei. Der Briefschreiber meint auch jetzt (25. Mai) noch, „dass man derhalben die sachen bei Ir. Maj., wo es noch nit beschehen, richtig machen und bestes fleiss befürdern soll“. Wahrscheinlich wurde hiebei an Cardinal Andreas gedacht. Die Akten lassen nicht ersehen, ob man sich in Innsbruck mit diesem Vorschlag ernstlich beschäftigt habe. Am 13. Mai 1588 hatte übrigens schon Ludwig von Wirtemberg dem Erzherzog das Gerücht mitgeteilt, wornach derselbe Strassburg für Andreas mit Truppen wolle besetzen lassen. A. M. 1588.

<sup>2)</sup> A. H. 1592.

<sup>3)</sup> Ferdinand an Rudolf 5. Juni 1592. Instruktion an die Subdelegirten vom 6. Juni.

Es klingt doch etwas „naiv“, wenn der Churfürst von Brandenburg, der Grossvater des Gewählten, nach der Wahl des Lothringers an den Erzherzog das Ansinnen richtet: „des freundlichen getröstens, E. L. werden ob des cardinals unziemlichen anmassens auch kein gefallen tragen, sondern Ihr vielmehr unsers vettern lieb im besten befolhen sein lassen“<sup>1)</sup>.

Die Arbeit der Subdelegirten war eine recht trostlose. Rechtsrheinische Stiftsorte wie die Aemter in Oberkirch und Ettenheim in Pflicht und Huldigung zu nehmen, mag ihnen vielleicht gelungen sein<sup>2)</sup>; aber auf die elsässischen Güter hatten schon die beiden Erwählten und deren Anhang die Hand gelegt, so dass das eigentliche Sequestrationsgeschäft unmöglich wurde. Cardinal Andreas hatte ihnen noch einen „Nebenbefehl“ gegeben, nämlich die beiden Parteien mit dem Zugeständnis, dass sie einen Teil des occupirten Stiftes behalten könnten, zur Einstellung tätlichen Streites zu veranlassen. Dies wurde fürs erste nicht erreicht, und fürs zweite war es ein Ueberschreiten des kaiserlichen Auftrages, so dass von Innsbruck aus schnell ein Widerruf erfolgte<sup>3)</sup>.

In seiner Verstimmung bat Ferdinand den Kaiser schon am

<sup>1)</sup> Georg Friedrich an Ferdinand 16. (26.) Juni 1592. Ueber ein ähnliches Gesuch Brandenburgs an den Landsberger Verein Stieve IV, 61. Hieron. Scotto vermittelte in diesem Jahre noch weiter eine Correspondenz zwischen Brandenburg und Tirol. Vgl. 1. Bd. p. 246. Ferdinand antwortet 4. Juli und mahnt zum Frieden.

<sup>2)</sup> Der den Subdelegirten zugegebene Jurist Dr. Johann Breuning zeigte sich gleich Anfangs so kleinmütig, dass ihn die Regierung durch Dr. Textor ersetzen musste. Dieser ist bei Strobel IV, 211 nicht genannt.

<sup>3)</sup> Ferdinand schreibt hierüber tadelnd an Andreas: „Betreffend das hauptwerk Strasburgischer unruhe da sein E. L. und die v. ö. regierung mit dem unsern subdelegirten angehengten nebenbefehl, was sie ad partem bei den geheimen zu Strassburg tractiren sollen, vil zu weit gegangen. Denn dem markgrafen etwas vom stift zu geben, wäre dem religionsfrieden abbrüchig, und ist ungewiss, ob das ordentlich capitul darein bewilligen oder auch Ir kais. Maj. solches gestatten wurde. Auch wurde man den cardinal von Lothringen nit mit gewalt zum abtreten nötigen können, und ist damit aus der kais. commission geschritten. Und wenn das die bruderhofischen erfahren, wurd es sie in ihrem unfug nur sterken und das ansehen haben, als ob man die stang begeren tät. E. L. sollen künftig aus der kais. commission im wenigsten weichen und kein änderung fürnemen. Wenn auch E. L. merern gewalt begert, künden wir nit merern gewalt geben.“ A. H. 1592, 27. Juni. Entschuldigungsschreiben des Cardinals vom 30. Juni. — Der Stadtrat von Strassburg verlangte auf die Werbung der Subdelegirten, dass sie nur bei Lothringen auf Niederlegung der Waffen bestehen sollten. Brandenburg erklärte, ohne vorherige Einwilligung von Vater und Grossvater nichts versprechen zu können. Bericht des Subdelegirten vom 26. Juni.

7. Juli, ihn der Commission zu entheben. Wenige Tage später kehrten die Subdelegirten nach Hause.

Zu Tätlichkeiten war es im Stifte noch vor der Erwählung des Cardinals von Lothringen gekommen. Anfangs Juni besetzten städtische Truppen die Schlösser Kochersberg und Dachstein sowie Geisbolzheim; letzteres wurde eben während des erzherzoglichen Sequestrationsversuches von den Lothringern zurückgewonnen<sup>1)</sup>. Diese nahmen ihren Gegnern auch bald die zwei genannten Vesten wieder ab. Solche Kriegsereignisse, bei denen Lothringen im Vorteil blieb, giengen an den österreichischen Gebieten nicht spurlos vorüber. Strassburgische und später anhaltische Söldner belästigten namentlich die Orte der Landvogtei Hagenau. Den Bewohnern der Stadt Hagenau trieben sie das Vieh weg, die hagenaischen Dörfer Dangolsheim und Kittelsheim brannten sie nieder<sup>2)</sup>. Auf 80.000 G. hat man den Schaden taxirt. Um den erbitterten Untertanen einigen Ersatz leisten zu können, richtete Ferdinand sogar an italienische Fürsten Gesuche um Darlehen. Auch Fortificationen mussten bestritten werden. Cardinal Andreas liess den Landgraben südlich von Schlettstadt ausbessern und armiren, Herlisheim erhielt Befestigungswerke. Im Gefolge des Krieges waren ansteckende Krankheiten und ordnungsfeindliche Störungen des friedlichen Verkehrs. Als Herzog Maximilian von Baiern seine Hochzeitsfahrt nach Lothringen halten wollte, musste man erst deliberiren, welchen Weg er einschlagen könnte, um vor „sterbleuf und kriegsvolk“ sicher zu sein<sup>3)</sup>.

Im Kampfe Lothringens mit Brandenburg beobachtete der Erzherzog volle Neutralität, welche, wie immer, so weit gieng, beiden Theilen freien Pass durch österreichisches Gebiet zu gestatten. Für Cardinal Karl hegte er selbst wenig Sympathien, noch weniger sein Sohn Andreas. Karl hatte alsbald nach seiner Wahl dieselbe nach Innsbruck notificirt; Ferdinand gab mehrere Wochen lang keine Antwort. Andreas äusserte sich noch vor der Elektion, man könne nicht für Lothringen stimmen, weil durch dessen Berufung alle Deutschen, namentlich aber die Protestanten, zum Widerstand bewogen würden<sup>4)</sup>; er scheint selbst einer feindlichen Haltung gegen Lothringen das Wort geliehen zu haben<sup>5)</sup>. Die öftere Ermahnung

<sup>1)</sup> Chronik des Kriegs in der Zeitschrift *Alsatia* 1858—1861 p. 9 f.

<sup>2)</sup> Strobel IV, 219, 221.

<sup>3)</sup> H. Wilhelm an Ferdinand 31. Dez. 1594. Schl. 65.

<sup>4)</sup> Andreas an Ferdinand 31. Mai 1592.

<sup>5)</sup> Ferdinand schreibt (4. Juli) an Andreas: In dem „Strassburgischen wahlwerk“ wollen wir neutral bleiben, es berührt uns nicht weiter, als soweit es die

des Papstes brachte in die erzherzogliche Politik keine Aenderung<sup>1)</sup>. Den päpstlichen Nuntius, welcher in Innsbruck einen katholischen Bund befürwortete, entliess man da mit gar schwachem Troste<sup>2)</sup>.

Mit keinem Fürsten stand der Erzherzog über den Strassburger Handel in so lebhafter Correspondenz, wie mit Ludwig von Württemberg. Was der eine mit dem andern da gemeinsam hatte, war eine gewisse Abneigung gegen den Candidaten seines Religionsbekenntnisses. Ludwig konnte sich mit den calvinischen Capitularen und ihrem Erkornen nicht befreunden, Ferdinand erwärmte sich nicht für das Interesse Lothringens<sup>3)</sup>. Württemberg gab dem Erzherzog wiederholte Versicherungen seiner Friedensliebe; ähnliche, beruhigende Erklärungen giengen von Innsbruck nach Stuttgart. Ueber kriegerrische Werbungen katholischer Reichsfürsten, wie etwa von Trier und Cöln, so versicherte Ferdinand, sei ihm gar nichts bekannt<sup>4)</sup>.

An jenen Versuch der tirolischen Subdelegirten, die kaiserliche Sequestration zu vollziehen, reihen sich die Bemühungen, um die kriegführenden Parteien zu einem Waffenstillstand zu bewegen. Gesandte der vorländischen Regierung, der elsässischen Kreisstände und selbst der Eidgenossen<sup>5)</sup> verhandelten in Strassburg (Juli und August 1592), aber dies alles scheiterte am Widerstand des jungen Brandenburgers und der Stadt<sup>6)</sup>. Zu gleicher Zeit gieng der kaiserliche Geheimrat Hans Christoph von Hornstein zum brandenburgischen Churfürsten wie zum Administrator von Magdeburg und verlangte, dass Johann Georg in Strassburg vom Kriege abstehe<sup>7)</sup>. Joachim Friedrich willigte, wie Hornstein berichtet, nicht „pure“ in diese Forderung, „sondern ist nochmaln auf die sequestration des stifts gangen“, oder mit andern Worten: Brandenburg wünschte nicht, wie der Kaiser, zuerst das Gebot der Waffenruhe und dann Sequestration, sondern

---

kaiserliche Commission betrifft. „Warum Brandenburg nit zu gedulden, fallen wir E. L. bei; wie aber Lothringen (der doch rechtmässig gewählt) durch gewalt auszutreiben, wissen wir nit, mit was fug es beschehen möcht“. A. H. 1592

<sup>1)</sup> Ferd. 330.

<sup>2)</sup> „Hoc sane divinae bonitatis opus quam ab humana providentia expectandum“, sagt die Regierung in ihrer Antwort an den Nuntius, den Bischof von Cremona. 20. Juni 1592. <sup>3)</sup> Stieve IV, 60; H. Müller p. 55.

<sup>4)</sup> Württemberg hatte derartige Gerüchte mitgeteilt. Vgl. Stieve IV, 68. Anm. 1.

<sup>5)</sup> Oesterreich stellte auf den eidgenössischen Tagen vor, wie schädlich der Krieg sei für die Vorlande, den „Kornkasten“ der Schweiz.

<sup>6)</sup> H. Müller p. 76 f.

<sup>7)</sup> Hornsteins Sendung erfolgte, wie Rudolf schreibt, auf Ansuchen von Mainz und Sachsen. (8. Aug.) Ferdinand gibt am 15. August seine Zustimmung.

die umgekehrte Reihenfolge dieser beiden Akte<sup>1)</sup>, wodurch dann allerdings, wie es der bairische Herzog mit voller Präcision hervorhob, ein Zweifel in die Rechtmässigkeit der Wahl des Cardinals von Lothringen ausgedrückt ward<sup>2)</sup>. In Innsbruck scheint dieses Bedenken nie aufgetaucht zu sein; denn ehe noch eine Anfrage aus Prag erfolgte, gab die Regierung dem Erzherzog den Rat, sich bei Zusammensetzung einer paritätischen Commission auch diesmal wieder gebrauchen zu lassen<sup>3)</sup>. Am 16. November erschien das kaiserliche Gebot der Waffenruhe für beide Teile und die Nominirung von sechs Schiedsrichtern und Sequestratoren — drei katholischen und ebensoviel protestantischen<sup>4)</sup>. Unter den erstern war auch Ferdinand. Ein kaiserlicher Commissär, Adam Gall Popl v. Lobkowiz, welchem zwei vorländische Beamte, Hans Christoph v. Stadion und Dr. Textor, adjungirt wurden, musste zunächst beide Gegner, Brandenburg und Lothringen, zur Einstellung kriegerischer Tätlichkeiten bewegen. Bei den katholischen Mitgliedern des fürstlichen Ausschusses liess es Papst Clemens VIII. an dringlicher Ermahnung nicht fehlen<sup>5)</sup>. Aber die Dinge giengen ihren gewohnten, schleppenden Gang. Man hat es deshalb als einen schon nennenswerten Erfolg zu bezeichnen, dass Lobkowiz im Februar 1593 endlich die Aufrichtung eines interimistischen Friedens zu Stande brachte, welchen nur die fehdelustigen Capitulare des Bruderhofes noch nicht annehmen wollten<sup>6)</sup>. Nun hatte jedoch erst die Fürstencommission die Modalitäten des Ausgleiches selbst zu finden. Hiezu berief Mainz einen Commissionstag auf den 23. März nach Speier. Ferdinand liess sich durch den Grafen Friedrich von Fürstenberg, Dr. Hans Betz und Stadion vertreten. Vermöge ihrer Instruktion sollten sie anregen, ob nicht beide Erwählten zurücktreten und einem dritten, welcher

1) Darin ist Stieve IV, 68 Anm. 5 zu ergänzen. 2) Stieve IV, 69.

3) Dieselbe Bereitwilligkeit spricht Ludwig von Wirtemberg in einem Schreiben an Ferdinand aus. 3. (13.) Nov. 1592.

4) H. Müller p. 82. — Sehr ungehalten war Ferdinand darüber, dass auf den im Mai und Oktober gehaltenen oberrheinischen Kreistagen Brandenburg, allerdings unter Protest mehrerer Stände, zugelassen war. Der Kaiser möge, schreibt er, auf Strenge bedacht sein und „den schwäbischen und rheinischen kreis dahin dirigiren, damit hinfür solche kreisbeschreibung soviel möglich vermieden bleiben und die kreishilfen nit misbraucht werden“. Uebrigens waren die Tage „unverricht abgangen“. Ferdinand an Rudolf 18. und 25. Nov. A. H. 1592. — Ritter I, 69.

5) Ferd. 330, unter demselben Datum an Ferd. wie an die übrigen. Stieve IV, 71.

6) Wie man in kathol. Kreisen über diese Nebencommissionshandlung dachte, zeigt Stieve IV, 73.

Katholik wäre, den Platz räumen würden; im Uebrigen sollten sie mit den andern katholischen Commissionsmitgliedern, Mainz und Würzburg, gute Correspondenz halten und für die Integrität der Stiftsstatuten einstehen<sup>1)</sup>. Die Zusammenkunft der Delegirten hatte keinerlei Erfolg, die Verhandlungen wurden zunächst auf den Mai und nach kurzer, abermals unterbrochener Beredung auf den November (nach Frankfurt) verlegt. Auf diesem letzten Tage blieb der Brandenburger und das protestantische Capitel aus, so dass die Angelegenheit bis 1594 unausgetragen war.

Unter solchen Verhältnissen trat der Gedanke eines Rücktrittes beider Rivalen mehr und mehr in den Vordergrund. Er beschäftigte ebenso die katholische Linie der Wittelsbacher wie die Mitglieder des Kaiserhauses<sup>2)</sup>. Rudolf äusserte sich gegen den Erzherzog, es werde vor einem solchen Rücktritte in Strassburg kaum besser werden; man sollte daher bedacht sein, einen österreichischen Prinzen zum Stifte zu befördern: den Cardinal Albrecht oder Maximilian Ernst (geb. 1583), den Sohn des Erzherzogs Karl von Steiermark. Würden sich bei letzterem wegen seiner Jugend Schwierigkeiten erheben, so könnte Albrecht ja einstweilen das Bistum übernehmen. Bei Albrecht möchte höchstens seine „spanische education“ etwas bedenklich scheinen, wenn er vielleicht nicht selbst nur wenig Lust zu Strassburg besässe, nachdem er schon mit Besserem ausgestattet<sup>3)</sup>. In Ferdinand aber stieg nun die Hoffnung auf, das Stift für Andreas zu erlangen. Er machte alsbald seinem Sohne davon Mitteilung<sup>4)</sup>, und dieser säumte

1) Es mag mit dieser Instruktion zusammenhängen, dass Ende März ein Gesandter des Cardinals von Lothringen, „Herr von Cambray“, in Innsbruck weilte, welchem Ferdinand folgenden Bescheid gibt: Wir haben unsere Subdelegirten nach Speier geschickt, um die Sache der katholischen Kirche zu vertreten; dem Cardinal sind wir übrigens in aller Freundschaft zugetan. — Der Bescheid wird erteilt dem Gesandten des Cardinals „erwählten und confirmirten Bischof von Strasburg“. — Ueber diesbezügliche Befürchtungen der Bruderhöfischen s. Häberlin XVII, 274. — Dr. Conzi, ein lothringischer Gesandter, erhielt im Oktober auf sein Ansuchen um Beistand vom Erzherzog eine ganz allgemein gehaltene Antwort. 2) Ueber Baiern s. Stieve IV, 75.

3) Rudolf an Ferdinand 20. Mai 1598.

4) Ferdinand proponirte dem Cardinal Andreas, das Stift entweder für immer oder einstweilen für Maximilian Ernst zu übernehmen. „Und ob wir gleichwol hievon, da das stift noch aufrecht und durch das schädliche kriegswesen nit also wie jetzt verderbt gewesen, nie für ratsam gehalten, dass E. L. das stift einnehmen“, so fragen wir jetzt in der Hoffnung, die Uebernahme durch E. L. wurde neben andern verhoffenden nuzbarkeiten vielleicht auch zu mehrer sicherung unserer vorlande dienstlich sein“. Vielleicht, meinte Ferdinand, könnte man

nicht, bei ihm um Strassburg „anzuhalten.“ Nun antwortete der Erzherzog auf die kaiserliche Anfrage. Mit Cardinal Albrecht, schreibt er, „hat es eine solche gestalt, dass er durch gottes segnen in solcher hoheit, die ihm mit diesem verderbten stift zu verwechseln keineswegs ratsam, wie dann auch die spanische education, als E. M. gnedigst anregen, allerhand bedenken abgeben möchte“, Maximilian Ernst ist dagegen zu jung; mithin empfehle ich meinen Sohn Andreas, mit welchem schon Johann von Manderscheid behufs Cession des Stiftes unterhandelt hat<sup>1)</sup>.

Eine Erwiderung des Kaisers auf dieses Anhalten liegt nicht vor. Die Entscheidung zwischen Lothringen und Brandenburg blieb noch auf Jahre hinaus in der Schwebe; sie wurde dadurch noch wo möglich verwickelter, dass sich Friedrich von Wirtemberg-Mömpelgard begierlich hineinmengte<sup>2)</sup>. In allen Complicationen, welche sich bei Fortsetzung des Streites bildeten, hielt die erzherzogliche Regierung am Princip fest, nicht direkt und noch weniger mit Gewalt einzugreifen. Man gestattete es den Lothingern trotz ihres Ansuchens nicht, ihre Truppen nach Herlisheim zu verlegen<sup>3)</sup>. Brandenburg rief die vorländische Regierung an, weil der Cardinal von Lothringen einen neuen Abt von Schuttern, einem auf Stiftsgebiet gelegenen Kloster, confirmirt hatte; auch dieses Ansinnen ward abschlägig beschieden<sup>4)</sup>. Die Conventualen des Gotteshauses Ettenheim hatten sich aus Furcht vor dem Brandenburger in das nahe österreichische Kenzingen sammt ihrem Küchen- und Kellervorrat, sammt ihren Archivschätzen und Kleinodien geflüchtet; eine Reklamation Johann Georgs verwies die Regierung an den Kaiser. Güter der von Stadt Strassburg zerstörten Karthause lagen auf österreichischem Boden; anfänglich beschloss man dieselben „bescheidenlich“ zu verwalten; später wollte man, um einem Conflict auszuweichen, sich nicht weiter damit beladen, sondern die Sache dem Kaiser überlassen<sup>5)</sup>. Die einst in Sequester genommenen Güter des Capitels in den Vogteien Hagenau und Ortenau wurden im Verlaufe des Jahres 1594 vom Erzherzog freigegeben, er wollte mit dem „weitleufigen werk des sequesters“ nichts mehr zu tun haben<sup>6)</sup>.

---

päpstliche Postulation erwirken; aber Geheimhaltung ist nötig. Ferdinand an Andreas 4. Juni 1593. A. H.

1) Vgl. oben p. 208. — Ferdinand an Rudolf 10. Juni. A. H. 1593.

2) Stieve V, 133 f.      3) A. D. 1594 Fol. 132.

4) Ferdinands Befehl nach Ensisheim 5. Jänner 1594.

5) A. D. 1594 Fol. 258, 719. Ueber die Karthause s. H. Müller p. 67 Anm. 1.

6) G. M. 1594; E. u. B. 1594 Fol. 366.

## VII. Capitel.

## Beziehungen zur Schweiz und zu den romanischen Staaten.

Unter den Grenzmarken Tirols zeigt die westliche die schwankendsten Territorialverhältnisse. Seitdem sich in den Alpentälern des Rhein- und Inngbietes die drei Bünde: der graue, der schwarze oder Gotteshausbund und der Bund der zehn Gerichte, gebildet hatten, gestaltete sich für das Bistum Chur und für Oesterreich die Aufrechterhaltung landeshoheitlicher Rechte immer schwieriger<sup>1)</sup>. Ein gewisser Stillstand in den Zerwürfnissen zwischen der Herrschaft von Tirol und den Bündnern wurde durch die erneuerte Erbeinigung Maximilians I. (1518) herbeigeführt; aber die Ausbreitung des Protestantismus, welcher in den Bündnerlanden viele Anhänger fand, führte bald wieder zu neuen Konflikten. Die Gefahr solcher Streitigkeiten erhöhte sich, weil auch auf tirolischem Boden zahlreiche Gotteshausleute sassen, welche, mit den Bündnern verwandt, sich von den tirolischen Untertanspflichten frei zu halten strebten<sup>2)</sup>. Als die Stände dem Kaiser Ferdinand den Schenkpfennig bewilligten, war die Regierung entschlossen, diese neue, überhaupt verhasste Steuer unter allen Vierteln des Landes zu allerletzt erst in Vintschgau einzuführen und zwar nur mit gütlichen Mitteln, damit dem „püntischen pofel“ nicht Gelegenheit zu Tätlichkeiten geboten werde<sup>3)</sup>.

Die Nachbarschaft von Chur und Engadin wurde dadurch noch unruhiger, dass sich unter den Bünden selbst zwei Parteien bildeten, eine spanische und eine französische, welche sich zeitweise ebenso feindlich gegenüber standen, wie die beiden Reiche. 1565 drohte es zu einem offenen Kampfe zwischen ihnen zu kommen, namentlich im Münstertale; und schon wollte der Landeshauptmann von Tirol mit geworbenen Truppen an die Grenze eilen, um sie zu schützen, als ein plötzlich eintretender Schneefall die Bundesleute sich zu zerstreuen nötigte<sup>4)</sup>.

Erbhuldigung leisteten vorerst nur die Gotteshaus- und Klosterleute in Vintschgau, bei den andern verzögerte sie sich noch länger

<sup>1)</sup> A. Jäger in den Sitzungsberichten der kais. Akad. in Wien X, p. 80 f.

<sup>2)</sup> S. die Vergleichsversuche von 1539, 1540 und 1561 im Archiv f. Kunde österr. Gesch. XV, p. 374.

<sup>3)</sup> A. D. 1563 Fol. 1146.

<sup>4)</sup> Misc. A. 462.

als ein Decennium<sup>1)</sup>. Dass die zehn Gerichte von Pretigeu eben damals den Eidgenossen ein Bündnis antrugen, erregte in tirolischen Regierungskreisen nicht geringe Bestürzung. Dieteg von Salis, der österreichische Vogt zu Castels, konnte es mit seinen Vorstellungen nicht verhindern, dass die Schweizer in ein bundesgenossenschaftliches Verhältnis zum Pretigeu traten<sup>2)</sup>. Zur selben Zeit ergieng aber auch an die Montafoner, als Nachbarn der zehn Gerichte, das Verbot, worin der Verkauf von Gütern, namentlich Almen, an die Pretigeuer untersagt ward. Die Kammer erklärte sich sogar bereit, den Leuten des Montafontales Geld zu verschaffen, damit sie früher verkaufte Stücke wieder zurücklösen könnten<sup>3)</sup>.

Bei solchen Verhältnissen hatte man in Innsbruck ein doppeltes Interesse, die bischöfliche Gewalt von Chur in verlässlichen Händen zu wissen. Freilich war die Macht der dortigen Kirchenfürsten, namentlich seit dem folgenschweren Vertrag von Pflanz (1526), stetig im Niedergang begriffen. Nach dem Tode des Bischofs Thomas von Planta fand eine zwiespältige Wahl statt. Wie schon früher, so standen sich auch diesmal die zwei einflussreichen Familien der Planta und der Salis gegenüber; erstere stützte sich auf die spanisch-österreichisch gesinnte, letztere auf die franzosenfreundliche Partei der Bündner. Die Mehrheit des Capitels wählte den Pfarrer von Feldkirch, Beatus von Porta, die Fraktion der Salis erkor den Erzpriester Bartholomäus von Salis, welcher bereits den zwei letzten Bischöfen als Rivale, doch ohne Erfolg, entgegengestellt worden war<sup>4)</sup>. Dieteg von Salis, obwol selbst österreichischer Vogt, tat alles zu dessen Beförderung. Gewaffneter Hand führte er ihn nach Chur; sogar eine Reise nach Rom scheute er nicht, um dort selbst für seinen Schützling zu wirken. Ein „Bundsmann“ von Chur erschien vor den Räten in Innsbruck und verlangte die Anerkennung des Bischofs Bartholomäus, die Lösung der in Tirol gelegenen arrestirten Stiftsgüter und ein Fürschreiben an den Kaiser, damit er diesem Erwählten die Regalien verleihe. Um die Bündner, welche kurz vorher

<sup>1)</sup> Ferd. 380. — Als man im Paznaun die Erbhuldigung vornehmen wollte, wusste man zuerst nicht, ob es zu den Bünden zu rechnen sei. Vgl. über die Verfassung dieses Tales Zeitschr. d. Ferdinandeums X, 68.

<sup>2)</sup> E. u. B. 1567 Fol. 223. — Sprecher, Histor. Beschreibung p. 27.

<sup>3)</sup> G. v. H. 1567 Fol. 532. — 1590 schlossen die zehn Gerichte förmliches Bündnis mit Zürich und Glarus, allerdings vorbehaltlich der Rechte „der Durchlüchtigkeith zu Oesterrych“. Samml. d. ält. eidgen. Abschiede V, 1858.

<sup>4)</sup> Eichhorn, Episcop. Cur. 163; Zschokke, Gesch. d. Freistaats der drei Bünde p. 159; Moor, Gesch. von Currhätien II, 170.

einen verheerenden Ueberfall auf das bei Chur gelegene, österreichische Schloss Razüns gemacht, nicht zu reizen, war die Regierung zur Erfüllung des zweiten Punktes geneigt, aber sie riet auch zugleich dem Erzherzog dringend, sich für die Confirmation des Beatus von Porta beim Papst zu verwenden<sup>1)</sup>. Von Rom, wo auch die katholischen Eidgenossen für Porta wirkten, erfolgte dessen Bestätigung in kurzer Frist, und Ferdinand wies ihm nun sogleich die Stiftungsgülden in Tirol an. Fürstenburg, welches der Gotteshausbund inzwischen besetzt hatte, wagte man nicht, durch österreichische Leute dem neuen Bischof öffnen zu lassen<sup>2)</sup>. Das Benehmen Dietegs von Salis bezeichnete der Erzherzog zwar strafwürdig; aber bei dem beginnenden Feldzug gegen die Türken wurde von jedem Vorgehen wider ihn, selbst von einer Citation, Umgang genommen. Salis nahm auch fortan eine feindliche Stellung zum Bischof ein, und auf des letztern Klage dachte man schon 1567 in Innsbruck an die Entfernung des unbotmässigen Vogtes. Ein Mord, dessen sich Dieteg später schuldig machte, gab dann erwünschten Anlass, um ihn der Vogtei von Castels zu entsetzen<sup>3)</sup>. Ferdinand verlieh dieses Amt dem Herrn von Marmels.

Selbst mit Bischof Beatus hatte Ferdinand mancherlei Reibungen über die Ausübung hoheitlicher Rechte. Der Erzherzog beanspruchte die hohe Gerichtsbarkeit, nicht zwar über die Leibeigenen und Colonen des Stiftes, jedoch über die in Tirol sesshaften Gotteshausleute, desgleichen die Leibsteuer von allen Gütern, welche dieselben zu ihrem, vom Stift abhängigen Besitz hinzuerwarben, und die Teilnahme an der Inventur, wenn ein Gotteshausmann auch tirolische Herrschaftsgüter besessen. Der bischöfliche Hauptmann zu Fürstenburg, so ward verlangt, sollte stets diese landesfürstlichen Rechte beobachten<sup>4)</sup>. Den Stiftsleuten in Schlanders wurde eine specielle Huldigung, welche der Bischof verlangte, untersagt<sup>5)</sup>. Und nur dadurch hat man sie im tirolischen Untertanenverbände erhalten. Wie man dem bischöflich churischen Einfluss beim Kloster Marienberg entgegentrat, wurde bei anderer Gelegenheit schon hervorgehoben<sup>6)</sup>. Bei einem Streite mit Glurns verhängte Porta über Bürgermeister und Gemeinde kirchliche Strafen; Ferdinand bestand auf augenblicklicher Zurücknahme<sup>7)</sup>.

<sup>1)</sup> A. D. 1565 Fol. 410, 530, 693.

<sup>2)</sup> A. H. 1566. Vgl. den Beschluss der Ratsboten des Gotteshauses im Archiv f. K. öst. Gesch. XV, 374, 10. April 1566.

<sup>3)</sup> Ferd. 432 $\frac{1}{3}$ ; Schl. 445.

<sup>4)</sup> A. H. 1573, gedr. bei Foffa, Das bündnerische Münsterthal p. 177.

<sup>5)</sup> Nach Foffa p. 37 überhaupt in ganz Untercalven. <sup>6)</sup> I. Bd. p. 117.

<sup>7)</sup> A. H. 1579.

Solche Differenzen waren jedoch schnell vorübergehend; derselben ungeachtet vertraute der Bischof auf Tirol als auf den sichersten Rückhalt. Denn seine Lage wurde unter den religiösen Wirren und politischen Kämpfen der Bündner täglich schwieriger. Es war für Beatus ein grosser Schlag, dass das Haupt der katholischen, österreichisch gesinnten Partei, Johann von Planta, Burgherr von Razüns, als ein Opfer bündnerischen Glaubenshasses 1572 fiel. Die Bluttat wurde dadurch nicht ungeschehen gemacht, dass sie von den Eidgenossen misbilligt und von einem spätern „Prüfungsgericht“ möglichst desavouirt wurde<sup>1)</sup>. Der Bischof sah sich durch die Gotteshausleute in der nächsten Zeit noch mehr bedrängt und bat die katholischen Orte der Schweiz um ihre Intercession. Da sie völlig wirkungslos schien<sup>2)</sup> und die Familie Salis in ihrer feindlichen Stellung wider ihn verharrte, so zog sich Beatus auf Fürstenburg zurück, wo er doch einigermaßen unmittelbarer Bedrängnis entrückt war. Hier reifte in ihm bald der Gedanke, zurückzutreten. Er wollte sich, wie er Ferdinand mittheilte, nach einem Coadjutor umsehen und sich selbst auf eine gut situirte tirolische Pfarre begeben<sup>3)</sup>. Der Papst suchte den tiefgebeugten Bischof zum Ausharren im Amte zu bewegen. Erzherzog Ferdinand acceptirte gern den Plan bezüglich eines Coadjutors und befürwortete ihn auch bei den sieben eidgenössischen Orten<sup>4)</sup>; einen Augenblick dachte er dabei an die Erwerbung des Stiftes für Andreas. Die mislichen Zustände daselbst hielten jedoch von einer weitem Verfolgung dieses Planes zurück<sup>5)</sup>. Päpstliche Nuntien, nämlich die Bischöfe Ninguarda und Bonomo, welche mit der Untersuchung über das Gebaren des Bischofs betraut waren, fällten über ihn einen Spruch, gegen welchen sowol Beatus als auch der Erzherzog nach Rom appellirte<sup>6)</sup>. Indessen war die Pfarre Tirol-Meran ledig geworden, und Ferdinand verlieh sie dem allseitig bedrängten Bischof. Nun zögerte derselbe auch nicht länger mit der Resignation. Zu seinem Nachfolger wurde 1581 Peter Rascher gewählt, welcher

1) Moor l. c. II, 188 f. Zschokke 175; Campell, Zwei Bücher rät. Geschichten, 518; Samml. d. ält. eidgen. Absch. IV, 492, 499.

2) Eichhorn l. c. im beigegebenen Codex Probat.

3) A. D. 1575 Fol. 582. Vgl. des Beatus Schreiben an Cardinal Hohenems in Theiner Ann. eccl. II, 201. 4) Samml. d. eidgen. Absch. IV, 642.

5) Ferd. 83, geheime Instruktion f. Sporeno 19. März 1576.

6) Theiner III, 165, 166. In einem undatirten Schreiben an Ferd. erwähnt der Bischof, es sei an ihn das Ansinnen gestellt worden, zu Gunsten Ninguarda's zu resigniren. Ferd. Suppl. C. — Die Nuntien verurteilten den Bischof wegen Verschleuderung von Stiftsgütern zur Zahlung einer hohen Summe.

in sechs Vertragspunkten die Forderungen der Bündner erfüllte und so — freilich mit Preisgebung der meisten bischöflichen Rechte — dem Stifte die lang entbehrte innere Ruhe verschaffte<sup>1)</sup>. Beatus starb 1590 als Pfarrer auf Tirol.

In der Ermordung des österreichischen Pfandherrn auf Razüns musste Ferdinand auch einen gegen Oesterreich begangenen Friedensbruch erblicken. Nachdem sich aber die erste Aufregung gelegt hatte, gaben die drei Bünde dem Erzherzog die Erklärung, sie wollten ihm in seiner Obrigkeit keinen Eintrag tun, doch sollte ein Inhaber der Herrschaft erst auf Vorschlag der vier Gemeinden von Razüns eingesetzt werden<sup>2)</sup>. Nach raschem Besitzwechsel in den Geschlechtern Stamp und Schauenstein übertrug Ferdinand die Pfandschaft wieder an die Familie von Planta<sup>3)</sup>.

Seit dem Jahre 1574 hatte Tirol auch Grenzstreitigkeiten mit Engadin. Im Namen seiner Untertanen von Naudersberg, Tarasp und Scharl erhob Ferdinand gegen die Unterengadiner Ansprüche auf Ländereien und Waldrechte im Inntal bis gegen Pontalt. Man vereinigte sich wol zu einer Commissionshandlung, zu welcher sechs Verordnete von beiden Teilen in Nauders zusammentraten, aber nach mehrtägigem Sprechen (8.—20. Juni 1575) giengen die Commissäre mit grosser Verbitterung auseinander. Die Engadiner, von den drei Bünden beraten und unterstützt, wichen „keines Nagels Breite<sup>4)</sup>. Natürlich verzögerte sich da auch die Erbhuldigung, zu welcher übrigens auch die Gerichte des Pretigeu erst im Jahre 1578 sich verstanden. Ein Teil dieser Streitigkeiten wurde durch einen gütlichen Vergleich im Jahre 1592 erledigt. Die Bundesleute erhielten wesentliche Zollbegünstigungen, selbständige Civilgerichtsbarkeit und das

1) Eichhorn l. c.      2) Repert. des Sch. VI, 229; I. F. D. 1257.

3) M. a. H. 1580 Fol. 558; G. v. H. 1582 Fol. 87; M. a. H. 1582 Fol. 526; Ferd. 374. — Unter dem Eindrucke des Ereignisses mit Joh. v. Planta war die Kammer dafür, dem Bartholomäus Stamp bei der Uebergabe von Razüns den Religionsartikel zu erlassen und sich mit einer privaten Erklärung des neuen Pfandherrn zu begnügen. M. a. H. 1573 Fol. 457.

4) Foffa l. c. 181; Campell II, 521. Ferdinands sechs Commissäre waren die Edelherren Jakob v. Payrsberg, Franz v. Hendl, Cyriac v. Heidenreich, Balthasar Scheck (nicht Schenk, wie bei Foffa), Georg Füger und Balthasar Fröhlich. Einer von ihnen, Payrsberg, schreibt in sein Tagebuch: „Den 6. Juni bin ich geen Nauders auss bevelch Ir. fürstl. Durchl. geriten, alda unser 6 Comisari von Ir. fürstl. Durchl. zambe khomen, und 6 aus den Pünten, die spänigen artiggl zwischen Ier Durchl. und den Pünten zu vergleichen, und sein von dem 8. Juni bis auf den 20. alda bey einander gwest, aber auss unbefuegter hallsstörigkhait der Pundtsleit nicht verricht.“

Recht, mit den Gotteshausleuten in Tirol in einem Bundesverhältnis zu stehen, welches der Aufsicht und Controlle landesfürstlicher Pfleger vollständig entrückt war<sup>1)</sup>. Welchen Rückgang bezeichnet dieser Vertrag für die tirolische Herrschaft im Vergleich zu den Erfolgen, deren sich noch die Regierung des Erzherzogs Sigismund hatte rühmen können<sup>2)</sup>!

Dieselben Commissäre, welche diese Bestimmungen zu Mals vereinbart hatten, sollten im folgenden Jahre noch andere Konflikte zwischen den Gotteshausleuten und österreichischen Untertanen schlichten. Nachdem ihnen dies in einer Streitsache der Tarasper gegen Schuls gelungen, versuchten sie es in einer ähnlichen, welche zwischen Ramüs und dem tirolischen Dorfe Reschen anhängig war. Aber während der Verhandlungen benahmen sich die Engadiner so excessiv, dass die österreichischen Gesandten ein ferneres Taidingen abschlugen<sup>3)</sup>.

Man gewinnt aus diesen Vorgängen das Bild von Zuständen, welche sich auf die Dauer nicht halten konnten. Oesterreich hat gegenüber den drei Bünden gewisse Hoheitsrechte, aber dieselben waren schon in Gefahr, dem bündnerischen Freiheitsgeiste völlig zum Opfer zu fallen. Nur gegen die tirolische Seite zu behaupten sich die habsburgischen Prärogativen. In vielen Punkten steht die tirolische Regierung vor den Bünden, wie vor einer fremden, souveränen Macht. Bei einem Zerwürfnis mit Mailand fordern sie vom Erzherzog, dass er seinen Untertanen den Kampf wider sie untersage<sup>4)</sup>. Dass die Freiheit der Bünde Ferdinands Zinsengesetze illusorisch machte, wurde schon früher gezeigt<sup>5)</sup>.

Wie gegen Venedig so war man in Tirol auch gegen die bündnerische Nachbarschaft vom lebhaftesten Misstrauen erfüllt. Zum

<sup>1)</sup> Arch. f. K. öst. Gesch. XV, 375; Foffa 225; Denkwürd. d. Fortunat v. Juvalta, herausgeg. v. Mohr p. 3.

<sup>2)</sup> A. Jäger in den Sitzungsberichten X, 77.

<sup>3)</sup> Damals kam auch die Erneuerung jenes Vertrages zur Sprache, welcher (seit 1519) die Kriminalgerichtsbarkeit im untern Engadin und den angrenzenden Orten Tirols regelte. Die Erneuerung erfolgte jedoch erst 1599. Ueber den Vertrag s. Campell l. c. I, 114. — Ein Urtheilbrief von 1594 erklärt, dass die Gotteshausleute von Lenz, Brienz, Vatzlerol und Surawa den Gerichtsstab von Belfort, einer österr. Lehenschaft, anzuerkennen haben. Ferd. 95 N. 8. Vgl. Campell I, 145.

<sup>4)</sup> Ferd. 270. Es waren die Unruhen des Jahres 1585 in Veltlin. S. Zschokke l. c. p. 183.

<sup>5)</sup> I. Bd. p. 445. Der Erzherzog sagt in einem Schreiben an die drei Bünde, dass aus den Gerichten Glurns, Mals und Schlanders jährlich weit mehr als 5000 Mut an dieselben als Afterzinse abgegeben worden. A. H. 1572.

öftern wird als Maxime betont, dass man keinen Engadiner ins Land lassen, keinem wenigstens „haushabliche“ Niederlassung gestatten solle<sup>1)</sup>. Wie im Osten gegen die Türken, so sollte Tirol auf der andern Seite gegen die Bünde wol befestigt werden<sup>2)</sup>. Indem man den Herrn von Trapp bei seinem Jurisdiktionsprocess gegen Marienberg unterstützte, tat man es besonders aus dem Grunde, „weil die pünt bei der jüngsten tagsazung dahin gedeutet: wo einem abt auf Marienberg mit der niedern obrigkeit ausser seines bezirks die schanz geraten soll, sie ihnen auch nit wollten weiter verwehren lassen“<sup>3)</sup>. Eben deshalb empfahl es sich auch, der Ausbreitung des rhätomanischen Elementes in Vintschgau entgegenzutreten. Es folgte das Verbot, hier engadinische Dienstleute zu bestellen; auch in den Schulen sorgte man für Erteilung deutschen Unterrichtes<sup>4)</sup>.

Dieselbe vorsichtige Haltung beobachtete Ferdinand und seine Regierung gegen die schweizerischen Eidgenossen. Auf alles, was hier vorgieng, auf jede kriegerische Werbung und Rüstung sowol wie auf jede Tagsatzung hatte man in Innsbruck ein wachsames Auge; der österreichische Agent Heggenzer musste darüber stets genau berichten. Heggenzer bezahlte, um auch hinter geheime Verhandlungen zu kommen, einen Eidgenossen, welcher ihn, obgleich auch in französischem Solde stehend, gut bediente<sup>5)</sup>. Was Oesterreich von den Eidgenossen erfahren, war in allzu lebhafter Erinnerung, als dass es Vertrauen zu ihnen hätte fassen können. Die Parteiungen unter ihnen selbst, die notorische söldnerische Käuflichkeit, mit Hilfe deren Frankreich und Spanien die grossen Kämpfe durch „goldene Lanzen“ auf Schweizer Boden fortsetzten, dies alles war nicht geeignet, das Zutrauen der österreichischen Staatsmänner zu ihnen zu festigen. Gar nicht wählerisch war Ferdinands Kammer, wenn sich ein Gläubiger mit einem Anlehen erbot; aber bei den Eidgenossen wollte man selbst in grossen Verlegenheiten keine Schulden contrahiren, denn sie seien ein „heftigs, stolzes, trohlichs volk“. Die Proposition eines Darlehens, welche Basel unter Schwendi's Vermittlung machte, lehnte man ab, weil „je weiter man gegen solche personen, als die eidgenossen sein, in handlung kommt, je beschwerlicher es abzuschlagen ist“. Höchstens bei jenen, meinte die Kammer, deren österreichische Gesinnung zweifel-

<sup>1)</sup> Landtagsbeschluss von 1567.

<sup>2)</sup> Einmal geht die Rede, als hätten die Bündner einen Angriff auf Partschins, bei der grossen landesfürstlichen Zollstätte „an der Töll“, geplant; sie wiesen allerdings das Gerücht energisch zurück. A. D. 1572 Fol. 229.

<sup>3)</sup> Vgl. I. Bd. p. 117.

<sup>4)</sup> Koch, Jurisdiktionsstreit II, 28.

<sup>5)</sup> G. v. H. 1578 Fol. 1062.

los sei, könnte man Geld aufnehmen<sup>1)</sup>. Gelang es dagegen Jemanden, die Rückzahlung seines Guthabens durch die Bünde oder die Eidgenossen bei der Innsbrucker Kammer urgiren zu lassen, so brauchte er sicherlich nicht lange zu warten.

Grosses Misvergnügen erweckte es in Innsbruck, als man von dem Bündnis erfuhr, welches der Basler Bischof Christoph Blaarer 1579 mit den katholischen Orten eingieng. Seit längerer Zeit residierte das Basler Capitel im vorländischen Altkirch, und da waren zwischen ihm und Ferdinands Regierung mancherlei Irrungen entstanden. Durch diese Annäherung des Bischofs an die Eidgenossen fühlte sich der Erzherzog in der Verfechtung seiner Ansprüche unliebsam beschränkt. Cardinal Andreas und die Räte zu Ensisheim wollten, dass Ferdinand den Bischof ob seines Schrittes beim Kaiser belange, aber in Innsbruck scheint man die Sache äusserlich stillschweigend hingenommen zu haben<sup>2)</sup>. Wenige Jahre später erfolgte die Erhebung des Andreas auf den bischöflichen Stuhl in Constanz nicht ohne einige Schwierigkeiten von Seite der Urcantone, welche zu diesem Sprengel gehörten.

Wessen man sich in Tirol von den Eidgenossen versah, das kennzeichnet ein erzherzoglicher Auftrag an Heggenzer (1581): er möge heimliche Umfrage halten, ob es wahr sei, dass die Schweizer unter Vermittlung eines Juden Bund und Abkommen mit den Türken geschlossen hätten<sup>3)</sup>.

Die Erbeinigung, welche Maximilian I. mit den Eidgenossen aufgerichtet, wurde unter dem Erzherzog nicht förmlich erneuert, sondern beide Teile gaben sich nur das mündliche Versprechen, daran festhalten zu wollen<sup>4)</sup>. Ferdinands Räte waren gegen eine neue Raticirung, weil sie fürchteten, die Schweizer könnten neue Geldforderungen daran knüpfen<sup>5)</sup>. Den freien Silberkauf, welchen die Eidgenossen forderten, weil die Erbeinigung beiderseitigen freien Kauf stipulirte, hat man in Innsbruck wiederholt abgeschlagen. Ebenso riefen die erzherzoglichen Beschränkungen der Korneinfuhr und die Neuerungen im Salzhandel Rekrimationen der Schweizer auf ihren

<sup>1)</sup> G. M. 1568 Fol. 2022; M. a. H. 1571 Fol. 285; M. a. H. 1577 Fol. 700.

<sup>2)</sup> Segesser II, 370; A. D. 1581 Fol. 12; Ferd. 332. <sup>3)</sup> A. H. 1581.

<sup>4)</sup> Samml. d. eidgen. Absch. IV, 312, 318. Der Wortlaut der Einigung ib. III, 1343.

<sup>5)</sup> A. D. 1564 Fol. 219. — Oesterreich zahlte ohnehin an die Schweiz jährlich ein paar tausend Gulden vermöge der Einigung Maximilians. Heggenzer wünschte die Bestätigung des Vertrages „zur verhütung von unruh“. Ferd. 56½.

Tagsatzungen hervor<sup>1)</sup>. Auf Grund des „freien kaufs“ hatten sich die Eidgenossen schon bei K. Ferdinand über die österreichischen Zölle beschwert. 1561 war ihnen vertragsmässig für den Import volle Zollfreiheit, für den eigenen Export ermässigte Zollsatz gewährt worden. Als die 25 Jahre, für welche diese Begünstigungen zu gelten hatten, um waren, erwirkten sie vom Erzherzog noch grössere Zugeständnisse. Für ihre eigenen Produkte und Erzeugnisse gewährte er beim Export den halben frühern Zoll, für den eingeführten Reis wurde ausdrücklich gänzliche Zollfreiheit gestattet und den eidgenössischen Kaufleuten eine nachsichtige Behandlung an den österreichischen Zollstätten versprochen<sup>2)</sup>. Um diesen Vertrag, welcher den Eidgenossen doch so wesentliche Concessionen machte, zum Abschluss zu bringen, hatte man in Innsbruck noch für gut befunden, ihre Commissäre bei den Zollverhandlungen „zu desto mehrer forttriebung der sachen“ mit „verehrungen“ zu bedenken<sup>3)</sup>. Der neue Zollvertrag (1587) hatte Geltung auf weitere 25 Jahre.

Von den regierenden italienischen Fürstenhäusern waren drei mit Ferdinand verschwägert. Herzog Wilhelm von Mantua vermählte sich 1561 mit Erzherzogin Eleonore, Herzog Alfons von Ferrara 1565 mit Erzherzogin Barbara, und Franz von Medici, Herzog von Florenz, mit Johanna, der jüngsten von den königlichen Schwestern.

In Mantua warb Ferdinand selbst um die Herzogstochter und gab sich dabei Mühe, zwischen Wilhelm und seinem Sohne Vincenz ein besseres Verhältniss herzustellen. Denn die unfruchtbare Ehe des letztern mit einer farnesischen Princessin führte zu einer tiefen Verstimmung zwischen Vater und Sohn. Der Erzherzog liess Vincenz durch den Gesandten Dario von Nomi ermahnen, dem Herzog kindlichen Gehorsam zu bezeugen<sup>4)</sup> und nicht ohne väterliche Erlaubnis ins Ausland (nach Frankreich) zu ziehen.

Die verwandtschaftlichen Beziehungen zu den italienischen Dynasten, welche durch die Ehe mit Anna Catharina von Mantua noch inniger wurden, trieben den Erzherzog in eine Politik, welche gern den Interessen dieser Fürsten diene. Hiefür nur ein paar illustrirende Fälle. Claudio Lando, dessen Vater einst von Kaiser Karl mit Borgo-

<sup>1)</sup> Samml. d. Absch. IV, 516.

<sup>2)</sup> Samml. d. Absch. V, 1843. — In Innsbruck dachte man tatsächlich zuerst daran, nur den kathol. Cantonen den Reiszoll zu erlassen. G. M. 1587 Fol. 76. Vgl. Meyer v. Knonau in d. histor. Zeitschr. 43. B. p. 199.

<sup>3)</sup> G. v. H. 1585 Fol. 304; E. u. B. 1586 Fol. 152; M. a. H. 1586 Fol. 183.

<sup>4)</sup> Bezold I, p. 439, 576; Ferd. 112. — 23. Sept. 1580 meldet Sprinzenstein: der Prinz von Mantua „ist seinem vater aus dem voglhaus entflohen und in gar grosser differenz“. A. Mem. IX, 11.

taro als mit einem Reichslehen belehnt worden war, wurde durch den Herzog von Parma vertrieben und floh zum Kaiser. Unterdessen wurde er auf Parma's Betreiben von den italienischen Fürsten und vom Erzherzog, angeblich wegen versuchten Meuchelmordes, bandisirt. Rudolf II., welcher überhaupt öfters die freilich schon vielfach vergessenen kaiserlichen Hoheitsrechte auf Italien betonte, nahm sich Lando's an und forderte von Ferdinand die Zurücknahme des Bandiments. In Innsbruck wurde aber die Erfüllung des kaiserlichen Ansinnens unter ausdrücklicher Begründung, dass der Erzherzog mit Parma freundlich verbündet sei, entschieden abgelehnt (1583)<sup>1)</sup>. In einer Streitsache Mantua's mit Reinuccio v. Parma ernannte der Kaiser 1592 Ferdinand zum Schiedsrichter; aber dieser nahm die Vermittlerrolle nicht an, um sich nicht mit einem der beiden Geschlechter zu verfeinden<sup>2)</sup>. Die Freundschaft der Höfe von Mantua und Tirol scheint in Eleonore<sup>3)</sup> ihre festeste Stütze gehabt zu haben. Gern besuchte sie ihren Bruder in Innsbruck und sie war es besonders, welche die Heirat ihrer Tochter mit Ferdinand beförderte<sup>4)</sup>.

Sehr wechselvoll gestaltete sich die Stellung des Florentiner Hofes zum Erzherzog. Cosimo's Erhebung zum Grossherzog, welche Papst Pius V. aus eigener Machtvollkommenheit vollzogen hatte, erregte beim Kaiser grossen Unwillen, den wol auch Ferdinand teilte. Die Uebersendung wertvoller Geschenke und eine freundliche Mitteilung der Rangserhöhung vermochte den Erzherzog keineswegs zur Anerkennung derselben zu bewegen<sup>5)</sup>. Jene Gefahren aber, welche

1) Ferd. 86.      2) Misc. A. 370.

3) Schönes Lob spendet ihr Muratori, *Annali d'Italia*, 120; vgl. auch Khevenhiller, *Annal. Ferd. IV*, p. 1339.

4) Ferdinands Stellung zu Herzog Wilhelm scheint zeitweilig minder freundlich gewesen zu sein. Als Anna Catharina 1585 auf Besuch nach Mantua gieng, gab Ferdinand die Weisung, sie sollte nicht allein mit ihrem Vater verkehren und sich in allem nach der Meinung ihrer Mutter Eleonore richten. *Eigenh. G. A. VI*. — 1589 lässt Eleonore dem Erzherzog ihren Besuch ankünden und sagen, „eine suppe und ein stuck rindfleisch sei ihr bei E. F. D. lieber als anderswo das schönste wildpret und ander gute bissen“. *Schl. 65*. — 1586 liess Ferdinand durch Sigmund v. Welsberg seinen Glückwunsch melden zur Geburt eines Sohnes. „Die alte herzogin“, so berichtet Welsberg, „hat vor meinen augen den jungen prinzen auffatschen lassen und dann hab ich ihn nacket in die arme nehmen müssen, und man muss wirklich sagen, an dem hat der allmechtig gott an proportion und gestalt nichts vergessen; er ist so stark, als wär er fünf monat alt“. *Schl. 65*.

5) Cosimo bezeichnet seinen neuen Rang als ein päpstliches „spontaneo et non punto procurato dono“, welches ihn um so mehr freue, „poiche ogni orna-

des Kaisers Zorn über den Mediceerstaat heraufzubeschwören drohte, hat die schlaue Politik des Grossherzogs klüglich abgewendet, und wenige Jahre später hat er die kaiserliche wie auch die erzherzogliche Anerkennung seines Titels erreicht<sup>1)</sup>. Mehr als durch diese Rangfrage wurde das Verhältnis der Häuser Habsburg und Medici getrübt in Folge der unglücklichen Ehe Johanna's mit Herzog Francesco. Der sinnliche Mediceer trat seit 1570 in anstössigen Verkehr mit Bianca Capello, einer flüchtigen Venezianerin<sup>2)</sup>, während er zunehmende Abneigung und beleidigende Härte gegen seine Gemahlin an den Tag legte. Johanna war mit so geringem Einkommen bedacht, dass sie ihre Kleinodien versetzen musste. Unter den Brüdern zeigte Ferdinand die lebhafteste Teilnahme für ihre traurige Lage und eifrige Sorge, dieselbe zu bessern<sup>3)</sup>. Auf sein Betreiben entschlossen sich auch der Kaiser und Karl von Steiermark zu gemeinschaftlicher Abordnung eines Gesandten, welcher über die Zustände am Hofe zu Florenz genaue Relazion erstatten sollte. Zu dieser Mission war Jakob v. Payrsberg ausersehen. Alle drei Brüder hatten schon seine Instruktion ausgefertigt, als der Tod Maximilians die ganze Intervention rückgängig machte<sup>4)</sup>. Gleichzeitig liess Ferdinand durch seinen Beichtvater Johann v. Cavalerii den Papst ersuchen, dass er den Grossherzog zur ehelichen Pflicht und Treue ermahne<sup>5)</sup>. Im Einverständnis mit dem Erzherzog und wahrscheinlich durch ihn veranlasst richtete auch Rudolf II. eine ähnliche Aufforderung nach Florenz, worin namentlich Klage geführt wurde über die demütigende Armut, in welcher die Grossherzogin leben müsse<sup>6)</sup>. Vom Jahre 1577

mento di questa casa s'infonde nel proprio sangue del'Altezza Vostra. 11. Dez. 1569. Or. Ferd. 86.

<sup>1)</sup> Ueber Maximilians Unwillen vgl. Bezold I, 75—79.

<sup>2)</sup> Reumont, Gesch. Toscanas I, 314; Romanin, Storia docum. di Venezia VI, 377.

<sup>3)</sup> Eines der kostbarsten Geschenke, die Ferdinand je verteilt hat, war jenes, welches er Anfangs der siebziger Jahre seiner Schwester nach Florenz schickte. Es war ein reich vergoldeter „hangender“ Wagen, in Ravensburg gebaut. Oft ist von diesem „florentinischen“ Wagen und dem schönen dazu gehörigen „Gezeug“ in den Akten die Rede.

<sup>4)</sup> Ferd. 397. Payrsberg notirt darüber folgendes: „Den 17. July (1576) bin ich auf der kay. Maj. Kayser Maximilians und fürstl. Durchl. erzherzogen Ferdinanden zu Oesterreich unsers landtsfirsten erforderung zu Innsprugg ankomen, hab Ier Durchl. mit mier gehandelt Irer Maj. und Durchl. agendt und potschaffter auf ein zeit zu Florenz bey dem herzog und herzogin frauen Johanna geborne zu Oesterreich zu sein und sy baid ires widerwillens mit einander zu vergleichen, dessen ich mich auf drei monat lang bewilliget hab. Ist aber hernach widerumben eingestellt worden.“ <sup>5)</sup> Ferd. 332. <sup>6)</sup> Ferd. 86.

an, da Johanna eines Sohnes, Philipp Cosimo, genas, besserte sich das Einvernehmen der Gatten. Aber schon ein Jahr später starb Johanna im Kindbette; Francesco's Liebe zu Bianca, so sagte auch jetzt noch das Volk, habe ihre Tage verkürzt<sup>1)</sup>. Und eine ihrer Schwestern, die Herzogin Anna von Baiern, schrieb dem Erzherzog: „wir müssen gott danken, dass unser geliebte Schwester von irer hochbedrangten Kommernis gnediglich entledigt worden ist, und allein die Kinder (den genannten Sohn und drei Töchter) dem lieben Gott befehlen“. Die Sorge um die Wolfart von Johanna's Kindern, welche in diesen Worten zum Ausdrucke kommt, bezog sich wol zunächst auf Philipp Cosimo, dessen Leben einige durch Francesco's nächstfolgende Vermählung für gefährdet hielten<sup>2)</sup>. Der schwächliche Knabe starb im fünften Lebensjahre<sup>3)</sup>.

Bald nach dem Tode der Grossherzogin verbreitete sich am Kaiserhofe das Gerücht, Francesco wolle die Venezianerin aus Florenz entfernen<sup>4)</sup>. Statt einer Bestätigung desselben erfuhr man jedoch in kürzester Frist, dass sich der Grossherzog kaum zwei Monate nach dem Hinscheiden seiner Gemahlin mit Bianca vermählt habe. Ferdinand machte aus seinem Unwillen über dieses Benehmen seines Schwagers kein Hehl. Zu einer förmlichen Anerkennung Bianca's als rechtmässige Gattin und zu einer Begrüssung derselben konnte er sich nicht verstehen. Das Aeusserste, wozu er sich herbeilassen wollte, war, dass er den Grossherzog seiner Freundschaft versicherte, jedoch mit dem Beisatz, er könne seiner Schwester Johanna nicht vergessen. Diese brüderliche Teilnahme am Schicksal der nun Verstorbenen musste aber die Ausführung eines Planes ungemein erschweren, welchen der Erzherzog eben jetzt durch einige Zeit eifrig verfolgte. Sprinzenstein, welcher in seinem Namen nach Johanna's Ableben zu Florenz die Condolenzvisite machte, brachte die Vermählung Karls von Burgau mit Anna, der zweiten Tochter Fran-

1) Muratori l. c. 27.

2) Sporeno schreibt am 4. Juli 1579 aus Rom: V. S. A. sapera anco, che quel duca ha scoperto et manifestato publicamente un figliolo di tre anni (Reumont l. c.), il quale hebbe la detta Bianca, e certo sermo principe si ha molto da temere della vita del principe figliolo della santa memoria della serma granduchessa sorella di V. S. A. — V. S. A. e prudentissimo per proveder al tutto qui in questa corte li servitori affectionati di V. S. A. et della sua serma casa tutti temono, che avenga qualche male a quel figliolino nipote di V. S. A.

3) Nach des Grossherzogs Meldung starb das Kind „con febre et con accidenti di vermi et di epilepsia“.

4) Mitteilung des Hans v. Welsberg aus Prag an Ferdinand 29. Mai 1578. Ferd. 332.

cesco's, zur Sprache. Die Antwort des Grossherzogs liegt nicht vor. Sprinzensteins Mitteilungen müssen aber ziemlich aussichtsvoll gelautet haben<sup>1)</sup>, weil Ferdinand sowol den Kaiser, als auch den König Philipp von der bevorstehenden Heirat avisirte<sup>2)</sup>. In der That benachrichtigte der Grossherzog selbst Rudolf von den Heiratsverhandlungen und erbat sich dessen Consens, indem er zugleich seiner Befriedigung darüber Ausdruck verlieh, dass seine Beziehung zum Erzherzog durch kaiserliche Vermittlung sich gebessert habe<sup>3)</sup>. Aber schnell verdüsterten sich diese Aussichten. Der Erzherzog hatte, um vielleicht sein eigenes Ansuchen desto leichter durchzusetzen, noch ein zweites Eheprojekt entworfen: es sollte Herzog Vincenz von Mantua die älteste der florentinischen Princessinnen heimführen. Darum war Sprinzenstein in Mantua angekehrt und hatte auch bereits da die väterliche Zustimmung erlangt. Aber Herzog Wilhelm machte gleich wieder Schwierigkeiten. Zuerst forderte er eine sehr hohe Aussteuer, und als diese bewilligt war, stiess er sich an Francesco's Ehe mit Bianca. Diese Vermählung, welche man in Florenz gewünscht hatte, um eine Allianz Mantua-Parma-Ferrara hintanzuhalten, kam nicht zu Stande; noch 1579 heiratete Herzog Vincenz, wie schon berichtet, eine Princessin von Parma. Man schrieb den Misserfolg französischem Einflusse zu<sup>4)</sup>. Nun gieng es aber auch mit der Werbung für Karl v. Burgau nicht vorwärts. Sprinzenstein wiederholte im Jahre 1580 sein Anbringen — diesmal aussichtsloser als das erste Mal. Denn neben der Hand der Princessin war es auch ein grosses Darlehen,

1) Der Grossherzog schreibt selbst an Rudolf, die Verhandlungen seien schon gediehen „a termine di buona et certa conclusione“.

2) Rudolf drückt in seiner Antwort dem Erzherzog seine Freude darüber aus, welche um so grösser, „wie wir hievor den widerwillen und misverstand zwischen E. L. und dem grossherzog ganz ungeru gesehen“. 24. März 1579 Or. und Conc. an K. Philipp P. XXVI, 423. — Ferdinand an Rudolf 16. März 1579, P. I, 190. — In Spanien war man etwas pikirt darüber, dass Ferdinand später als der Grossherzog von der Ehesache Mitteilung machte. Khevenhiller an Ferdinand 20. Aug. 1579. Ferd. 106.

3) „Venendo cosi per volonta di Dio levata via sicuramente quella insatisfattione, che senza mia colpa pareva nata tra l'Altezza S. et me, et per sopir la quale la Ma<sup>tà</sup> V. volse benignamente intramettersi“. Franc. an Rud. 25. Jänn. 1578 (Florentiner Jahresrechnung = 25. Jänn. 1579). Or. Ferd. Testam. Fol. 226.

4) Vgl. Reumont I, 302. — Sprinzenstein war noch ein zweites Mal nach Mantua gegangen, um den Herzog zu gewinnen; da wurde ihm der Eintritt in die Stadt versagt. H. Wilhelm erklärte dem Erzherzog, er wolle mit jedem verhandeln, nur nicht mit diesem „Schwätzer“; nebenbei stellte er auch die bissige Frage, warum sich Ferdinand jetzt so sehr um den Grossherzog interessire, mit dem er bisher nicht sonderlich gut gestanden. Vgl. Bezold I, 439.

um welches er den reichen Fürsten ersuchen musste<sup>1)</sup>. Der Freiherr bot bei Francesco wie bei dessen Staatsrat Belisar Vinta v. Volterra<sup>2)</sup> seine ganze Suada auf und liess sie merken, „dass enters bach auch leut sein“, aber da gab es nun durchaus abweisenden Bescheid. Ferdinand erhielt für seinen Sohn weder eine Braut noch das gewünschte Anlehen<sup>3)</sup>. Im Gegenteil, jetzt war die Stimmung am Florentiner Hofe eine recht unfreundliche. Hinsichtlich der Brautwerbung bediente sich Francesco des Vorwandes, er wolle nach italienischem Gebrauch die jüngere Tochter nicht eher vermählen, bis die ältere einen Mann bekommen<sup>4)</sup>. Ferdinands Gesandter fühlte sich in Florenz wie im „Fegefeuer“. Ich muss hier, so klagt er, „landsknechtisch leben und ist mein bett von groben werchmadrazzen, darinnen knöpf wie die ganz eier und hab mir schier die lend abgelegen“. Die Kränkung darüber, dass der Erzherzog Bianca nicht ästimirte, gab man dadurch zu erkennen, dass man für die verstorbene Welserin keine Exequien halten liess<sup>5)</sup>. Unter solchen Umständen erfolgte denn auch zu Anfang 1581 die Abberufung des Unterhändlers<sup>6)</sup>.

Von einem spätern, intimeren Verkehr der beiden Höfe verlautet nichts mehr. Im gleichen Jahre (1587), da Herzog Wilhelm von Mantua dahinschied, starb auch das grossherzogliche Ehepaar, Francesco und seine Bianca. Das Märchen, als sei hier Gift im Spiele

1) Die Summe sollte zum Ankaufe einer Herrschaft für Markgraf Karl dienen.

2) Vinta zeichnet sich 1574 ins Ambraser Trinkbuch: Et vivere et mori per sua Altezza. Belisarius Vintha, Secretarius Florentinus.

3) Ueber eine ähnliche gleichzeitige Abweisung Baierns in Florenz s. Lossen I, 743.

4) Dagegen hatte Sprinzenstein, ohne übrigens dazu autorisirt zu sein, gleich ein Auskunftsmittel. Ferdinand soll, so proponirte er dem Grossherzog, die älteste Tochter Eleonore heiraten. Drei Jahre später kam es dann zur Vermählung Eleonorens mit dem ausschweifenden Mantuaner Herzog Vincenz, nachdem er sich von seiner ersten Frau getrennt. Fast gleichzeitig starb Anna (1584), um welche für Karl v. Burgau geworben worden war.

5) Dies unterblieb, wie Sprinzenstein meldet, „weil sich E. F. D. auch gegen andere, wie mich E. F. D. gnedigst wol verstehen, unfreundlich erzeigt“. Ein ander Mal schreibt er, es kränke besonders, „dass E. F. D. sich gegen den grossherzog seiner gemahel halber so unfreundlich verhalten in ansehung, dass der grossherzog in lebzeiten E. F. D. gemahel je und allweg also gerett, auch keiner circumstantien desfalls nit gebrauchen wellen, dass er billig auch sich von E. F. D. gutes contracambio versehen hett sollen“. A. Mem. IX, 11; Ferd. 397.

6) Vgl. dagegen Sprinzensteins Angaben, welche derselbe vier Jahre später bei Herzog Wilhelm von Baiern machte. Bezold II, 262. Von den hier erwähnten „contract“ konnte ich nichts finden.

gewesen, widerlegte schon der erzherzogliche Gesandte Niclas von Welsberg, welcher damals in Mantua weilte. Eben derselbe konnte auch schon von einem Plane melden, demzufolge Francesco's Bruder und Nachfolger im Grossherzogtum, Cardinal Ferdinand<sup>1)</sup>, auf Vorschlag des Herzogs Vincenz von Mantua eine österreichische Princessin, die älteste Tochter des Erzherzogs Karl, heiraten sollte<sup>2)</sup>. Ferdinand von Tirol ward gebeten, ihr Porträt aus seiner reichen Bildergallerie nach Italien zu senden. Aber Grossherzog Ferdinand hat dann eine andere Wahl getroffen.

Als eifriger kirchlicher Restaurator, als getreuer Sohn seiner Kirche stand Ferdinand mit den Päpsten auf dem freundlichsten Fusse. Es fehlte nicht an mannigfaltigen Versicherungen und Beweisen dafür, wie sehr man in Rom seine Ergebenheit zu schätzen wisse. Absehend von den zahlreichen belobenden Breven erwähnen wir hier die zweimalige auszeichnende Uebersendung des geweihten Hutes und Degens (1568 und 1582)<sup>3)</sup>. Der Erzherzogin Anna Catharina überbrachte Graf Hieronymus v. Portia im Jahre 1588 die vom Papst benedicirte goldene Rose<sup>4)</sup>. Die Fragen der Kaiserwahl und der Einigung katholischer Fürsten sind zwischen Rom und Innsbruck, wie wir bereits gesehen, mehrfach erörtert worden. Was Ferdinand dabei stets im Auge hatte und erstrebte, war die Wahrung der österreichischen Hausinteressen und die Erhaltung des öffentlichen Friedens. Von diesem letztern Gesichtspunkte aus wollte er das offene und energische Vorgehen Sixtus V. gegen Navarra keineswegs billigen. Die päpstliche Deklaration, also liess er in Rom anbringen, gegen Navarra und Condé hätte jetzt nicht publicirt werden sollen; denn es sei zu befürchten, dass sie die protestantischen Fürsten Deutschlands gar sehr erbitterte, weil sie darin auch ihre eigene Condemnation sähen; sie möchten deshalb mit den Franzosen in Bündnis treten gegen die Katholiken und dadurch in Deutschland schwere Tumulte

1) Ueber dessen Begrüssung durch den erzherzoglichen Gesandten s. o. p. 138.

2) Schl. 65. s. Reumont I, 323.

3) 1582 überbrachte Bischof Sporeno das päpstliche Geschenk, welches er dem Erzherzog während eines feierlichen Gottesdienstes in der festlich geschmückten Hofkirche übergab. Karl Welser, damals Oberstkämmerer, trug hierauf, gefolgt von der Procession der Festgäste, die Insignien in die Burg. Ferdinands Dankbrief bei Theiner III, 313.

4) Sporeno hatte sich schon 1584 darum beworben; da war ihm jedoch Cardinal Medici zugekommen. In Zukunft, so verspricht er dem Erzherzog, „nemo me preveniet spero“.

erwecken<sup>1)</sup>. Derselbe Gedanke ist in einem Briefe niedergelegt, welchen der Erzherzog bei Gelegenheit des zweiten Conclave's im Jahre 1590 an Cardinal Ludwlg Madruz gerichtet hat. Er wünscht, es möge ein Papst gewählt werden, welcher, ein Freund des Friedens, mit dem Reiche und mit dem Hause Oesterreich es gut meine, denn darin liege die einzige Möglichkeit, um den allgemeinen Frieden zu erhalten<sup>2)</sup>.

Zu ernstlichen Differenzen zwischen Ferdinand und dem heiligen Stuhl ist es nie gekommen. Bloss der Conflict mit dem Cardinal von Trient, welcher in Rom seine Stütze fand, erweckte, aber nur vorübergehend, eine beiderseitige Verstimmung, welche sich zu Innsbruck in der minder freundlichen Behandlung eines päpstlichen Legaten kund gab<sup>3)</sup>. Eifersüchtig auf die Fürstenhöfe von Graz, Florenz und Turin, liess der Erzherzog beim Papst anhalten, dass, wie an diesen, so auch an seinem Hofe ein ständiger römischer Geschäftsträger residire. Sporeno übernahm es, seinem Herrn die Sache auszureden. In Graz, so schreibt er, unterhält der Papst einen Vertreter wegen der Menge der Häretiker in Innerösterreich, zu Florenz ist ein Gesandter notwendig in Folge mannigfacher aus der Nachbarschaft entspringenden territorialen Streitigkeiten, in Savoyen ist ein päpstlicher Resident vermöge des langen Gebrauches und in Rücksicht auf das gefährliche Genf („omnium heresum cloaca“); auch ohne diplomatische Vertretung sei der Papst zu aller Freundschaft erbötig.

Aehnliches Mistrauen, wie gegen die Bünde und Eidgenossen, herrschte in tirolischen Regierungskreisen gegen die Republik Venedig. Die erbitterten Fehden des 15. und 16. Jahrhunderts waren noch nicht vergessen<sup>4)</sup>, und kleine Grenzstreitigkeiten waren fast an der Tagesordnung. Im südöstlichen Tirol berührten sich mehrfach Ferdinands und Venedigs Landesmarken. Nicht so sehr in der Valsugana<sup>5)</sup>, desto mehr aber im Ampezzaner Gebiet gab es fortwährend Anstände. Von den österreichischen Untertanen der Gemeinde Heiden liefen in einem fort Klagen ein über Grenzverletzungen, deren sich

<sup>1)</sup> Ferdinand an Sporeno 17. Okt. 1585. Sporeno sollte aber diese Vorstellung „für sich“ anbringen.    <sup>2)</sup> A. H. 1590.

<sup>3)</sup> Vgl. Arch. f. K. öst. G. 64. B. p. 424. — Der Hofkanzler Wellinger sagt in seinem Gutachten über den Empfang des Legaten Comendone unter anderm: „zu dem stehen E. F. D. mit dem papst dermassen, dass E. F. D. nit ursach diesen leuten grossen gefallen zu zeigen mit andern umstenden. Selbst dem cardinal entgegenzureiten, wär zu viel.“ A. M. 1569.

<sup>4)</sup> Vgl. z. B. Tiepolo's Relazion bei Alberi l. c. 150.

<sup>5)</sup> Montebello, Notizie storiche p. 127.

ihre venezianischen Nachbarn in Cadore schuldig machten. Darauf findet sich wiederholt als Rerierungsaxiom ausgesprochen, dass man den Weg der Gewalt gegen die mächtige und rücksichtslose Republik um jeden Preis zu vermeiden habe. Es wurde daher sehr häufig über Berichtigung der Marken gegenseitig verhandelt — selbst am Kaiserhofe. Dies führte auch zu mehreren Verträgen, nach deren Abschluss jedoch regelmässig neue Uebergriffe auch neue Beschwerden veranlassten. Im Jahre 1576 schenkte Ferdinand den Leuten in Heiden einen Wald zum Ersatz für die mannigfachen Beschädigungen, welche sie von Cadore erduldet. Stets herrschte am Innsbrucker Hofe Furcht und Abneigung gegen die stolze Republik. Als ein Kammerbeamter einige südtirolische Grenzplätze von einem Zeichner aufnehmen liess, hegte man schon die Besorgnis, die Venezianer möchten sich eine Interpellation darüber erlauben<sup>1)</sup>. Die Errichtung eines venezianischen Arsensals am Gardasee rief in Tirol die lebhafteste Beunruhigung hervor; schon sah man Riva dadurch unmittelbar bedroht. Was die Cardinäle Madruz hinsichtlich der Befestigung der Landesgrenze vernachlässigt hatten, das beschloss man bei Gelegenheit der Trientner Sequestration nachholen zu lassen; Ferdinand sprach darüber den Kaiser an<sup>2)</sup>. 1579 ergiengen auch Weisungen zur Befestigung von Peutelstein. Derselben Vorsicht, welche den Verbindungen Roveredo's mit Venedig entgegentrat, entsprang das Verbot, dass die südtirolischen Unterhauptleute mit den Venezianern irgend eine Kaufmannschaft treiben dürfen<sup>3)</sup>. Was Tirol von den Banditen zu leiden hatte, wurde — und wol mit Recht — gutenteils der unnachbarlichen Haltung der Republik zugeschrieben<sup>4)</sup>.

Zu einer direkten Beteiligung an den französischen Religionskriegen lag für den Erzherzog nie ein Grund vor; wol aber giengen diese Kämpfe, wie wir bemerkt, nicht ohne Spuren an den österreichischen Vorlanden vorbei. Es ist begreiflich, dass Ferdinands Sympathien den Guisen gehörten, welche er denn auch manchmal zu

1) G. v. H. 1562 Fol. 184.

2) Zur Befestigung der Grenze gegen Venedig hatte K. Ferdinand dem Bischof von Trient einen Zoll verliehen, welcher aber bisher nie zum angegebenen Zweck verwendet worden war. A. D. 1569 Fol. 90; A. Mem. IX, 6. 3) T. 1579 Fol. 106.

4) Als Beispiel unfreundlicher Beziehungen in späteren Jahren sei hier noch angeführt: Ein gewisser Daniel von Pernsdorf, mit einem Empfehlungsbrief des Erzherzogs versehen, wollte sich in Venedig niederlassen. Dort sollte er aber einen Schwur leisten, dass er der Republik gegen alle Feinde, auch gegen das Haus Oesterreich zu dienen bereit sei. Als er sich des letztern weigerte, wurde er ausgewiesen mit der Erklärung, dass Venedig „dieser zeit mit E. F. D. (Ferd.) in zwist stunde“. A. Mem. IX, 11.

ihren Erfolgen beglückwünschte; aber deshalb billigte er noch keineswegs eine schroffe Politik gegen Heinrich von Navarra. Diesen jedoch gleich nach der Ermordung des letzten Valois als König anzuerkennen, das hielt er für sich wie für den Kaiser unschicklich; erst sollte die Aussöhnung Bourbons mit dem Papst erfolgen<sup>1)</sup>. Diese Aussöhnung, welche sich noch auf Jahre verzögerte, hat der Erzherzog im Interesse des allgemeinen Friedens sehnlichst gewünscht<sup>2)</sup>.

Wenn man der eifrig gepflegten Beziehungen der Höfe von Innsbruck und Madrid gedenkt, so hat man sich dieselben nicht bloß aus dem verwandtschaftlichen Verhältnis zu erklären, sondern auch aus der Tatsache, dass sich Ferdinand der dominirenden Hegemonie Philipps II., welcher die katholischen Mächte jener Zeit unterworfen waren, nicht entziehen konnte. Die Vorgänge am Hofe des Königs und in seinen Ländern wurden auch in Tirol discutirt und mit Aufmerksamkeit verfolgt. Philipp referirte selbst dem Erzherzog über die Verhaftung des unglücklichen Carlos, welche, wie er versichert, nicht erfolgte, weil er vom Prinzen gröblich beleidigt worden, oder weil sich derselbe sträflich vergessen, sondern wegen dessen „angeborener sonderbarer eigenschaft“<sup>3)</sup>. Bevor noch die Kunde von Carlos' Tode eingelangt, äusserte sich der Kaiser über dessen Einschliessung gegen den Erzherzog: „E. L. wissen, wie zwischen dem König Philipp und seinem sohn sich beschwerliche irrung und misverstand zugetragen und so weit kommen, dass S. L. (Philipp) gedachts prinzen person in custodi genommen und bisher darin ganz strenglich, dass ihm auch aller zugang abgestrikt, enthalten haben lassen“<sup>4)</sup>. Hochbekümmert theilte der König seinem Vetter, dem Erzherzog, dann mit, wie sein Sohn nach Empfang der Sakramente mit grosser Andacht und Reue „vernunftiglich“ in Gott verschieden<sup>5)</sup>.

1) Ferdinand an Rudolf 10. Okt. 1589. A. H. 1589.

2) Als die Verhandlungen Navarra's mit Rom noch 1593 ins Stocken gerieten, schrieb Ferdinand darüber an Spreno: Porro quod ducem Niverniae (der franz. Gesandte) re infecta ab urbe (se) recepissee scribis, id non libenter audivimus, veremur enim, ne hoc rerum statu alioquin perturbatissimo plurimorum malorum causa sit.

3) Schl. 65. Der Brief ist ohne genaue Adresse gedruckt bei Koch, Quellen zur Gesch. K. Max. II., II, 124.

4) Schl. 65. 25. Juli 1568. Tags vorher starb Carlos.

5) Philipp an Ferdinand 26. Juli 1568. Eine beiliegende Relazion erzählt: Carlos' letzte Krankheit wurde dadurch verursacht, dass er acht Tage lang keinen warmen Bissen genommen und viel kaltes Wasser getrunken, so dass der Magen erkältet und geschwächt wurde und keine Speise mehr behalten konnte. Am 17. Juli hat der Prinz eine kalte Rebhühnerpastete gegessen und gegen 300 Unzen kaltes Wasser getrunken. Darauf hat er sich erbrochen und keine Speise ver-

In demselben Schreiben, worin Maximilian II. die „Custodi“ des Königssohnes bespricht, führt er zugleich aus, „wie Alba in den Niederlanden für einen process führen tut dermassen, dass nit allein unsere und des reichs cur- und fürsten samt gemeinen ständen dadurch zum höchsten schwierig und ungeduldig gemacht, daraus sich villeicht allerlei weiterung zu besorgen, sondern auch (dass uns zwar zum höchsten beschmerzt) uns darinnen unbillig verdenken, als ob solche ding alle mit unserm willen beschehen, andere pratika dahinter verborgen und wir also mit Spania unter der deck liegen sollten“. Dieser Stimmung des Kaisers und der Pression katholischer wie evangelischer Fürsten entsprang dessen Entschluss, durch die Legation des Erzherzogs Karl nach Spanien den Niederländern ein erträgliches Los, der Nordwestgrenze des Reiches die Befreiung von steter Kriegsgefahr zu verschaffen. Ferdinand erhielt durch Kobenzl über den Erfolg dieser Sendung aus Madrid zuverlässige Botschaft: „der könig ist von seinem vorhaben nit zu bringen, da er schon um die niederlande und alles zeitlich kommen sollt; wir tun nichts als essen, schlafen, spielen und reiten“. Drastischer kann man kaum die Resultatlosigkeit der Gesandtschaft zeichnen<sup>1)</sup>.

Ferdinand liess um dieselbe Zeit vorländische Adelige bei Verlust ihrer Lehen auffordern, die bei Oranien angenommene Kriegsbestallung zu kündigen<sup>2)</sup>. Wenn er bald darauf (1571) gegen Alba den Wunsch äussert, die niederländischen Herrschaften Bergen und Breda käuflich zu erwerben, so mag man sich billig über einen solchen Plan verwundern. Alba schnitt jede weitere Verhandlung mit der Versicherung ab, dass derartiges bei Philipp nie zu erreichen sein würde<sup>3)</sup>.

Für die deutschen Habsburger erwuchs eine neue Verlegenheit, als Erzherzog Mathias seine unbesonnene, abenteuerliche Reise in die Niederlande antrat, um die von Brabant angebotene Statthalterschaft zu übernehmen. Ferdinand gab dem Kaiser alsbald den Rat, er möge

---

dauern können. Kein Remedium wollte helfen. Am 21. Juli sagte man ihm, dass keine Hilfe sei. Nun empfing er ganz christlich die Sakramente und klagte sich reuevoll an, dass er gegen Gott und seinen Vater undankbar gewesen, und bat um Verzeihung. Es ist nicht zu beschreiben, wie er sich „bis zum letzten schupferlein“ christlich gehalten. — Der König ist ungemein betrübt; er wollte vor dem Ableben des Prinzen noch zu ihm gehen; es haben ihn aber die Räte und des Prinzen Beichtvater gebeten, es nicht zu tun, weil Carlos auf alle zeitlichen Dinge vergessen habe. Ibid.

<sup>1)</sup> Ueber diese Gesandtschaft s. Bezold I, 38—41; Janssen, Gesch. des deutsch. Volkes IV, 264—267.      <sup>2)</sup> A. H. 1568.

<sup>3)</sup> A. Mem. I, 3. Pollweil scheint den merkwürdigen Gedanken angeregt zu haben.

Mathias alles Ernstes ermahnen, dass er um jeden Preis die Einigkeit zwischen Spanien und Oesterreich aufrechterhalte. Um die dem König freundliche Gesinnung zu betätigen, sollte, wie der Erzherzog weiter empfahl, das Gesuch des Don Juan d' Austria bewilligt werden, demzufolge keine deutschen Truppen den aufständischen Staaten mehr zu Hilfe ziehen dürften. Ferdinand überzeugte sich in Kurzem, dass sein Rat nicht befolgt worden; unmutsvoll gab er an Rudolf II. seiner Wahrnehmung Ausdruck, dass „Mathias und die rebellischen niederländischen landständ der königlichen würde gubernatoren und ordentliche gewalt- und befelshaber für öffentliche feind erklärt und gehalten, so will auch etwa davon geret werden und ist mir weitläufig fürkommen, als sollten E. M. ihnen, den aufrüererischen ständen, nit allein kriegsvolk bewilligt und zugeschiedt, sondern auch zum teil andere, so Ihrer kön. Würde zum besten zuziehen wellen, wiederum abgefordert oder zurückgehalten haben“. Aber die kaiserliche Politik gieng noch auf einem andern Wege. Rudolfs Obersthofmeister Adam von Dietrichstein entwickelte dem Madrider Gesandten Khevenhiller folgende Gedanken: Belgien will nicht mehr bei Spanien, wol aber beim Haus Oesterreich bleiben. Indem die Staaten einen österreichischen Prinzen lieber als einen Fremden hätten, so stellten sie die Bitte, der Kaiser möge sie unter seine Herrschaft aufnehmen. Da wäre nun vielleicht darauf hinzuwirken, dass die älteste Tochter des Königs als Braut die Staaten dem Kaiser zubrächte. — Von diesen Aspirationen bekam Philipp Kunde und war davon ebenso überrascht als erzürnt. Bei Rudolf hat er durch seinen Gesandten diese Dinge „mit etwas starker ahndung anbringen lassen“. Der König werde, so lautete die Vorstellung, derartigen Machinationen und Praktiken nicht allein niemals zustimmen, sondern ihnen aus allen Kräften und, wenn nötig, mit seiner eigenen Person entgentreten; er wolle sich sogar lieber französischer Hilfe gegen die Niederlande bedienen und dem Herzog Franz v. Alençon seine Tochter vermählen. Rudolf machte von all dem nach Innsbruck getreulich Mitteilung und verlangte Ferdinands Rat und Antwort. Diese wurde schnell gegeben: wenn Philipp von der Haltung des Erzherzogs Mathias und von den Dietrichstein'schen Ideen gehört hat, so braucht man sich über seinen Unwillen nicht zu wundern. Da gibt es keinen andern Rat, als dass „E. M. die vorstehend gütlich fiedenstractation eilends befürdern, die niederländischen ständ zum gehorsam gegen den könig auffordern und ihnen in aussicht stellen, dass im fall des gehorsams ihre beschwerden gehört werden sollen; und wenn auch Mathias etwas besser, als bisher beschehen, gegen die kön. würde sich vetterlich erzeigen

und die Ihrigen (die königlichen) mit dermassen für feind hielten, dann wird auch der König den verdacht gegen uns wieder fallen lassen“<sup>1)</sup>. Vielleicht ist es der den Spaniern günstigen Gesinnung des Erzherzogs und der sogleich zu erwähnenden Mission Sprinzensteins zuzuschreiben, dass in den Jahren 1579—82 wiederholt das Gerücht auftauchte, wornach der König die niederländische Statthalterschaft dem Erzherzog Ferdinand sollte zugedacht haben. Genauere Aufschlüsse hinsichtlich dieses Punktes haben sich nicht gefunden<sup>2)</sup>.

Ferdinand war häufig in der Lage, seine freundliche Gesinnung dem spanischen König zu beweisen. Er lieferte ihm mannigfaltiges Rüstzeug und Kriegsgeräte, er besorgte für Spanien grosse Pferdekäufe, seine Lande bildeten öfters den Werbe- und Sammelplatz für spanische Kriegsvölker<sup>3)</sup>. „Innsbruck mit seinen Rüstkammern und Geschützgiessereien war eine Pflegeschule für den spanischen Kriegsdienst“<sup>4)</sup>. Dagegen wurde den Genuesen die Musterung von Truppen auf tirolischem Boden abgeschlagen, weil man nicht die Versicherung habe, dass diese Mannschaften nicht gegen Spanien gebraucht wür-

1) Ein Verweis auf die einschlägigen Akten bei Bezold, K. Rudolf u. die Liga p. 7, Anm. 1. — Die bei Motley III, 264 erwähnte „vage Idee“ über das Heiratsprojekt mit Alençon war also doch nicht so ganz irrig. Vgl. Strada, De Bello Belgico p. 499.

2) Am 30. Nov. 1579 meldet Sporeno aus Rom das Gerücht, über das man sich dort sehr freue, „poiche e giudicato esser solo rimedio a provedere al passato et riparar a quello che potrebbe avvenire la presenza di V. S. A.“ Ferd. 83. — Wendl Arzt schreibt am 17. Juli 1582 vom Augsburger Reichstag nach Innsbruck: Aus Italien ist das Gerücht gekommen, dass Farnese aus den Niederlanden abberufen und Erzherzog Ferdinand hingeschickt werde. Ferd. 338. — In G. v. H. 1580 Fol. 189 wird Herr Christoph Fuchs v. Fuchsberg erwähnt, welcher einige Zeit vorher „in unsern (des Erzherzogs) sondern sachen“ in die Niederlande geschickt worden.

3) M. a. H. 1573 Fol. 219; V. d. f. D. 1575 Fol. 436.

4) Bezold, K. Rud. u. d. Liga p. 9. 1575 bestellte Philipp bei Ferdinand 222 Geschütze. Ferdinand lieferte sogleich 59 Stücke, die andern in Partien zu je 40. Es war eine Bestellung, welche weit über 200.000 G. ausmachte. Der Preis war folgender:

Eine Doppelschlange,	80 Ztr. schwer, mit Geschossen von 25 Pfd.	1830 G.
Eine Karthaune,	62 „ „ „ „ „	40 „ 1442 „
Eine halbe Karthaune,	46 „ „ „ „ „	25 „ 1106 „
Eine Halbschlange,	36 „ „ „ „ „	9 „ 856 „
Eine Falkone	24 „ „ „ „ „	7 „ 594 „
Eine Halbfalkone	16 „ „ „ „ „	4 „ 416 „
Ein Falkonet	10 „ „ „ „ „	2 „ 280 „

E. u. B. 1575 Fol. 83.

den<sup>1)</sup>. Seit 1577 war eine förmliche Kriegsbestellung aufgerichtet, wornach der Erzherzog, wenn es der König braucht, Truppen bis zu einer Stärke von drei Regimentern werben und nach Italien führen lassen sollte; er hatte dafür dreissig Hauptleute in Bereitschaft zu halten und durfte die Obersten vorschlagen. Philipp verpflichtete sich nicht blos zur Bestreitung der hiezu erforderlichen Auslagen, sondern gewährte dem Erzherzog auch eine jährliche Pension von 12.000 Talern<sup>2)</sup>. Um die seit anderthalb Jahren ausständige Bezahlung dieser Pension zu erlangen, gieng Sprinzenstein 1578 nach Madrid und machte dem König das Angebot, dass Ferdinand die Bestellung auf 12—20,000 Reiter erweitern wolle<sup>3)</sup>. Die bestrenommirten Kriegsleute erzherzoglicher Untertanenschaft nahmen zeitweilig spanische Dienste: Graf v. Hohenems, Pollweil, Friendsberg, Reitenau, Hatstatt, Stöhr, einzelne Grafen v. Arco und Lodron, „so auch für deutsche obersten gehalten und gebraucht werden“<sup>4)</sup>. Ueber die Haltung des Regimentes unter Hieronymus v. Lodron, welches in Portugal stand, zog der Erzherzog eifrigst Erkundigungen ein. Der Gesandte Khevenhiller musste den Truppen die Anerkennung Ferdinands über ihre Bravour mittheilen. Gegen zwei Hauptleute aber, welche sich bei einem Gefechte tadelnswert benommen, behält sich der Erzherzog besondere Strafe vor, obgleich sie der spanische General schon begnadigt hat. Anderer, die sich auszeichneten, will er nach der Rückkehr noch mit besonderen Ehren gedenken<sup>5)</sup>.

1588 führte Karl v. Burgau ein Regiment in die Niederlande; sechs Jahre später besorgte Ferdinand wieder für den königlichen Statthalter, Erzherzog Ernst, die Werbung von 1000 Knechten<sup>6)</sup>.

Den Schritten und Erklärungen der deutschen Reichsstände wider Spanien hat sich der Erzherzog nie angeschlossen. Seinem Deputationstagsgesandten ward aufgetragen, sich der Verhandlungen zu ent-

<sup>1)</sup> Ferdinand an den spanischen Gubernator in Mailand 1575. Ferd. 60.

<sup>2)</sup> Cop. der Bestellung in Ferd. 56; Bezold I. c. Ueber die Erneuerung der Capitulation nach fünf Jahren s. Bezold p. 41. S. auch Bezold, Briefe I, 441 Anm. 9. Vgl. Fontes XXX, 362.

<sup>3)</sup> Ausser einigen artistischen Bestellungen musste Sprinzenstein auch den schriftlichen Revers des Königs erwirken, wornach dem Cardinal Andreas 6000 Ducaten vom Erzstift Toledo angewiesen wurden; wo möglich sollte er für Andreas noch einige andere kirchliche Präbenden in Spanien erbitten. Conc. d. Instruktion vom 2. Juli 1578 in A. Mem. IX, 12. <sup>4)</sup> A. D. 1576 Fol. 12.

<sup>5)</sup> Ferd. an Lodron 15. Dez. 1582. Ferd. 140.

<sup>6)</sup> Schl. 65; Stieve IV, 452. — Im gleichen Jahre führte Graf Hieronymus Lodron für Spanien 4000 Knechte durch Tirol nach Italien. T. 1594 Fol. 430.

halten, wenn etwas gegen König Philipp zur Sprache käme<sup>1)</sup>. Als Rudolf II. sich anfragte, wie er sich gegenüber den Klagen des niederländischen und westphälischen Kreises hinsichtlich Spaniens verhalten sollte, ergriff die Innsbrucker Regierung die Gelegenheit, um ihre Sympathien für den katholischen König rückhaltslos zu äussern. Philipp, der Beschützer der Kirche, so erklären die Räte, kämpft nur wider seine eigenen rebellischen Untertanen und hätte eigentlich Anspruch auf den Beistand der benachbarten Kreise; denn er ist ein Reichsstand, welcher soviel contribuiert, als zwei Churfürsten zusammen, während die aufständischen Staaten sich dem Reiche gänzlich entziehen wollen. Glücklicherweise hat Spanien in Bonn und Cöln eingegriffen. Aber die benachbarten Kreise haben eher die Niederländer unterstützt, „so dass Spanien vielmehr ob dem westphälischen und andern (kreisen) als sie sich ob ihm zu beklagen hätten“. Freilich kann sich der Kaiser gegen die Beschwerdeführenden „nit so weit erklären“; doch soll er wenigstens ihr Anbringen an den spanischen König leiten, damit dieser dann verspreche, in Friedenszeiten Schädigungen durch sein Kriegsvolk zu verhüten<sup>2)</sup>.

Die Allianz Ferdinands mit Spanien wurzelte vor allem in der Gleichartigkeit der beiderseitigen heiligsten Interessen. Diente man dem König, so diente man auch der eigenen Dynastie und der eigenen Kirche. Nebenbei hoffte Ferdinand allerdings noch seine specielle Rechnung zu finden. Da sein fürstliches Geschenk eines neuen Münzwerkes nach Spanien gesandt wurde, geschah es in der Erwägung: „es werd solch present nit übel angewent sein“<sup>3)</sup>. Der Erzherzog baute auf Philipp in Angelegenheit der Versorgung seiner beiden Söhne. Seine Bemühungen für Cardinal Andreas waren, wie wir noch hören werden, nicht ganz fruchtlos; desto weniger Erfolg hatten seine Schritte, welche er zu Gunsten des jüngern Karl versuchte. Dieser hatte eine, allerdings nicht glänzende Expedition zu Farnese in die Niederlande unternommen. In Innsbruck mochte man erwarten, der junge Markgraf werde sich dabei des Königs besondere Gunst verdient haben, und knüpfte nun weitere Pläne daran. Ferdinand wünschte, dass sich Karl in Madrid persönlich vorstelle und dort seinen Aufenthalt nehme. Ohne weitere Umstände wurde ein Reiseplan entworfen, eine Menge junger Adelige für die Begleitschaft geworben<sup>4)</sup> und durch Christoph v. Welsberg in Genua um

1) A. D. 1578 Fol. 159.

2) A. D. 1590 Fol. 59.

3) G. v. H. 1582 Fol. 60. Vgl. über dieses Geschenk I. Bd. p. 593.

4) Schon im Juni 1589 wird darüber eifrig correspondirt. Böhmisches Adelige,

eine Fahrgelegenheit angesucht. Dies alles geschah, bevor dem König offizielle Meldung getan und ein Gesuch vorgetragen war. Eigentümlicher Weise übersah der Erzherzog und seine Umgebung gänzlich die Rücksicht auf die spanische Grandezza und Philipps Wesen. Erst der spanische Agent Meittinger machte darauf aufmerksam, es sei gar nicht passend, in Genua Schiffe zur Ueberfahrt zu bestellen, bevor Philipp seine Erlaubnis erteilt. Und Khevenhiller, welcher, wie es scheint, nur so zufällig vom Reiseplan hörte, beeilte sich daraufhin, dem Erzherzog den Rat zu erteilen, er möge seinen Sohn ja nicht früher senden, als die königliche Zustimmung hiezu erwirkt wäre. Damit stimmte überein, was man aus Genua als Antwort auf Welsbergs Werbung bekam. Doria schrieb an Ferdinand, die gegenwärtige winterliche Zeit sei nicht geeignet zur Reise, diese selbst also auf kommendes Frühjahr zu verschieben; bis dahin werde er auch die Willensmeinung des spanischen Königs (ob dem Markgrafen überhaupt Schiffe geliehen werden dürften) eingeholt haben<sup>1)</sup>. Meittinger hatte in einem seiner Briefe angeworfen, dass es immerhin der Mühe wert wäre, dem König durch einen ausserordentlichen Gesandten den Reiseplan zur Genehmigung vorlegen zu lassen. Die Richtigkeit dieser Ansicht wurde dem Erzherzog vollauf bestätigt. Weder Meittinger noch Khevenhiller konnten in der Sache des Markgrafen vom König eine bestimmte Antwort bekommen; was man uns entgegnet, schreibt ersterer, „ist weder fisch noch fleisch“<sup>2)</sup>. So entschloss sich Ferdinand zu einer besondern Botschaft, mit welcher sein Obersthofmeister Don Juan Manriquez de Lara, Herr zu Tobischau, welcher 1590 noch in den Niederlanden weilte<sup>3)</sup>, 1591 nach Madrid gieng. Ueber seine Mission geben die Akten nur geringen Aufschluss. Der Erzherzog bezeichnet sie als unternommen „in unserm und unserer geliebten söhne hochangelegnen sachen“; er spricht von „der hohen wichtigkeit, so uns und unsern söhnen an diesen sachen neben erhaltung unserer reputation gelegen“<sup>4)</sup>. Lara hatte hinsichtlich Karls v. Burgau kaum etwas anderes zu erbitten, als dessen Berufung nach Madrid; möglich, dass Ferdinand dabei den heimlichen Gedanken hegte, dadurch die Vermählung seines Sohnes mit Philipps Tochter

---

bei denen man anfragte, weigerten sich der Begleitschaft wegen der spanischen Inquisition.

1) Doria an Ferdinand 20. Nov. 1589.      2) A. Mem. IX, 12.

3) Stieve IV, 443.

4) Aeusserungen an die Fugger, bei denen für die Reise Lara's 5000 G. geliehen wurden. G. v. H. 1591 Fol. 107.

Isabella anzubahnen<sup>1)</sup>. Der König verlegte sich nach seiner Gepflogenheit aufs Temporisiren. Genaue Angaben enthalten Lara's aus Madrid stammende Briefe nicht. Einmal meldet er, die Gesinnung Philipps gegen die Söhne des Erzherzogs scheine eine gnädige zu sein, er selbst wolle die Angelegenheit nach besten Kräften befördern; dann versichert er wieder, dass sowol Cardinal Albrecht wie auch Farnese den Markgrafen am königlichen Hof warm empfohlen hätten. Mazuelo hoffte schon zuversichtlich eine günstige Erledigung, indem er schreibt, dass Ferdinand dem König „wegen der grossen affection, so dieselb (d. königl. Maj.) gegen E. F. D. tragen und zuvörderst in dieser expedition erzeigt haben, sonders viel schuldig“ sei. — „Gott geb mir das glück, dass ich I. F. Gn. herrn Markgrafen Carls gewünschte ankunft in Hispanien erlebe, es sollen mir die hundert meill nach Barcelona oder Valencia Ihrer F. Gn. entgegenzureiten gar kurz gedunken“<sup>2)</sup>. Aber es verfloss Monat um Monat, und der Obersthofmeister harrte vergeblich eines endlichen Bescheides. Da ein solcher nicht gegeben wurde, schrieb Ferdinand eigenhändig nach Madrid und beklagte sich über den langen Verzug. Dies mag den König zu einer bestimmten Antwort bewogen haben: sie lautete abschlägig; Karl v. Burgau hatte die Reise nach Madrid zu unterlassen. Am 5. September — nach einjährigem Aufenthalte — verliess Manriquez de Lara die Hauptstadt Spaniens und kehrte nach Tirol zurück. Es ist begreiflich, dass man in Innsbruck über einen solchen Ausgang sehr „verstimmt“ war. Ein neuerlicher Annäherungsversuch ist von keinem der beiden Höfe mehr gemacht worden.

1) Mehr als diese Vermutung erlauben die dürftigen Akten nicht; auch nicht die Antwort Ferdinands an Baiern bei Stieve IV, 24 Anm. 2. — Von einem förmlichen Heiratsprojekte war in dem Madrider Kreise jener, die in Ferdinands Pläne eingeweiht waren, nichts bekannt. Denn während Lara's Aufenthalt in Madrid schreibt Juan de Mazuelo, welcher nach Meittingers Tode erzherzoglicher Agent geworden, an Ferdinand ganz unbefangen: „Man redt allhie allenthalben für gewis, der Infanta vermehlung solle gar in kurzem geschehen mit Irer kais. Maj. oder aber mit erzherzog Ernst; gott geb, dass eins oder das ander bald zum gewünschten end getrieben werd“. 15. Aug. 1592. Mazuelo war sonst bedienstet am Hofe der Witwe Maximilians II. G. v. H. 1593 Fol. 68.

2) Mazuelo an Ferdinand 26. Juni 1592.

## VIII. Capitel.

## Bewerbungen um Polen.

Zu den unglücklichsten Akten äusserer Politik zählt Ferdinands zweimalige Bewerbung um die polnische Krone. Sonderbar erscheint es von vornherein, dass ein tirolischer Landesfürst die Kreise seiner Ambition bis nach Polen ausdehne. Es lässt sich das nur daraus erklären, dass der Erzherzog während seiner böhmischen Landesverwaltung auch mit dem nahen Polen in mehrfache Berührung kam. Zwei seiner Schwestern waren die Gemahlinnen des Königs Sigismund.

Elisabeth, das älteste aus der zahlreichen Kinderschar K. Ferdinands, war nur zwei Jahre mit dem Jagellonen vermählt; acht Jahre später warb derselbe um die jüngere Catharina. Sie ward ihm zugesagt, und Ferdinand übernahm es zugleich mit seinem Bruder Maximilian, die Schwester, welche frühzeitig in Mantua Witwe geworden, nach Polen zu begleiten. Ein noch erhaltener Bericht erzählt uns, wie der Erzherzog gelegentlich dieser Brautfahrt ebenso energisch als eifersüchtig und schlau sich die Wahrung dynastischer Reputation angelegen sein liess. Mehrere Forderungen des polnischen Hofceremoniells, welche an Catharina gestellt wurden, erschienen ihm höchst unangemessen. Dahin zählte Ferdinand das Verlangen, die Braut möge beim Ueberschreiten der Reichsgrenze den Wagen verlassen und sich vor den adeligen Damen verneigen, welche zu ihrer Begrüssung herbeigeeilt. Ferdinand arrangirte die Reise derartig, dass man vor den begrüssenden Frauen eintraf und die Unterlassung der Verbeugung mit blossem Versehen entschuldigen konnte. Nun kam von Krakau her der König entgegengeritten. Der Erzherzog erfuhr alsbald, dass Sigismund nur die kleinere, Catharina dagegen die grössere Wegstrecke bis zum Zusammentreffen zurücklegen sollte. Auch diesen Punkt des Hochzeitsprogramms wusste er zu ändern, indem er jedesmal, wenn der königliche Zug innehielt, sein eigenes und das Gefolge der Braut zum Stillstand nötigte, so dass man sich schliesslich genau auf halbem Wege traf. Das Ansinnen, die Brautnacht möge im Gemache des Königs gehalten werden, wies der Erzherzog entrüstet zurück und drohte sogar mit der Rückkehr seiner Schwester. Er bestand darauf, dass man den Schlafsaal derselben wähle, und setzte dieses Postulat auch durch. Um die polnischen Grossen nicht zu verletzen, wurde nur zum Scheine das Zimmer des Königs zu ge-

dachtem Zwecke hergerichtet; aber Sigismund folgte nach Beendigung des Mahles und Verabschiedung des Adels der Braut in ihr Gemach<sup>1)</sup>.

Während dieses Aufenthaltes hatte Ferdinand in väterlichem Auftrage beim König dahinzuwirken, dass den Wühlereien ungarischer und siebenbürgischer Magnaten auf polnischem Boden ein Ende gemacht, namentlich Petrovicz, der gefährlichste Berater der Isabella Zapolya, ausgewiesen werde<sup>2)</sup>.

Von nun an hielt der Erzherzog einen ständigen Agenten am polnischen Königshof, welcher ihn mit regelmässigen Berichten versorgte.

Die Kinderlosigkeit des jagellonischen Königspaares und Ferdinands fortwährende Beziehungen zu demselben mögen im Jahre 1559 das Gerücht haben entstehen lassen, es sei im Plan, den Erzherzog mit der Schwester des K. Sigismund zu vermählen und ihm so die Nachfolge zu sichern. Aber derselbe Berichterstatter, welcher davon handelt, setzt hinzu, K. Maximilian habe ihm gesagt, dass sich sein Bruder Ferdinand nicht verehelichen wolle, so dass folgerichtig auch das Successionsprojekt nicht wol ausführbar war<sup>3)</sup>.

Eilf Jahre später wurde in Warschau dieselbe Eheverbindung nochmals besprochen, als sich die unwahre Nachricht verbreitete, Philippine Welser sei gestorben<sup>4)</sup>. Diesmal wäre aber sicherlich nicht Philippine allein das Hindernis zur Vermählung gewesen. Denn Sigismunds Abneigung gegen die unglückliche Catharina, welche an epileptischen Anfällen litt und kaum eine Hoffnung auf Nachkommenschaft liess, störte auch das gute Verhältnis des Königs zu den Brüdern seiner Gemahlin<sup>5)</sup>. Für Ferdinand blieb diese Sachlage kein Geheimnis, Catharina hat selbst vor ihm ihr Herz ausgeschüttet<sup>6)</sup>. Notwendiger

<sup>1)</sup> P. I, 70.      <sup>2)</sup> Bucholtz VII, 327.

<sup>3)</sup> Venez. Dispacci in St. ad a. 1559. Vgl. dagegen zu 1563 Bucholtz IX, 573.

<sup>4)</sup> Brief des Gesandten Johannes Cyrus, Abtes von s. Vincenz in Breslau, an den Kaiser. Warschau 17. Febr. 1570. St. Nach gütiger Mitteilung des Herrn v. Wierzbowski. — Cyrus sprach über den Plan mit Jakob Uchanski, dem Erzbischof von Gnesen.

<sup>5)</sup> Ueber Catharina vgl. Gratiani, De vita Comendoni p. 204; Döllinger, Beiträge I, 546; Heidenstein, Rerum Polonicarum Libri XII, p. 3. Gratiani's Erzählung vom „morbus comitialis“ der Königin bestätigt die Relation bei Döllinger: y (que) tiene mal caduco y que no espera tener hijos della.

<sup>6)</sup> In Schl. 65 liegt ein von Catharina eigenhändig in schlechtem Deutsch geschriebener Brief von c. 1566 an Ferdinand, worin die Stelle vorkommt: daraus E. L. sehen wierdt, wies mir get und mier mein ellender handel steht, die landschaft hab sich ja einmal pedach (?) undt mit dem könig gehaldelt (!), aber er wil in kein weg in die peywonung pewilligen haben nit erhalten, got dem all-

Weise verdüsterten sich so auch für Oesterreich die Aussichten auf den polnischen Königstron, wenn der kinderlose Sigismund die Augen schloss<sup>1)</sup>. Im Verkehr zwischen Innsbruck und München wurde schon 1569 darüber gesprochen. Herzog Albrecht machte Ferdinand auf eine Nachricht aufmerksam, welche ihm in der „bewussten sach“ d. h. in der polnischen Successionsfrage zugekommen war<sup>2)</sup>. Der Erzherzog beeilte sich, die Sache durch Baiern an den kaiserlichen Hof gelangen zu lassen<sup>3)</sup>. Für die Königin kamen nicht mehr bessere Tage. Von Kummer gebeugt, verliess sie unter dem Vorwande, ihre Verwandten zu besuchen, das Königreich und schlug ihren Wohnsitz in den österreichisch kaiserlichen Erblanden auf<sup>4)</sup>, wo sie dann zu Linz am letzten Februar des Jahres 1572 gestorben ist. Kurze Zeit später folgte König Sigismund im Tode nach. Das nun eintretende Interregnum endete mit der Berufung Heinrichs von Anjou auf den erledigten Tron; Oesterreichs Bemühungen, speciell die des Kaisers zu Gunsten seines Sohnes Ernst, waren ohne Wirkung geblieben<sup>5)</sup>. Ferdinand erscheint diesmal in keiner Weise daran beteiligt<sup>6)</sup>. Das

---

mächtigen sey geklag, das sein M. so gar sein selben seligkeit nit pedenk. Catharina meint hier wol den Landtag zu Lublin. Vgl. Heidenstein l. c.

1) Vgl. die Relazion bei Döllinger l. c.

2) Herzog Albrecht war in den Besitz eines Schreibens gekommen, welches der Bischof von Olmütz an Zasius gerichtet hatte. Es sei, so wird darin gemahnt, „in der bewussten sach nit zu feiern“, denn der junge Herzog von Preussen, wann er sich in die sach schicken und auf die polnische art und mores accomodiren kundt, lassen sich etlich beduncken, er wurde bei denen, so den katholischen nit verwandt und nit guet oesterreichisch sein, grossen credito und anhang, dann Noscus (Moscus) oder Transilvanus bekommen. Es wird von nöten, dass man ime mit gueter bescheidenheit ein rigl zeitlich dafür macht; an mir und dem herrn Malzan soll es, gott well, nichts fehlen“.

3) Nach der von Seite Baierns erfolgten Ueberschickung der oben mitgetheilten Nachricht (19. März 1569) muss Ferdinand unverzüglich geantwortet haben; denn schon am 25. März schreibt Albrecht nach Innsbruck: wir haben E. L. Brief erhalten, die bewusste polnische Sache betreffend, und haben sogleich die Instruktion an Hof fertigen lassen „des versehens, sie soll allda bei Ir. Maj. mit bester geheim angebracht und gehandelt werden“. Schl. 65.

4) S. Gillet, Crato II, 260.

5) Reimann in der histor. Zeitschr. XI, 68 f.

6) 1575 schreibt Ferdinand: „sed ut antea consulto propter Ernestum nos ab omni practica quamvis a pluribus invitati abstinuimus“. Diese „mehreren“ sind wol jene Polen gewesen, welche laut des Trinkbuches 1574 in Ambras vorsprachen. Der erzherzogliche Sekretär Simoneta sagt auch 1575, Ferdinand habe seine Bewerbung auf den Rat des Kaisers unterlassen, „qui per literas consultus statim respondit, sibi quoque plures esse filios, quibus providendum esset, ac proinde eam tractationem hujus regni non parum sibi curae futuram esse. — In Lippomano's Relazion bei Alberi VI, 298 wird Ferdinand als Mitbewerber ge-

Misvergnügen des Kaisers über das Fehlschlagen seines Planes mag wol auch er geteilt haben.

Das kurze Königtum des französischen Prinzen setzte die polnische Successionsfrage bald wieder auf die Tagesordnung<sup>1)</sup>.

Diesmal rüstete sich das Haus Oesterreich zu ernstlicher Bewerbung. Anstatt jedoch für einen Prinzen einträchtig einzustehen, zog man es vor, mehrere zu nominiren. Es genügte nicht, dass der Kaiser für sich selbst candidirte und nebenbei seinen Sohn Ernst empfahl — auch Ferdinand empfand das Bedürfnis, den Wählern seinen Namen in Erinnerung zu bringen. Zwischen ihm und Maximilian sollen nach Ferdinands Darstellung auch diesmal Vorbesprechungen stattgefunden haben, deren sonderbares Ergebnis darin bestanden hätte: um einem Misserfolg, wie dem vom Jahre 1574, vorzubeugen, sollte Maximilian und Ferdinand, jeder für sich, competiren, aber so, dass keiner dem andern hinderlich, beide dem Hausinteresse dienstbar wären<sup>2)</sup>. Der Erzherzog hält sich bemüsst, dieser Angabe beizusetzen, man habe diese Politik nicht unvernünftig gefunden<sup>3)</sup>. Sein

genannt. Vgl. über diese Stelle Reimann in der histor. Zeitschr. XII, 399, Anm. 2.

<sup>1)</sup> Bei Charrière, *Négoc. de la France dans le Levant* III, 584 steht ein Bericht des französischen Gesandten du Ferrier, worin wir lesen: que le 29<sup>e</sup> S. M. estoit partie de Vienne et venue jusques à Glotins (wol Gloggnitz) cinquante-cinq milles par deçà, et que le lendemain elle alloit à Pruch (Innsbruck), ville de l'archiduc Ferdinand, qui lui venoit à l'encontre avec trois cens chevaux les plus beaux et mieux en ordre qu'il se pourroit penser. — Wir haben hier zwei Irrtümer, von denen der eine auf Rechnung des Gesandten, der andere auf Rechnung des Herausgebers zu setzen ist. Ferrier bezeichnet Bruck a. d. M. fälschlich als Stadt des Erzherzogs Ferdinand, und diese Angabe verleitete Charrière bei Pruch die Parenthese „Innsbruck“ zu setzen. <sup>2)</sup> S. Bezold, Briefe I, 200.

<sup>3)</sup> Ferdinand an Sporeno 2. Jän. 1575. Er schreibt: Durch unsere Abstinenz im Jahre 1574 ist es gekommen, „ut ille (arch. Ernestus) exclusus, nostri, qui nihil petierit, ratio quoque nulla habita, rex Gallorum vero preter opinionem voti compos factus est. Ne autem idem accidat nunc, imperatori et nobis non preter rationem visum est, ut rem quisque per se agat suam, ne unus alterum impediatur idem beneficium familiae et rebus communibus accessurum per nos aequè atque per illum. — [Simoneta's Instruktion an Casanowski enthält die Stelle: Postea videns Caesar Henricum Galliae regem sibi praelatum ac praeter omnium hominum expectationem intrusum esse, sera quadam poenitentia ductus rursus scriptis literis fratrem commonefecit, ut cum jam rex Polonia de improvisu ac sponte sua e regno discessisset, veterum amicorum suorum quos haberet in Polonia excitaret, totus in eam rem incumberet, ut ad hanc si qua futura est novi regis electionem per legatos suos instructus ac paratus fuisset: offerens sese quibuscunque rebus posset sibi non defuturum. Igitur Sua Serenitas licet nunc videat rem a principio fuisse neglectam quod tunc temporis ejus causa nihil actum fuit,

Misvergnügen des Kaisers über das Fehlschlagen seines Planes mag wol auch er geteilt haben.

Das kurze Königthum des französischen Prinzen setzte die polnische Successionsfrage bald wieder auf die Tagesordnung<sup>1)</sup>.

Diesmal rüstete sich das Haus Oesterreich zu ernstlicher Bewerbung. Anstatt jedoch für einen Prinzen einträchtig einzustehen, zog man es vor, mehrere zu nominiren. Es genügte nicht, dass der Kaiser für sich selbst candidirte und nebenbei seinen Sohn Ernst empfahl — auch Ferdinand empfand das Bedürfnis, den Wählern seinen Namen in Erinnerung zu bringen. Zwischen ihm und Maximilian sollen nach Ferdinands Darstellung auch diesmal Vorbesprechungen stattgefunden haben, deren sonderbares Ergebnis darin bestanden hätte: um einem Misserfolg, wie dem vom Jahre 1574, vorzubeugen, sollte Maximilian und Ferdinand, jeder für sich, competiren, aber so, dass keiner dem andern hinderlich, beide dem Hausinteresse dienstbar wären<sup>2)</sup>. Der Erzherzog hält sich bemüssigt, dieser Angabe beizusetzen, man habe diese Politik nicht unvernünftig gefunden<sup>3)</sup>. Sein

genannt. Vgl. über diese Stelle Reimann in der histor. Zeitschr. XII, 399, Anm. 2.

<sup>1)</sup> Bei Charrière, *Négoc. de la France dans le Levant* III, 534 steht ein Bericht des französischen Gesandten du Ferrier, worin wir lesen: que le 29<sup>e</sup> S. M. estoit partie de Vienne et venue jusques à Glotins (wol Gloggnitz) cinquante-cinq milles par deçà, et que le lendemain elle alloit à Pruch (Innspruk), ville de l'archiduc Ferdinand, qui lui venoit à l'encontre avec trois cens chevaux les plus beaux et mieux en ordre qu'il se pourroit penser. — Wir haben hier zwei Irrtümer, von denen der eine auf Rechnung des Gesandten, der andere auf Rechnung des Herausgebers zu setzen ist. Ferrier bezeichnet Bruck a. d. M. fälschlich als Stadt des Erzherzogs Ferdinand, und diese Angabe verleitete Charrière bei Pruch die Parenthese „Inspruk“ zu setzen. <sup>2)</sup> S. Bezold, Briefe I, 200.

<sup>3)</sup> Ferdinand an Sporeno 2. Jän. 1575. Er schreibt: Durch unsere Abstinenz im Jahre 1574 ist es gekommen, „ut ille (arch. Ernestus) exclusus, nostri, qui nihil petierit, ratio quoque nulla habita, rex Gallorum vero preter opinionem voti compos factus est. Ne autem idem accidat nunc, imperatori et nobis non preter rationem visum est, ut rem quisque per se agat suam, ne unus alterum impediatur idem beneficium familiae et rebus communibus accessurum per nos aequè atque per illum. — [Simoneta's Instruktion an Casanowski enthält die Stelle: Postea videns Caesar Henricum Galliae regem sibi praelatum ac praeter omnium hominum expectationem intrusum esse, sera quadam poenitentia ductus rursus scriptis literis fratrem commonefecit, ut cum jam rex Polonia de improvisu ac sponte sua e regno discessisset, veterum amicorum suorum quos haberet in Polonia excitaret, totus in eam rem incumberet, ut ad hanc si qua futura est novi regis electionem per legatos suos instructus ac paratus fuisset: offerens sese quibuscunque rebus posset sibi non defuturum. Igitur Sua Serenitas licet nunc videat rem a principio fuisse neglectam quod tunc temporis ejus causa nihil actum fuit,

Kanzler, der Freiherr von Schneeberg, war auch bei diesem Unternehmen sein vertrauter Berater. Wie Schneeberg zur ganzen Wahlaktion, soweit sie von Tirol ausgieng, den Anstoss gegeben, eben so giengen auch die Verhandlungen und Correspondenzen grösstenteils durch seine Hand<sup>1)</sup>.

Der Reiz, eine Königskrone zu tragen, hatte früher Heinrich von Anjou vom entlegenen Frankreich angelockt; derselbe Reiz bewog nun den Landesfürsten von Tirol zu einem ähnlichen Wagstück. Dessen persönliche Beziehungen zu Polen waren nicht besonders tiefgehend. Was ihn sonst dort empfehlen konnte, war seine Bekanntschaft mit den böhmischen Slaven und die Kenntnis ihres Sprachidioms, vielleicht auch das soldatische Wesen, welches er gern mit einer gewissen Ostentation hervorkehrte, und das ihn zu einem eventuellen Kampf wider den Russen oder den Türken geeignet scheinen liess<sup>2)</sup>.

Die ersten einleitenden Schritte machte Ferdinand beim römischen Stuhle, er warb um die Unterstützung des Papstes. Gregor XIII. liess jedoch bedeuten, er sei dem Erzherzog ebenso wie dem Kaiser und dessen Sohne gewogen, doch könne er vorerst nichts weiter unternehmen, um sich mit dem französischen Hofe nicht zu verfeinden<sup>3)</sup>. Daraufhin hat man in Innsbruck wol nicht mehr eine von Rom ausgehende Förderung erwartet<sup>4)</sup>.

In Polen selbst, beschloss man, zunächst sondiren zu lassen. Ferdinands Sekretär Johann Simoneta, dem Hofkanzler enge befreundet<sup>5)</sup>, gieng Ende Februar nach Wien, wo er zwar ein paar

---

*cum tamen eo tempore valde commodum valde opportunum fuisset et licet cognoscat multorum animos et consilia successu temporis jam esse mutata atque ob eam causam omnia et duriora et difficiliora ad agendum futura esse, nihilominus tamen jussu et autoritate Caesaris commotus . . . statuit eam rem sibi denuo tractandam ac petendam esse.*

<sup>1)</sup> Simoneta bittet in der polnischen Wahlsache den Kanzler um seinen Rat, „quando hujus praeclari facinoris (d. h. der erzherzoglichen Bewerbung) autor, succus ac fundamentum esse voluisti“. Ferd. 338. (In diesem Fascikel sowie in Ferd. 339 liegen die benützten Akten, wenn nicht speciell citirt wird.)

<sup>2)</sup> Fontes XXX, 365; Alberi l. c. 187.

<sup>3)</sup> Sporeno an Ferdinand 2. Jänner und 24. Febr. 1575.

<sup>4)</sup> Zur Zeit der polnischen Wahlhandlung, in der zweiten Hälfte des Jahres 1575, weilte Sporeno, der erzherzogliche Gesandte, gar nicht in Rom, sondern in den Vorlanden.

<sup>5)</sup> Die Verehrung Simoneta's gegen Schneeberg spricht aus manchen Briefen. So schreibt er vom Hofkanzler: „quem utrisque oculis cariorem habeo“. Einen andern Brief an denselben schliesst er mit den Worten; „Vale, vir omnium praestantissime“. — Die meisten Schreiben Simoneta's in der polnischen

Herren aus Polen traf, aber keine Nachrichten von Belang erhalten konnte. Daher begab er sich wenige Tage später nach Krakau. Auf dem Wege dahin glaubte Simoneta die günstigsten Symptome zu beobachten. Die Meisten, welche ich befragte, so meldet er, halten den Erzherzog Ferdinand allein für geeignet, um das darniederliegende Reich wieder aufzurichten und auf den alten Stand zurückzubringen. Ihn selbst, den Auskundschafter, erfüllten diese Anzeichen mit neuem Eifer. Unsicher freilich, meinte er, sei die Haltung des Senates, auf welchen schliesslich das Meiste ankomme, denn die Mächtigen des Landes seine Wechselbälge. Weiterreisend gelangte der Sekretär nach Radom, wo er bei der kleinpolnischen Adelsfamilie Casanowski Aufnahme fand; und hier glaubte er nun für die Zukunft die Hebel ansetzen zu können. Die Bekanntschaft dieses Landherrn hielt er für weitreichend genug, um durch diesen einen auf eine grössere Anzahl des polnischen Adels wirken zu lassen<sup>1)</sup>. Simoneta sparte nicht mit den übertreibendsten Hyperbeln, um seinem adeligen Freunde rechten Eifer für den Erzherzog einzufliessen. Er preist dessen Sprachkenntnisse, rühmt seine Verwaltung von Böhmen, dessen Untertanen den Erzherzog wie eine vom Himmel gekommene Gottheit verehrt hätten, er verweist auf Ferdinands Züge nach Ungarn und auf sein hohes Ansehen, welches er bei den Mitgliedern des Kaiserhauses geniesse, so dass Maximilian und König Philipp ihn die Säule des Hauses Oesterreich nennen; schliesslich vergisst er nicht, den grossen Reichtum seines Herrn zu schildern<sup>2)</sup>. Mithin — so schliesst Simoneta's Hymnus — steht der Erzherzog gewiss keinem Bewerber gegenüber zurück, den Kaiser ausgenommen<sup>3)</sup>.

---

Sache giengen an den Hofkanzler. Die Unterschrift ist regelmässig, der Text teilweise chiffrirt. Der polnischen Sprache war Simoneta nicht mächtig („*tumque ipse linguae Polonicae plane ignarus sum*“).

1) Ueber persönliche Beziehungen Simoneta's zu Casanowski ist mir nur eine Vermutung gestattet. Casanowski lobt ihn „*ex meorum liberorum predicatione*“. Den einen der beiden Söhne Casanowski's nennt Simoneta „*adolescens meus*“. War er also etwa Lehrer in diesem polnischen Hause gewesen? Daraus würde es sich auch erklären, warum man gerade ihn nach Polen vorausschickte. Der Hofkanzler Wellinger, ein geborner Schlesier, mag wol auch von früher mit dem Hause Casanowski befreundet gewesen sein. Casanowski nennt ihn in Briefen „*seinen besten Freund*“.

2) „*Nervos belli, hoc est magnam pecuniarum vim praesentem possidet*“. Ferdinand kann eine grosse Summe sogleich zur Verfügung stellen; genügt diese nicht, so kann die tirolische Kammer noch mehr in Deutschland aufleihen: „*tantus est creditus illius camerae per totam Germaniam*“.

3) „*Caesarem fratrem semper excipimus*“.

Ueber einen grössern Erfolg seiner Bemühungen konnte der Unterhändler allerdings nichts berichten; einmal muss er sogar das Geständnis nach Innsbruck senden: vom Erzherzog reden nur Wenige.

Unterdessen versammelten sich die Senatoren und Stände im Mai zu einem Reichstage in Stenzyce. Simoneta und Casanowski waren dabei anwesend. In Folge der ständischen Parteiungen zerschlug sich die Versammlung<sup>1)</sup>. Gleichwol war Simoneta über den Gang der Dinge sehr befriedigt. Es war ihm schon genug, dass er („omni laetitia plenus“) nach Tirol melden konnte, mit dem Königthum Heinrichs von Anjou sei es nunmehr zu Ende. Wie er gegen Casanowski die Person und den Wolstand des Erzherzogs gerühmt hatte, so beleuchtete er nun, nach Innsbruck zurückkehrend, die Aussichten Ferdinands mit den grellsten Farben. Der herrlichen und keuschen, viel umworbenen Jungfrau Polonia legt er folgende Erwägungen in den Mund: der Kaiser behagt mir nicht, weil seine Erwählung neue Kriegsgefahren mit sich bringt, und weil er bei seiner Kränklichkeit sich kaum den Strapazen eines Krieges unterziehen kann; als Oberhaupt des deutschen Reiches wäre er zu häufiger Abwesenheit vom Königreich genötigt; die zahlreichen Söhne, welche er hat, möchten mir wol meinen Obstbaum aufteilen, sein Nachbar (der Türke) ist ein ungemein gefährlicher Gegner; im übrigen wäre er ein frommer, gerechter, milder, durchaus lobenswürdiger Herr — dessen Sohn Ernst werde ich schwerlich zum Manne wählen, denn seine spanische Erziehungsweise, sowie die Unreife seines Alters und Urteils eignen ihn nicht zu einer so schweren königlichen Bürde — den schwedischen König, obgleich mit ihm verwandt, weise ich zurück, weil er ein Häretiker — noch viel weniger gefällt mir der Moskowiter, nicht so sehr deshalb, weil er ein Schismatiker, sondern weil er ein blutdürstiger Tyrann und falschen, unverlässlichen Wesens ist — den Herzog Alfons von Ferrara würde ich nicht verachten, wenn nicht manches gegen ihn spräche; von ihm ist keine Nachkommenschaft zu erwarten, er ist verwandt mit dem entwichenen französischen König und erneut die Erinnerung an jene Königin Bona, welche so viel Unheil über das Land gebracht<sup>2)</sup> — einer ist, den Gott mir erhoben hat, den ich unter Tausenden

<sup>1)</sup> Heidenstein p. 64 f.; Sulikovius, Comment. Rer. Polon. p. 37. Simoneta schliesst seine Aufzeichnungen über die Tage von Stenzyce (13. Mai bis 6. Juni): Ita que eo die (5. Juni) ad extremum soluta sunt comitia illa. Heidenstein sagt bezeichnender p. 71: Ita igitur ruptus potius conventus is quam solutus.

<sup>2)</sup> Gemeint ist Bona vom Hause Sforza, die ränkesüchtige Gemahlin des vorletzten Jagellonen, Sigismunds des Aelteren, welche nach dem Tode dieses Königs mit vielen Schätzen nach Neapel zog. Vgl. Alberi, VI, 307 Anm.

mir erkläre, er allein ist geeignet, uns zu dieser Zeit den Frieden zu bringen und den Krieg zu leiten, dieser eine ist Fürst Ferdinand, Erzherzog von Oesterreich, Herzog von Burgund; wonnevoll und bequem lebt er jetzt in seinen Bergen und hat da seine Freude an Palastbauten; aber ich hoffe, er werde mir zu Liebe nach Polen kommen, freilich nicht zu seinem Vergnügen, sondern um grossen Mühen sich zu unterziehen und dadurch sich und seinem Hause ewigen Ruhm zu erwerben.

Diese Allegorie noch fortspinnend lässt Simoneta sich von der edlen Polonia zum Erzherzog zurücksenden, um gemeinsam mit polnischen Edelleuten die Verhandlungen weiter zu führen<sup>1)</sup>.

Simoneta kam Anfangs Juli nach Tirol zurück und überbrachte Casanowski's Meldung, dass derselbe schon mehrere Adelige für den Erzherzog gewonnen habe. Vor seiner Abreise von Polen war verabredet worden, es sollten nächstens einige Landherren und zwar aus Grosspolen Andreas Gruginski, aus Kleinpolen Martin Casanowski und dessen Sohn nach Linz kommen, um mit dem Hofkanzler selbst sich zu besprechen. Freiherr von Schneeberg delegirte jedoch den Simoneta, welcher sich deshalb nur wenige Tage auf dem Schösschen Weiherburg bei Innsbruck Rast gönnte und alsbald nach Linz gieng. Aber unverrichteter Dinge kam dieser zurück; die Polen waren ausgeblieben<sup>2)</sup>. Nach kurzem Aufenthalte in Innsbruck, während dessen übrigens Simoneta schon eine weniger zuversichtliche Sprache redete, die Tätigkeit des Kaisers, die Langsamkeit des tirolischen Hofes und namentlich die Verzögerung in der Absendung einer ansehnlichen Legation beklagte, eilte er abermals nach Polen zu Casanowski. Dieser entschuldigte sein Ausbleiben mit der Versicherung, es sei den Absichten des Erzherzogs förderlicher, wenn er selbst im Lande bliebe. Dafür schickte er nun seinen Sohn Stanislaus mit dem Sekretär nach Tirol, damit sie beide genauere Weisungen und Ratschläge an Ferdinand eröffneten.

Am 21. September treffen wir dann den jungen Casanowski als

<sup>1)</sup> Simoneta vergisst nicht auf sich selbst; Polonia sendet ihn, den „virum bonum diligentem fidelem“. — Ein polnischer Franziscaner in Schwaz, P. Stanislaus, drückte gleichzeitig dem Erzherzog seine zuversichtliche Hoffnung aus, derselbe werde in Polen gewählt werden. A. M. 1575.

<sup>2)</sup> Dass die Herren aus Polen nicht kamen, wird zwar nirgends ausdrücklich gesagt, aber ich glaube es annehmen zu dürfen. In den Akten konnte ich keine Spur über Verhandlungen finden, welche in Linz geführt worden wären, und unter dem 19. Juli, Linz, meldet Simoneta, er habe bisher umsonst gewartet, die Herren dürften vielleicht nicht mehr kommen.

Gast des Erzherzogs in Innsbruck<sup>1)</sup>. Von seinem Vater überbrachte Stanislaus ermunternde Nachrichten. Auf dem Tage zu Stenzyce, so liess Martin Casanowski melden, war des Erzherzogs Name noch völlig unbekannt; nachdem ich aber hier dessen Vorzüge gerühmt und meine Werbungen begonnen habe, ist Aussicht auf zahlreichen Anhang. Der polnische Edelherr gibt nun den Rat, Ferdinand möge bald Gesandte mit Kredenzbriefen an alle Vornehmen des Landes schicken und dafür Sorge tragen, dass die an die Stände zu haltende Bewerbungssrede passend abgefasst und in mehreren Exemplaren zur Verteilung reproducirt werde. Casanowski unterlässt es bei dieser Gelegenheit nicht, die Haltung des Kaisers zu beklagen. Derselbe lasse für sich agitiren, während er doch geringe Aussicht habe; da wäre es doch besser, wenn Maximilian dem Bruder, dessen Chancen besser stünden, seine Unterstützung leihen wollte; beide Brüder sollten zusammenhalten, sonst wäre Gefahr, dass sie beide unterliegen. Simoneta setzte bei, die Dinge gestalteten sich in Polen täglich günstiger für den Erzherzog. Ziemlich bescheiden machte der junge Casanowski noch auf einen Punkt aufmerksam: Ferdinand möge etwa 4000 Taler nach Polen senden, nicht zwar für seine Getreuen — denn diesen seien die guten Eigenschaften des Fürsten massgebend — sondern für solche, die früher an der Seite des französischen Prinzen gestanden, in dessen Umgang ihr Vermögen eingebüsst hätten und nun auf Ersatz hofften; würde man des Geldes nicht bedürfen, so könnte es später Ferdinands Gesandten übergeben werden.

Bisher hatte man sich am Innsbrucker Hofe in der polnischen Tronfrage nur sondirend verhalten. Die Eröffnungen der beiden Casanowski aber machten dem Erzherzog Mut, und er entschloss sich nun rasch zu einer förmlichen Gesandtschaft. Er bestimmte hiezu den Grafen Franz Thurn, den Hofvicekanzler Dr. Jakob Holzapfl, den Hofkammerrat Erasmus Heidenreich, den Hofadvocaten Dr. Georg Roner und Simoneta. In den letzten Oktobertagen trafen sie zu Krakau ein, wo sich ihnen am 1. November Graf Thurn, welcher von seiner Herrschaft in Mähren herbeieilte, anschloss.

Als man sich in Innsbruck zu förmlicher Werbung bereit machte, handelte es sich nicht blos um die Auswahl von geeigneten Gesandten, sondern auch um eine genaue Instruktion für dieselben. Denn mit einer passenden Oration vor den Wählern, worauf Casanowski gedeutet hatte, war es jedenfalls nicht getan. Wahrscheinlich war Simoneta

<sup>1)</sup> 1575 zeichnet sich „Stanzl Kazanowsky“ ins Ambraser Trinkbuch mit der Devise: *Fortunam virtute interimio*.

der Ueberbringer jener Forderungen, welche die polnischen Stände von vornherein an jeden Candidaten stellten. Nach diesen Artikeln verpflichtete sich ein König, bei seinen Lebzeiten nicht die Wahl eines Nachfolgers zu betreiben; er gelobte den Religionsparteien ungehinderte Uebung ihres Bekenntnisses; er versprach, keine Gesandten oder Truppen ohne Erlaubnis der Stände ausser Land zu schicken und ohne diese Erlaubnis keinen Krieg zu führen; er nahm die Pflicht auf sich, die Grenzfestungen einzuhalten und für deren Besatzung Sorge zu tragen, die Krongüter einzulösen und das Verlorne zu ersetzen; der König sollte den Adel nicht beschweren und die Contributionen nur mit ständischer Zustimmung erheben; er musste sich einen adeligen Beirat von sechzehn Männern gefallen lassen, von denen immer vier ein Quartal hindurch an seiner Seite stünden; er verpflichtete sich, die alten Privilegien zu achten, die Aemter nur an Würdige zu vergeben, nur das Reichssigil zu führen, die Appellationen durch die verordneten Richter entscheiden zu lassen und 200.000 Taler für die in Verwendung stehenden Soldtruppen zu bezahlen; ohne Rücksprache mit den Ständen sollte er keine Ehe schliessen, und im Falle, dass er einen dieser Punkte verletzen würde, sollte man des Gehorsams gegen ihn entbunden sein.

Auf diese Bedingungen musste notwendig die Instruktion der erzherzoglichen Gesandten gestellt werden. Ferdinand war nicht gewillt, diese Conditionen in Bausch und Bogen anzunehmen; er suchte einen gewissen Grad von Selbständigkeit gegen die Wähleroligarchie zu wahren. Darauf deutet schon die Einleitung in seiner Instruktion an die Gesandten, worin er sagt: er wolle nur deshalb als Bewerber auftreten, weil er berichtet worden, dass viele in ihn „ein besonders untertänigs gutwilligs vertrauen gesetzt.“ In Hinsicht auf die geforderten 200.000 Taler erhielten seine Vertreter die Weisung, zuerst die Hälfte zu bieten und erst allmählig zuzugeben, für die Bezahlung der vereinbarten Summe aber jedenfalls „eine ziemliche frist“ zu begehren. Wegen Rücklösung der verpfändeten Krongüter, wozu mindestens 300.000 Taler nötig schienen, liess er blos melden, er werde im Falle, dass man ihn wähle, sich darüber mit den Ständen beraten, wobei sich wol die geeigneten Mittel und Wege würden finden lassen. Auch den Artikel über die Nachfolge nahm er nicht unbedingt hin, die Gesandten hatten darauf zu antworten: „dass wir ein solches anderer gestalt zu verfechten nit bedacht sein, es waere dann sach, dass die notdurft ein solches erforderte; alsdann wollten wir uns zu ihnen versehen, sie wurden sich dem königreich zum besten [mit uns deshalb auch wol zu vergleichen wissen“; an

ihren Privilegien sollten sie darob nicht verkürzt werden. Eine bindende Erklärung über den Religionspunkt lehnte er ab mit der Erwiderung, es sei das Sache der geistlichen Gewalt, doch sollte darin ohne die Stände keine Verfügung erfolgen. In der Appellationsfrage suchte der Erzherzog dem König das Recht der obersten Instanz zu sichern; allein hier durften die Gesandten, wenn die Stände hartnäckig beharrten, nachgeben. Die jenen Artikeln angehängte Drohung des zu verweigernden Gehorsams wies Ferdinand zurück, er bezeichnete sie kurz als „ein luck zu aller ungehorsam“. Würde man, so besagte sein Auftrag, auf diesem Punkt und auf Freistellung der Religion verharren, so mögen die Gesandten das ganze Werk sich zerschlagen lassen. Den Artikel über die Vermählung berührt die Instruktion<sup>1)</sup> gar nicht, da der Erzherzog von der Voraussetzung ausgieng, man habe seine Ehe mit Philippine als zu Recht bestehend anzusehen. Aber auch da gab es, wie wir noch finden werden, Schwierigkeiten.

Das allererste, was der schriftliche Auftrag an die Legaten enthielt, bestand in der Weisung, sie sollten mit den Vollmachtsträgern des Kaisers „conversiren“ und im Falle, dass dieser und dessen Sohn keinen Erfolg für ihre Bewerbung zu erwarten hätten, in die kaiserlichen Gesandten dringen, die tirolische Candidatur „mit ernst und gutem eifer zu fördern“. Im Sinne dieses Auftragspunktes zu wirken, waren Ferdinands Gesandte gleich nach ihrer Ankunft zu Krakau in der Lage. Denn hier trafen sie schon einen von Maximilians Verordneten, den Andreas Dudith. Als sie ihn besuchten, äusserte er sich sehr vorsichtig. Er billigte die Werbung Ferdinands, weil dadurch möglicherweise, wenn der Kaiser nicht durchdränge, die polnische Krone dem Hause Oesterreich erhalten werden könnte; jedenfalls sollten nach seinem Bedünken die Brüder nichts von einer Uneinigkeit merken lassen; der Kaiser hätte dem Erzherzog, dieser dem Kaiser zu helfen. Dudith vindicirte sich sogar das Verdienst, den Namen des Erzherzogs zuerst in Polen genannt zu haben<sup>2)</sup>, und gab

1) Die Instruktion ist datirt vom 7. Okt. 1575.

2) Der Castellan Rokosowski richtete an Dudith die Frage, ob dem Kaiser die Wahl Ferdinands genehm sei, denn für Ernst wäre keine Aussicht; bei Ferdinand sei bloß seine Ehe mit Philippine hinderlich. Dudith machte hievon dem Kaiser Anzeige und berichtete, Ferdinand habe grössere Aussicht als Ernst, weil er in Polen mehr Freunde zähle. Würde Ferdinand König, so könnte er auf seine gegenwärtigen Lande verzichten, der Kaiser würde viel Geld ersparen und könnte doch dem Ernst die Nachfolge sichern. Denn mag sich Ferdinand mit der Infantin verbinden, oder der Philippine treu bleiben, so würde er kaum eine

auch zu, Ferdinand möchte wol bei gehörigem Geldaufwande den Sieg über seinen Bruder davontragen. Dass Geld bei den polnischen Ständen eine grosse Rolle spiele, war wol schon damals kein Geheimnis, aber in Innsbruck scheint man diesen Punkt bei den Vorberatungen wenig berücksichtigt zu haben<sup>1)</sup>. Deshalb lenkten die Gesandten nach jener ersten Unterredung mit Dudith Ferdinands Aufmerksamkeit auf diese Seite, indem sie berichteten, wie der Kaiser, Alfons von Ferrara und Bathori schon vieles in vorhinein ausgegeben hätten. Sie baten also um ähnliche Vollmacht, nicht zwar zu Barzahlungen, aber doch zu Versprechungen. „Sover wir mit vererungen nit gefasst, werden wir wenig ausrichten“. Insbesondere wiesen sie auf die Zugänglichkeit des Palatins von Krakau, Peter Zborowski, hin. Von Dudith aber taten sie die bezeichnende Aeusserung: „wir wissen nit, ob ihm zu vertrauen sei“<sup>2)</sup>. In den Herren wurde noch eine andere Sorge erweckt. Alle andern Bewerber, so hörten sie schon in Krakau, hatten die oben genannten Wahlbedingungen uneingeschränkt acceptirt, ja wol noch mehr versprochen; sie baten daher den Erzherzog dringlich, seine Bedenken aufzugeben und zu rückhaltloser Annahme sich zu entschliessen.

Offenbar war es sehr spät an der Zeit, wenn die Abgeordneten erst jetzt, von Krankau aus, derartige Aufschlüsse in Tirol sich erbitten mussten, da sie schon binnen wenigen Tagen ihre Werbung öffentlich vorzutragen hatten<sup>3)</sup>. Was dann als Antwort von Ferdinand

rechtmässige Nachkommenschaft hinterlassen und bei gutem Willen die Succession Ernst's befördern können. Inzwischen hätte Ernst Zeit, polnische Sprache und Sitte sich anzueignen. Die Antwort des Kaisers auf diesen Vorschlag ist nicht bekannt. Dies nach Zakrzewski, *Po ucieczce Henryka* p. 265 (nach einer mir von befreundeter Seite gelieferten Uebersetzung). — Auf diese Verhandlungen mit Rokosowski und mit dem Kaiser mag sich Dudith in seinem Gespräch mit den Tirolern beziehen.

1) Die Gesandten hatten von Innsbruck 10.000 G. mitbekommen; Ferdinand schickte ihnen wenige Tage nach ihrer Abreise eine Vollmacht nach, derzufolge sie noch 4000 G. bei den Häusern Fugger und Paller erheben konnten. Bei ihrer Ankunft in Krakau hatten die Gesandten schon eine Rechnung von 1500 G. für die bisherigen Reisekosten.

2) Die Kargheit, welche Ferdinand bei dieser Werbung bewies, bespricht auch ein Venezianer in *Fontes* XXX, 352; es ist dies zu betonen gegenüber Zakrzewski p. 266.

3) Die Bitte und Anfrage der Gesandten ist vom 1. Nov. datirt. Ein Schreiben von Krakau wurde nach Innsbruck in etwa 8 Tagen überbracht. Des Erzherzogs Antwort, gegeben am 11. Nov., versäumte schon den Zeitpunkt (12. Nov.), an welchem Dr. Roner seine Oration an die Stände hielt. — Roner schrieb schon während der Reise klagend nach Innsbruck, dass er über die einzugehenden Bedingungen zu wenig informirt sei, um darnach seine Rede einrichten zu können.

einlangte, war keineswegs geeignet, dem Auftreten der Gesandten eine grössere Zuversichtlichkeit zu geben. Ueber jenen Artikel, laut welchem die Untertanen bei einem Vertragsbruch durch den König des Gehorsams ledig wären, sollten sie sich erst erkundigen, ob derselbe auch von den frühern Herrschern oder erst von Heinrich von Anjou angenommen worden. Den Wählern, erlaubte Ferdinand, durften sie Versprechungen bis zu einigen tausend Gulden machen; aber die Verschreibungen darauf mussten die ausdrückliche Bestimmung enthalten, dass das Geld nur nach einer definitiven Wahl ausgefolgt werde. Der Erzherzog fasste jetzt auch die Möglichkeit einer länger dauernden Wahlhandlung ins Auge und wies für solchen Fall seine Vertreter an, zur Ersparung von Auslagen weder in Krakau noch in Warschau zu bleiben, sondern sich auf Thurns Besizung in Mähren zurückzuziehen; bei einer Verzögerung auf Monate hatten sie heimzukehren. Letzteres sollten sie auch tun, wenn gegenwärtig schon die erzherzogliche Sache aussichtslos wäre; nur Simoneta musste unter allen Umständen als Berichterstatter in Polen bleiben.

Unterdessen reisten Graf Thurn und seine Gefährten nach Warschau, wohin die Stände zum 7. November entboten waren. Auch hier suchten Ferdinands Gesandte die kaiserlichen Gewaltträger, nämlich den genannten Dudith, den Bischof Martin Gerstmann von Breslau und Mattheus von Logau auf, um die von Innsbruck aus verlangte Conversation mit denselben fortzusetzen. Da kam es nun deutlich zu Tage, dass sich die kaiserliche und die tirolische Candidatur nicht mit einander vertragen konnten. Auf Befragen der Tiroler bekannten Maximilians Vertreter, ihr Auftrag laute dahin, zuerst den Erzherzog Ernst, wenn dieser nicht genehm, den Kaiser selbst und nur dann, wenn auch dieser abgelehnt würde, den Erzherzog Ferdinand in Vorschlag zu bringen. „Dann es wölle sich nit schiken, dass eben der, so umb eine schöne junkfrau buelet, einen andern zu sich nembe oder denselben seiner lieben junkfrauen commendiren thue“. Holzapfl und Heidenreich entgegneten, wenn man mit Ferdinands Empfehlung warten wolle, bis man bezüglich Ernsts und des Kaisers Gewissheit hätte, wäre es viel zu spät; man möge vielmehr den Namen des tirolischen Erzherzogs jenem der beiden andern österreichischen Bewerber „anhenken“, so laute die Weisung ihres Herrn. Dudith und Consorten wiesen ein solches Ansinnen zurück und stellten dagegen die Forderung, die Herren aus Tirol möchten sich so halten, als wären sie „der kaiserlichen majestät beistend“ und nicht vom Erzherzog selbst „als dem, so dies regnum neben ihrer majestät begeren thet, alher gesandt worden“. Als die

Erzherzoglichen abschlägige Antwort gaben, wurde von den andern „rotund“ erwidert, „dies waere eine schlechte befürderung von einem brueder, der herzog von Ferrara haette auch eine gleichförmige meinung zu petiren vor ihm“; wenn die Angelegenheit einen ungünstigen Ausgang gewänne, so sei Niemanden die Schuld beizumessen als den Tirolern. Man könne, setzte Dudith und Gerstmann bei, in Polen schon Worte der Verwunderung hören, „und die legation beider brüeder waere dahin gedeutet, als waeren sie nit eins“. Ferdinands Herren erbaten sich Bedenkzeit und wollten sich namentlich mit Casanowski besprechen, welcher auch schon nach Warschau gekommen. Dieser bestärkte sie im Widerstand gegen die kaiserliche Zumutung und meinte, der Erzherzog „soll sich anderer competition nit, sondern deren selbst sachen allein annehmen“. Als man hierauf nochmals zusammentrat, wurde an die Kaiserlichen die Forderung gestellt: es sollen alle drei österreichischen Bewerber „conjunctim“ genannt werden, sonst falle möglicherweise die Wahl auf einen Fremden und gereiche dann der kaiserlichen Dynastie zu Schimpf und Schaden. Doch Maximilians Vertreter blieben bei ihrem Vorhaben, die Nomination nur „gradatim“ zu vollziehen. Nun wollten die Tiroler keine weitere Rücksicht nehmen und sie entschlossen sich, eine Oration zu halten, welche Martin Casanowski entwarf. Der kaiserlichen Werbung gedenkt dieselbe mit keinem Worte<sup>1)</sup>. Im letzten Augenblicke aber entschlossen sich die Gesandten Ferdinands doch noch anders. Dr. Georg Roner, welcher die feierliche Rede halten musste, erhielt Casanowski's Entwurf am Abend vor dem zur Rede angesetzten Tage und versuchte es wol, ob er im Verlaufe der Nacht „solche des Casanowski oration auswendig lernen möchte“. Weil es ihm aber nicht möglich war und das bloße Ablesen „spöttlich“ erschien, so entschloss man sich zu jener Rede zurückzukehren, welche schon in Innsbruck vereinbart und von Roner bereits während der Reise fleissig memorirt worden war<sup>2)</sup>.

Am 12. November kam Roner, nachdem der kaiserliche Gesandte seine Rede gehalten, zu Wort. Nach einigen einleitenden Sätzen,

<sup>1)</sup> Die Gesandten sagen, Casanowski habe die ursprüngliche Oration nur in der Sprache etwas geändert, weil sie für die Polen „zu hoch im Latein“ war.

<sup>2)</sup> Noch auf der Reise nach Krakau (22. Okt.) schreibt Roner dem Hofkanzler: ich habe bereits die Oration „ziemlicher massen memoriae comendirt“, so dass ich hoffe gut zu bestehen. Wenn ich nur Gelegenheit hätte, würde ich mir die Rede in einem fort „repetiren et quasi ruminare“. Aber man lebt da in Gasthäusern, wo ich „immerdar unter gemeinen burschen sein muss“; da lässt sich nicht gut memoriren.

worin er die Wichtigkeit des Wahlconventes betont und für sich, den befangenen Redner, um Nachsicht der erlauchten Versammlung bittet, führt er aus, wie sein Herr, der Erzherzog, berichtet worden, dass die Stände über die Wahl eines Königs deliberirten, welcher den drohenden Reichsgefahren begegnen, die Rechte und Freiheiten des Landes im Kriege wie im Frieden kräftig verteidigen könnte. Kein passenderer kann gefunden werden als Erzherzog Ferdinand, der an Unbescholtenheit und Tugendglanz keinem Fürsten zurücksteht, ja viele seiner Zeit übertrifft, dessen hochberühmte Vorfahren, Könige und Kaiser, zu allen Zeiten den Ungläubigen widerstanden, für die Christenheit Schätze und Truppen aufs Spiel gesetzt, auch Blut und Leben zu opfern gewagt haben. Diesen Beispielen strebt der Erzherzog nachzufolgen. „Wäre mir doch die Gabe der Rede, wie sie den altberühmten Oratoren war, um die hohen Tugenden meines Fürsten zu preisen, so dass meine kleine Rede euch nicht zum Widerwillen sondern zum Vergnügen gereiche.“ Nun folgt die Aufzählung von Ferdinands Tugenden: Seine Milde und Herablassung bewährt er darin, dass er nicht blos die Grossen, sondern auch die Leute vom niedersten Range mit ihren Klagen anhört und freundlich empfängt. Grossmütig zeigt er sich im Glücke, wo er sich nicht überhebt, im Unglücke, das ihn nicht zu beugen vermag; alle Zufälle erträgt er starkmütig und wendet sie zum Bessern. Wegen seiner Klugheit suchen Fürsten von hohem Namen, selbst der Kaiser, seinen Rat und seine Entscheidung in schweren strittigen Fällen. Nicht minder gross ist die Erudition und wissenschaftliche Bildung des Erzherzogs, vermöge welcher er über jeden Gegenstand einsichtsvollen und scharfsinnigen Bescheid weiss. Mit seiner Sprachkenntnis wäre er im Stande, die Reichsgeschäfte in der einheimischen Sprache zu erledigen. Seine Gerechtigkeit überstrahlt die Sterne, Zeugen dafür sind seine legislatorischen Akte in Tirol, bezeugen können es die Adelsherren von Böhmen, wo er als Statthalter seines kaiserlichen Vaters in der Verwaltung der Rechtspflege, sei es in der Zuerkennung von Lohn, sei es bei Verhängung von Strafen nicht um Fingersbreite jemals vom Rechte abgewichen ist. An Grossmut und Freigebigkeit übertrifft er bei weitem die Fürsten seines Ranges, denn ausgezeichnete Männer überhäuft er mit Ehren und Schätzen — ist dies ja eine angeborne Tugend seines Hauses. Weit berühmt ist, was er an Bauwerken geleistet; was durch Alter oder Kriegsstürme verfallen war, hat er in herrlicher Weise wieder erstehen lassen. Königliche Gebäude entstanden unter seiner Obsorge. Er ist der treueste Familienvater und Haushalter und bewährt sich als solcher

in der Einlösung und Dargebung seiner Renten, Herrschaften und Städte. Wollen die Stände einen kriegstüchtigen Fürsten, so gäbe es keinen bessern als den Erzherzog, welcher von Jugend an sich in militärischen Arbeiten geübt, alle Strapazen mit Ausdauer ertragen, weder dem Schlaf noch der Ruhe oder dem Durste nachgegeben hat. In seinen Feldzügen nach Sachsen und Böhmen, jüngst erst gegen die Türken zeichnete er sich aus, so dass die Polen sicher erwarten dürfen, in ihm einen trefflichen Führer zum Kriege zu erhalten. Unter den polnischen Landherren haben selbst manche davon genaues Wissen, und die so kriegslustigen Schweizer geben hiefür einen Beleg, indem sie zu Beginn der erzherzoglichen Regierung lieber zum Frieden mit demselben sich bequemen als es zu einem Kampfe kommen lassen wollten. Eben deshalb schätzt ihn der Kaiser besonders hoch und nennt ihn die Stütze seiner Dynastie. Diese Kriegstüchtigkeit gründet sich auf seine nervige Körperstärke und auf die Lebhaftigkeit seines Geistes, welche fast an Verwegenheit grenzt. Wer möchte nicht, so ruft der Sprecher, an meinem Herrn die heroische Gestalt rühmen, welche von weitem schon den Fürsten erkennen lässt, wer preist nicht seine würdevolle Erscheinung, die ausgezeichnete Bildung seines Hauptes, die lebensvollen Augen, die königliche Würde des Mundes? Eine Persönlichkeit von solchen Formen müssen die Feinde und die Bösen fürchten, die Guten lieben. Roner geht nun über auf die Anrühmung des erzherzoglichen Geschlechtes, aus welchem wie aus dem trojanischen Pferde die Fürsten mit den höchsten Tugenden hervorgegangen: Was aber Ferdinands nächste Abstammung betrifft, so stammt er ja nach seiner Mutter vom Jagellonischen Hause, eine besondere Empfehlung für seine Wahl. Einen Mann von solchen Eigenschaften zu erheben wird die Stände nie gereuen. Der Erzherzog besitzt aber auch reiche Güter und Provinzen, reich an Gold und Silber, von welchem Vorrat auch Polen seinen Teil bekommen würde. Im Falle einer Kriegsgefahr kann er treffliches deutsches Fussvolk aus seinen Ländern nach Polen rufen, sobald es der Senat nur will. Das Motiv der erzherzoglichen Bewerbung ist nicht, wie es bei andern Fürsten oft vorkommt, Habsucht und Ambition — Gewalt und Umtriebe hat das Haus Oesterreich stets verachtet — sondern Wolwollen und Zuneigung zur polnischen Nation. Die Stände mögen sich nicht verwundern, dass beide Brüder, der Kaiser und der Erzherzog, sich um dasselbe Reich bewerben; dies geschieht aus vernünftigen und ehrbaren Gründen. Ferdinand will weder dem Kaiser noch seinen Söhnen hinderlich sein, wenn er den Ständen („quod absit“) als der minder würdige erscheinen sollte — so

weit geht seine Grossmut. Mit einer nochmaligen Anempfehlung des Erzherzogs, mit nochmaliger Aufzählung all seiner Vorzüge und all der Vorteile, welche dem Reiche aus seiner Wahl erwachsen, schliesst die Rede.

Nach Verlesung der Kredenzschreiben hat Roner „sein selbst gestellte auch memorirte oration so ordentlich, ziemlich und wol von anfang bis zu end fürbracht, dass sich jedermann darob erfreut“, so berichteten die Gesandten alsbald nach Innsbruck<sup>1)</sup>.

An schönrednerischen Phrasen hat der Sprecher ohne Frage das Möglichste geleistet; aber man darf wol bezweifeln, ob er bei der Versammlung wirklich Eindruck gemacht habe. Vergleicht man Roners Oration mit denen der andern Bewerber, so muss man gestehen, dass sie trotz der vielen Worte am wenigsten enthielt, was Zugkraft haben konnte. Was von persönlichen Eigenschaften Ferdinands gesagt war, das konnte wol jeder Gesandte von seinem Fürsten rühmen; was Roner vom Hause Oesterreich sagte, hatte doch auch für Maximilian oder Ernst seine Gültigkeit. Specielle Angebote und Versprechungen, welche die Stände sicherlich am liebsten gehört hätten, wurden gar nicht gemacht. Diesen wesentlichen Defekt rügte denn auch Casanowski gegenüber den Gesandten und verwies sie auf das Beispiel der andern. Casanowski gab, wie Thurn schreibt, den Rat: „wir sollen an uns nichts erwinden lassen“. Um also auch in dieser Richtung etwas zu tun, gieng Ferdinands Vicekanzler Holzapfl zum polnischen Landmarschall, von welchem er gehört, „dass er gar guet auf E. F. D. seiten sein solle“, und überreichte ihm ein Concept mit Zugeständnissen, worin für die Bezahlung der Truppen 150.000, für Befestigungen 50.000 Taler versprochen wurden. Obwol das An-

<sup>1)</sup> Die Rede ist enthalten in der Sammlung von Hugo Blotius, *Miscellanea Polonica* in W. H. B. 8686. — Heidenstein, p. 74 gibt einen kurzen Auszug der Rede. Dass ihm der Wortlaut derselben vorgelegen, ersieht man z. B. aus folgender Stelle:

Oratio:	Heidenstein:
<p>... a quibus (metallis) annuatim maximos proventus (Ferd.) habet, quorum etiam bonam partem ad conservandum amplissimum regnum vestrum lubens conferret.</p>	<p>Ferdinandi legatus subsecutus... The-sauri quem ingentem haberet bonam partem regni hujus necessitatibus (Ferd.) deferre.</p>

Heidenstein nennt eine bestimmte Summe, welche Ferdinands Redner den Ständen geboten hätte. In der Oration steht nichts davon; der Geldpunkt wurde nur in den privaten Verhandlungen berührt. Heidenstein hat eben den Inhalt der Rede und der andern Verhandlungen zusammengemischt. Vgl. Nehring, *De Polon. Rerum Saec. XVI Scriptoribus* p. 36.

gebot z. B. von Ferrara, um die Hälfte höher gieng, wagten die Verordneten im Hinblick auf ihre Instruktion doch nicht mehr zu offeriren. Bei dieser Conferenz liess aber der Marschall Opalinski nicht undeutlich merken, dass noch andere Hebel anzusetzen seien. Er nannte gegen Holzapfl mehrere Herren, wie die Palatine von Sandomir und von Krakau, welche der Erzherzog „ad partem“ zu gewinnen suchen müsse. Bei einigen, sagte er, dürfe man von keiner „corruption“ sprechen, sondern solle man blos Empfehlungen anbringen; bei dem Palatin von Krakau jedoch und namentlich bei seinem vielvermögenden Sekretär wären förmliche Versprechungen (von Geld) am Platze. Opalinski entliess den Gast mit einigen allgemeinen höflichen und glatten Redensarten: „er erbeut sich für sein person vil“; er bot dem Gesandten sogar ein Gelddarlehen an und meinte, keiner von den Candidaten sei für Polen so passend, wie Ferdinand von Tirol. Holzapfl aber glaubte dem erhaltenen Wink genügend zu entsprechen, wenn er sich entschloss, dem genannten Sekretär eine Kette von hundert Kronen im Wert zu verehren.

Unbegreiflich ist es, dass in diesem Augenblick die Tiroler nach Hause berichten konnten, die meisten lutherischen Stände seien für den Erzherzog<sup>1)</sup>.

Ausser den oben berührten Artikeln, zu deren Annahme Ferdinand sich nicht bequemte, war es noch ein Punkt, welcher die Agitation seiner Verordneten sehr erschwerte: die Ehe mit Philippine Welser. Dieses eine Hindernis, so hatte Simoneta schon im August sagen müssen, droht unser ganzes Werk zu erschüttern<sup>2)</sup>. Während des zweiten Aufenthaltes Simoneta's in Polen war wiederum die Sprache

1) Vgl. dagegen Charrière III, 627; Hüppe, De Poloniae interregno p. 16. — Während die erzherzogliche Oration den Religionspunkt ganz ignorirt, verspricht die kaiserliche Oration ausdrücklich Religionsfreiheit, wie sie in Maximilians Erbländern bestehe, wo es trotz der verschiedenen Confessionen keinen Religionskrieg gebe. — Ein undatirtes Verzeichnis der Anhänger Ferdinands malt die Sachlage in einem für diesen ungemein günstigen Licht. Die Liste unterscheidet Anhänger „ex amore“: Bischof von Krakau, Palatin von Krakau, Marschall von Lublin, drei Castellane; „ex necessitate, quod unum ex austriacis cogantur eligere“: die Palatine von Wilna und Sandomir „et plurimi“; „qui abhorrent imperatorem“: „(tota) fere nobilitas versus orientem“.

2) Simoneta schreibt darüber (12. Aug.): Postremo de matrimonio, de causa excellentissimae Dominae et patronae nostrae horresco referens, dum cogito, quam multoties honorificentissime de ea nobis facta mentione cum satis importune a me illud ipsum exigent (Poloni), quam saepe motis capitibus detestarentur, indignarentur ac iniquissimo animo ferrent: ita quidem ut ego de eventu valde sollicitus dubitem, ne illud unum obstaculum, etiamsi cetera omnia transirent, nobis totum negotium penitus perturbet. — Vgl. Fontes XXX, 365.

auf diese Sache gelenkt. Casanowski konnte jedoch dem Erzherzog versichern, dass durch Simoneta's eifrige Vorstellungen sich die Gemüther darüber etwas beruhigt hätten; aber er fügte bei, es sei jedenfalls ratsam, Philippine für einige Zeit (wenn die Wahl Ferdinands erfolgte) vom Reiche fern zu halten.

An Thurn und seine Genossen wurde nun die Frage gestellt, wie sich der Erzherzog hierin zu halten gedenke. Sie antworteten, wie Casanowski geraten, ihr Herr werde Philippinen nicht sogleich mitnehmen, sondern etwa bis nach der Krönung an der Grenze lassen; „hernacher aber möchte Ir F. D. ir gnaden mit gelegenheit herein in Polen erfordern“, weil er ihrer Pflege bedarf und sie überall bisher ob ihrer Tugenden bei männiglich hoch in Ehren gestanden.

Den Polen genügte dieses Zugeständnis nicht, und sie, d. h. die Freunde des Erzherzogs, mit denen man verhandelte, stellten geradezu die Forderung, die Welserin müsse überhaupt zurückgelassen werden. Die Tiroler konnten das nicht so ohne weiters zugeben und schickten nach Innsbruck um fernere Weisung. Ferdinands Antwort lautete fest und bündig. Auf diesen Punkt, befahl er den Verordneten, sollt ihr antworten: ihr hättet nicht erwartet, dass man euch darüber befragte; des weitern sollt ihr die Stände an uns weisen und ihnen sagen: „wir werden uns in dem punkt so erzeigen, daran sie der billigkeit nach wol zufrieden sein möchten, denn ihr habt wol zu erachten, dass wir euch oder unserer partei aller ehrsamkeit nach nit zusagen oder versprechen sollen, was wir gewissens halber ie nit halten kunten, sunst würden wir vil lieber der sache zu rue stehn und entschlagen“. Nach Jahren noch hat man gesagt, dass hierin das grösste Hindernis für Ferdinands Candidatur gelegen<sup>1)</sup>.

Was die Gesandten mit halb gebundenen Händen, wie sie waren, noch tun konnten, versuchten sie auch noch die nächste Zeit nach gehaltener Oration. Gleich den Legaten des Kaisers stellten auch sie der Infantin Anna sich vor, wobei Roner wieder als Redner fungirte. Auf seine Begrüssung antwortete sie lateinisch und bezeugte sich freundlich. Dann machten sie den einzelnen Senatoren ihre Aufwartung; aber welche Verlegenheit! Für die 49 Senatoren hatte man von Innsbruck blos 18 Kredenzbriefe mitgenommen, so dass man in 31 Fällen nicht einmal der hergebrachten Formalität genügen konnte:

<sup>1)</sup> 1587 schreibt Zach. Geizkofler an Ferdinand, er höre in Polen, dass Ferdinand schon früher gewählt worden wäre, hätte nicht jenes Hindernis vorgelegen, das er „aus respekt“ nicht nennen wolle. Man kann diese Stelle doch nur auf Philippine beziehen.

„da hat es allerlei nachdenken gegeben“. Unter der Ritterschaft liessen die Tiroler durch Casanowski Berichte verteilen, worin die erzherzogliche Regierung in Böhmen gerühmt, ihre Hilfsaktion in Tirol bei Gelegenheit der grossen Hungersnot beschrieben war.

In den Tagen vom 18. bis zum 22. November kam es im Senat zur ersten Abstimmung, welche Ferdinands Miserfolg schon deutlich erkennen liess; er bekam von allen Stimmen höchstens zwei oder drei<sup>1)</sup>. Die meisten Stimmen hatte der Kaiser, die nächst meisten Stephan Bathori von Siebenbürgen erhalten. Alle andern Bewerber, so berichteten die Gesandten, werden daher bei den weitem Wahlverhandlungen ausgeschlossen werden. Doch gaben sie noch nicht alle Hoffnung auf. Zum letzten Mal drangen sie in Ferdinand, die Wahlartikel insgesamt zu bewilligen. Die Wähler Bathori's, schrieben sie, sind nicht eigentlich gegen das Haus Oesterreich, sondern nur gegen den Kaiser; wenn daher die kaiserliche Partei von Maximilian abtünde und dafür Ferdinand nominirte, so möchten sich auf diesen die meisten Stimmen vereinigen. Diese Voraussetzung traf nun aber nicht ein, und so entschlossen sich die erzherzoglichen Abgeordneten, nach ihrer Instruktion zu handeln und ihre Freunde unter den polnischen Wählern dem Kaiser zuzuführen. Sollte es für Oesterreich fehlschlagen, so machten sie wieder die kaiserlichen Gesandten, namentlich Dudith, dafür verantwortlich<sup>2)</sup>.

Wie im Senat für den Kaiser, so war in der Ritterschaft die Mehrheit für einen Piasten, respektive für Bathori. Vom 1. bis 12. Dezember wurde zwischen beiden Körperschaften eifrigst verhandelt, aber keine wollte der andern weichen. Die Tage vergiengen „mit zank und hader“. Gerüstet standen sich die Parteien gegenüber. Als am 9. Dezember der Gnesner Erzbischof, Primas Uchanski, den Kaiser als gewählt „enunciren“ wollte, hinderte ihn daran selbst ein Teil der Senatoren, während die weitaus grössere Mehrzahl der Ritterschaft

<sup>1)</sup> Die vorliegenden Listen stimmen nicht überein. Nach einer solchen erhielt der Erzherzog die Stimme des Bischofs von Krakau (dieser empfiehlt, heisst es in dem Verzeichnis, das Haus Oesterreich, darunter besonders Ferdinand) und die des Palatins von Wilna (mit denselben Worten), eine andere Liste führt noch die Stimme des Castellans von Podlachien an; dagegen nennt das kaiserliche Verzeichnis (in den citirten Miscellaneen des Blotius) [keine einzige Stimme für den Erzherzog. — Manche neuere Historiker nennen Ferdinand gar nicht unter den Candidaten, z. B. Eichhorn; Stanislaus Hosius II, 498.

<sup>2)</sup> Die Sprache der Tiroler über Dudith ist durchgehends eine gereizte. Sollte sich auch dieser Wahltag auflösen — schreiben sie — so „macht das I. Maj. gesanten praktik und sonderlich des Diducio unruewigs hin und wider lauffen“.

vom Kaiser unbedingt nichts wissen wollte. Unter dem heftigen Hinundherstreiten der Parteien wurden einige einheimische Adelige (Piasten) als Candidaten genannt<sup>1)</sup>; neben ihnen nochmals der Erzherzog. Die beiden Casanowski verständigten hievon die tirolischen Herren und forderten sie zu neuen Verhandlungen auf<sup>2)</sup>. Diese aber blieben bei ihrer Instruktion, welche ihnen nunmehr, nachdem der Kaiser von der Mehrheit des Senates ernannt war, eine weitere Bewerbung für ihren Herrn untersagte; sie erklärten vielmehr den Kaiserlichen, jetzt nichts mehr für einen anderen Candidaten zu tun. Im Gewoge der Gegensätze und Meinungsdivergenzen gieng der Name Ferdinands sogleich wieder unter; es war von ihm weiter keine Rede mehr, woraus man, wie die Tiroler meldeten, sehen konnte, „dass es nur eine polnische praktik war und der gute Casanowski auch von andern nur verführt wurde.“ Nachdem der Primas am 12. Dezember Maximilian als gewählten polnischen König proklamirt hatte, vollzog die piastisch gesinnte Ritterschaft am folgenden Tage die Elektion des Woiwoden von Siebenbürgen — Polen hatte zwei Könige.

Graf Thurn beeilte sich, den Erzherzog über diesen Ausgang zu trösten. Der Kaiser, schreibt er, ist also gewählt, E. F. D. werden es ihm gewiss gönnen, und ich danke Gott, „dass er E. F. D. vor dieses wunderbarlichen seltsamen volks wal gnediglich verhüet“. Denn ich fürchte, wir hätten uns mit ihnen über die Bedingungen (die *pacta conventa*) nicht vergleichen können; es wäre dann zu einer Neuwahl gekommen, wobei vielleicht das Haus Oesterreich ganz durchgefallen wäre. Man rühmt hier vielfach E. F. D., weil sie Niemanden durch Geschenke gewonnen, wie es Bathori und Ferrara getan; E. F. D. mögen auch bedenken, dass alsogleich nach der Wahl 200.000 G. zu zahlen gewesen wären, und dass auch der Hinzug ins Reich sehr viel gekostet hätte. Wie viele Mühsale hätten E. F. D. auf sich geladen, während E. F. D. jetzt in den getreuen, friedlichen Erblanden bleiben, welche sich auch freuen, dass E. F. D. sie nicht verlassen. Für Niemanden ist der Besitz Polens geeigneter als für den Kaiser, weil er aus diesem Lande eine Menge leichter Reiterei ziehen kann, um sie gegen die Türken zu verwenden. Wie seltsam war es anzusehen, als die Stände zur Wahl kamen in voller Rüstung und in zwei Lager

1) Caro, Das Interregnum Polens 1587, p. 53.

2) Eine Relazion sagt: der Reichsmarschall und der Palatin von Podolien „hat andeutung getan“ auf den Erzherzog, und viele Senatoren haben die Anhänger des Piasten „zu glimpflichkeit“ ermahnt; aber sie haben nichts ausgerichtet. Am folgenden Tag (13. Dez.) haben einige Piasten nochmals Ferdinand genannt unter der Bedingung, dass er sich mit der Infantin vermähle.

sich teilten, als gienge es zur Schlacht. Grosse Gefahr droht dem Lande, wenn Bathori die Wahl annimmt; am Ende droht Polen das gleiche Schicksal der Teilung wie Ungarn.

Merkwürdig ist es, wie Ferdinand bis zum letzten Augenblick in seinem Schwanken verharrte. Da liegen noch zwei Weisungen an seine Gesandten vom 11. Dezember vor, welche, wenn abgeschickt, freilich erst lange post festum eintrafen. In einem Schreiben erklärt sich der Erzherzog damit zufrieden, dass man sich auf zwei Candidaten, den Kaiser und einen Piasten geeinigt habe; er gibt den Auftrag, die Wahl Maximilians zu fördern, und freut sich, dass die Krone dem österreichischen Hause gesichert wird. Weiter über Wahlbedingungen zu handeln hält er nunmehr für überflüssig. Aber gleich setzt er wieder bei, es sei den Polen in seinem Namen Unterstützung an Kriegsvolk zu versprechen, — wie schwer es ihm und seiner Kammer auch fällt — wenn sie ihn wählen würden; seine Ankunft auf kommende Ostern könnte er freilich nicht zusagen. Ein zweiter Befehlbrief desselben Datums drückt Ferdinands Zustimmung zu den Ratschlägen des Landmarschalls aus; seine Verordneten sollen nämlich versprechen, dass er in Religionssachen ohne die Stände nichts vornehmen und dass er die Dissidenten nicht beschweren werde. Auch den Artikel über die Lösung des Untertanengehorsams liess er sich jetzt gefallen.

Nach geschehener Doppelwahl traten die Herren aus Tirol sogleich die Heimreise an. Beim Abschiedsbesuche trafen sie die kaiserlichen Gesandten in grosser Verlegenheit. Diese klagten ihnen, dass die Infantin von einer Vermählung mit Erzherzog Ernst nichts wissen wolle, und dass der Senat vom Kaiser die augenblickliche Bezahlung von 400.000 G. verlange. Thurn und seine Collegen rieten die Erfüllung dieses Postulates an; nach ihrer Meinung sollte der Kaiser, welchem die Candidatur bisher schon eine Million gekostet, auch diese Summe nicht ansehen. Mit diesem bloßen Ratschlag war es jedoch nicht getan. Die Kaiserlichen rückten nun mit der Bitte hervor, die Tiroler möchten ihnen zur Entrichtung der eigenen Schulden ein Darlehen gewähren. Das Gesuch wurde, so gut es eben gieng, erhört, die Tiroler liehen 2500 G. in Barem und leisteten noch für 4000 G. Bürgschaft. Das Weihnachtsfest des Jahres 1575 traf sie wieder auf österreichischem Boden, in Olmütz, von wo sie dem Erzherzog ihre baldige Rückkunft anzeigten mit einem doppelten Glückwunsch: sie gratulirten ihm, dass er nicht gewählt worden, und sich selbst, dass sie wieder glücklich aus dem Lande gekommen.

Betrachtete Ferdinand die Lage seines Bruders, welchen ein Teil

der polnischen Wähler zum König ausgerufen, so brauchte er es in der Tat nicht zu beklagen, dass man ihn übergangen hatte. Maximilian machte ihm gegenüber kein Hehl aus seiner Verlegenheit. Unsere Wahl, so schrieb er nach Innsbruck, haben unsere Freunde vorschnell vollzogen, und die daran geknüpften Bedingungen sind für uns höchst drückend. Als die schwersten darunter bezeichnete der Kaiser jene über die Residenz — er sollte ja ohne ständische Erlaubnis das Reich nie verlassen — und jene über die Nachfolge. Und eben diese letztere berührte ihn so unangenehm, da er seinem Sohne Ernst jedenfalls die Succession verschaffen wollte. Von Bathori besorgte er, dass er die Türken herbeirufen werde. In diesen Sorgen legte er dem Erzherzog die Frage vor, was nun zu tun sei. Der Würde entsagen, meinte Maximilian, kann man wol nicht, obgleich es ein geringer Verlust wäre; sollte man etwa Bathori zu freiwilligem Rücktritt zu gewinnen suchen, oder soll man es auf einen grossen Krieg mit den Türken ankommen lassen? Bleibt Polen dem Siebenbürger, so ist es den Türken ausgeliefert, und Deutschland ist noch gefährdeter als früher. Ferdinands Antwort<sup>1)</sup> verwies den Fragesteller an die auf dem nächsten Reichstag sich versammelnden Churfürsten, welche sich schon durch eine besondere Gesandtschaft an die Polen für Ernsts Wahl bemüht hatten. Aber gleichzeitig dachte man in Innsbruck doch auch bereits an eine dem Kaiser zu gewährende Unterstützung mit Mannschaft oder Geld<sup>2)</sup>. Maximilian lebte nur noch so lange, um zu erfahren, dass der berufene Regensburger Reichstag in der polnischen Frage nichts zu leisten gewillt war — sein Tod löste den Tronstreit zu Gunsten Bathori's.

Gewisse Verbindungen des polnischen Adels mit dem erzherzoglichen Hofe zu Innsbruck lassen sich auch für die folgende Zeit nachweisen. Bei Gelegenheit des kaiserlichen Begräbnisses traf Thurn wieder mit dem Grossmarschall Opalinski in Prag zusammen. Letzterer übermittelte durch den Grafen einige Briefe an Ferdinand, worin er seine guten Dienste antrug. Den Hintergrund dieser Freundschaftsversicherung bildete eine Bitte Opalinski's, der Erzherzog möge ihm mit einem Darlehen von nicht weniger als 40.000 G. zu Hilfe kommen. Graf Thurn unterstützte auch dieses Gesuch, welches ein eigener Agent des Landmarschalls, Friedrich v. Canitz, in Innsbruck

<sup>1)</sup> Maximilian an Ferdinand am 24. Jän. 1576; Ferdinands Antwort vom 5. Febr.

<sup>2)</sup> Im Februar bewirbt sich Ferdinand um bedeutende Darlehen für eine kaiserliche Expedition nach Polen und Ungarn, bei vorländischen Städten und Stiftern um je 36.000 G. — E. u. B. 1576 Fol. 77.

vortrag, mit dem Hinweis auf die Dienste, welche Opalinski dem Erzherzog bei seiner Tronbewerbung geleistet; hatte doch der Marschall in Prag merken lassen, er würde kommenden Falls noch mehr nützen können<sup>1)</sup>. Es ist aber einiger Grund zur Annahme, dass Opalinski in Innsbruck nicht erhört wurde. Dagegen hat man in Ferdinands Umgebung auf die polnische Krone nie ganz vergessen<sup>2)</sup>; die wiederholten Besuche polnischer Edelfherren haben den Gedanken daran wol immer wieder aufgefrischt<sup>3)</sup>. Für wichtigere Vorgänge in Polen hatte man zu Innsbruck stets ein gewisses Interesse. Ueber die Gefangenschaft und Hinrichtung des Samuel Zborowski wurde der Erzherzog vom königlichen Sekretär Sebastian Grabowitzki, der im gleichen Jahre (1584) als Bathori's Gesandter in Ambras erscheint, unterrichtet<sup>4)</sup>. Das Verhältnis des Hauses Oesterreich zu Bathori, anfänglich sehr gespannt, hat sich mit den Jahren gebessert. Einem Eheprojekte, welches Königin Anna in Graz vorschlug, hat Ferdinand, wie früher erzählt wurde<sup>5)</sup>, seine Zustimmung nicht verweigert. Des Königs Neffe, Cardinal Andreas Bathori, fand bei seiner Reise so freundlichen Empfang in Innsbruck, dass Stephan selbst darob dem Erzherzog seinen Dank ausdrückte<sup>6)</sup>. Und Ferdinands Sekretär Jakob Schrenk rühmt in dem grossen Bilderwerke den König als einen Mann von schönen Tugenden, würdig eines längeren Lebens.

Stephan Bathori starb am 12. Dezember 1586 zu Grodno eines fast plötzlichen Todes, das Reich unterlag wieder einem unheilvollen Interregnum, die ständischen Wähler hatten abermals ihres Amtes zu walten. Zum dritten Mal trat das Haus Oesterreich unter die Werbenden. Aber keineswegs belehrt durch die frühere Erfahrung gieng es auch diesmal nicht einig vor, sondern vier Erzherzoge wollten neben einander ihr Glück versuchen, unter ihnen auch Ferdinand<sup>7)</sup>.

<sup>1)</sup> A. M. 1577.

<sup>2)</sup> Dies beweist eine Mitteilung Sprinzensteins von 1581: „Mit diser gelegenheit (Gespräch des Cardinals v. Como mit Sprinzenstein) ist der polnischen kron halben er herr cardinal vielfeltig E. Dt. zu redt worden“. Bezold, K. Rudolf u. d. Liga p. 38.

<sup>3)</sup> In den Jahren 1579, 1580 und 1583 erscheinen wieder manche „Equites Poloni“ als Gäste in Ambras. (Trinkbücher.) <sup>4)</sup> A. M. 1584.

<sup>5)</sup> S. oben p. 124. <sup>6)</sup> Stephan an Ferdinand 10. Apr. 1585. Schl. 65.

<sup>7)</sup> Sonderbarer Weise meint Mayer, Des Bischofs Stanislaus Pawlowski Gesandtschaftsreisen, p. 32, Ferdinand von Steiermark (damals noch ein Knabe) sei Mitbewerber gewesen. Noch merkwürdiger ist es, dass Neubauer, Versuch einer Darstellung nach Quellen für die Beziehungen zwischen Polen und Oesterreich (Czernowitzer Gymnasialprogr. 1870) p. 40 polemisirend behauptet, Erzherzog Ernst habe sich diesmal nicht beworben. Dieselbe irrthümliche Angabe wie bei Mayer findet

Während Mathias, Ernst und Maximilian, jeder nach seiner Gelegenheit, vorbereitende Schritte taten, begann man mit solchen auch in Innsbruck. Der erzherzogliche Edelknabe Ladowski, ein gebürtiger Pole, wurde in aller Heimlichkeit an einen ungenannten Adressaten geschickt mit der Anfrage, ob sich der Tod des Königs Stephan erwahre, und ob für Ferdinand gute Aspekte bei der bevorstehenden Elektion wären<sup>1)</sup>. Zacharias Geizkofler, damals Agent des Erzherzogs am Kaiserhof, berichtete zu Beginn des Jahres, die Aussichten Oesterreichs in Polen seien nicht schlecht, aber Einigkeit und schnelles Handeln tue Not<sup>2)</sup>. Um erstern Zweck zu erreichen, proponirte er für jetzt schon eine vertrauliche Zusammenkunft der Erzherzoge, für Ernst hegte er von vornherein nicht grosse Hoffnungen. Von Maximilian erfuhr er noch in Prag, dass er sich besonders auf die Freundschaft der Zborowski stützen wolle; aber warnend schrieb er nach Innsbruck, man möge den Einfluss dieses Geschlechtes nicht überschätzen, er sei nicht mehr so gross wie ehemals, Oesterreich sollte vielmehr den mächtigen Grosskanzler Zamoiski zu gewinnen suchen<sup>3)</sup>.

sich auch bei Haselbach, Oesterreich und die polnische Königswahl von 1587 (Progr. des Josefstädter Gymnas., Wien 1869) p. 11. Ebenda p. 7 wird (unter falscher Benützung eines Citates aus Bucholtz) rundweg berichtet, Erzherzog Karl von Steiermark habe die Infantin Anna geheiratet. Auch Srámek in einem (übrigens belanglosen) Programmaufsatz (Pisek 1885) und Sieniawski, Das Interregnum und die Königswahl in Polen 1587 p. 43 nennen als Candidaten Ferdinand von Steiermark. Caro, Das Interregnum Polens p. 81, 87 erwähnt (nach Heidenstein) einen Erzherzog Ferdinand ohne weiteres Attribut. — Diese Angaben mögen genügen um zu zeigen, wie vorsichtig die meisten dieser Specialarbeiten zu benützen sind. Falsche Namen sind bei einigen dieser Werke nicht selten. Bei Mayer erscheint p. 246 als Ferdinands Gesandter Zach. „Griczkhofer“ statt „Geizkhofer“; ib. p. 56 steht „Greiczkoffler“; p. 266 „Plernburger“ statt „Oburnburger“; p. 249 „Leudomir“ statt „Sandomir“; bei Neubauer p. 58 gegenzeichnet sich ein „Justinianus,“ statt „Just. Moser“.

<sup>1)</sup> Ladowski gieng auch nach Polen. Ferdinands Brief an einen Ungenannten ist vom Jänner 1587. Dieser Ungenannte ist wol kein anderer als Zacharias Geizkofler, welcher damals in Prag weilte. Vgl. oben p. 108. Ueber die damaligen Schritte des Mathias s. Hurter V, 60 f.

<sup>2)</sup> Der Verkehr zwischen Ferdinand und Geizkofler über die polnische Angelegenheit wurde möglichst geheim gehalten. Geizkofler versah wichtige Briefe nicht mit seinem Sigel und seiner Unterschrift. Für ersteres diente ihm die Petschaft seines Dieners Georg Lidl, und diesen Initialen (G. L.) entsprechend unterschrieb er sich als Georg Liebstorfer. Aus Polen schickte er die Correspondenzen nicht direkt nach Innsbruck, sondern zunächst an seinen Bruder in Augsburg, von dem sie erst Ferdinand bekam. Wichtigere Persönlichkeiten sind in Geizkoflers Briefen nicht genannt, sondern unter fremden Namen maskirt.

<sup>3)</sup> Geizkoflers Briefe in Ferd. 270, 338; P. I, 70. (Jän.—Febr. 1587.)

Dieser letztern Mahnung kam Ferdinand insoferne nach, als er im März den Geizkofler insgeheim nach Polen mit Briefen an Zamoiski und einige Senatoren sandte, worin er ihnen seine Candidatur empfahl<sup>1)</sup>. Geizkofler traf noch auf österreichischem Gebiete, in Breslau, mit Christoph Zborowski<sup>2)</sup> zusammen und fand ihn zugänglich für den Plan der erzherzoglichen Bewerbung; nur in Religionsachen — Christoph war Protestant — müsse Ferdinand beruhigende Zusicherung geben, denn Zborowski habe auf „das exempl eines von Spaur“ hingewiesen<sup>3)</sup>. Er besprach auch die Notwendigkeit einer Gesandtschaft nach Dänemark und zu den Hansastädten, auf dass sie durch eine Diversion von Norden her für Oesterreich wirken möchten, wie es früher der Herzog von Holstein dem Kaiser Maximilian versprochen. Auch diese Mission war Geizkofler zu übernehmen bereit. Bezüglich der Candidaten glaubte er versichern zu können, dass von Schweden nur wenige sprechen, dass hingegen die Anhänger Habsburgs sich vermehrten, namentlich jene des Erzherzogs und Maximilians; Ernst wolle man nicht aus kirchlichen Bedenken. In den Monaten April und Mai absolvirte der erzherzogliche Agent seine Besuche polnischer Edelherren, des Castellans Komorowski, des Palatins von Posen Stanislaus Gorka, des uns schon bekannten Marschalls Opalinski, der Brüder Zborowski u. a. Der Familie Casanowski wird bei der diesmaligen Wahl mit keiner Silbe gedacht. Einige, wie Komorowski, erklärten sich rückhaltslos für Ferdinand. Etwas anders lautete die Sprache des Hofmarschalls Andreas Zborowski<sup>4)</sup>. Zuerst habe er sich für einen Piasten entschieden; aber zur Ueberzeugung gelangt, dass ein Aus-

1) Ferdinand wollte Geizkoflers Sendung gegen den Kaiser und die Erzherzoge geheim halten und wollte, der Agent möge unter dem Vorgeben einer Reise nach Innsbruck sich nach Polen absentiren. Geizkofler fand, dass man seine Abwesenheit von Innsbruck viel zu leicht erfahren könne, und verliess Prag unter dem Vorwand, seine Mutter in Salzburg zu besuchen. Um noch mehr zu täuschen, schrieb er dann mehrmals Briefe mit seiner Adresse nach Salzburg. Die Reise nach Polen schien ihm übrigens ziemlich gefährlich; für den Fall eines Unglückes empfahl er vor seinem Aufbruch Vettern und Brüder der Gnade des Erzherzogs. Den Convocationsreichstag (er versammelte sich am 2. Febr., unrichtig bei Piasecius, *Chronica Gestorum* p. 55 erst im März) dürfte Geizkofler nicht besucht haben. Nach Heidenstein p. 246 waren Gesandte des Kaisers und Maximilians anwesend. Vgl. Mayer p. 20, 248, 254.

2) S. über denselben Sieniawski p. 3.

3) Jedenfalls Caspar v. Spaur; vgl. I. Bd. p. 137. Man sieht, in wie weite Kreise auch damals Nachrichten aus unsern Bergen drangen.

4) Gegen Zborowski versicherte Geizkofler, der Erzherzog werbe nur den Polen zu Liebe, sonst hätte derselbe gar keine Ursache, um „aus dem paradiso in das purgatorium“ sich zu stürzen.

länder vorzuziehen, sei er auf den schwedischen Prinzen verfallen, dessen Jugend ihn jedoch auf die Seite Maximilians getrieben, welcher sich auch schon bei ihm angefragt habe<sup>1)</sup>. Der jüngere Bruder Johann antwortete ähnlich und mahnte zur Eintracht. Geizkofler sprach bei seiner Rundfahrt auch noch andere Bekannte, so den Andreas Dudith, welcher so freundliche Worte über den Erzherzog hatte, dass ihn der Agent zum Gesandten empfahl; ferner den auch in Innsbruck bekannten „Zauberer“, Grafen Scotto, welcher wie Dudith an Ferdinand den Rat erteilen liess, er möge die Ducaten nicht sparen. Der eifrige Unterhändler teilte alle seine gelegentlichen Wahrnehmungen und die darauf gegründeten Ratschläge dem Erzherzog mit. Ein polnischer König, so schrieb er, wird einen schweren Stand bekommen, namentlich wenn er ein Habsburger ist, denn in solchem Falle ist ein Krieg nach den Drohungen der Pforte unvermeidlich. Will Ferdinand durchdringen, so ist eine feierliche Gesandtschaft von Nöten, an deren Spitze wo möglich ein angesehener Lutheraner stehen sollte, weil dies eine gewisse Garantie bezüglich der Religionsfrage böte. Sehr förderlich wäre es, wenn der Erzherzog persönlich in der Nähe wäre; vielleicht könnte er jetzt als Gast zu den churfürstlich brandenburgischen Jagden reisen und dabei überhaupt das Vertrauen mit den deutschen Fürsten „renoviren“. Hat es doch Mathias mit seiner Reise zu den Nordstaaten ähnlich gemacht. Oesterreich sollte einig vorgehen und reichlich spenden. Eine abermalige Doppelwahl ist nicht unwahrscheinlich, wenn sich nicht die „Neutralisten“ kräftig einlegen, auf welche sich Ferdinand am besten stützen könnte<sup>2)</sup>. Auch Litthauen wäre zu beschicken, wo man die Familie Radzivil gewinnen könnte.

Ueberall, wo Geizkofler anklopfte, sprach er zunächst für seinen Herrn, den Erzherzog in Tirol; eine Empfehlung des Gesammthauses lief hie und da nur so nebenher, den Namen eines andern Erzherzogs hat er sicherlich nicht genannt. Man fragt sich, ob unter den

---

1) Ein andermal berichtet Geizkofler über den eifrigen Verkehr zwischen Maximilians Gesandten Teuffenbach und den Zborowski, welche zu hohen Geldopfern auffordern.

2) Dieser Rat entspricht ganz der Sachlage. Die Wahlfrage gestaltete sich schon zu Beginn nicht blos zu einem Kampfe politischer Parteien, sondern auch zu einem persönlichen Streit zwischen dem Grosskanzler und den Zborowski. Zwischen beiden standen die persönlich unbeteiligten, die Neutralisten (Sieniawski 21). Dass die Zborowski schon für Maximilian gewonnen waren, sagt die oben erwähnte Relazion Geizkoflers; auf Zamoiski war, wie sich zeigte, gar nicht zu rechnen. So wären also tatsächlich nur die Neutralisten für Ferdinand geblieben.

habsburgischen Agnaten nicht Vorbesprechungen stattgefunden haben. Zwischen Ferdinand und seinen jüngern Vettern wahrscheinlich nicht, nicht einmal zwischen Ferdinand und dem Kaiser. Der Grund dieses schädlichen gegenseitigen Fremdtuns lag, wie wir meinen, darin, dass Ferdinand als Aeltester der Dynastie prätendirte, dass man sich in einer solchen Frage zuerst an ihn wende. Nun hatten aber die andern Erzherzoge, welche auch nach der Krone trachteten, allen Grund, ihm zu mistrauen, und sie begnügten sich daher vorerst mit Verhandlungen beim Kaiser<sup>1)</sup>.

Ende März brach man gegen Ferdinand das Schweigen. Ernst meldete seinem Oheim in Tirol, dass er bereits mit dem Kaiser über die polnische Werbung gesprochen, und dass man sich in Prag geeinigt habe, von österreichischer Seite zuerst ihn (Ernst), im Falle einer Ablehnung Mathias und endlich Maximilian vorzuschlagen. Ernst erbat sich hiefür die Zustimmung Ferdinands<sup>2)</sup>. Später wandte sich auch Maximilian nach Innsbruck und ersuchte um Beförderung von Seite des Erzherzogs, welcher ohnehin genug Länder besitze; dafür versprach der Bittsteller zu Gunsten Karls, des Markgrafen v. Burgau,

---

1) Eine Illustration dieser Verhältnisse gibt ein undatirter Entwurf, „Verzeichnis was E. F. D. gemelt, so der k. Maj. in der poln. handlung zu schreiben“: „Dieweil Irer F. D. von Irer Maj. oder jemand andern der polnischen handlung halb nichten zuegeschriben worden, haben sie (Ferd.) nit gewisst, wie sie es verstehen sollen, noch sich in die sachen einmischen wellen. Aber doch nit unterlassen, seitmal sie zuvor dieses künigreichs halb in pretext gwest, sich ein wenig umbzusehen, wer noch auf I. F. D. seitten, und befunden, dass deren unter den fürnembsten Pollaken nit wenig. Verhoff, Ir Maj. sollen ir dasselb, weil es dem ganzen lobl. haus zu gueten gemeint, nit zuwider sein lassen und auch I. F. D. nit zuemueten, sich der sachen zu entschlagen. Das ratlichist waere, das haus Oesterreich tet zusammen und hielten samtlich mit einander an“. Man stelle es den Polen anheim, wen sie wählen wollten. Sobald man merkt, dass sie zu einem Bestimmten sich hinneigen, sollen die andern Erzherzoge denselben unterstützen. Der Kaiser sollte seine Brüder für diesen Modus gewinnen, „auf ein solche meinung vergleichen“. „Darum soll billig keiner begeren, sich dem andern fürzudringen oder einer den andern zu verhindern, sondern diesfalls einhellig zusammensezen. Den wan ein strick zusammengewunden, kan er nit leichtlich zerrissen werden; wan man aber auftrat, ist er nit so stark. Es möchten auch, wie man meint, die Pollaken so starke conditionen vorschlagen, die vielleicht den einen nit, aber den andern einzugehen annemblich.“ Wie man sieht: dieselben Ideen wie anno 1575. — Der archivalische Platz dieses undatirten Stückes ist bei den Wahlakten des Jahres 1575; sein Inhalt verweist es zu 1587. Ernst entschuldigt gegen Ferdinand das Schweigen mit dem, dass man erst das „Intent“ des Kaisers habe einholen müssen.

2) Ernst an Ferdinand 30. März 1587.

„in der bewussten sache“ tätig zu sein<sup>1)</sup>. Aber auch zwischen den Höfen von Innsbruck und Prag kam es trotz der gerade damals sonst sehr flauen Beziehungen zu einer Correspondenz<sup>2)</sup>. Gleichzeitig mit Ernst fragte auch der Kaiser bei Ferdinand an. Dieser liess einen ganzen Monat auf Antwort warten und sprach dann für Gesamtwerbung und Einstellung specieller Agitationen zu Gunsten eines einzelnen Erzherzogs<sup>3)</sup>. Er proponirte auch eine Zusammenkunft aller Erzherzoge in Linz während der Zeit der Elektion, damit man sich nach geschehener Wahl über die Conditionen besprechen und, wenn dieselben dem Gewählten zu beschwerlich wären, ein anderer Habsburger „zu der kron zu bringen“. Rudolf hatte gegen diese Vorschläge nichts einzuwenden. Ernst und Maximilian waren jedoch nicht mit allem einverstanden. Sie hatten zwar nichts gegen eine „samtlige abschikung“, aber sie sollte bis zum Wahltag den Polen verheimlicht, und es bis dahin jedem freigestellt sein, „sein bestes und aufnehmen, so guet er kann und mag, mit gemainen worten zu promovieren und zu befürdern“. Diese Politik erschien Ferdinand „zum hechsten schedlich und verhinderlich“, als die Veranlassung „grosser zerrüttlichkeit“. Dadurch werde die ganze Praktik fehlschlagen, alles zurückgehen und so zu sagen in den Brunnen fallen. Nur wenn die Polen die Einigkeit des Hauses sähen, würden sie einen Erzherzog jedem andern vorziehen. Geht, wie vorauszusehen, bei solchem Procediren die Sache schief, so möge man es nicht ihm, sondern denen zuschreiben, welche es verursacht. Ferdinand erklärte weiter, er halte es ganz überflüssig, den Tag in Linz zu besuchen, wenn des Kaisers Brüder bei ihrer Meinung beharrten. Ebenso tadelte er es, dass die-

1) Max an Ferdinand 10. Mai. Ueber die „bewusste sache“ des Markgrafen Karl siehe unten.

2) In den einschlägigen Innsbrucker Akten finden sich leider sehr grosse Lücken.

3) Nach dem oben mitgetheilten Entwurf ist die Antwort Ferdinands an den Kaiser vom 2. Mai abgefasst. — Unrichtig ist die Angabe bei Mayer p. 32, welcher sich auf diesen Brief und jenen vom 26. Mai bezieht, indem er schreibt: „Ferdinand konnte mit seiner Ansicht nicht durchdringen, dass es der Würde des Hauses angemessen wäre, wenn dasselbe durch eine einzige Gesandtschaft vertreten würde.“ Eben zu einer solchen Gesandtschaft ist es ja gekommen. Ferdinands Vorschlag lautete: „und ist zu dem ende bei mir nit undienstlich, sondern der sachen fürträglich, da E. Maj. und gebrüeder sowol als ich hiezzwischen und unz zum waltag mit erpracticirung noch mehrern anhangs, damit hiedurch denen gegencompetitorn die leut und stimmen entzogen werden, fürscreiten, doch in genere auf solche mass, dass zum waltag, wie oben eingeführt, wir einhellig zusammenhalten und dass dasselbe beschehen werde, jeder seiner part zur wissenheit und nachrichtung wol und lauter einbilden lasst“.

selben, wie ausgegeben werde, schon mit Kriegsbestellungen sich befassten und mit Geld Stimmen wärben, wodurch sie sich „bey den Pollackhen gar partheyisch machen sollen“. Man sollte lieber darauf sehen, die Partei des Kanzlers mit jener der Zborowski zu versöhnen — das einzige Mittel zu einer einigen Wahl<sup>1)</sup>.

Unterdessen rief Ferdinand seinen Agenten Geizkofler nach Innsbruck und liess sich eingehend von demselben über die Verhältnisse in Polen referiren<sup>2)</sup>. Geizkofler äusserte sich folgendermassen: E. F. D. sind jetzt schon bei Jahren „und wurden sich aus Irer ruehe in die höchste unruhe begeben müssen“. Die Werbung würde sehr grosse Auslagen verursachen. Der Gedanke, dass nach des Erzherzogs Ableben dessen Sohn, Markgraf Karl, folgen könnte, ist kaum ausführbar. Erzherzog Ernst hat manche Anhänger, selbst der Grosskanzler soll für ihn sprechen; aber dieser tut es freilich nur, um die Partei der Zborowski zu schwächen. Von Mathias ist am wenigsten die Rede — schon wegen seines Auftretens in den Niederlanden. Maximilian vereinigt bisher die meisten Stimmen auf sich und zwar besonders mit Hilfe der Zborowski. Diese Familie ist allerdings mächtig, namentlich seit ihr Stanislaus Gorka beigefallen, aber „zwischen ihren sachen und der erwählung eines königs ist ein grosser unterschied“. Weil Christoph Zborowski sich dieses Erzherzogs vorzüglich annimmt, so wird Zamoiski und sein Anhang auf denselben niemals consentiren, ebensowenig Opalinski<sup>3)</sup>. Die „kanzlerische faction“ hat unter den Geistlichen und Rittern zahlreiche Freunde „und viel moderatiora consilia und anschlag als die andern.“ Gerüchte von Kriegsrüstungen des Christoph Zborowski sowie über Stimmenkauf, wobei nur der hohe Adel aber nicht die Ritter etwas erhielten, haben Maximilian gleichfalls schon geschadet. Die Königin Witwe ist noch immer „guet schwedisch“. Hinderlich ist auch, dass Maximilian des Polnischen gar nicht, des Lateinischen zu wenig mächtig, im Kriege nicht erfahren und ohne Autorität ist. Man darf auch nicht vergessen,

<sup>1)</sup> Ferdinand an Rudolf 26. Mai. St.

<sup>2)</sup> Ferdinands Befehl zu „einem postritt“ an Geizkofler vom 8. Mai.

<sup>3)</sup> Eine Aufzeichnung über ein Gespräch, das zwischen einem Kämmerer Maximilians und dem Marschall Opalinski statthatte, meldet: der Marschall hat gegen jeden Habsburger etwas einzuwenden. Rudolf ist „melancolicus“, Ferdinand ist alt, Ernst hoffährtig, Mathias ein „umleufer“ (Anspielung auf die Niederlande), Maximilian scheint nicht die rechten Mittel zu gebrauchen. Als der Kämmerer auf Befragung versicherte, dass die Erzherzoge Ferdinand und Maximilian in gutem Einvernehmen stünden, entgegnete Opalinski, er möge „diess nit glauben, dann er vil anders vernunnen, dann Max gar contrarius wäre.“

dass das Castell von Krakau, wie es 1575 in den Händen „der Bathorischen“ (des Peter Zborowski), so jetzt in der Gewalt von Zamoiski's Schwestersohn ist. Dass eine Partei gegen die andere die Türken herbeiruft, ist nicht unwahrscheinlich. Geizkofler hält weder von der Aussicht Ernsts noch jener Maximilians vieles. Am besten wäre es, fährt er fort, wenn man Gorka gewinnen könnte, denn ein Candidat der Zborowski dringt bei Zamoiski nie durch. Wie sich die Aussichten Ferdinands gestalten werden, lässt sich für die Zukunft nicht sagen. „Aber alle, mit denen ich (Geizkofler) gesprochen, haben sich freundlich erzeigt“, von welcher Gesinnung der Erzherzog schon bei der frühern Wahl sich hätte überzeugen können, wäre nicht der Kaiser „im liecht gestanden“. Eben weil Ferdinand sich keiner der beiden grossen Parteien zugewendet, steht er bei beiden in Gunst; und wären tirolische Gesandte beim Convocationsreichstag zugegen gewesen, so würde die Sache jetzt schon entschieden sein. Da keiner der andern Erzherzoge voraussichtlich für sich eine einmütige Wahl erzielen kann, so täten diese am besten, sich mit Ferdinand zu vergleichen, für welchen selbst die Gestirne zu sprechen scheinen<sup>1)</sup>. Sonst wird am Ende der Schwede oder der Moskowiter gewählt. Letzterer hat zwar wenig Verbündete. Desto mehr hatte Anfangs der andere; aber er ist jung, und wenn sein Vater stirbt, möchte er von dannen ziehen, wie König Heinrich, oder die Schweden hängen sich, wie sie jetzt schon drohen, an Herzog Karl von Südermanland; das macht einige nachdenklich. Ferdinands vorgerücktes Alter erscheint manchen als Nachteil, andern als Vorzug. Jedenfalls muss allen weiteren Schritten die Einigung unter den Mitgliedern des Hauses Oesterreich vorausgehen. Will der Erzherzog für sich selbst candidiren, so muss er sowol den Kanzler, als auch die Zborowski zu gewinnen suchen, was nicht unmöglich fällt, da er neutral ist. Ebenso kann er auch die „Neutralisten“ gewinnen, also den Primas Stanislaus Karnkowski und viele Geistliche, den Palatin Andreas Tenzinski von Krakau, den Palatin Schaffraniek von Sandomir, die Litthauer u. a. Namentlich muss man sich auch an die Ritter wenden, welche bereits schwierig sind und sagen, die grossen Herren, welche sich corruppiren lassen, wollten ihnen das Stimmrecht nehmen. Ferdinand hätte daher an die Freunde des Kanzlers und an dessen

---

<sup>1)</sup> „Et ne coelestes queque inclinationes et mathematicas conjecturas omitam, so hab ich von etlichen verstendigen leuten gehört, dass E. F. D. in deren nativität ein stellam regiam haben, welcher in provectiore aetate derselbigen regnum cum sceptro ominieren tuet“.

Gegner eigenhändige Schreiben zu senden; vor den Ritttern sollte man seine Sprachkenntnis rühmen und ihnen sein Porträt zeigen. In jeder Provinz wären drei Wähler zu gewinnen, welche die andern bearbeiten und Remunerationen versprechen sollten. Einen besonders geschickten Mann braucht es für den Kanzler, einen Unterhändler, „der wol in cervello stehe, denn, wie ich vernimb, so soll wolgedachter kanzler der arglistigist mann sein, so je zu finden und gleichsam ein miraculum naturae.“

Dies das Wichtigste aus Geizkoflers Relazion<sup>1)</sup>, welche in mehrfacher Hinsicht beachtenswert ist. Sie lässt den eigentlichen Hintergrund erkennen, welcher dem Erzherzog ein Interesse an der diesmaligen Wahl einflösste: es war der Wunsch, seinem Sohne Karl eine Krone zu verschaffen. Der Berichterstatter sucht dann im Weitern allerdings dem Erzherzog angenehme Worte zu sagen; überall jedoch klingt es wie eine Mahnung durch, sich in das höchst zweifelhafte und geldraubende Spiel nicht einzulassen. In Innsbruck hat man, wie uns das Weitere lehrt, den Wink nicht ganz überhört.

Während Geizkofler in Polen seine Studien machte, trat auch Freiherr v. Sprinzenstein, welcher kurz vorher seine Rolle am Kaiserhofe für einige Zeit ausgespielt hatte, in Aktion. Wir finden ihn mit dem polnischen Grafen Stanislaus Cziolak (Poniatowski) in Verbindung<sup>2)</sup>. Dieser Graf kam im April nach Böhmen, wo er jedoch den Freiherrn nicht mehr traf. Sprinzenstein war damals auf der Reise nach Tirol begriffen und erhielt nun unterwegs einen Brief Czioleks, worin derselbe Ferdinand als den annehmbarsten Candidaten bezeichnete und sich zum Agitator anbot. Der Erzherzog wurde hievon gleich in Kenntnis gesetzt, wollte aber nicht früher sich äussern, bevor seine mit den andern Erzherzogen schon begonnenen Traktationen ein gewisses Resultat ergeben hätten.

Dass Ferdinand Czioleks Antrag nicht sogleich beantwortete, erschien Sprinzenstein als unliebsame Verzögerung. Er nahm deshalb in Innsbruck Urlaub, angeblich um nach Polen zu gehen. Tatsächlich lud er den polnischen Grafen auf seine Herrschaft Neuhaus in Oberösterreich, wo sich beide trafen, um nun zusammen nach Tirol

<sup>1)</sup> Ich halte dafür, dass Geizkofler persönlich in Innsbruck referirte. Denn die Relazion ist von einem Kanzleibeamten des Erzherzogs geschrieben und mit Geizkoflers eigenhändigen Zusätzen versehen. Am 26. Mai schreibt Ferdinand dem Kaiser, er werde nächster Tage Geizkofler „hinabschicken“ (nach Prag).

<sup>2)</sup> Cziolak rühmte sich römischer Abstammung. Ueber Cziolak-Poniatowski s. Ciampi, Bibliografia critica I, 86, 201; III, 89.

zu reisen<sup>1)</sup>. Sprinzenstein avisirte hievon den Erzherzog und bat um eine geheime Zusammenkunft in Kufstein oder an einem andern Orte, der Graf habe die wichtigsten Mittheilungen zu machen. Ferdinand war über die Ankündigung dieses Besuches keineswegs erfreut; um so weniger, als Geizkofler vor dem Grafen warnte<sup>2)</sup>, und erteilte dem Freiherrn eine strenge Zurechtweisung, weil er seine Instruktion überschritten. Weil der Erzherzog nicht nach Kufstein kam, reisten die zwei talaufwärts bis zum Jagdschlosse Rotholz (Thurneck) und erwarteten hier weitere Befehle; sie baten um eine geheime Audienz in Ambras. Dieselbe wurde gewährt<sup>3)</sup>. Man traf sich gegenseitig verabreiteter Massen (10. oder 11. Juni) „unweit vom see auf die stund“ im Schlossparke: der Erzherzog, Cziolek und Sprinzenstein. Unmittelbar vorher wusste übrigens der Graf schon Ferdinands Entschliessung: nicht selbst als Mitbewerber aufzutreten, sondern nur für die Candidatur Maximilians tätig zu sein. Das schriftlich fixirte Resultat der Zusammenkunft sagt dasselbe: Ferdinand lässt sich von Cziolek nicht bereden, selbst um die Krone zu candidiren und zu solchem Zweck Geld zu spenden oder Truppen zu werben; der Graf bedauert, dass der Erzherzog sich mit seinen Vettern in Unterhandlungen eingelassen, und fürchtet, Polen möchte für das Haus Oester-

1) Cziolek hatte wol schon von den Abmachungen der Erzherzoge etwas erfahren, da er (21. Mai) an Sprinzenstein schrieb: Es ist nicht zu billigen, dass alle Fürsten von Oesterreich zusammen werben, Ferdinand als der Aelteste muss für sich allein auftreten.

2) Geizkofler machte den Erzherzog aufmerksam, dass Cziolek mit Tenzinski, einem der angesehensten von den „Neutralisten“, verfeindet sei. Sprinzenstein konnte nicht begreifen, dass Geizkofler von Czioleks geheimer Reise etwas wisse. Cziolek war auch auf Geizkofler nicht gut zu sprechen. In einem undatirten Schreiben verlangt er Geld, um auf den Adel zu wirken. Der Geizkofler, schreibt er, meint mit seinem „lateinreden“ etwas auszurichten, aber er wird sich täuschen. Weil Ferdinand denen, welche die „electionshandlungen“ kennen, nicht folgte, hat er auch früher nichts erreicht. — Nach Sprinzensteins Versicherung war Cziolek freilich mit „electionshandlungen“ schon vertraut, der Graf soll 1574 dem Heinrich v. Anjou die erste Nachricht von dessen Wahl gegeben und früher in Paris „für sich selbst gewesen und die polnischen praktiken geführt“ haben. Bei der Begrüssungsdeputation war Cziolek nach Solicovius p. 12 nicht.

3) Indem Ferdinand die Audienz zusagte, tadelte er Sprinzenstein neuerdings, einmal weil das Geheimnis der Zusammenkunft nicht hinreichend bewahrt wurde, und dann auch, weil der Freiherr im Arrangement derselben unsicher verfuhr: zuerst proponirte er nur eine Unterredung zwischen Ferdinand und dem Grafen, dann wollte er auch Ferdinands Söhne beigezogen wissen. — Cziolek schreibt sich am 11. Juni 1587 ins Ambraser Trinkbuch mit der Devise: „Exitus acta probat“.

reich verloren gehen<sup>1)</sup>. Cziolak verliess alsbald wieder Tirol, um die bündige Erklärung, welche ihm geworden, dem Erzherzog Maximilian zu überbringen; auf sein Ansuchen gab ihm Sprinzenstein mit Ferdinands Zustimmung das Geleite<sup>2)</sup>.

Wie ist aber Cziolak zu dieser Mission an Ferdinand gekommen? Zamoiski hatte von Anbeginn den Plan, das Haus Oesterreich von Polen fern zu halten. Nichts konnte ihm da erwünschter sein, als eine Candidatur mehrerer Habsburger, von denen dann einer dem andern Eintrag tat. Listiger Weise suchte er deshalb die einzelnen Erzherzoge zu stimuliren — dem Grafen Cziolak war eben diese Aufgabe hinsichtlich Ferdinands vom Grosskanzler zugedacht<sup>3)</sup>. Das Vorhaben war jedoch gescheitert, der Erzherzog hatte sich mit einer Entschiedenheit, wie bisher nie, für einen andern Bewerber ausgesprochen. Warum aber für Maximilian? Es wurde schon erwähnt, dass Ferdinand bei der polnischen Wahlsache vorzüglich das Interesse seines Sohnes Karl im Auge hatte. Maximilian setzte an diesem Punkte an und stellte für den Fall des eigenen Gelingens die Uebertragung der Grossmeisterwürde des deutschen Ordens an Karl von Burgau in Aussicht<sup>4)</sup>.

Seit Cziolaks Abweisung in Ambras hat der Erzherzog wol nicht mehr im Ernst an seine eigene Bewerbung gedacht<sup>5)</sup>. Soweit gieng jedoch seine Selbstlosigkeit nicht, dass er auf die Nennung seines Namens verzichtet hätte. In der von allen Habsburgern ausgestellten

1) Auch das Protokoll der Unterredung trägt den Stempel der Geheimhaltung; der Erzherzog erscheint unter dem Namen „die Sonne“, Cziolak unter „Morgenstern“. Ferd. 339.

2) Ferdinands Comitiv für Sprinzenstein ist noch vom 11. Juni datirt.

3) Ueber diese Intrigue Zamoiski's s. Caro p. 67. Nach Caro hätte Zamoiski den Nicolaus Grodek zu Ferdinand geschickt; ich habe diesen Namen nirgends in den Akten finden können. Bei Heidenstein p. 254 erscheint aber ein Stanislaus Cziolkonis, welcher insgeheim Briefschaften Ferdinands dem Kanzler überbringt.

4) Heidenstein spricht davon mit dem Beisatz „ut existimabatur“ p. 253. So schreibt auch Simon Genga (Ciampi I. 123): intendendo io che . . . Massimiliano arivando a questo regno renuntia il grado di Gran Maestro . . . a un figlio del arciduca Ferd. — Sieniawski p. 45 mit ungenauem Ausdruck.

5) Was Mayer p. 32 von seinem Erzherzog Ferdinand „von Steiermark“ erzählt, steht mit unserer Darstellung im Widerspruch. Wir müssen gestehen, dass wir für Mayers unbelegte Behauptungen gar keinen archivalischen Beweis gefunden haben. Die tirolische Kammer zahlte im September 1587 für die polnische Gesandtschaft 2000 G. und war schon darüber „was entsetzt“. G. v. H. 1587 Fol. 254; M. a. H. 1587 Fol. 324. Noch im folgenden Jahre hatten aber Zollern und Geizkofler bedeutende Guthaben. G. v. H. 1588 Fol. 135.

Instruktion für die gemeinsame Beschickung des Wahltages führt er sich ausdrücklich als jenen ein, welcher für seine Person „dieser sachen anzunehmen“ sich entschlossen habe. Die Gesandtschaft, bei welcher Ferdinand durch Graf Karl v. Zollern und Zacharias Geizkofler vertreten war, musste für alle „Competitoren“ eintreten, aus denen die Stände einen erwählen sollten. Doch lässt schon die Hauptinstruktion, noch mehr die geheime, welche für Rudolfs Abgeordnete allein bestimmt war, erkennen, dass Ferdinand als Candidat in den Hintergrund trete<sup>1)</sup>. Er hatte denn auch kein unmittelbares Interesse an der projektirten Zusammenkunft der Erzherzoge, deren Nichtbesuchung er mit den vorländischen Kriegsunruhen gegen den Kaiser entschuldigte. Dieser Sachlage entsprach es, wenn Ferdinand in Rom die Beförderung „des Hauses“ und nicht eines einzelnen Mitgliedes betreiben liess<sup>2)</sup>.

Als Ferdinands Gesandte ihre Reise antraten, wurde ihnen sicherlich auch eine geheime Instruktion mitgegeben, welche sie anwies, für einen bestimmten Candidaten — Erzherzog Maximilian — tätig zu sein<sup>3)</sup>, wenn auch, wie ja vorauszusehen, des Erzherzogs persön-

<sup>1)</sup> Die Hauptinstruktion (Mayer 246—263) enthält die Stelle: Besonders der Kaiser hat seiner Brüder wegen den Gesandten Weisungen gegeben, aber nicht Ferdinands wegen, der „ein solcher erlebter, erfahrener und sowol in Polen als sonst wolbekandter fürst, dass Seiner Liebden halben etwas zu melden unnötig“. Die geheime Instruktion des Kaisers (Mayer 263—266) stellt die österreichischen Bewerber in eine bestimmte Reihe: voran Ernst, dann Maximilian, an dritter Stelle Mathias und zuletzt Ferdinand.

<sup>2)</sup> 6. Aug. 1587 (Ferd. 83) hebt Ferdinand gegen Sporeno hervor, die österreichischen Gesandten seien „unanimi voto conjunctim“ abgeschickt, und rügt es, dass der Legat Hannibal v. Capua zwar die Wahl eines katholischen, nicht aber eines österreichischen Bewerbers betone. Sporeno versichert in mehreren vorausgehenden Briefen, in Rom erwarte man die Wahl Ferdinands. Einzelne Erzherzoge haben für sich auch in Rom geworben. 22. Mai 1587 ersucht Ernst den Cardinal Madruz deshalb um dessen Verwendung. A. Tr. 7.

<sup>3)</sup> Eine solche Instruktion konnte ich nicht finden. Dass es aber eine gab, beweist ein Brief der Gesandten (Krakau 3. Juli 1587), worin sie melden: wir haben mit einem Polen (Mirskowski) gesprochen, „der will nit allein nit raten, dass der succession halber mit Ir Gnaden dem herrn markgrafen einige andeutung geschehe, sondern er vermeint auch, wan er derentwegen zur zeit die wenigste anregung tun solt, er mecht von andern für einen treulosen mann und der das vaterland um seine freiheiten bringen wolte, gehalten werden. Derowegen wir dan mit ihm auf den andern weg nemlich erzherzogen Max gehandelt, deren erbeut er sich“, obwol er zu E. F. D. grössere Neigung hätte. — Nach einem Briefe vom 17. Juli hätten die Gesandten für den Markgrafen „die bewisste succession und recompens“ betreiben sollen, unter letzterer war die Erwerbung von Litthauen verstanden. — Heidenstein p. 253 confundirt Geizkoflers zweimalige Sendung,

liche Wünsche (betreffend den Markgrafen Karl) unerfüllbar waren. Zollern und Geizkofler besuchten in Wien die zwei Erzherzoge Ernst und Maximilian, welche „sich nach gott E. F. D. hilf befehlen“. Hier erfuhren auch die Gesandten, dass die andern habsburgischen Bewerber ihre Legaten prächtig ausstatteten; und um darin nicht zurückzubleiben, versahen sie auch ihr Gefolge mit schönen Kleidern „zu vil hundert gulden“. In Polen arbeiteten sie eifrig zu Gunsten Maximilians, dessen Gesandten Teuffenbach sie bald auch mit einem Darlehen unterstützten<sup>1)</sup>. Als dieser von der Möglichkeit einer Doppelwahl in Innsbruck Anregung tat und für diese Eventualität um Geld und Truppen bat, so befahl eine erzherzogliche Weisung an den Hofkanzler, das Gesuch nach Massgabe der freilich schlimmen Zustände der eigenen Kammer zu berücksichtigen.

Mismutig verfolgte man dagegen in Tirol Ernsts „sonderlich practiciren“, welches doch „durch die gesamte handlung“ aufgehoben sein sollte und der „Union“ widersprach<sup>2)</sup>. Dem Grafen Zollern ward bedeutet, er möge solches abzustellen suchen, aber wo es die Gelegenheit gebe, „von unsertwegen“ für Maximilian agitiren. Dieser versteckte Bruderzwist musste, wie die tirolischen Gesandten öfter als einmal meldeten, böse Folgen haben. „Man tregt fürsorg“, schreiben sie einmal, „wir werden uns durch unser absonderlich practiciren entweder gar um das künigreich bringen, oder doch eine zertrennte wahl verursachen; dem wöllen wir unsersteils möglichst fürkomen“. Eine Doppelwahl schien ihnen bereits unvermeidlich, entweder zwischen Ernst und Maximilian, oder zwischen letzterem und dem Schweden. Dem Erzherzog in Tirol berichteten sie, wie es unter solchen Verhältnissen für ihn selbst nicht schwer würde, „unanimi consensu“ gewählt zu werden, „wenn E. F. D. direkt proponirent, doch mit schweren conditionen“; mit Geld liesse sich jetzt alles erreichen, „dan jederman ser hungrig“<sup>3)</sup>. Darüber, „dass wir ins mittel gesteckt werden möchten“, war Ferdinand nicht sehr erbaut, und nochmals

---

da er schreibt: *Ferdinandus post conventum mox Warsaviensem misso Zacharia Geiczkonlero (sic) quem et tum legatum Zollocensi (sic) comiti adjunxerat, cum aliorum tum maxime etiam Zamoscii pro se ipso studia ambierat.*

<sup>1)</sup> Ferdinands Tätigkeit zu Gunsten Maximilians meldet auch eine polnische Zeitung vom 16. Juli 1587. Teuffenbach lieh von den Tirolern 1700 G.

<sup>2)</sup> Vielleicht hielt den Erzherzog schon dieses „sonderlich practiciren“ von der projektirten Linzer Zusammenkunft ab. Vgl. oben seinen Brief vom 26. Mai.

<sup>3)</sup> Unter diesen Hungrigen, sagen die Gesandten, ist auch Cziolk, obwol ihm Maximilian schon eine Kette von 1000 G. und dazu ebensoviel Taler geschenkt hat.

erklärte er ohne Umschweif, dass er diese Ehre viel lieber einem seiner Vettern gönne; trotzdem bestanden die Gesandten darauf, dass unter den österreichischen Bewerbern sein Name zuerst den Polen genannt werde. Von Ernsts Partei konnten sie zwar wenige Tage vor der Entscheidung berichten, dass sie „sich zu der unserigen getan“; aber besonders im Hinblick auf die Haltung Zamoiski's mussten sie beisetzen: „die sachen lassen sich seltsam an“<sup>1)</sup>.

Ende Juni hatten sich die polnischen Stände in Warschau zu sammeln begonnen; bis gegen die Mitte August dauerten die Vorverhandlungen und Beratungen, welche nicht selten durch stürmische Scenen unterbrochen wurden. Erst am 14. August kam der kaiserliche Gesandte, Bischof Stanislaus Pawlowski<sup>2)</sup>, dazu, in feierlicher Anrede die vier Erzherzoge in der früher vereinbarten Reihenfolge: Ferdinand, Ernst, Mathias, Maximilian den Wählern zu empfehlen<sup>3)</sup>. Ferdinands Vertreter Geizkofler fiel die Rolle zu, nach dem Bischofe die „commoda“, d. h. die Vorteile zu entwickeln, welche dem Reiche aus der Election eines Habsburgers erwachsen würden<sup>4)</sup>.

Im letzten Augenblicke vollzog sich, wie schon angedeutet, eine Vereinigung der österreichischen Parteigänger auf die Person Maximilians, ohne dass jedoch dieser verspätete Schritt das längst Befürchtete hätte verhindern können. Am 19. August proklamirte der Erzbischof von Gnesen, begleitet von Zamoiski, den Prinzen Sigismund von Schweden zum polnischen König, worauf am dritten Tage die Gegenpartei durch Nomination den Erzherzog Maximilian erhob.

Schnell reisten die österreichischen Gesandten ab, mit Ausnahme Teuffenbachs, bei welchem nur Geizkofler noch zurückblieb „zur beschliessung der ganzen handlung“. Doch blieb auch letzterer nicht lange, so dass er seinen Collegen, den Grafen v. Zollern, auf schlesischem Boden noch einholte. Geizkofler referirte über die Sachlage dem Erzherzog. Nach seiner Darstellung war die Situation für Maxi-

1) Schreiben der Gesandten vom 17. Aug. Am 21. Aug. melden Ernst und Maximilian nach Innsbruck: wir drei Brüder (auch Mathias) haben uns verglichen, dass derjenige von uns, auf welchen die mehreren Stimmen fallen, unbestrittener König sein soll; wäre ein Zweifel über das Stimmenverhältnis, so soll der Kaiser, Ferdinand und Karl entscheiden; wer von uns König wird, soll seine Brüder für die Wahlkosten entschädigen.

2) Ueber dessen Bewerbung gegen Cardinal Andreas um das Stift Olmütz s. unten.

3) Mayer p. 323. In der Ansprache des churfürstlichen Gesandten findet sich dieselbe Reihenfolge.

4) Mayer p. 56. Unter denen, welche die österreichischen Gesandten zur Ständeversammlung geleiteten, war auch Graf Cziolk mit 50 Reitern.

milian nicht gerade schlecht, wenn derselbe nur seinen Eintritt in Polen beschleunigte; denn ob Schweden die Wahl annehme, schien noch zweifelhaft. Aber Eile tue Not, denn es könnte „noch ein dritter (ein Piast) dahinter stecken“.

Das Wahlergebnis konnte für Ferdinand insofern nicht unangenehm sein, als der eine der Gewählten jener Erzherzog war, für welchen auch er sich verwendet hatte; dennoch war es für Oesterreich überraschend. Man hatte drei Eventualitäten vorher ins Auge gefasst: entweder würde ein Erzherzog einhellig gewählt — dann hatte die Sache ihren Weg; oder es würde Sigismund allein erkoren — dann sollte man nichts weiter dagegen tun<sup>1)</sup>; oder es würden zwei Habsburger aufgestellt — dann hatte die Uebereinkunft der drei Brüder in Kraft zu treten. Was jedoch zu geschehen hätte, wenn eine Doppelwahl Schweden-Oesterreich erfolgte, darüber war nichts beschlossen worden. Dass man Maximilian jetzt nicht verlassen dürfe, stand dem Erzherzog fest, und er brauchte nicht lange auf eine Gelegenheit zu warten, um diese Absicht zu betätigen. Schon im gleichen Briefe, wo Maximilian seinem Oheim die Wahl notificirte und für die bisherige Gunst ihm Dank sagte, bat er auch schon um finanzielle Hilfe von nicht weniger als 50.000 G.<sup>2)</sup> Ferdinand bürgte sogleich für 30.000 G. und suchte dem Neffen ein ebenso hohes Darlehen zu verschaffen<sup>3)</sup>. Dafür gab Maximilian gute Ratschläge, wie Karl v. Burgau Deutschordensmeister werden könnte, und liess wol auch merken, dass die Erfüllung dieses erzherzoglichen Wunsches aufs engste mit seiner eigenen Sicherstellung im Besitz des polnischen Thrones verknüpft sei. Den Freiherrn v. Sprinzenstein, den „in kriegsstücklen und künsten“ Erfahrenen, ernannte er zu seinem Proviantmeister; der Berichterstatter hierüber setzt die Worte bei: „aber mit mein rat nit“<sup>4)</sup>. Maximilians Gesuch, es möchte Karl v.

1) Geh. Instruktion des Kaisers, Mayer p. 268.

2) Max an Ferdinand 27. Aug. 1587.

3) Ferdinand zahlte eben damals an den Grafen v. Hohenems ein grosses Capital zurück und suchte nun den Grafen zu bewegen, an Maximilian 30.000 G. zu leihen. Vgl. I. Bd. p. 638. — Auch Mantua wurde von Maximilian angegangen und lieh 25.000 Kronen, es versprach (in einem Briefe an Ferdinand) sogar 1000 Reiter und 10.000 Fussknechte. Ueber andere Versprechungen s. Mayer p. 89. Ueber die Haltung Böhmens schrieb Karl v. Sarntein nach Innsbruck: „die herrn Böhmen remittiren alle sach auf ein ausschreibung eines ordentlichen landtags“, gegen Maximilians Unterstützung gebrauchen sie „ungereimte und kalte excusationen“.

4) Auch Graf Cziolk stand in Maximilians Sold.

Burgau mit Mannschaften herbeikommen<sup>1)</sup>, konnte schon deshalb nicht erfüllt werden, weil der Markgraf in diesem Augenblick in den Niederlanden spanische Kriegsdienste leistete; Ferdinand wies Maximilian mit seiner Bitte nach Madrid.

Je trauriger sich die Lage des Erzherzog-Königs (namentlich seit der unglücklichen Unternehmung auf Krakau) gestaltete, desto öfter und dringlicher wurde auch in Innsbruck angehalten. Maximilian suchte Ferdinands Verwendung am Mantuaner Hofe nach, der Kaiser wollte in Tirol einen Werbeplatz eröffnet sehen, Erzherzog Karl blieb mit einem Ersuchschreiben an seinen Bruder nicht zurück. Natürlich schrieb auch Sprinzenstein. Wie Christoph Zborowski nach Prag, so gieng er zu Erzherzog Ernst nach Pressburg, um von da weg den Innsbrucker Hof zu besuchen. Maximilian, so meldet er zu Anfang des Jahres 1588, ist fast von allen verlassen, selbst sein Leibarzt ist davongegangen, eilende Hilfe tut Not, über unsere Lage könnte sich ein Stein erbarmen<sup>2)</sup>. Einen Monat später hatte Ferdinand schon die Nachricht, dass Maximilian nach dem unglücklichen Gefecht bei Wielun dem Grosskanzler Zamoiski in Pitschen sich gefangen geben musste. Geizkofler wollte am Kaiserhof erfahren haben: „der graf Ziolk soll an dieser verreterei die meiste ursach sein, so doch Ihre kön. würde ihn für andere accarezirt und belohnt haben“<sup>3)</sup>.

Die Frage, was nun zu geschehen habe, wurde auch an den Innsbrucker Hof gestellt. Hans v. Welsberg, Maximilians Geschäftsträger in Wien, forderte den Erzherzog zu wiederholten Malen auf, das Befreiungswerk als der Aelteste des Hauses und als ein „kriegsberuemter“ Fürst in die Hand zu nehmen; er sollte sich selbst an die Spitze einer polnischen Expedition stellen „oder doch einen persönlichen anfang machen“; erst so könnte man auch Spaniens Hilfe gewinnen. Ein polnischer Kammerdiener des Gefangenen trug ein ähnliches Gesuch in Innsbruck vor. Vom Kaiser kam dagegen der Vorschlag, die Erzherzoge zu einer Versammlung zu berufen, wo man sich über

1) Dieses Gesuch richtete Maximilian an Ferdinand nach dem Verlust seines Proviantes bei Rabstein. Sieniawski p. 80.

2) Sprinzenstein an Ferdinand 4. Jän. 1588.

3) Ueber den Litthauer Cziolk in Beuthen s. die Relazion bei Mayer p. 419. Vom Verrate Cziolks handelt auch Caro p. 124, 126; er nennt ihn einen Sekretär Maximilians. Vgl. Sprinzensteins Aeusserung über Cziolk oben p. 174. Sprinzenstein hatte früher Cziolks Verlässlichkeit gegen Ferdinand nicht genug rühmen können. Cziolk machte später mit K. Sigismund seinen Frieden. Sulikovius p. 210.

die zu ergreifenden Mittel verständigen würde<sup>1)</sup>. Ferdinand wollte anfänglich nicht selbst nach Prag kommen und wünschte auch die Beiziehung Maximilians, welchen man durch Stellung vornehmer Geiseln befreien sollte. Aber sein eigener Agent Geizkofler sprach dringlich für seine Reise nach Prag<sup>2)</sup>, nicht weniger dringlich wiederholte Rudolf seine Einladung und trug ihm die Leitung der Verhandlungen an; und so sagte Ferdinand endlich zu. Vor seiner Abreise liess er sich von seinen Räten deren Gutachten vorlegen. Die Herren vom Regiment und von der Kammer meinten: es wäre das Beste, wenn Maximilian auf seine Würde Verzicht leisten wollte; denn nur unter diesem Beding ist seine Freilassung erreichbar. Dass das ganze Haus Oesterreich für immer Polen entsage, das wäre eine unleidliche Forderung und der grösste Schimpf. Aber je hartnäckiger Maximilian die Resignation verweigert, desto stärker werden die Polen auf die „Renunciation“ dringen. Für den Kriegsfall hat Tirol keine Mittel, haben doch die Stände selbst als Türkenhilfe nur Weniges bewilligt; eine kriegerische Lösung ist möglichst zu vermeiden.

Anders der Hofkanzler Ferdinands. Er kann nicht raten, dass der Gefangene oder die Dynastie die Krone preisgebe; aber der Krieg ist deshalb noch nicht unvermeidlich. Man soll durch den Papst, den König von Spanien, die deutschen — Maximilian ist als Grossmeister deutscher Reichsstand — und die italienischen Fürsten sowie durch den Moskowiter die Befreiung betreiben lassen; einem geeinigten Vorgehen dieser Mächte können die Polen nicht widerstehen. Ueber die Rechtmässigkeit der Wahl darf das Reich nicht entscheiden, denn es kann nicht urteilen „in causa propria“.

Am 7. August fand die Conferenz zu Prag statt. In der „Vorkammer“ des Erzherzogs versammelten sich Karl, Ernst und Mathias,

<sup>1)</sup> Rudolf an Ferdinand 17. Febr. 1588, förmliches Einladungsschreiben vom 17. Juni.

<sup>2)</sup> Indem Geizkofler dem Erzherzog die Prager Reise einrät, meldet er (28. Juni): es gibt einige, welche „die unvermeidliche zusammenkunft aus privataffektion verhindern wollen“, aber man hat dies dem Kaiser endlich beigebracht. Alles liegt an der persönlichen Teilnahme des Erzherzogs, sonst kann beim „hie-sigen procediren“ der Sache nicht geholfen werden. — Man scheint in Prag oder Innsbruck noch andere Pläne besprochen zu haben, denn Geizkofler schreibt: bisher ist „der bewusste anschlag mit unsers künigs erledigung und des Schwedens entführung niemals traktirt worden“; es wird sich nicht ausführen lassen, weil Maximilian zu gut bewacht ist und der Schwede schon gewarnt sein wird. Tatsächlich wurde auch bekanntlich ein Fluchtversuch Maximilians durch Zamoiski's Wachsamkeit vereitelt.

der ungarische Kanzler, der spanische Gesandte, der kaiserliche Obersthofmeister und die ersten böhmischen Landofficiere<sup>1)</sup>. Wie verabredet, übernahm Ferdinand als „direktor dieses werks“ den Vorsitz und forderte in einer Ansprache die Anwesenden zur Geheimhaltung der Verhandlungen und zu ernstlicher Beratung auf. Ein kaiserlicher Sekretär verlas dann die Proposition. Darin wurde zuerst die Geschichte von Maximilians Erwählung und seiner Gefangennehmung erzählt, woran die Frage gereiht war, ob man dem vom Kanzler in seinem und der Stände Namen dargebotenen Frieden annehmen oder mit Gewalt die Befreiung des Erzherzogs erzwingen soll. Fragmentarisch, wie das Conferenzprotokoll erhalten ist, enthält es noch eine Reihe von Fragen, welche der Kaiser vorlegen liess, ohne dass wir daraus erfahren, wie sich die einzelnen Votanten darüber äusserten<sup>2)</sup>.

Ferdinands Meinung aber war diese: Die friedliche Traktation ist unbedingt vorzuziehen, allein den Verhandlungsort soll sich der Kaiser von Zamoiski nicht vorschreiben lassen. Hat man sich über den Ort verständigt, so führe der Kanzler den gefangenen Erzherzog in die Nähe, damit man auch dessen Willensmeinung einholen kann. Man soll zuerst daran festhalten, Maximilian „bei erfolgter rechtmessiger election verbleiben zu lassen und zur cron einzusetzen“. Sollte dies nicht verfangen und Verzichtleistung vor der Freilassung gefordert werden, dann suche man die Befreiung durch Stellung von Geiseln zu erwirken. Noch weiter gehend mögen dann die kaiser-

1) Auch der Herzog von Mantua war geladen worden, erschien jedoch nicht. In Prag hatte man sich auch erkundigt, ob etwa Sprinzenstein im Gefolge Ferdinands wäre. Im Verzeichnis der erzherzoglichen Begleitschaft ist er aber nicht aufgeführt. Geizkofler schrieb darüber dem Erzherzog und warnte vor der Beziehung des unbeliebten Mannes. Vgl. die hierher gehörige Aeusserung des Zacharias Geizkofler an Ferdinand, welche oben p. 87 Anm. 3 angeführt ist.

2) Das Protokoll stellt noch die Fragen auf: wenn man den friedlichen Weg wählt, wo, wann und durch wen soll dann der Friede geschlossen werden; soll man die Vorschläge der Polen abwarten oder soll der Kaiser „pro dignitate“ für sich und das Haus Oesterreich Vorschläge machen und welche; „ob gradatim oder alle zugleich“; ob nicht vorzüglich Maximilians Erledigung zu fordern, und wenn diese nicht statt hätte, „ob die sach auf geiseln zu richten sein möchte“. Der von Polen am meisten betonte Punkt, so lässt der Kaiser vortragen, ist sicherlich das Verlangen, dass Maximilian seinem Titel und Recht auf Polen entsage; da ist nun in Acht zu nehmen, „ob ein solche renunciation unter einigen conditionen einzugehen; wissentlich waere, dass der gegenteil unter dem schein des Tartarischen einfalls in vollkommener bereitschaft und vermuetlich zu dem ende, wann man nit gleich alles, was der hochmuetig begehren mechte, einwilligt“ — hier ist die Aufzeichnung abgebrochen.

lichen Commissarien, „aber allein für sich“, die Renunciation proponiren, jedoch dagegen, dass Maximilian den Königstitel behalte und ihm das Anrecht auf die Nachfolge nach Sigismund gewahrt werde, wogegen Oesterreich den Polen fortwährende Hilfe zusagen würde. Wenn auch dieses zu wenig wäre, so soll mans auch am Titel nicht „erwinden lassen“, sondern unbedingten Verzicht leisten gegen Freilassung ohne Lösegeld und Wiedereinsetzung von Maximilians polnischen Anhängern in ihre Würden und Aemter, sowie gegen Ersatz des in Schlesien durch des Kanzlers Leute angerichteten Schaden. Aber auch von dieser letztern Bedingung könnte man abstehe. Ueber alles muss jedoch Maximilian vorher befragt werden. Im Falle, dass all dies Nachgeben fruchtlos wäre, hätte man die Waffen zu ergreifen. Die alten Verträge mit Polen sollen erst dann erneuert werden, sobald der Gefangene frei ist; in den Frieden wäre auch Siebenbürgen einzuschliessen. Ebensowenig soll Lublowa<sup>1)</sup>, wie der Kanzler verlangt, vorzeitig abgetreten, kein schlesisches Gebiet an Polen überlassen und keine Zahlung geleistet werden; dem Kanzler könnte man nach Beschluss der Verhandlungen, aber nicht früher, ein Geschenk machen. Beim alten König von Schweden sollte man versuchen, ob er nicht seinen Sohn aus Polen abberufen wollte; Russland wäre um Hilfe für den Kriegsfall anzugehen, desgleichen wären die deutschen und italienischen Fürsten zu beschicken<sup>2)</sup>.

Kaiserliche Räte und Räte des Erzherzogs Ferdinand berieten nebenbei mit einander, welche Streitmacht für den Kriegsfall aufzustellen wäre. Die Heeresstärke war bald auf dem Papier fixirt; über den Kostenpunkt, „das principal und hauptstuckh“, wussten aber die Ratsherren nichts anderes anzugeben (ausser der Höhe) als: „die kais. Maj. undt das hochlöbl. hauss Oesterreich werden desshalben notturfftige verordnung zu tun wisen.“ Ebenso unsicher waren sie darüber, wem der Oberbefehl zu übertragen wäre; sie nannten der Reihe nach: Ferdinand, Ernst, Mathias, Karl von Burgau, den Herzog von Sabioneta<sup>3)</sup>. Solche Ergebnisse konnten zu einem kriegerischen Versuch nicht ermuntern. Und da in denselben Tagen, wo die Erzherzoge in Prag verhandelten, zwischen Sigismund von Polen und dem Haus Oesterreich ein Waffenstillstand aufgerichtet wurde, so beschränkte sich das Resultat der Conferenz auf den Beschluss, es seien alle be-

<sup>1)</sup> Mayer p. 151.

<sup>2)</sup> Undatirtes Gutachten Ferdinands auf die kaiserliche Proposition. Die übrigen Mitglieder der Conferenz sind, ausser dem Gesandten Spaniens, wahrscheinlich nicht wesentlich in ihren Antworten von jener des Erzherzogs abgewichen.

<sup>3)</sup> Mayer p. 389—395.

freundeten Fürsten in Deutschland und Italien vorerst zu befragen, wessen man sich von ihnen zu getrösten, wenn mit Polen ein friedlicher Vergleich nicht möglich wäre<sup>1)</sup>.

Ferdinands Aufenthalt in Prag währte bis über die Mitte August<sup>2)</sup>. Auch nach seinem Abgange verlor er die polnische Angelegenheit nicht aus dem Auge. Den Kaiser an die Vereinbarung der Conferenz erinnernd, drängte er zur Absendung von Hilfsgesuchen an Florenz, Savoyen, Mantua, Ferrara, Parma und Urbino. Venedig, so riet er, sollte man nicht angehen, da es den Anschein gewänne, als wollte man selbst bei Feinden um Unterstützung werben. Vom päpstlichen Stuhle erhoffte Ferdinand nichts, nachdem Sixtus V. den Schweden schon als König anerkannt hatte<sup>3)</sup>. Die Beschickung der deutschen Fürsten erachtete er für angezeigt, obwol wenigstens von den geistlichen, etwa Salzburg und Mainz ausgenommen, schwerlich etwas zu erwarten sei<sup>4)</sup>. Grössere Dinge hielt man am Innsbrucker Hofe auf Russland. Durch Geizkofler erfuhr man die Ankunft einer moskowitischen Botschaft in Prag, welche „ad vindictam“ gegen den Schweden drängte. Der mächtige Boris, welcher sich die Nachfolge verschaffen wollte, suchte eifrigst die Freundschaft Oesterreichs; also sollte man, wie Geizkofler schrieb, doch trachten, „dass diese ansehnliche gelegenheit nit in den wind geschlagen wird“. Ferdinand redete dem Kaiser unmittelbar nach der Conferenz zu, er möge sich zu einer Gesandtschaft nach

1) Schreiben des Kaisers an Ferdinand 6. Sept. 1588.

2) Am 28. Juli weilte Ferdinand in Linz, von wo er an Geizkofler schrieb. Burglechner erzählt den feierlichen Einzug Ferdinands mit seiner Gemahlin in Prag (mit 288 Kutschen) und setzt die Abreise auf den 22. August. Nach Burglechner berichtet auch M. S. v. Wolkenstein.

3) Als Sporeno dem Papst die Erwählung Maximilians mitteilte, zeigte sich letzterer darob erstaunt und sagte, er sei von seinem Legaten nur über die Erhebung Sigismunds berichtet. 1588 liess Ferdinand in Rom sein Befremden darüber ausdrücken, dass Sixtus den Schweden nicht bloß anerkenne, sondern sogar mit Geld unterstützen soll. Hinsichtlich des letzteren Punktes hat, wie Sporeno schreibt, der Papst lebhaft erwidert: „estne possibile, serenissimum ducem Ferd. talia de nobis credere potuisse“. Ferd. 83. Vgl. Hübner, Sixtus der Fünfte II, 31 f. Das Gerücht von einer päpstlichen Unterstützung Sigismunds in einem Augenblicke, da der Kaiser zu Rom vergebens um eine Türkenhilfe angehalten, erbitterte den Erzherzog so, dass er auf die Nachricht, es wolle ein päpstlicher Legat (Cardinal Aldobrandini) durch Tirol nach Polen reisen, dem Tridentiner Hauptmann Caspar v. Wolkenstein befahl, auf den Legaten wol Acht zu haben. (Befehl Ferdinands vom 18. Juni 1588.) Aldobrandini kehrte übrigens in Innsbruck an und hat wol den Erzherzog etwas beruhigt.

4) Undatirtes Gutachten Ferdinands an den Kaiser, welches sicherlich dieser Zeit angehört.

Russland entschliessen und dabei ermitteln lassen, „was der grossfürst und der Persianer für mittl zu einer allgemeinen vereinigung hetten“<sup>1)</sup>. Auch später, nach Maximilians Befreiung, hat er einer freundlichen Annäherung an Russland das Wort gesprochen<sup>2)</sup>.

Gegen Ende des Jahres wurden die Verhandlungen zu einem definitiven Frieden eröffnet. Kaiserliche und polnische Commissarien trafen sich in Beuthen. In der kaiserlichen Instruktion findet sich Manches von dem aufgenommen, was Ferdinand auf der Prager Conferenz vorgebracht hatte; aber den Königstitel sucht sie für Maximilian mit weit grössern Opfern noch zu retten<sup>3)</sup>. Der Kanzler stellte höchst demütigende Bedingungen, an erster Stelle Ablegung des Königstitels. In Tirol fühlte man Zamoiski's Forderungen als schimpfliche Verkleinerung, und der Erzherzog gab dem Kaiser den Rat, durch ernstliche Kriegspräparation die Polen in eine nachgiebigere Stimmung zu versetzen. Das auftauchende Projekt, wornach Maximilian durch das Eheversprechen mit einer schwedischen Prinzessin den Ausgleich befördern sollte, fand nicht Ferdinands Beifall<sup>4)</sup>. Im Gefühle eigener Schwäche mussten die kaiserlichen Gesandten die schwersten Conditionen sich gefallen lassen; der Erzherzog drängte nochmals zu einer kriegerischen Demonstration<sup>5)</sup>. Dieselbe Ansicht vertrat auch Geizkofler. Er findet die polnischen Ansprüche „über die massen schimpf- und spöttlich“; er kann nicht sehen, wie der Kaiser und der Erzherzog die Vertragspunkte ratificiren sollen „salva reputatione“, da im ganzen Friedensinstrument kein Wort zu finden, „so ad tuendum honorem nostrum kunt gedeutet werden“. „Das macht“, setzt er bei, „dass man kein armatam tractationem angestellt und sunsten in mer weg E. F. D. nit gefolgt ist“<sup>6)</sup>. Aber die trostlosen Verhältnisse im Reiche und in den österreichischen Erblanden nötigten schliesslich dem Gesammthause die Ratification des Vertrages von Beuthen ab, welcher dem Gefangenen die Freiheit brachte<sup>7)</sup>. Die-

<sup>1)</sup> Ferdinand an den Kaiser 16. Aug. 1588. Vgl. Ferdinands oben angeführtes Gutachten.

<sup>2)</sup> 4. Dez. 1589 befiehlt Ferdinand dem Gesandten Khevenhiller in Madrid, alles aufzubieten, dass K. Philipp eine Gesandtschaft zum Moskowiter schicke oder doch wenigstens einen Brief. Maximilian ordnete deshalb einen eigenen Gesandten, den Friedrich v. Sarntein, nach Spanien ab. 7. Dez. schrieb der Erzherzog darüber selbst an Philipp und betonte die Wichtigkeit der russischen Bundesgenossenschaft. Der gleiche Gedanke ist wieder ausgesprochen in einem Briefe Ferdinands an Maximilian vom 26. Jän. 1590. <sup>3)</sup> Mayer p. 400.

<sup>4)</sup> Mayer p. 163, 181. <sup>5)</sup> Ibid. p. 173.

<sup>6)</sup> Geizkofler an Ferdinand, Prag 21. März 1589. Ferd. 240.

<sup>7)</sup> Am 1. Aug. 1589 schreibt Marx Fugger an Lukas Geizkofler: „Es wellen

selbe Stadt, wo der Friede geschlossen war, konnte dann Zeugin sein von jener unwürdigen Haltung Maximilians, durch welche er sich für sein Teil unter dem Schutze der kaiserlichen Hauptleute Rhedern und Oppersdorf der Bestätigung des Traktates zu entziehen vermeinte<sup>1)</sup>.

In Innsbruck fand man in Maximilians Benehmen zunächst nichts Bedenkliches und freute sich nur seiner endlichen Lösung aus der Gefangenschaft. Christoph Vintler gieng nach Prag, um den Befreiten in Ferdinands Namen zu begrüßen und zu einem Besuche nach Tirol zu laden. Anfangs Dezember war Maximilian tatsächlich der Gast seines Oheims in Innsbruck, wo man sich eingehend über das weitere Verhalten besprach. Ferdinand erörterte vor Allem die Frage<sup>2)</sup>, ob etwa jetzt ein kriegerisches Eingreifen in Polen rätlich sei, nachdem Maximilian „inviolata pace et infractis compactatis servato saltem jure et titulo suo ohne jurament aus der Polen handen kommen“. Aber für einen Krieg wollte er jetzt nicht sprechen, weil hiezu eine gerechte Ursache und hinreichende Kräfte mangelten. Denn der Kaiser sei nunmehr durch seinen Eid gebunden, Maximilian durch das vor der Flucht schon gegebene Versprechen, den Polen keinen Anlaß zum Kriege zu geben. Andererseits habe man nicht auf die österreichischen Länder zu rechnen; Spanien könne gleichfalls nichts leisten, und bei Russland, welches zu weit entfernt, müsse man sich für jetzt begnügen, durch eine Gesandtschaft dessen freundliche Gesinnung zu erhalten. Der Erzherzog empfahl, die beiden Agenten Hans Ducker und Erich Lassota<sup>3)</sup> nach Schweden zu senden, um über die dortigen Vorgänge und Praktiken Kundschaft einzuziehen. Gegen den Plan einer Verschwägerung Maximilians mit dem Königshause Wasa hatte Ferdinand nichts mehr einzuwenden, vorausgesetzt, dass hiedurch die polnische Sache gefördert oder wenigstens eine Gebiets-erwerbung angebahnt würde, deren Ertrag jenem der Grossmeister-

---

vilen die capitulationes nit gefallen, haltens dem haus Oesterreich fast für verkleinerlich. Ich glaub aber, wan sie an Ir Durchl. statt wären, sie wurdens auch gut heissen. I. F. D. 1117.

1) Geizkofler meldet, Maximilian sei an der Grenze „entwischt“.

2) Ferdinands Ratschläge sind schriftlich erhalten mit dem Beisatze: Dis ist am 3. Dez. 1589 ingrossirt und gleichwol ohne datum durch Ire F. D. dem erzherzog dem künig (Max.) selbs presentirt worden“. — Nach Burglechner kam Maximilian am 29. Nov. 1589 nach Innsbruck und wurde „mit grosser lieb“ empfangen.

3) Lassota war dem Erzherzog wol nicht unbekannt. Er war auf seiner Rückreise aus Spanien 1584 in Ambras. Sein Name erscheint in den Trinkbüchern. S. Schottin, Tagebuch d. Erich Lassota v. Steblau p. 92.

würde gleichkäme. Praktiken in Polen hielt man zu Innsbruck jetzt gefährlich, weil die österreichische Partei kleinmütig und besonders dadurch gedrückt sei, dass Maximilians Freunde „von der pacification ausgeschlossen“ waren. In Tirol wusste man, dass Ernst noch immer seine Gedanken auf Polen richtete. Ferdinand gab daher seinem Gaste den Rat, er möge bei künftiger Wahl seinem Bruder das Feld räumen, wenn dieser mehr Anhänger gewänne; dafür liesse sich vielleicht für Maximilian im Herzogtum Bari ein Ersatz schaffen.

Zwischen beiden Erzherzogen bildete auch in der folgenden Zeit noch Polen den Gegenstand eifriger Verhandlung. Maximilian wollte 1590 gehört haben, dass König Sigismund zu resigniren gedenke. Ferdinand suchte ihm derartiges auszureden: das seien höchstens böswillige Gerüchte, welche der Grosskanzler ausstreue. Nun suchte er selbst seinen Neffen zum Einlenken gegenüber Sigismund zu bereden. Er könnte, so schreibt er Maximilian, dem König sagen lassen, er habe sich des königlichen Titels bisher nicht zu Sigismunds Nachteil bedient, sondern weil andere Fürsten ihm denselben gegeben, und das „hetten Euer Liebden geschehen lassen“. Ferdinand empfahl grösste Vorsicht; Maximilian sollte sich ja nicht an den Grenzen Polens, nicht einmal in Böhmen aufhalten. Abermals mahnte er zu aufrichtiger Verständigung zwischen Maximilian und Ernst<sup>1)</sup> und freute sich, da er hörte, dass der Kaiser die beiden Brüder zur Behebung der schädlichen „aemulation“ nach Prag gerufen<sup>2)</sup>.

Aber für Maximilian, den Titularkönig, kamen noch schlimmere Zeiten. Bald nach seiner Befreiung interessirte man sich in Tirol um das Zustandekommen der Ehe einer steiermärkischen Prinzessin mit Sigismund von Polen<sup>3)</sup>. Ferdinand nahm daher diesem gegenüber keineswegs eine schroffe Haltung ein. Auf eine Anfrage des Königs, „wessen er sich zum haus Oesterreich wegen des zwischen ihm und erzherzog Maximilian angerichteten vertrags zu versehen“, gab Ferdinand befriedigende Antwort<sup>4)</sup>. Sollte sich die Heirat ver-

<sup>1)</sup> Ferdinand an Maximilian 26. Jän. 1590.

<sup>2)</sup> Ferdinand an Ernst 22. Juli 1590. Die gereizte Stimmung der Brüder zeichnet die Copie eines Briefes Maximilians an Ernst, welche ersterer an Ferdinand sandte. Maximilian machte da Ernst schwere Vorwürfe über seine Aspirationen auf Polen. „Mir were es vor der ganzen welt schimpfflich, wenn ich solches jus jezo so liderlich cediren wurde“. Ich kann nicht sehen, „dass E. L. in ihrer pretension einen solchen grund haben sollten, darauf sich zu verlassen“ (6. Apr. 1590). — Ueber Ernsts Beziehungen zu Sigismund v. Polen s. Mayer p. 198 f. Damit wären zu vergleichen die Aeusserungen Ernsts in Geizkofflers Bericht v. 20. Mai 1591 Ferd. 124.

<sup>3)</sup> Vgl. oben p. 125 f.

<sup>4)</sup> Ferdinand erklärte: Nos quidem non ignoramus, quid ad Caesae Maj<sup>is</sup> in-

wirklichen, so möchte, wie Cardinal Radzivil meinte, Maximilian zur Nachgiebigkeit, zur Leistung des Eides auf den Beuthner Vertrag, bewogen werden. Der Kaiser liess es an Versuchen nicht fehlen. Ende 1591 gieng sein Geheimrat Paul Sixt Trautson zu Maximilian und bot seine ganze Beredungskunst auf, um von demselben die Verzichtleistung auf Polen zu erwirken; denn keine Macht in Europa sei jetzt in der Lage, seine Prätensionen zu unterstützen, eher könne Nachgiebigkeit helfen<sup>1)</sup>. Wir werden kaum irren, wenn wir mit diesen Dingen die Reise Maximilians nach Innsbruck (Juli 1591) in Zusammenhang bringen. Und Ferdinand nahm sich auch seiner jetzt noch an, indem er darauf bestand, dass bei den Heiratsverhandlungen hinsichtlich Maximilians nichts verlangt und nichts concedirt werden dürfe. Dies ward auch erreicht. Maximilian schädigte sich jedoch durch neue Unklugheiten. Die Nachricht, dass Sigismund zu Gunsten Ernsts abdiciren wollte, versetzte ihn in die erregteste Stimmung, und vor König und Reichsständen protestirend, wiederholte er abermals die Forderung, dass sein Anrecht auf Polen respektirt werde. Der Grosskanzler beantwortete dies damit, dass er, wie schon früher, die förmliche Erklärung des Reichstages betrieb, wornach das Haus Oesterreich von jeder künftigen Königswahl ausgeschlossen werden sollte. Da galt es nun, alles aufzubieten zur Abwendung dieses Schimpfes; und jetzt erhob auch Ferdinand gegen Maximilians Starrsinn seine Stimme. Was der kaiserliche Gesandte Pawlowski und der Papst bereits offen geraten, das empfahl nun auch der Erzherzog: Maximilian möge das „jurament“ leisten und dem Titel entsagen. Er könne es desto leichter, da er es nie principiell verweigert, sondern nur „in bedacht gezogen“. Ferdinand proponirte auch eine erleichternde Form: die Einladung zur Eidesleistung möge vom Papst ausgehen, Maximilian hierauf in Prag den Schwur vor dem Kaiser und dem päpstlichen Legaten ablegen; dann müsste Rom selbst die Polen auffordern, jeden weitem feindlichen Schritt wider Oesterreich zu unterlassen. Endlich müsse man sowol Ernst als Maximilian das fernere „practiciren“ einstellen, „bevorab weil solches der oftgemelten transaction also gemess und gleichförmig ist“<sup>2)</sup>. Sowenig wie der Kaiser vermochte auch Ferdinand die Sinnesweise Maximilians zu ändern. Dieser wies die ihm von Tirol zukommende Mahnung

---

stantiam et requisitionem et ut Suae Caes<sup>ae</sup> Maji hac in parte gratificaremur in dicta transactione ratificanda fecerimus, in quo etiamnum acquiescimus. — Ferdinand schreibt da an „Rex Poloniae consanguineus noster carissimus“. 21. März 1590.

1) Ferd. 340.

2) Ferdinand an Rudolf 7. Jän. 1593. Ferd. 341.

mit aller Entschiedenheit zurück<sup>1)</sup>. Trotzdem machte man in Innsbruck nochmals einen Versuch, und der Erzherzog setzte dem Titularkönig auseinander, „dass die erstattung des körperlichen juraments von E. L. das einzig mittl, dadurch die bewisste hässige exclusion

<sup>1)</sup> Maximilian antwortet dem Erzherzog am 30. Jän.: Ueber die Aufforderung zur Eidesleistung (von Seite Ferdinands) haben wir uns nicht wenig gewundert, da wir wissen, „dass E. L. hievor an dem beschluss ermelter Beuthnischen transaction nit allein niemals kein gefallen getragen, besondern auch unser factum, dass wir den eid auf der grenzen recusirt und abgelehnt, für einiges mittl, dadurch die empfangne wunden unsres hauses ein wenig wiederum geheilt und der spott, so demselben durch solche transaction aufgeladen, etlichermassen gemildert worden were, gehalten und gelobt und uns ferner unserm wolerlangten guten recht mit ernst nachzusetzen allemal ganz veterlich ermahnt und geraten“. „Wie anjezo dieselb (Ferd.) so urplötzlich und unverhofft dermassen umgewant und sich verendert, dass sie nit allein dem vorigen zuwider zu merklichem unsern nachteil und höchster verkleinerung solch ir gutachten gerichtet, sondern auch in demselben ungewarnter und unbegebner sachen uns de facto den titl entziehen, mit welchem sie uns doch vor andern bisher dignirt und derbei erhalten helfen“. Maximilian beruft sich dann weiter darauf, dass seine Weigerung vom spanischen König, von den „mehrern ständen“ Polens und von der österreichischen Landschaft sei gebilligt worden. Wenn man jetzt mit der Exklusion der Dynastie droht, so stellt er die Frage entgegen: „ob auch eine verächtlichere und schimpflichere exclusion von den Polaken könne fürbracht werden, als eben die vermeinte transaction an ir selbst ist, wan wir sie mit unserm eid bekräftigen täten“. Maximilian behauptet geradezu, „dass nur durch das geweigerte jurament die mehrmals attentirte exclusion eludirt und aufgehalten“. Was hätte auch eine Exklusion zu bedeuten? Man sehe auf jene von Andrzejchow (1576), in welcher K. Maximilian für ausgeschlossen erklärt war; sie hatte soviel Gewicht, „dass auch die exclusores selbst hernach unsere electores worden sein“. Was hat dem König Philipp „des Don Antonio und seines anhangs constitution“ (im portugiesischen Tronstreit) geschadet? Uebrigens wird die Exklusion nicht so leicht beschlossen werden. Wenn Bischof Pawłowski meint, dass jetzt unsere eigenen Freunde in Polen zum Nachgeben raten, „so ist uns vilmer das contrarium einkomen“. Jene Freunde sind höchstens solche, „so das liedl one zweifl allein dem bischof zu gefallen gesungen“. Haben doch auch die Ungarn bisher ihre Zustimmung zum Beuthner Vertrag nicht gegeben. „Müssen es derwegen aus allen umstenden nur dahin deuten, dass hierunter nit fürnemlich die beisorg der exclusion hal' er, sonder vil ein anderst uns zu verfang und nachteil gemeint“, damit dann andere das, was wir mit gutem Recht erworben, „aufklauben möchten, darunter wir aber E. L. mit nichten sondern allein die informatores verdenken“. „Für unser person sein wir dessen eins für alles genzlich bedacht, von unserm einmal wolerlangten recht im wenigsten nit abzuweichen, noch zu einiger ungebür bereden zu lassen, sondern was gott und die zeit schicken wird, mit geduld zu erwarten“. Wir ersuchen, „uns mit dergleichen zumuetung zu verschonen und sein der zuversicht, dass dieses nit E. L. eigentliche meinung oder vorsatz sei, sondern sie vielmehr anderer unzeitigen importunität hierin auch wider iren willen stat tun haben müssen“.

und consequenter unsers löbl. haus Oesterreich schimpf verhüetet, dass auch E. L. durch solche erstattung vil eher zu irem intent als durch verweigerung desselben gelangen werden“.

Als der Kaiser zur selben Zeit durch eine neue polnische Gesandtschaft, welche seine bündigsten Friedensversicherungen überbrachte, der gefürchteten Exklusion vorbeugte, erklärte sich Ferdinand für durchaus einverstanden und verurteilte neuerdings Maximilians Politik: „denn die alte election durch vil zeither celebrirte actus annullirt und cassirt worden, dass er (Max.) sich derselben nit mer gebrauchen oder behelfen, sondern genzlich begeben und vil mer auf eine neue wahl, wann es dazu kommt, gehn soll.“ Erst drei Jahre nach Ferdinands Tode hat sich Maximilian zur Entsagung entschlossen und damit die polnische Wahlangelegenheit auch seinerseits zu Ende gebracht.

## IX. Capitel.

### Türkennot.

In den Verhandlungen der österreichischen Landstände dieser Periode, mochten sie politischer oder finanzieller Natur sein, bildet eine fast ständige Rubrik die Türkengefahr. Allerdings waren die Untertanen des habsburgischen Bestandteils von Ungarn, die Untertanen von Nieder- und Innerösterreich die zunächst bedrohten, aber auch die Hinterländer sahen die Gefahr immer näher rücken; und schon deshalb, weil sie derselben Dynastie wie jene gehorchten, mussten sie zu einer gemeinsamen Abwehr sich entschliessen. Ohne Widerrede geschah dies in den Tagen Ferdinands I.

Die Länderteilung war jedoch einem solchen Zusammenhalte nicht förderlich. Maximilian und Karl beriefen sich freilich auf die väterlichen Verfügungen, wenn sie ihren Bruder um Türkenhilfe angingen; allein Tirol und die Vorlande wollten für sich keine weitem Verpflichtungen mehr anerkennen, als jedes Reichsgebiet, selbst das entlegenste, hatte<sup>1)</sup>. Zu einer „fortlaufenden grenzhilf“ hielt sich wol auch Ferdinand selbst nicht gebunden, aber bei wirklicher Kriegsgefahr konnte er als Bruder und Nachbar doch nicht teilnahmslos bleiben<sup>2)</sup>. Da führte er dann seinen Ständen wiederholt zu Ge-

<sup>1)</sup> Vgl. oben p. 92.

<sup>2)</sup> Ueber Tiroler, welche an Türkenkriegen teilnahmen, s. Arch. f. Gesch. Tir. II, 289 f.

müte, wie es ein Gebot der Klugheit sei, dem Nachbar, wenn sein Haus brenne, beizuspringen, auf dass man das eigene rette.

Der Erzherzog fungirte noch nicht ein Vierteljahr als selbständiger Landesfürst, als er, um dem Ansuchen seines kaiserlichen Bruders zu entsprechen, die Kammer zum Erlag einer hohen Summe als Türkenhilfe aufforderte<sup>1)</sup>. Oesterreichs Verhältnis zur Pforte gestaltete sich unter Maximilian II. so, dass der Ausbruch eines Krieges immer wahrscheinlicher wurde. Während aber Karl von Steiermark zu energischer Kriegsführung antrieb, suchte Ferdinand zu retardiren; der Kaiser sollte sich, wie er meinte, vorerst um Hilfe im Abendlande umsehen und dann erst zwischen Krieg und Frieden wählen<sup>2)</sup>.

Gewiss ist, dass Maximilian den Kampf nicht wünschte, sein ganzes Naturell machte ihn nicht zum Kriegsfürsten; aber die Verwicklungen mit Siebenbürgen, das herausfordernde Benehmen der Türken drängte auffallend zu einem Waffengange. Der Kaiser traf also seine Vorbereitungen. Der stark besuchte Augsburger Reichstag hatte über sein Hilfsgesuch zu verhandeln, die Ungarn berieten in derselben Sache zu Pressburg, Italiens Fürsten wurden zu kräftiger Teilnahme aufgefordert. Kam es zu einem Zuge, so konnte Ferdinand nicht wol zurückbleiben. Seine Expedition vor neun Jahren war noch in frischem Gedächtnisse. Schon 1565 mahnte der alte Türkenkämpe, Franz v. Batthiany, Ferdinand möge seinen Feldzug von 1556 nur als den Anfang eines guten Werkes betrachten, welches man, wie billig, auch zu gutem Ende bringen sollte; er möge also jetzt in höchster Notlage wieder kommen, denn nach Gott und dem Kaiser gebe es keinen, welcher dem Halbmond soviel Abbruch tun könnte, als er. Erscheine der Erzherzog nicht, so werde jedermann „schreien“, er hätte helfen können, aber nicht wollen<sup>3)</sup>.

Als sich zu Beginn des folgenden Jahres alle drei Brüder wegen der Erbvergleichung in Linz trafen, gaben sie sich auch schon das Wort, einander gegen den Erbfeind mit allem Eifer beizustehen. Zur Einlösung dieses Versprechens sagte denn auch Ferdinand dem Kaiser seine persönliche Teilnahme am Kriege zu<sup>4)</sup>. Für seine Kammer gab es nun grosse Auslagen. Im Vorjahre waren 75.000 G. ungarische Kriegsschulden (von Ferdinand I. her) erlegt worden; jetzt galt es,

<sup>1)</sup> G. v. H. 1564 Fol. 229.

<sup>2)</sup> Wertheimer, zur Gesch. d. Türkenkrieges, Arch. f. öst. Gesch. LIII p. 58.

<sup>3)</sup> Batthiany an Ferdinand. Rechniz 25. Juli 1565; Schl. 65. — 1566 versteigt sich ein Italiener in einem Briefe an Ferdinand zum Wunsche: *pregando Iddio, esalte V. Ser. al imperio di Constantinopoli.* A. M. 1566.

<sup>4)</sup> V. d. f. D. 1566 Fol. 934.

die auf Ferdinand entfallende Quote der Reichshilfe aufzubringen und für ihn selbst zum Zuge den „Hoffahnen“ auszurüsten. Der Erzherzog verlangte die Bereithaltung eines Barvorrates von nicht weniger als 180.000 G. Man berief die tirolischen Stände nach Bozen<sup>1)</sup>. Wol erschienen da auch kaiserliche Commissäre, um das Anbringen der erzherzoglichen Räte zu unterstützen, aber die Genehmigung des Landtages lautete nur auf 60.000 G.<sup>2)</sup>. Die Stände des Walgau und des Elsass wiesen jede Beisteuer ab; erstere unter dem Vorwande, dass sie nur gewohnt seien, vom Landesfürsten selbst angesprochen zu werden. Die schwäbischen Herrschaften votirten 12.000 G. Um doch noch etwas mehr zu erlangen, versuchte es die tirolische Regierung mit der Berufung des ständischen Ausschusses. Dieser gab noch 32.000 G. aus der Truhe des Schenkpfennigs, aber mit dem Beding, dass dieses Geld von den später einkommenden Steuern ersetzt werde<sup>3)</sup>. Tirols Adel wurde aufgerufen, seinen Fürsten persönlich ins Feld zu begleiten. Die allerwenigsten antworteten zustimmend, fast jeder hatte eine Entschuldigung bereit; da hatte einer eine grosse Pflugschaft zu versehen, andere hinderte Krankheit, ein dritter besass kein Schlachtpferd, manche erklärten rundweg, von Kriegssachen nichts zu verstehen, durch häusliche Geschäfte festgehalten zu sein u. dgl.<sup>4)</sup>. Dagegen traten einzelne Herren in kaiserlichen Sold und schlugen mit ihren Werbepatenten Musterplätze auf: Lukas Römer und Franz Hendl sammelten ein tirolisches Söldnerregiment von 5000 Mann, Georg von Helfenstein, Claus von Hatstatt und Walter Thumb führten die vorländischen Truppen nach Ungarn<sup>5)</sup>. Tirols Zeughäuser gaben ihren Vorrat an Zelten, Rüstzeugen und Geschützen. Mannschaften aus Ferrara und Savoyen marschirten über den Brenner und bestiegen in Hall die bereit gehaltenen Schiffe zur Wasserfahrt nach Ungarn<sup>6)</sup>.

1) Ferd. 20. 2) Diese Summe compensirte die Reichshilfe. Ferd. 126.

3) M. a. H. 1566 Fol. 181, 204; T. 1566 Fol. 195. Diese 32.000 G. waren das gleich verfügbare Bargeld, welches dem Erzherzog auf den Musterplatz seiner Leibgarde („Hoffahnen“) nach Korneuburg geschickt werden musste. V. d. f. D. 1566 Fol. 940. 4) Ferd. 327.

5) Burkard Stickel's Tagebuch, herausg. v. Kausler.

6) Schweygers Chron. v. Hall p. 141. Vom Zuge des Herzogs v. Ferrara berichtet Jakob v. Payrsberg in seinem Tagebuch: Den 7. Augusti bin ich auf Rofereit geritten, des herzogen von Ferär raissigen zeug durch das land zu belaiten, so 800 pfert gewest, die sein den 10. tag drankhomen, ist signor Carneli Ventivoglia ier obrist gewest. Den 19. Augusti bin ich mit inen zu Hall (Schweyger 143) ankhomen. Den 22. Augusti bin mit dem herzogen zu Ferär zu Hall in seinem scheff aufgesessen, sein der scheff bei 40 gwest überall. Den 27. Aug.

Mit all den Kriegsvorbereitungen gieng es langsam genug zu. Die „Langsamkeit der Deutschen“, welche der Kaiser beklagte, ärgerte auch Ferdinand, so dass er an einen vertrauten böhmischen Landherrn schrieb: „aber die Deitschen haben die spanische reputation auch gelernt, welche dem reich und zuvörderisten Irer kais. Maj. und der ganzen kristenheit wenig einbringt“<sup>1)</sup>. Zu einer Zeit, da man schon hätte ins Feld rücken sollen, erfolgte erst die Bewilligung der Reichshilfe seitens des Reichstages; die folgenden Wochen vergiengen mit der Sammlung der kaiserlichen Söldner, von denen wenigstens die Regimenter Römers und Helfensteins noch so zeitlich nach Ungarn kamen, um das schwer bedrängte Palota zu befreien<sup>2)</sup>.

Erst im August giengen der Kaiser und sein Bruder Ferdinand<sup>3)</sup>, nachdem die deutschen, erbländischen, italienischen und französischen Hilfstruppen meistens eingetroffen waren, nach Ungarn. Ferdinand sammelte seine Hoftruppe in Korneuburg und rückte, gleich den übrigen anwesenden Fürsten vom ganzen Hofstaate umgeben, ins Feld<sup>4)</sup>. Ihm war die oberste Aufsicht über die vereinigte Heeresmacht übertragen, in welcher er, vom Kaiser aufs eifrigste unterstützt, trotz der heterogenen Elemente, woraus die Armee sich zusammengesetzt hatte, gute Disciplin aufrecht erhielt<sup>5)</sup>. Man rückte über Altenburg und Raab bis gegen Komorn. Hier wurde der verhängnisvolle Beschluss im Kriegsrat gefasst, stille zu stehen. Trotz der Kampfbegierde der Truppen wagte der Kaiser weder einen Angriff auf Gran noch einen Versuch zum Entsatz von Giula oder Szigetvar<sup>6)</sup>.

---

sein wir alle glücklich zu Wien ankomen, sein Christoph Wotsch, Carl von Serentein, Heinrich Winkhlhofer meine zuegebne comissari gwest. Den 30. Aug. haben wir zu Wien unsern abschied von herzogen genomen, der hat mir ain keten von 100 cronen und den andern jedwedem von 50 cronen gescheneckt.

1) Ferdinand an Wratistlaw v. Pernstein, Prag 28. Febr. 1566. Eigh. L. A. Vgl. Wertheimer p. 65.

2) Schardius, Rer. gest. Tom. IV, 2297; Stickels Tagebuch.

3) 9. Aug. brach Ferdinand von Korneuburg auf, am 10. lag er in Simering, am 12. in Fischamend, am 14. in D. Altenburg, am 15. in Röckendorf, am 17. in U. Altenburg, am 22. in Raab.

4) Ferdinands Hofwürdenträger waren beim Feldzug: Graf Franz v. Thurn (Obersthofmeister) mit 39 Pferden, Nicolaus v. Pollweil (Obersthofmarschall) mit 18 Pferden, Graf Albig v. Sulz (Oberststallmeister) mit 18 Pferden, Caspar v. Wolkenstein (Oberststälmeister) mit 17 Pferden, Graf Alois v. Lodron (Oberstkämmerer) mit 10 Pferden.

5) Wertheimer p. 91. Wird hier dem Kaiser ausschliesslich das Verdienst zugesprochen hinsichtlich der Ordnung im Lager, so fällt doch sicher ein guter Teil dieses Verdienstes dem Erzherzog zu.

6) Die kampflustige Stimmung der Truppen zeichnet Ulrich Hohenhauser

Gleichsam vor den Augen eines kaiserlichen Heeres, welches ungeachtet seiner numerischen Stärke den Unternehmungen des Feindes unbeweglich zusah, wurden beide Festungen von den Osmanen erstürmt. Niclas Zrini's Name, des „ritterlichen Helden“, ist durch Szigetvars Verteidigung und Fall unsterblich geworden. Ohne Ahnung von Suleimans Tod, wie man im kaiserlichen Feldlager war, wurde man durch diese Erfolge der Türken nicht zu kräftigerem Eingreifen ermutigt, sondern man zog sich jetzt von Komorn wieder auf Raab zurück<sup>1)</sup>. Als der Kaiser noch bei Komorn stand, glückte wenigstens ein Vorstoss gegen die feindlichen Truppen, welche bei Stuhlweissenburg standen, worin der Bey dieser Stadt als Gefangener heimgebracht wurde.

Nach dem Rückzug auf Raab wollte auch das Kleinste nicht mehr gelingen. Zweimal wurde von einem Teil der kaiserlichen Mannschaft noch ein Angriff auf das Heer in Stuhlweissenburg versucht: das erstemal unter Graf Salm, das anderemal unter Erzherzog Ferdinand, beidemal vergebens. Von Ferdinands Ausfall schreibt ein Augenzeuge: „am 6. October ist erzherzog Ferdinand mit der mererteils der reiterei samt etlich tausend schizen bis gen Stuhlweissenburg zogen, aber ohnverrichter sachen wider kommen“<sup>2)</sup>. Ja das Unglück, kann man sagen, verfolgte die Kaiserlichen bis in die Mitte des eigenen Lagers. Im Zelte eines Soldaten brach Feuer aus, welches in der Stadt sowol wie im Militärquartier grosse Verheerungen anrichtete. Was die Flamme vom beweglichen Eigentum der Stadtbevölkerung verschonte, das war durch die Raubsucht der Kriegerleute bedroht<sup>3)</sup>.

Dass nach solchen Erlebnissen die Sprache des Kriegsrates noch kleinlauter wurde, ist begreiflich; es ward beschlossen, in der zweiten Hälfte Oktober Ungarn zu verlassen, einzelne Punkte Oberungarns mit stärkeren Besatzungen zu versehen, die übrigen Truppen zu ver-

---

in einem Briefe an die Innsbrucker Regierung: „es waere immer schad, dass ein solch gewaltig wolgerüst stark volk lang auf der fueterung ligen und nicht irer begird und sondern verlangen nach sollten gegen den feind gebraucht werden. Gott geb gnad, dass man sie wol anführ, damit was ausgericht werd sonst waere es grosser schad“. Raab 22. Aug. P. II, 399.

<sup>1)</sup> Koch, Quellen z. Gesch. Max. p. 96.

<sup>2)</sup> Nach der Darstellung des Kaisers (Koch p. 99) erfolgte nur eine einmalige Expedition gegen Stuhlweissenburg. Auch Wertheimer (p. 93) nimmt nur eine und zwar die des Grafen Salm an, welche nach der venezianischen Depesche jedenfalls noch im September war. Dagegen berichtet Stickele l. c. ausdrücklich von der Unternehmung Ferdinands am 6. Oktober.

<sup>3)</sup> Schardius l. c.; Bizarus, De bello Pan. p. 95.

abschieden. In der officiellen Verlautbarung sagt Maximilian über dieses Ende des Feldzuges: „Derweg I. K. M. aus denen und andern vülmer hochbeweglichen Ursachen mit rath deren geliebten Brueder der F. D. Erzherzog Ferdinand auch aller andern f. und Kriegsverständigen sich im namen des allmechtigen entschlossen“<sup>1)</sup>. Sehr anders klingt die Darstellung, welche der Kaiser seinem Schwager, Herzog Albrecht von Baiern, gibt. Wol bekennt Maximilian, dass viele seiner Leute durch Krankheit dienstuntauglich, dass ihm fast alle Mittel abgeschnitten seien, weil die Reichshilfe binnen weniger Tage ausgeht; aber die Hauptschuld, dass sich das Heer verläuft, misst er da seinem Bruder Ferdinand zu. Ich kann E. L., schreibt er an Albrecht, mit betrübtem Gemüt nicht verhalten, dass mein Bruder Ferdinand am vergangenen Dienstag abgezogen ist trotz aller Ausführung und Ermahnung, die ich gegen ihn in Bezug auf seine Ehre „und anders halben“ getan. Aber da hat nichts geholfen. Ich glaube für gewiss, er sei verzaubert; denn er bekam einige Briefchen „von der losen brekin“, worauf er Tag und Nacht keine Ruhe gehabt, sondern „melankolisiert und gar in ein fieber geraten.“ Jetzt ists, wie ich höre, etwas besser geworden. So geht es mir. Es ist daraus (aus Ferdinands Benehmen) gefolgt, dass die andern aus den Erblanden, wie sie das sahen, auch hinwegzogen. Da gibts kein Aufhalten mehr. Ich wollte, die „brekin“ stücke in einem Sack<sup>2)</sup>. Gott verzeih mirs, wenn ich Unrecht tue; aber ich habe die Sorge, man habe die Mährer und Böhmen aufgewiegelt, damit man desto bessere Ursache habe hinwegzuziehen. Denn diese (die Böhmen und Mährer) haben sich auf einmal entschlossen nicht länger zu bleiben, während sie doch früher gar keine Meldung hievon getan — gleich darauf habe ich auch meinen Bruder nicht mehr halten können<sup>3)</sup>.

Wir müssen gestehen, dass uns des Kaisers Anwürfe nicht ganz stichhältig erscheinen. Es sind Vermutungen, welche auf der zeitlichen Aufeinanderfolge gewisser Ereignisse beruhen, ohne dass diese selbst notwendig in ursächlichem Zusammenhang stehen. Die vom Kaiser bezeichneten Tatsachen, von denen die nächste die Folge der vorhergehenden wäre, sind diese: Empfang von Liebesbriefen — Erkrankung Ferdinands — Aufreizung der Böhmen durch ihn — deren Abzug. Das steht fest, dass der Erzherzog um diese Zeit erkrankte,

<sup>1)</sup> Koch p. 101.

<sup>2)</sup> Der wegwerfende Ausdruck des Kaisers ist kaum auf Jemand andern zu deuten, als auf Philippine Welser.

<sup>3)</sup> Freyberg, Samml. hist. Schriften IV, 166, 167. Max. an Albrecht 18. Okt.

und dass seine Krankheit eine so ernstliche war, dass er Böhmen bis zum Ende des Jahres nicht verlassen konnte<sup>1)</sup>. Hören wir dann später, dass ihm Philippine Welser in seinen häufigen Krankheiten eine nicht zu ersetzende Pflegerin war, so würden wir allerdings begreifen, dass der von Unwolsen befallene Fürst seinen Aufenthalt im Lager mit jenem auf einem seiner böhmischen Schlösser vertauschen wollte, wo ihm die auswartende Gemahlin zur Seite stand<sup>2)</sup>. War aber zu einer solchen Uebersiedlung eine heimliche Bearbeitung der böhmischen Truppen zur Meuterei notwendig? Dies wird sich doch schwerlich bejahen lassen. Zwei Umstände sprechen dagegen. Um nach Hause ziehen zu können, dafür genügte dem Erzherzog doch sicherlich das ihn befallende Unwolsen als Entschuldigungsgrund. Wozu denn noch das abenteuerliche Mittel der Aufwiegelung? Dazu kommt noch ein Zweites zu berücksichtigen. Am 6. Oktober ist Ferdinand noch erfüllt von Kriegseifer, es erfolgte da eben sein Ausfall gegen Stuhlweissenburg; er wird doch nicht in diesem Augenblick oder schon früher die ihm zur Last gelegte Agitation im Heere betrieben haben. Sie war aber auch in diesen Tagen gar nicht mehr nötig; denn wir wissen von anderer Seite, dass die böhmischen Truppen sich bereits im September schwierig zeigten<sup>3)</sup>. Bei seinem Abzug wird der kranke Erzherzog schwerlich von grossem Gefolge begleitet gewesen sein. Denn am 15. Oktober verliess er Raab, seine Leibgarde, „der Hoffahnen“, welcher auf seine „eigene besoldung und unterhaltung geritten“, zog acht Tage später erst, gleichzeitig mit allen andern fürstlichen Hilfstruppen, zurück<sup>4)</sup>.

Ob es also die Briefe einer „losen brekin“ waren, welche dem Erzherzog Fieber und Melancholei verursachten, darf man bezweifeln. Sachlich ist es gleichgültig. Noch entschiedener wird in Abrede zu

<sup>1)</sup> Vgl. I. Bd. p. 63.

<sup>2)</sup> Die einfache Annahme ist doch die: Eintreten einer Krankheit und dann Sehnsucht nach häuslicher Pflege. Der kaiserliche Brief an Baiern gibt die Sache gerade umgekehrt. Und hätte wirklich Heimweh den Erzherzog befallen, so würde er nicht Monate lang nach der Rückkehr ans Krankenlager gefesselt worden sein. <sup>3)</sup> Venez. Depesche bei Wertheimer p. 92.

<sup>4)</sup> Koch p. 102. Koch deutet hier irrthümlich „Ierer Dt.“ auf Erzherz. Karl, während nur Ferdinand verstanden sein kann. Ferdinand ist nicht der einzige, auf den der übelgelaunte Kaiser in vertraulichen Briefen sehr schlecht zu sprechen ist. Genau dasselbe widerfährt auch dem Stellvertreter des Erzherzogs in der Charge, dem Grafen Günther v. Schwarzburg. Freyberg IV, 161. In den Chroniken wird des zurückkehrenden Erzherzogs nur mit wenigen Worten gedacht. So sagt Isthuanffi, Reg. Hung. Hist. (1685) p. 321: Cesar . . . redire decrevit Ferdinandumque fratrem in Bohemiam redeuntem ab se dimisit.

stellen sein, dass Ferdinand es gewesen, welcher die böhmischen und mährischen Lehensleute aufgereizt hat, um dann als liebeskranker Geck das Lager verlassen zu können. Das eine aber ist ganz sicher, dass Ferdinands Abzug dem ganzen Unternehmen keine schlimmere Wendung geben konnte, als es schon genommen. Abgesehen von einzelnen Truppenführern wie Georg Thury, hat keiner unter den Teilnehmern dieses Zuges sich Lorbern geholt. Was ein ungarischer Geschichtschreiber hinsichtlich des Kaisers sagt, gilt auch von seiner fürstlichen Umgebung: er ist nicht mit jenem Ruhme zurückgekehrt, den man erwartet hatte<sup>1)</sup>.

Was die erzherzogliche Kammer an Geld geliefert, reichte kaum hin, um Ferdinands eigene Auslagen bei Gelegenheit dieser Expedition zu decken. Dieselben beliefen sich auf 100.000 Gulden<sup>2)</sup>.

Auf diese Summe wies der Erzherzog auch unter anderem hin, als er des Kaisers Gesuch um eine von nun an zu leistende jährliche Hilfe abschlug.

Ein Waffenstillstand zwischen Maximilian und Sultan Selim, noch im Herbst des Jahres 1566 abgeschlossen, rückte zwar die Gefahr eines eigentlichen Türkenkrieges etwas in die Ferne, aber die Furcht vor dem bisher unbesiegbaren Feind dauerte fort. Wie in den andern Erblanden, so fahndete man auch in Tirol nach Juden und christlichen Renegaten, welche angeblich als türkische Spione herumschlichen<sup>3)</sup>. Die Freude des Abendlandes über die herrliche Tat bei Lepanto teilte man auch in Tirol. Auf Ferdinands Befehl mussten die Pfarrer am ersten Sonntag nach Empfang des Mandates feierlichen Gottesdienst mit Procession veranstalten und in der Festpredigt dem Volke den Sieg verkünden. In Innsbruck wurde ein Dankgebet gedruckt und in die Gemeinden verbreitet<sup>4)</sup>.

<sup>1)</sup> Katona, Hist. crit. XXIV, 301. — Ueber den damaligen Plan Ferdinands, mit Ferrara ein Capersschiff gegen die Türken auszurüsten, s. Fontes XXX, 362.

<sup>2)</sup> Ferdinands Länder steuerten zum Zuge 95.000 G. Die Kosten des Erzherzogs waren: für den „Hoffahnen“ 39.000 G., für Wagenzeug 8600 G., für Zelte 640 G., für die Schützen der Leibwache 3100 G., für Lebensmittel, Futter und Licht 48.000 G. — Ferd. 56.

<sup>3)</sup> Gedr. Mandate von 1570 und 1571, V. d. f. D. 1570 Fol. 610; C. D. 1570 Fol. 454, 568.

<sup>4)</sup> V. d. f. D. 1571 Fol. 777; C. D. 1571 Fol. 565. Das Gebet drückt die Hoffnung auf eine erfreuliche Ausnützung des Sieges aus: Gott möge „über das alles den rechten weg und eingang bereiten und machen, dass unser liebe christliche brueder und schwestern, so unzelbar vil sein, aus dem rachen und schwerer dienstbarkeit des türkischen unglauben (ungläubigen) feinden einmal gerissen und erledigt möchten werden“ — „Erhalt sie starker Gott frisch und gesund bei diesem glücklichen anfang“. Vgl. I. Bd. p. 254.

Abgesehen von der Reichstürkenhilfe wollte sich der Erzherzog zu Barzahlungen nicht verstehen<sup>1)</sup>; lieber schickte er angeworbene Truppen den bedrohten Erbländen zu Hilfe. 1575 sandte er dem Kaiser 3000 Knechte, im folgenden Jahre dem Erzherzog Karl 400 wolausgerüstete Hackenschützen, 1578 und 1579 wieder je zwei Fähnlein, welche auf seine Kosten durch drei Monate an der steirisch-ungarischen Grenze dienten<sup>2)</sup>. In den achtziger Jahren beschränkte sich die erzherzogliche Teilnahme an der Grenzsicherung auf die Entrichtung der Reichssteuern, welche allein schon sehr beschwerlich fielen. Man war stets im Rückstande. Wurde die Mahnung des Kaisers recht dringlich — so namentlich dann, wenn es sich um die Aufbringung des schuldigen Ehrengeschenkes an die Pforte handelte — so verkaufte man selbst südtirolische Wälder, um einiges abzutragen<sup>3)</sup>.

So kam man in Tirol für die achtziger Jahre ohne ausserordentliche Auslagen hinweg.

1585 hatte Ferdinand Gelegenheit, sich über ein Projekt zu äussern, welches in unserer Periode wiederholt auftauchte — einen Ritterorden nämlich zu gewinnen für die Verteidigung Ungarns<sup>4)</sup>. Schon 1578 dachte der Erzherzog an eine geziemende Ausstattung seines Neffen Maximilian mit einer Grossmeisterwürde. Er meinte, Maximilian sollte nach dem Tode des Erzherzogs Wenzeslaus Grossmeister der Malteser werden, aber mit der Freiheit, in Oesterreich residiren zu dürfen; von Innsbruck aus sollte diese Idee in Prag und Madrid angeregt und gefördert werden. An zweiter Stelle proponirte Ferdinand die Erlangung der Deutschmeisterwürde, und diese bezeichnete Maximilian selbst als die erwünschtere<sup>5)</sup>. Bis zur Verwirklichung

<sup>1)</sup> 1574 baten die inneröst. Stände den Erzherzog um eine Beihilfe von 30.000 G. Dimitz, Gesch. Krains III, 43. — Verweisend auf die von Maximilian geforderte Grenzhilfe, schreibt der Venezianer Vincenzo Tron 1576: *L'imperatore non s'ama con Ferdinando, il quale è obligato sborsargli per difesa dell' Ungheria 50.000 tallari l'anno, ma non li paga, e Carlo li paga.* Alberi l. c. 187.

<sup>2)</sup> E. u. B. 1574 Fol. 385; A. D. 1576 Fol. 635, 663; M. a. H. 1576 Fol. 400; Ferd. 74. Die Kosten für die zwei Fähnlein betragen 14.000 G. Im gleichen Jahre (1578) wurden 20.000 G. Reichshilfe gezahlt. R.

<sup>3)</sup> Schl. 445; M. a. H. 1590 Fol. 98.

<sup>4)</sup> Bezold, Briefe I, 203, 276; Stieve, Briefe u. Akt. V, 402. — Ueber die ganz fruchtlosen Verhandlungen mit dem deutschen Orden in den siebziger Jahren s. Zwiedinek in Arch. f. öst. Gesch. LVI, 405 f.

<sup>5)</sup> P. X, 15. Karl v. Sarntein an Ferd. 7. Okt. 1578. Max. weilte Ende Juli in Innsbruck. Schrotzers Chron. in d. Zeitschr. d. Ferdinand. III. Folge 26, 65. 1579 begleitete Maximilian den Erzherzog nach Venedig.

vergingen nun freilich noch einige Jahre; wie viel von Tirol aus dazu geschah, ist aus den vorliegenden Akten nicht ersichtlich<sup>1)</sup>. Aber kurz vor der Wahl Maximilians zum deutschen Hochmeister besprach derselbe mit Ferdinand die Einführung dieses Ordens in Ungarn und die Ueberlassung der festen Orte Copreiniz, Karlstadt, Bihitsch oder Zengg an die Ritter. Ferdinand entgegnete zustimmend. Doch, führte er weiter aus, empfiehlt sich grosse Vorsicht, weil die alten Comthure von Ungarn nichts wissen wollen. Diese müsste man erst aussterben lassen und an ihre Stelle österreichisch gesinnte Männer bringen. Um eine neue verlässliche Ordensritterschaft heranzuziehen, sollte man besonders Jünglinge vom österreichischen Adel „knappenweise“ in den

<sup>1)</sup> 1580 wollte man Maximilian (oder Mathias) die Coadjutorie in Salzburg verschaffen. Ein Schlaganfall liess den baldigen Tod des Erzbischofs Hans Jakob erwarten, und er selbst betrieb die Wahl eines Coadjutors. Der Kaiser schickte deshalb seinen Geheimrat Rudolf Kuen v. Belasi, den Bruder des Erzbischofs, zu demselben, um Maximilian zu empfehlen. Hans Jakob zeigte sich nicht zugänglich, desto rühriger war der Domdechant Wilhelm v. Trautmannsdorf. Capitel und Bischof taten gegen ihn ihre Schritte. Ersteres setzte den Dechant wegen unwürdigen Wandels gefangen und wählte alsbald in Sigmund Fugger einen Nachfolger. Der Erzbischof bat den Papst um die Erlaubnis zur Wahl eines Coadjutors, aber nur „ex gremio capituli“. Rom gab die Bewilligung, jedoch ohne den beschränkenden, gegen Maximilian (der nicht im Capitel sass) gerichteten Zusatz. Der Kaiser war über das Benehmen Salzburgs sehr ungehalten. Sein Hofrat Jakob Kurz v. Senftenau rügte vor Bischof und Domherren die Absetzung Trautmannsdorfs als eine „verkleinerung unseres hauses“, welche, eben jetzt vorgenommen, so unangenehm berühre, weil der Dechant „in die bewusst handlung getreten“. Nachdem Rom die erwähnte Antwort gegeben, versuchte Kurz bei einem zweiten Besuche die Wahl Maximilians zu erwirken. Hans Jakob aber berief sich auf die Freiheiten des Capitels und auf die Absicht desselben, nur einen solchen zu berufen, welcher dem Capitel angehöre und „in majoribus sacris ordinibus“ sei. (Auch Baiern war gegen Oesterreich im Spiele. Vgl. Lossen I, 687.) So erfolgte die Wahl des Dompropstes Georg v. Kuenburg. Der Kaiser hatte auch den Erzherzog ersucht, für Maximilian bei jenen Domherren zu wirken, welche gebürtige Tiroler seien. Ferdinand hatte es damit nicht eilig und wartete, bis die Wahl vorüber war, worauf er noch den Rat gab, man möge ja nicht an Tätlichkeiten gegen das Stift denken. Rudolf sagte das auch zu, aber er konnte die Bemerkung dabei nicht unterdrücken: man könne sehen, wie hier von Seite des Capitels mit dem Haus Oesterreich „mit gar schlechtem respect umgangen worden“, und wie das für den Kaiser „mit wenig schimpflich“. Ferdinand scheint für Salzburg, dessen Diöcesanrechte auch nach Tirol sich erstreckten, keinen Prinzen seines Hauses gewünscht zu haben. Ueber einen zweiten Grund zu dieser Haltung s. unten. P. XXXIV, 19. Hansiz, Germ. sacra II, 635, 644, gedenkt dieser Verhandlungen nicht. Ein Brief Sarnteins an Ferdinand (14. Juli 1581) lässt erkennen, dass (sicherlich wegen Salzburg) Maximilian auf seinen Oheim verstimmt war. Ferd. 332.

Orden zu bringen streben; und so dürfte es allmählig gelingen, einem habsburgischen Hochmeister im Orden selbst „ein ruggen zu machen“. Die Zustimmung des Papstes (durch den Cardinal von Trient) und der Churfürsten zur Ordenstransferirung an die bedrohte Grenze würde sich immerhin erreichen lassen. Zunächst aber möge dies alles Geheimnis bleiben<sup>1)</sup>.

Mit Beginn der neunziger Jahre trat die Türkennot wieder in den Vordergrund. Als der kampflustige Grossvezier Sinan den Wiederausbruch des Krieges provocirte, da wurde auch Tirols Beihilfe wieder in Anspruch genommen. Osmanische Truppenmassen rückten durch Kroatien und bedrohten bereits im Frühsommer 1592 die windische Grenze. Sissek leistete mannhaften Widerstand. Eine kaiserliche Gesandtschaft, welche in Innsbruck um Mannschaft warb<sup>2)</sup>, hatte zur Folge, dass Ferdinand den ständischen Ausschuss berief, welcher nach einigem Zögern 66.000 Gulden zur Aufstellung eines Regiments unter Hieronymus v. Lodron bewilligte. Im August wurde das Corps in Bruneck gesammelt. Es bestand aus sieben Fähnlein zu je 430 Mann und zählte 1001 Doppelsöldner, 350 Musketierer und 1659 Hackenschützen<sup>3)</sup>. Karl von Burgau, für welchen der Erzherzog den Oberbefehl über die nach Kroatien bestimmten Truppen erwirkt hatte, führte selbst das Regiment aus Pustertal nach Steiermark. Man legte nur kurze Tagmärsche zurück<sup>4)</sup>. Am 27. Oktober war der Markgraf noch in Graz, als sich schon die Unannehmlichkeiten des winterlichen Unwetters einstellten. Reichliche Niederschläge von Schnee und Regen machten die Wege grundlos und brachten Hochwasser<sup>5)</sup>. Die Save überflutete die Ufer und riss die Brücken weg. Zur Fortschaffung des Geschützes hätte es vieler Schanzgräber bedurft; allein man hatte vergessen, solche anzuwerben. Auf steirischem Boden bereits klagte Karl über die grosse Unordnung in seinen Reihen; doch setzte er, verstärkt durch steirische und italienische Reiter den Marsch fort, damit ihn nicht die Schuld „des aufzugs“ treffe, und in der Zuver-

<sup>1)</sup> A. H. 1585. Maximilian dachte damals auch an die Erwerbung der Abtei Fulda; erst wenn diese unerreichbar wäre, gedachte er, wie auch Ferdinand riet, die Hochmeisterwürde anzustreben.

<sup>2)</sup> Hurter III, 140; Zwiedinek, Rupr. v. Eggenberg, in Mittheil. d. hist. Vereins f. Steiermark XXVI, 96. <sup>3)</sup> Lsch. A. 60.

<sup>4)</sup> So zog man am ersten Tag von Bruneck nach Innichen, am zweiten nach Sillian, am dritten nach Lienz, am vierten an die Grenze Kärnthens. Der Ausmarsch erfolgte am 24. September. B. XXXVIII. 19, F.

<sup>5)</sup> Isthuanffi p. 387. Auch hier wird Karls langsames Vorrücken tadelnd bemerkt: Dum Burgovius expectatur ac lentius, quam res postulabat, progreditur etc. — Vgl. Hormayrs Archiv X, p. 318.

sicht, er werde den Türken, der noch still liege, wol „aufwecken“<sup>1)</sup>. So kam man endlich am 8. November nach Agram. Obwol von der Bevölkerung freudig begrüßt, musste Karl doch sehen, wie sich seine Situation täglich verschlimmerte. Das böse Wetter dauerte an und verhinderte die Errichtung eines wol befestigten Lagers sowie die Herbeischaffung des nötigen Proviantes. Ein Anschlag, Petrinie zu überrumpeln, wurde vereitelt, weil die Türken davon zeitige Kunde bekamen; wogegen man im markgräflichen Lager erst ein paar Tage später erfahren konnte, dass das nahe Vukowina vom Feinde zerstört worden. Unter dem Drucke dieser Verhältnisse beschloss der Kriegsrat, jede Unternehmung für jetzt aufzugeben und die einzelnen Contingente in ihre Winterquartiere zu entlassen. Die Truppen, nur auf drei Monate geworben, begannen sich aufzulösen. Karl wandte sich zwar an den Kaiser „um continuation des kriegswesens“, nebstbei auch mit der Bitte um Erhöhung seines Deputats, aber die Antwort blieb lange aus. Statt einer Bewilligung des Gesuches setzte es für den Markgrafen Tadel und Vorwürfe ab. Der kaiserliche Kriegsratspräsident Ungnad hielt ihm vor, man habe für diesen Zug nunmehr 70.000 Gulden ausgegeben, aber „nit um sieben pfennig nuz geschafft“<sup>2)</sup>. So gab es, wie Karl klagen musste, hier nur Spott und Nachteil. Als daher Ferdinand ihn sowol wie den Grafen Hieronymus Lodron, seinen Stellvertreter im Commando, abberief, so zögerte er nicht lange und kehrte Ende Jänner über Graz nach Tirol zurück<sup>3)</sup>. Von den tirolischen Kriegsleuten blieben wol die wenigsten, während die zwei Regimenter, welche Wernher von Reitenau geworben, allerdings noch weiter dienten, „aber in ziemlich desparatem Zustande“<sup>4)</sup>.

An den Kriegereignissen des folgenden Jahres 1593 erscheint Tirol und sein Fürstenhaus nicht beteiligt. Wol freute man sich auch in Innsbruck des wuchtigen Schlages, welcher unter Sisseks Mauern gegen die türkischen Belagerer geführt ward — Ferdinand beglückwünschte selbst (darob den wackern Eggenberger<sup>5)</sup>) — aber bald sah man die Gefahr näher als je gekommen, da die bisher so

1) Karl an Ferdinand 27. Okt. Ferd. 56. — Hurter III, 150 erzählt von einer „Niederlage, die der Markgraf von Burgau am 27. September bei Carlstadt erlitten“. Karl war aber damals noch gar nicht in Kroatien. Hurter wurde durch eine Stelle bei Khevenhiller III, 985 irreführt. Das von Khevenhiller hier erwähnte unglückliche Gefecht ist wol dasselbe, dessen Isthuanffi p. 387 mit wenigen Worten gedenkt.

2) Mitteilungen an Ferdinand seitens des Anselm Stöckl, der im Gefolge des Markgrafen war. 3) Ferdinands Befehl vom 9. Jänner 1593.

4) Zwiedinek p. 98, 99. 5) Ferdinand an Eggenberg 15. Juli.

mutig verteidigte Veste Sissek sich der überlegenen Feindesmacht am Bartholomäustage (1593) ergeben musste. Eben dieser Macht gegenüber hatte man es auch nicht mehr gewagt, die begonnene Belagerung von Petrinie fortzusetzen<sup>1)</sup>. Wenn dann auch gegen Ende des Jahres Botschaften von den schönen Erfolgen der Kaiserlichen bei Stuhlweissenburg und Fillek einliefen, so vermochten sie doch das Gefühl der Bangigkeit nicht zu zerstreuen. Man glaubte sich schon in Tirol nicht mehr sicher. Der Erzherzog liess an einem Plane arbeiten über Pustertals Befestigung gegen die Türken<sup>2)</sup>. Im Namen der Kaisers forderte Graf Sigmund von Hardeck am tirolischen Hofe neue Unterstützung<sup>3)</sup>. Da sich nun gerade das adelige Hofrecht zu Bozen versammelte, so liess Ferdinand noch einige Mitglieder des ständischen Ausschusses dazutreten, damit man gemeinsam über die Türkengefahr berate. Hieronymus von Lodron war gleichfalls anwesend und machte Vorschläge: Tirol sollte an zwei Punkten gesichert werden, im Westen bei Glurns gegen die Engadiner, im Osten durch eine Festung in Pustertal gegen den Erbfeind, jeder Bauer sollte mit einer „wöhr“ versehen werden, „so ihm zu vertrauen wär“; nach Kroatien sende man lieber Geld als Mannschaft, mit Italiens Fürsten wären Bündnisse abzuschliessen. Die versammelten Landherren fanden an diesen Propositionen wenig Gefallen. Zu einer Liga mit Italien wollten sie nicht raten; da sollte man sich lieber auf den deutschen Reichstag verlassen. Die Engadiner sind nicht zu fürchten; vor ihnen braucht man sich, wenn man Musterungen vornimmt, nur mit der Türkengefahr zu entschuldigen. Eine allgemeine Volksbewaffnung ist nicht zu erschwingen; dafür Sorge man für stattliche Versehung des Zeughäuser. Desgleichen halten sie die Befestigung der Lienzer Klause oder anderer pustertalischer Orte für unzuweckmässig, da es für einen Feind noch immer genug Wege ins Land gebe; für die Verlegung aller Steige aber mangeln die Mittel. Nur darin einigten sie sich mit Lodron, dass man künftig von einer Aufstellung von Truppen Umgang nehme: „dadurch der sachen eben so wenig als mit dem ferndigen (1592) regiment geholfen“<sup>4)</sup>.

<sup>1)</sup> Kobenzl schreibt an Ferdinand 18. Sept.: Oberstlieutenant Jakob v. Landenburg und der Banus v. Kroatien haben wegen Aufhebung von Petrinie's Belagerung dem Erzherzog Ernst ihre Entschuldigung vorgebracht; „ich trag fürsorg, es werde wie anders vil wol verpleiben, wir konen nit zürnen“.

<sup>2)</sup> A. D. 1593 Fol. 683.      <sup>3)</sup> V. d. f. D. 1593 Fol. 612.

<sup>4)</sup> Mit dem Regiment von 1592, sagen die Landherren, ist man „christlich beigesprungen; was man aber hiemit bei den niederösterreichischen (?) ständen für ein dank erlangt, das möchten E. F. D. zuvor gnedigst wissen, und ist sich

Bei dieser Stimmung des Hofrechtes und der Ausschüsse blieb nichts übrig als einen vollen Landtag zu berufen. Zugleich erinnerte Ferdinand den bairischen Hof an die nahende Gefahr und meinte, man sollte selbst die Eidgenossen, welche sonst freilich „lieber nemen als geben tun“, bei dieser gemeinsamen Not aufnehmen.

Bald nach der erwähnten Sendung Hardecks<sup>1)</sup> fand sich ein zweiter Gesandter Rudolfs in Innsbruck ein, der kaiserliche Kriegsrat Zdenko v. Berka. Dieser hatte nicht bloß das frühere Hilfsgesuch zu wiederholen, sondern dem Erzherzog auch den Oberbefehl in Ungarn anzutragen. Ferdinand hatte dazu selbst den Anlass gegeben, da er vor mehr als Jahresfrist gegen den Kaiser die Notwendigkeit hervorhob, einen ungarischen Feldobersten einzusetzen, und vor Erzherzog Ernst sich bereit erklärte, „seinen alten Balg daran zu stecken“<sup>2)</sup>. Ferdinand liess dem Kaiser seinen Dank melden und antwortete unter Verweis auf seine frühern militärischen Unternehmungen, das Kriegswesen sei immer seine Lieblingsbeschäftigung gewesen, und er habe sich auch später stets bereit finden lassen, hätte aber „sich selbs einzudringen nit in gebrauch“; jetzt sei er zu alt, dafür möge der Kaiser den Erzherzog Maximilian zum Feldobersten<sup>3)</sup>, Mathias zum böhmischen Statthalter ernennen. In einem andern Briefe bat er den Kaiser, ihm das Generalat zu erlassen, da Mathias, wie die jüngsten Erfolge lehrten, seine Stelle wol ausfülle<sup>4)</sup>. Aber so ernstlich war es mit der Absage doch nicht gemeint. Gegenüber seinen Räten,

---

hierob gleichsam zu verwundern gewest, dass sie velleicht aus anstiftung unruewiger leut die suspition und das unzeitig mistrauen und nachgedenken gehabt, als ob die sachen der religion halben angesehen worden wäre; ist also hieraus gefolgt, dass die armen knecht um bare bezalung keine viktualien bekumen mögen“. Diese Stelle scheint anzudeuten, dass das Regiment Lodron bei seinem Zuge durch Innerösterreich von den dortigen Untertanen mistrauisch angesehen wurde, weil sie meinten, die Truppe diene zu gewaltsamer Durchführung der kirchlichen Restauration. Lsch. A. 60; I. F. D. 1200.

<sup>1)</sup> Gleichzeitig mit Hardeck forderte Cardinal Madruz im Namen des Papstes von Ferdinand Türkenhilfe. Ferd. 330.      <sup>2)</sup> Hurter III, 140.

<sup>3)</sup> Maximilian war am 3. Jänner 1594 selbst in Innsbruck, um sich Ferdinands Verwendung zusagen zu lassen.

<sup>4)</sup> Ferdinand an Rudolf 14. Jänn. 1594. Ferd. 56. — Mathias, der von diesen Verhandlungen erfahren, hatte gleichzeitig den Freiherrn v. Eck zu Ferdinand mit der Bitte geschickt, derselbe möge ihm, wenn er das Generalat erlangt, die Stelle des Oberstlieutenants erwirken, welche ihm desto mehr gebüre, da er schon mit der Administration von Niederösterreich und Ungarn betraut sei. Ferdinand antwortete dem Freiherrn, er sei Mathias wolgewogen, aber hinsichtlich der Oberstlieutenantstelle könne er nichts zusagen, da über das Generalat nichts entschieden sei. Ferdinand an Eck 16. Jän. 1594. Ferd. 57.

welche für unbedingte Ablehnung gesprochen, erklärte Ferdinand: wenn wir ins Feld rücken, ist die Gefahr für unsere eigenen Länder nicht grösser als wenn wir zu Hause bleiben; das Alter könnte uns auch nicht hindern, „unsere alte Haut der Christenheit zu gutem zu wagen“; die Kosten wären nicht so beträchtlich, wenn der Kaiser das Seinige leistet, und für alle Fälle könnten wir vor dem Abzuge für die Zukunft durch ein Testament Fürsorge treffen. Gegen seinen römischen Gesandten schützte er dagegen gleichzeitig Krankheit vor, welche ihn an persönlicher Kriegsführung hindere<sup>1)</sup>. Soviel steht fest, dass er die Verhandlungen über diese Frage nicht abgebrochen sehen wollte. Er schickte deshalb zur Fortsetzung derselben Zacharias Geizkofler und den schwäbischen Landvogt Christoph Lidl nach Prag. Sie überbrachten eine lange Liste von Bedingungen, unter denen der Erzherzog sich zur Annahme bereit erklärte. Für den Fall, dass sich bei einzelnen Punkten Schwierigkeiten erheben würden, sollten die Verordneten sich nach Innsbruck um weitere Verhaltensbefehle wenden<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Ferdinands Antwort an die Räte vom 20. Jän. Ferd. an Sporeno 29. Jän. — Sporeno und der Cardinal Madruz hatten dem Erzherzog im Namen des Papstes zugeredet, dass er den Oberbefehl übernehme. Für diesen Fall erbat sich der Herzog von Mantua die Stelle eines Generals der Reiterei, erhielt aber von Ferdinand eine ähnliche Antwort wie Mathias. — Im Februar war ein päpstlicher Nuntius in Innsbruck und sprach für Uebernahme der Führerschaft. Ferdinand scheint nicht nein gesagt zu haben, denn in Rom wollte man alsbald wissen, dass die Sache schon perfekt sei. Sporeno schickt an Ferdinand ein diesbezügliches päpstliches Breve vom 19. Febr. Ferd. 83; A. H. 1594.

<sup>2)</sup> Ferdinands Instruktion vom 22. Jän. Die wichtigern Bedingungen waren folgende: der Erzherzog verlangt den Titel oberster Feldgeneral; die Obersten im obern und untern Ungarn, in Kroatien und im windischen Land, sowie die dortigen Untertanen müssen ihm unbedingt gehorchen; er darf Strafen und Absetzungen nach freiem Gutdünken verhängen. Auch die Stadt Wien ist da einzubeziehen. Die Gubernatoren der andern Erbländer müssen ihn unterstützen. Der Erzherzog übernimmt den Oberbefehl nur „auf versuchen“, so dass er sogleich zurücktreten kann, wenn ihm ein Vertragspunkt nicht gehalten wird. Die Reichshilfe verwendet er nach eigenem Ermessen. Maximilian soll oberster General-Lieutenant werden. Bis zum Auszuge muss genügende Frist, etwa bis Pfingsten, gestattet sein; bis dahin ist Maximilian mit der Leitung der beginnenden Aktion zu betrauen. Die Publication des erzherzoglichen Generalrats ist bis zum Reichstag zu verschieben. Für Karl v. Burgau wird die Stelle eines Oberstlieutenants verlangt. Ferdinand fordert das unbedingte Recht, die höhern Aemter zu verleihen, wie es Alexander Farnese in den Niederlanden übte, denn in dieser Beziehung habe er 1556 und 1566 sehr unangenehme Erfahrungen gemacht. Ohne dieses Recht würde er keinen Gehorsam finden. Darauf müssen die Gesandten „straks verharren“, ohne dieses Zugeständnis dürfen sie sich in nichts einlassen. Der Erzherzog will wissen, welche kaiserliche Kriegsräte ihm beigegeben wer-

Während Geizkofler und Lidl zum Kaiser giengen, versammelte Ferdinand die Stände zu einem Landtag in Innsbruck (Lichtmess 1594). Da musste zunächst die vom Ausschuss bewilligte Aufstellung des Regiments vom Jahre 1592 ratificirt werden. Die Stände taten es, aber mit einer ähnlich verdriesslichen Bemerkung, wie sie schon das Jahr vorher am Bozener Hofrecht lautbar geworden<sup>1)</sup>. Nach dem gewöhnlichen Hinundherfeilschen gaben sie in Rücksicht auf die Türkengefahr auch eine besondere Nebenhilfe; aber das Generalat, so wünschten sie ausdrücklich, möchte der Erzherzog wegen seines hohen Alters und der hohen Unkosten nicht übernehmen. Ja sie wandten sich an den Kaiser selbst. Mit grossem Kummer, schreiben sie, haben wir von dem Plane vernommen. „Dann wir sein bisher unter Irer F. D. landfürstlicher regierung durch F. D. ganz gnedigisten und väterlichen fürsehung also erhalten worden, dass uns kein grösserer trost begegnen mag, als den wir von wegen personlicher regierung dieses unsers geliebten vaterlands bei I. F. D. gottlob empfinden, wie es dan auch die höchste notdurft erfordern will. Seitemalen sich aller orten umb und bei auch in I. F. D. landen mit dem bewisten strassburgischen werk<sup>2)</sup> und unruewigen hässigen gefährlichen nachparrn, so in mer weg verdächtig sein wellen, nicht guets zuezutrauen

den, mit diesen „sollte er zu schaffen haben“. Die Kriegsbestallung hat für Ferdinand so zu lauten, wie früher für Mathias. Er muss über die Verhandlungen des Kaisers mit Persien, Russland, Polen, Siebenbürgen und der Wallachei genau unterrichtet werden, ebenso über die Stärke des kaiserlichen Heeres. Desgleichen will er erfahren, was vom Reich und vom Papst zu erwarten ist, was fremde Fürsten und die Erblände leisten werden. Als Hauptpfennigmeister, welcher die Bezahlungen nur auf erzherzoglichen Befehl leistet, soll Geizkofler bestellt werden. Auch die fremden Fürsten sollen hinsichtlich der Bezahlung ihrer Truppen unter Ferdinand stehen. Notwendig ist die Einsetzung eines erfahrenen Kriegssekretärs. Es ist zu fragen, wie es mit dem Proviant stehe. Der Erzherzog braucht 252 Geschütze verschiedenen Kalibers, dazu die nötige Munition, Ingenieure und Büchsenmeister. Ebenso ist zu sorgen für Schiffe, verlässliche Kundschafter und Wegführer, desgleichen für einen obersten Feldpostmeister. Er will wissen, ob er die Reichsfahne führen darf. Die Geschütze, welche dem Feinde abgenommen würden, sollen zwischen ihm und dem Kaiser geteilt werden. Dem Kaiser gehören die gefangenen Obersten, die übrigen Gefangenen dem Erzherzog. Der jetzige Gubernator, Erzherzog Mathias, ist in allen Kriegssachen Ferdinand unterzuordnen, sonst fehlt die Einheit; das gleiche gilt von den Obersten in Kroatien und an der windischen Grenze. Für Bezahlung der Kriegskosten braucht der Erzherzog in keiner Weise zu haften. Ferd. 57, 107.

<sup>1)</sup> Die Stände geben ihre Einwilligung zur Ausrüstung des Regiments, „obwol an denen orten, dahin es so treu vermeint worden, ganz unverschulter sachen vilmehr allerlei unnötwendiger verdacht als dank erfolgt ist“.

<sup>2)</sup> Vgl. oben p. 210 f.

ist, denen allen I. F. D. dero hochehrleuchtigem verstand nach bisher in der nachne zu begegnen gewist“. Die Stände verweisen auf ihres Herrn „leibsungelegenheit“ und erlauben sich den Kaiser „untertenigist anzufallen“ und ihm vorzustellen, „dass E. K. M. selbst und der kath. religion an Irer F. D. person und nehnere anwesenheit bei vorstehenden so widerwertigen mistreuwigen leuffen hoch und vil gelegen und dass I. F. D. Eurer k. Maj. in zuetragenden notfällen heroben zu land, was zu abwendung der widerwertigkeiten fürstendig, mit I. F. D. gegenwürde (Gegenwart) statlichen beistendig und vilfeltigen nutz, frucht und guetes schaffen und befördern helfen mügen“. Einer von den tirolischen Landherren, zugleich Mitglied der Regierung, Christoph Vintler schrieb den erzherzoglichen Gesandten nach Prag, sie möchten sich dieses Anbringen der Landschaft recht angelegen sein lassen, die Stände wollten dafür gewiss erkenntlich sein. Ferdinand selbst aber gab dem Landtag den Bescheid, dass er nur ungerne auszöge; sollte der Kaiser jedoch darauf beharren, so könnte er als der älteste Erzherzog es schwerlich abschlagen.

In Prag wurde unterdessen über die Bedingungen verhandelt. Manche kaiserliche Räte waren der Ansicht, ohne Ferdinands Generalat werde „dem wesen wenig geholfen, noch die confusiones verhindert werden“. Die Stimmung am Kaiserhofe war so, dass die Gesandten bald melden konnten: Rudolf wolle die meisten Punkte genehmigen; nur Wien wolle er ausnehmen, weil er selbst während des Feldzuges dort residiren werde. Anfangs März erklärte sich demnach der Kaiser mit den meisten Conditionen einverstanden, doch sollte Ferdinand ohne seine Genehmigung an den bereits besetzten Kriegsstellen in Ungarn nichts ändern; eine Teilung der zu erobernden Geschütze wurde nicht bewilligt und hinsichtlich der Entschädigungsfrage nur eine allgemeine Zusicherung gemacht. Dabei unterliess es aber Rudolf nicht, auf die Disposition Ferdinands I. zu verweisen, wornach einer dem andern „gutwillig“ beistehen sollte<sup>1)</sup>. Ueber die Besetzung der Generalleutenantstelle versprach der Kaiser dem Erzherzog in einer besondern Zuschrift Aufschluss zu erteilen. Darüber herrschte, wie Geizkofler meldete, zwischen Mathias und Maximilian „grosse dissension“<sup>2)</sup>. Ferdinand hoffte bereits auf einen solchen Abschluss der Traktationen, dass er nun auch den Geldpunkt, wol den heikelsten von allen,

1) Rudolf an Ferdinand 7. März 1594.

2) Ferdinand gab den Gesandten die specielle Weisung, auf der Besetzung der Generalleutenantstelle mit Maximilian zu beharren, weil er sich diesem gegenüber verpflichtet habe. Ferdinand an die Gesandten 19. Febr.

genauer ins Auge fasste. Er gedachte seine diesbezügliche Forderung dahin zusammenzuziehen: entweder für jeden Monat 30.000 Gulden oder Erlass jeder Türkenhilfe. Seine Räte aber meinten, er möge lieber den Oberbefehl überhaupt ablehnen, denn auf den Kaiser sei kein Verlass; schliesslich müssten doch alles die erzherzoglichen Lande tragen.

Ferdinand wurde in diesen Tagen von schweren Körperleiden heimgesucht, welche allein schon hingereicht hätten, die Annahme des Oberbefehls in Frage zu stellen. Schreibt er doch selbst den Prager Gesandten, indem er von seinem Krankenlager Meldung tut: daraus könnt ihr sehen, „wie dauerhaften kriegsmann wir abgeben kunten“. Wenn nun trotz des Erzherzogs ungünstiger Disposition, trotz der abmahnenden Stimmen seitens der Regierung und der Stände noch immer die Verhandlungen am Kaiserhofe weiter gesponnen wurden, so haben wir die Ursache dazu anderswo zu suchen und zwar in Karl von Burgau. Dieser strebte nach einer hohen militärischen Stellung und hoffte eine solche dann am ehesten zu erreichen, wenn der eigene Vater das Generalat führte. Zu einer Zeit, da Ferdinand schon zur Ablehnung entschlossen war, betrieb Karl noch die Sache auf eigene Faust. Ingeheim<sup>1)</sup> correspondirte er mit Lidl und Geizkofler und trieb sie an, die Angelegenheit in Prag möglichst bald richtig zu machen. Er war es auch, der in den Innsbrucker Ratsversammlungen dem persönlichen Zuge Ferdinands eifrigst das Wort redete. Bei einer solchen Sitzung forderte er mit Ungestüm die erzherzogliche Annahme der Führerschaft, sonst möchte es „ein zertrennung des haus Oesterreich causiren“. Darauf gab es unter den Beratenden „ein hizigs disputiren“: aber, so meldet er an Geizkofler, „ich hab sie mit meiner frag hinwegputzt bis auf Ir Durchl. leibskräften“ (d. h. bis auf den Einwand von Ferdinands Unwolsein), „damit haben sie mich auch schellig gemacht“. Zur Verleihung des goldenen Vliesses und dann wieder wegen „des polnischen werks“ ist Ferdinand nach Prag gereist, zur Erbhuldigung hat er die Vorlande besucht, grosse Jagdfahrten hat er unternommen; dies alles, so eiferte der Markgraf, waren grössere Touren als die, welche sein Vater jetzt ausführen soll. „Ich sehe vor mir, dass sie (Ferd.), wann I. F. D. sich dessen widrigen, werden der verkleinertst fürst im reich sein und von ihrem ganzen haus gleichsam auf ein seiten gesetzt“. Eine solche Demütigung aber wäre Ferdinands Gesundheit schädlicher

<sup>1)</sup> Daher die den Briefen beigegebene Weisung, man möge sie verbrennen.

als der Kriegszug<sup>1)</sup>. Die Räte wagten gegen diese Argumente des Markgrafen nichts einzuwenden; sein Vater aber, welcher selbst zugegen, sah „gen himmel“ und sagte blos, er werde sich baldigst resolviren.

Der Kaiser hatte bereits im Jänner an Mathias das Generalat in Oberungarn übertragen, ein Schritt, welcher allein genügte, die Prager Verhandlungen gegenstandslos zu machen. Stand diese Ernennung schon Ferdinands eigener Prätension im Wege, um so viel mehr seiner Forderung hinsichtlich Maximilians<sup>2)</sup>. Geizkofler bekam darüber von Rudolf und seinen geheimen Räten nur allgemein gehaltene Antworten und erst nach mehrwöchentlichem Warten eine Entscheidung, welche aber gerade jene Punkte offen liess, auf welche man in Innsbruck das meiste Gewicht legte (Uebertragung des obersten General-Lieutenantsamtes an Maximilian und Unterordnung des Mathias unter Ferdinands Generalat). Landvogt Lidl überbrachte diese Resolution dem Erzherzog. Ferdinand beharrte bei seinen früheren Bedingungen, und nun eröffnete der Kaiser, er behalte sich die Entscheidung über das Generalat bis zum Reichstage vor, denn er sehe ein, dass Ferdinand durch seine Krankheit überhaupt für jetzt an einem Kriegszuge verhindert sei<sup>3)</sup>. Der Markgraf von Burgau ward mit seinen Wünschen an Mathias gewiesen, Maximilian mit der Führung des Krieges in Kroatien betraut.

Für Ferdinand handelte es sich jetzt nur noch, seinem Sohne

1) Auch den Einwurf über die grossen Kosten liess Karl nicht gelten, ebensowenig den unerledigten Punkt wegen Maximilians Oberstlieutenantstelle: „darüber ich gleich gesagt, der teufel wollte gern dieses so gute werk, wie er alzeit kunt, verhindern, darüber man mich stark angesehen“. Man suche bei Maximilian nur „die ledigzelung“ (vom gegebenen Wort) zu erwirken. Karl schliesst einen Brief an die Gesandten mit den Worten: ihr könnt abnehmen, „ob ich das meinig dabei getan“. Dem Kaiser sollten sie zu bedenken geben, „dass ich dennest (dennoch) ein kleiner bluetstropfen bin ihres (der kais. Maj.) haus.“ Ferd. 271. — Ferdinand war über die Ernennung des Erzherzogs Mathias übrigens nicht verbittert; er wünscht demselben Glück, auf dass er eine „stattliche impresa fürnehme.“

2) Die Prager Gesandten sagen auch, es müsse zwischen Mathias und Maximilian „disputat“ geben, weil ersterer „schon gleichsam in possess.“ — Der Agent Maximilians in Prag, Karl v. Sarntein, hoffte (3. März) nur dann eine seinem Herrn günstige Wendung, wenn sich die Heirat des Mathias mit (Sibille v.) Jülich verwirklichen würde; denn in diesem Falle würde sich Mathias von Ungarn „transferiren“ lassen. Man hat vielleicht damals ein solches Heiratsprojekt besprochen, da Sibille eine Gesandtschaft nach Prag geschickt hatte. Vgl. über diese Gesandtschaft Stieve, Zur Gesch. d. Herzogin Jakobe p. 83. — Ferd. B. B.

3) Ferd. Versch. Kriegsnachrichten.

ein Commando zu verschaffen. Dies gelang. Karl erhielt den Titel eines Feldmarschalls<sup>1)</sup> und betrieb nun die Werbung eines Regiments, welches er nach Oberungarn führen sollte. 3000 Knechte wurden zwischen Wörgl und Kufstein gemustert, eine Reiterschwadron („rennfahnen“) sammelte man in Mähren<sup>2)</sup>. Diese Truppen erreichten erst den Kriegsschauplatz, als sich der Verlauf nach anfänglichen Erfolgen sehr zu Ungunsten der Kaiserlichen gestaltet hatte<sup>3)</sup>. Mathias hatte bereits die Belagerung von Gran aufgeben müssen und stand bei der Schüttinsel, als Karl von Burgau mit den Seinigen anlangte<sup>4)</sup>. Die gleichzeitig ankommenden Böhmen waren auch unter seinen Befehl gestellt. Karls Erscheinen war allerdings einiger Trost und Ersatz für die unzeitig heimkehrenden Ungarn, aber an der Lage änderte es nichts. Die Türken begannen schon Raab zu umschliessen. Um dies zu hindern, unternahmen die Kaiserlichen einen Angriff auf die feindlichen Brückenbauer, allein trotz des nicht unrühmlichen Kampfes beschloss der Kriegsrat am folgenden Tage (7. Sept.) den Rückzug, welcher sich bald in Flucht und Auflösung umgestaltete<sup>5)</sup>.

Beim Gefechte war Virginio Ursino tödtlich, Antonio de Medici nicht unerheblich verwundet worden; der Markgraf hatte dabei sein Pferd verloren und einen Streifschuss an der rechten Hand erhalten. Auf dem Rückzuge gieng ein Teil des Gepäckes, darunter neun tirolische Rüstwagen, mit einem grossen Vorrat an Zelten und einem Barschatz „von etlichen hundert tausend Gulden“ an den Feind verloren, obgleich es von 6000 Mann begleitet war. Man retirirte bis Bruck a/L und sammelte hier die Trümmer des aufgelösten Heeres. Die Briefe, welche da Karl seinem Vater schrieb, kennzeichnen die

1) Ganz zufrieden war Ferdinand mit dieser Stellung seines Sohnes wol nicht, denn er lässt dem Papst vortragen: cum suprema rerum gerendarum autoritas ab aliis dependeat, aliud (Carolus) ex se agere non potest, quam quod iis visum erit, quodque iusserint atque praescripserint. Ferd. 83.

2) Es waren 300 Reiter unter Seifried v. Kollonitsch. Karl befehligte auch noch ein auf kaiserliche Kosten geworbenes vorländisches Regiment, das Reitenauische genannt (3400 Mann). V. d. f. D. 1594 Fol. 648. Gleichzeitig findet sich auch in Kroatien ein „Reitenauisches“ Regiment unter Erzherzog Maximilian. Zwiedinek, Rupr. v. Eggenberg I. c. 124.

3) Fessler-Klein, Gesch. v. Ungarn IV, 21.

4) Am 2. September. — Schon am 21. Juli schreibt Christ. v. Wolkenstein einem Freunde: „das ungarisch kriegswesen hat sich zeitlich zu einem solchen tun ansehen lassen; dann wo kein rechts haupt und aus vielen sekeln kriegt worden, hat es selten glücklichen ausgang genommen.“ Wolk. Cod. (166) 149.

5) Der Markgraf versichert, dass er gegen diesen Beschluss „gott weiss, stark genueg opponirt, aber nichts erhalten“. A. Mem. IX, 17.

heillose Unordnung, welche eingerissen. Im Lager gabs keine Disciplin, „dann von etlichen fürgeworfen, man soll zallen und sodann erst straffen“; allenthalben eine Zaghafftigkeit, „dergleichen noch der teutschen nation nit zuegetraut waere worden“. Ende September hatte man sich soweit erholt, dass man daran gehen wollte, das hart bedrängte Raab zu entsetzen. Doch war es schon zu spät. Am gleichen Tage, als Karls Mannschaften den Marsch gegen Pressburg antraten, erhielt man schon die Hiobspost, dass Graf Hardeck die wichtige Veste gegen freien Abzug übergeben habe<sup>1)</sup>. Der Markgraf blieb deshalb in Pressburg stehen, freilich in der Hoffnung, es werde sich, weil das Wetter dauernd schön blieb, noch etwas unternehmen lassen. Aber da fehlte es wieder an Geld: „es trachtet jedermann zum abzug“. Er musste sich begnügen, einige bedrohte Grenzpunkte zu versehen. In der Umgebung Pressburgs wurde das Reitenausche Regiment dislocirt, die Tiroler und die burgauischen Reiter verlegte man nach U. Altenburg. Letztere unternahmen wol einzelne Streifzüge, einen selbst bis an die Tore von Raab, sie bekamen jedoch keinen Feind zu Gesichte; denn auch dieser hatte unterdessen seine Winterquartiere bezogen. Vier burgauische Fähnlein verstärkten die Besatzung des hart bedrängten Komorn. Der Markgraf hielt sich seit Einbruch der Winterkälte in Wien auf und wollte daselbst an der „staffirung“ einer neuen Heeresmacht arbeiten. Da gab es wieder viel Hindernisse. Bei Erzherzog Mathias, so klagt er, ist nichts zu erreichen, am meisten jedoch stört der schreckliche Geldmangel. Keine Nachricht gieng nach Innsbruck, ohne dass nicht dieser Punkt beklagt wurde: „ich habe E. F. D. mit meinen steten notklagen villeicht bis zum verdrusse behälligt“. Einmal meldet er, er habe vor Aerger drei Wochen lang die Wohnung — ausser den Hofvisiten — nicht verlassen; nach Altenburg habe man nicht einmal einen Obersten gesetzt, so dass Deutsche und Ungarn stets in Hader liegen. „Wie solches ich E. F. D. hiemit schreib, so sag ichs dem erzherzog (Mathias) noch vil deutlicher, darauf erfolgt wol von ja, aber dannoch kein resolution“. Um Geld zu erlangen, bestürmte er nicht allein seinen Vater, sondern schickte er auch seinen Oberstlieutenant Rusworm

<sup>1)</sup> Diese Nachricht steigerte in Innsbruck die Furcht vor dem Herannahen des Erbfeindes. Man glaubte, die Türken würden nun entweder auf Wien losgehen oder in Kärnthen und Friaul einfallen. Die Aebtissin von s. Clara in Wien bat schon bei Ferdinand um Unterstand. Die Räte drängten zur Ernennung des Grafen Hieronymus Lodron zum Feldobersten. A. D. 1594 Fol. 568, 609, 632, 704. — Ueber den Woiwoden Peter Schiopul, der 1592 als Flüchtling nach Tirol kam und in Bozen starb, s. Histor. Jahrbuch VII, 434 f.

zum Kaiser<sup>1)</sup>. Rudolf verwies ihn schliesslich nach Tirol an die von dort ausständige Reichshilfe. Ferdinand spendete denn auch manche Summe, aber nichts wollte erklecken<sup>2)</sup>. Als um Weihnachten von Innsbruck 9000 G. angewiesen wurden, erklärte der Markgraf, die Summe reiche kaum hin, um seine Schulden zu bezahlen; noch viel weniger, um die Rüstungen zu bestreiten. Die unmutsvolle Stimmung Karls erhöhte noch die Nachricht, dass der Kaiser dem Grafen Karl v. Mansfeld die Stelle eines obersten Generallieutenants übertragen wolle. Er richtete an den Erzherzog die Frage, was er mit Rücksicht auf seine gegenwärtige Bestallung „vor im (dem Grafen) dies orts zu praetendiren befuegt sein möchte“<sup>3)</sup>. Ferdinand konnte nicht mehr antworten, der Ueberbringer des Briefes traf ihn nicht mehr am Leben.

Gleich dem Markgrafen drängte auch der Kaiser zu neuen Unterstützungen. Des Erzherzogs Hinweis auf die Armut des Landes liess er nicht gelten und verwies auf das Beispiel anderer Länder. Denn im kommenden Frühjahr werde der Türke sich „um Wien annehmen“, Tirol werde doch nicht vor der ganzen Christenheit „unverantwortlichem verweis“ sich aussetzen<sup>4)</sup>. Um solche Vorstellungen noch nachdrücklicher anzubringen, erschien der kaiserliche Geheimrat Rudolf Corraduz am Erzherzogshofe; auch er traf den Fürsten bereits so leidend, dass ihn derselbe nur sitzend empfangen konnte. Ferdinands baldiger Tod nötigte den Kaiser, sich direkt an die Landstände zu wenden.

<sup>1)</sup> Ueber Herm. v. Rusworm s. Stauffer, Herm. Chr. Graf v. Rusworm p. 15.

<sup>2)</sup> A. M. 1594. Noch in seinen letzten Lebenstagen ventilirte der Erzherzog eifrig die Frage wegen Berufung eines Landtages zu ausgiebiger Hilfe, er wollte „das äusserst an die hand nehmen“. G. v. H. 1594 Fol. 119; A. D. 1594 Fol. 730, 734.

<sup>3)</sup> Stieve, Briefe V, 251 Anm. 1. Dagegen meldet Ferdinands Agent in Prag: der Kaiser ist der Meinung, „den wayda von Siebenbürgen für einen general in obern Ungarn zu erwählen und ihm herrn v. Teuffenbach zu einem leutenant zu geben, die Ungarn begehren, ein sonder feldmarschalk über ihr volk zu erwählen, welcher aber dem markgrafen v. Burgau gehorsam in generale soll leisten“. Vom Grafen Ferd. v. Hardeck (welcher Raab übergab) meint man, „es werd ihm den kopf kosten“. 29. Dez. 1594. Schl. 65.

<sup>4)</sup> G. v. H. 1594 Fol. 124; s. Hurter III, 152.

